

Guy Parmelin, Yasmina Reza, Roger de Weck, Taylor Swift

DIE WELTWOCHEN

Nummer 35 – 31. August 2017 – 85. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Hassprediger
Knackeboul und die
Enthemmung der Linken



AHV-REFORM
Renten-Abzocker
im Parlament

THILO SARRAZIN
Angela Merkels
Schadensbilanz

FACEBOOK & CO
Rückkehr
der Zensur

Islamismus in der Schweiz Wie weiter?



EINMALIGER SILVESTER-ZAUBER IN DUBAI

29.12.17 – 03.01.18

دبي

Entdecken Sie Dubai, die Stadt der Superlative, auf unserer exklusiven Silvesterreise mit privater Stadtrundfahrt und erleben Sie einen unvergesslichen Jahreswechsel mit dem grössten Feuerwerk der Welt!



2480.-^{CHF}*
pro Person im DZ

Hotel DoubleTree by Hilton Dubai Business Bay ***(*)

Das Hotel der Hiltongruppe ist am Bay Square gelegen und nur wenige Schritte vom Stadtzentrum Downtown mit seinen Geschäften entfernt. Der Burj Khalifa, die Dubai Mall und die neue Oper von Dubai erreichen Sie in nur ca. 10 Gehminuten. Das Hotel bietet ein Fitnesscenter, einen Aussenpool und modern eingerichtete Zimmer mit gratis WLAN.

Reisedatum: 29.12.17 – 03.01.18

Pauschalpreis: CHF 2480.- pro Person im Doppelzimmer, CHF 3685.- im Einzelzimmer

Steigenberger Hotel Business Bay, Dubai ****(*)

Im Herzen des Business Bay Districts gelegen, unweit vom Burj Khalifa und der Dubai Mall, bietet dieses neue Hotel eine Vielzahl an Restaurants und Bars, einen Swimmingpool, einen grosszügigen Spa mit Sauna, ein Fitnesscenter und eine Squash-Halle. Die Zimmer mit moderner Ausstattung verteilen sich auf 19 Etagen und verfügen über kostenfreies WLAN.

Reisedatum: 29.12.17 – 03.01.18

Pauschalpreis: CHF 2885.- pro Person im Doppelzimmer, CHF 4500.- im Einzelzimmer

2885.-^{CHF}*
pro Person im DZ



Weitere tolle Angebote auf :
www.bischofberger-reisen.ch

bischofberger
reisen
Ihr Arabien Spezialist

Dufourstrasse 157 - 8008 Zürich
Tel. 044 384 93 93
www.bischofberger-reisen.ch
info@bischofberger-reisen.ch



+ REISEGARANTIE





Woher kommt die Feindseligkeit? Knackeboul.

Er gehört zu den populärsten Musikern und Moderatoren des Landes, ist ein sympathischer Kerl, an dem Jugendliche ebenso Freude haben wie deren Eltern. Abseits der Bühne allerdings macht er mit radikalen politischen Äusserungen von sich reden; kürzlich beschimpfte er politische Gegner öffentlich als «Hurensöhne». David Lukas Kohler, so heisst Knackeboul mit bürgerlichem Namen, ist einer der bekanntesten Exponenten einer linken Szene, die im Glauben, für das Gute zu stehen, sämtliche Hemmungen verliert. Was treibt ihn an? Woher kommt die Feindseligkeit? Rico Bandle zeichnet den Werdegang des Mundart-Rappers nach, der zum Missionar geworden ist. **Seite 14**

Was steckt hinter dem Skandal um den angeblichen Pferdequälhof im thurgauischen Hefenhofen, der Anfang August in der Massenversteigerung von Pferden und der Schlachtung zahlreicher Kühe kulminierte? Alex Baur stiess bei seinen Recherchen auf einen erbitterten Rechtsstreit zwischen dem Tierschutzaktivisten Erwin Kessler und der Bauernfamilie Kesselring, der schon seit Jahren schwelt. Kessler zog bei der ganzen Medienkampagne insgeheim die Fäden. Einiges weist darauf hin, dass die Vorwürfe der Tierquälerei übertrieben sind. Baur hat ausführlich mit Kessler gesprochen und ihm Gelegenheit gegeben, seine Beweggründe darzulegen. Die Gegenseite wird in der nächsten Ausgabe zu Wort kommen. **Seite 38**

Im Frühjahr 1999 ist Flavio Cotti aus dem Bundesrat ausgeschieden. Seither sind alle Versuche der italienischen Schweiz, einen Sitz in der Landesregierung zu ergattern, erfolglos geblieben. Im gleichen Zeitraum hat sich die Südschweiz

zu einer Problemzone entwickelt. Unser Autor Omar Gisler wohnte während vieler Jahre im Mendrisiotto. Als Journalist und später als Kommunikationschef von Ticino Turismo verfolgte er, wie Grenzgänger auf den Tessiner Arbeitsmarkt drängten, wie Firmenchefs die *frontalieri* mit Dumpinglöhnen köderten und einheimische Arbeitnehmer unter Druck gerieten. Gisler, der inzwischen mit seiner Familie in die Deutschschweiz umgesiedelt ist, zeichnet ein präzises, ungeschöntes Bild eines Kantons, der neuerdings als Armenhaus der Nation bezeichnet werden muss. Was könnte Ignazio Cassis für seinen Heimatkanton erwirken, wenn er in den Bundesrat gewählt würde? Wir haben nachgefragt. **Seite 30–32**

Man muss kein Schweizer sein, um an die Segnungen der Schweizer Demokratie erinnert zu werden – es reicht, längere Zeit in der Schweiz gelebt zu haben. Wolfgang Koydl hatte ein solches Aha-Erlebnis bei einem Wahlkampfauftakt von Angela Merkel. Als die Kanzlerin ihre Zuhörer daran erinnerte, dass sie «einmal alle vier Jahre» die Chance hätten, mitzubestimmen, zuckte ihm der sarkastische Gedanke durch den Kopf: «Echt jetzt? So oft?» **Seite 44**
Ihre Weltwoche



Sonntag, 3. September 2017
im Gemeindesaal Obstgarten
Tränkebachstrasse 35, Stäfa

- Programm:**
- 14.00 Uhr Türöffnung, musikalische Unterhaltung
Superländerkapelle Carlo Brunner
 - 15.00 Uhr Eröffnungskonzert
Superländerkapelle Carlo Brunner
 - 15.15 Uhr **Nationalrat Roger Köppel**
Überleben in einer verrückten Welt –
Der Weg der Schweiz
Moderation **Dr. Matthias Ackeret**
Ausklang **Superländerkapelle Carlo Brunner**
 - 16.30 Uhr Apéro im Foyer

Jedermann ist herzlich eingeladen!

Parkplätze vorhanden
SVP Bezirk Meilen / SVP Stäfa
www.svp-bezirk-meilen.ch



Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 322.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*), René Zeller (*Bundespolitik*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Alex Reichmuth, Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Christoph Landolt, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Peter Ruch, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin, David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Sacha Verna (*New York*), Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*)
Bildredaktion: Martin Kappler, Larissa Weber (*Assistentin*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Rita Kempfer, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Digital-Marketing: Bich-Tien Köppel (*Leitung*)
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



GANZ ODER GAR NICHT.
DESHALB VERSETZEN WIR
BODENHEIZUNGEN IN DEN
NEUZUSTAND, STATT DIESE
NUR ZU REINIGEN.

HAT-SYSTEM: DAS ORIGINAL
MIT NEUZUSTANDSGARANTIE

Ist Ihre Bodenheizung älter als 25 Jahre? Dann besteht die Gefahr, dass die Rohre schon spröde und verschlammte sind. Warten Sie nicht, bis ein teurer Ersatz nötig ist. Spülungen und einfache Reinigungen führen nach kurzer Zeit häufig zu noch grösseren Problemen. Unser HAT-System hingegen versetzt Ihre Bodenheizung wenn nötig wieder in den Neuzustand, nachweislich und als einziges System überhaupt. Was uns auszeichnet ist unsere Erfahrung und die Qualität unserer Arbeit. Denn unser Familienunternehmen bietet seit 1985 Problemlösungen rund um wasserführende Leitungen im Gebäude an. Wir sind die Erfinder der Rohrrinnensanierung im Gebäude.

Vereinbaren Sie noch heute eine Zustandsanalyse mit unseren Fachleuten:
www.naef-group.com oder **0800 48 00 48.**

**Naef**
GROUP

Nidau ist die Zukunft

Der Bieler Sozialhilfe-Islamist und das gellende Schweigen der Linken. *Von Roger Köppel*

Das Erfreuliche an solchen Geschichten wie jener über den rotrauschebärtigen Hetzer-Imam aus Nidau bei Biel ist die Tatsache, dass sie für Leute, die es verdrängt haben oder immer noch nicht wahrhaben wollen, ein beunruhigendes Stück Schweizer Wirklichkeit sichtbar machen, sofern denn alles stimmt und die Hasspredigten auch wirklich korrekt übersetzt worden sind, wovon ich ausgehe, aber ich spreche eben kein Arabisch. Konkret handelt diese Story vom ganz normalen, alltäglichen Irrsinn in unserem Sozialstaat und von den Abgründen eines Asylsystems, das Leute aufnimmt und rundum versorgt, die ungeniert eine Ideologie vertreten, die mit so ziemlich allem auf Kriegsfuss steht, was wir als die Errungenschaften unserer Zivilisation bezeichnen.

Ist es ein Zufall, dass sich die Geschichte ausgerechnet in Nidau zutrug? Ich habe Freunde, die den Ort gut kennen. Sie berichten von Vierteln mit städtischen Subventionswohnungen, die speziell für Asylsuchende und Leute aus dem Ausland, die sich hier nicht integrieren können, zur Verfügung gestellt werden. Ein Bekannter erzählt, wie diese Quartiere schleichend verwahrlosen. Die illegalen Migranten, meistens aus Afrika oder aus dem Osten, viele Muslime, schmeissen ihren Abfall aus den Fenstern auf die Strasse oder neben Spielplätze, die mittlerweile mit Zäunen und Bretterverschlägen hermetisch abgeriegelt werden müssen. Die Polizei kommt fast täglich vorbei.

Einer hat von einem Fall gehört, bei dem ein Schweizer Anwohner, als er nach Hause kam, auf einer Einbahnstrasse des Problemviertels von einem schwerbewaffneten Ausländer am helllichten Tag mit einem Gewehr unter Feuer genommen wurde. Der Vorfall ging glücklicherweise glimpflich aus. Nach seiner Verhaftung rechtfertigte sich der Schütze, er habe den Schweizer halt mit einem anderen verwechselt.

Ist Nidau unsere Zukunft?

Wie man liest, kassierte der mittlerweile pensionierte Dschihad-Prediger Abu Ramadan mit seiner Frau zwischen 2004 und 2016 insgesamt rund 600 000 Franken Sozialhilfe. Das macht jährlich rund 46 000 Franken beziehungsweise 3850 Franken monatlich. Die Zahlen sind der grosse Aufreger, zu Recht, aber man muss sich bewusst sein, dass diese

Summen keineswegs den Rahmen sprengen, sondern die Regel bedeuten, den Normalfall.

Ich habe die Rechnung kürzlich für den Kanton Zürich gemacht. Wenn ein Schweizer AHV-Rentner, der vierzig Jahre brav einzahlte, mit 65 in einer Unterländer Gemeinde seine Rente bezieht, kommt er auf knapp 2000 Franken monatlich. Ist er verheiratet, gibt es für beide 3000 Franken. Höchstens. Ein 28-jähriger abgewiesener Single-Asylbewerber aus Eritrea, den unsere Behörden als vorläufig Aufgenommenen hierbehalten, weil sie ihn nach einem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts nicht nach Hause schicken dürfen, obschon er keinen gültigen Asylanspruch hat, kommt in der gleichen Gemeinde vom ersten Tag an auf rund 980 Franken Sozialhilfe, dazu 1100 Franken Wohnungsgeld, was zusammen bereits über 2000 Franken ergibt. Steuern zahlt er keine, dafür begleichen wir ihm die Arzt- und Zahnarztrechnungen, ausserdem die Billette für den öffentlichen Verkehr. Hätte der Abgewiesene eine Frau und Kinder mit grossem Integrationsaufwand, wäre sein staatlich finanziertes Grundeinkommen bedeutend höher.

Kurzum: Der falsche Flüchtling fährt besser als der Schweizer AHV-Rentner.

Wenn der Staat islamistische Hassprediger oder abgewiesene Asylbewerber finanziell grosszügiger behandelt als Schweizer AHV-Bezüger, die sich ihr Leben lang abgerackert haben, dann haben wir ein Problem. Man darf es auch Skandal nennen. Beunruhigend ist, dass niemand in Bern einen Plan hat, wie wir aus dieser Misere wieder herauskommen. Der Fall Ramadan zeigt zweitens, dass die Sozialbehörden keine Ahnung haben, wer von ihren Angeboten profitiert. Möglicherweise stimmt es, was man liest, und es wäre heute unmöglich, dass dieser Islamist, der 1998 vor Gaddafi

in die Schweiz floh, heute noch ein Asylgesuch bewilligt bekäme. Spielt es eine Rolle? Seit Jahren kommen Tausende, ja Zehntausende von illegalen Migranten aus Schwarz- und Nordafrika in die Schweiz, unzählige Analphabeten, die meisten lebenslänglich ausserstande, sich selber zu ernähren.

Die zuständigen Bundesbehörden und allen voran Justizministerin Simonetta Sommaruga verbreiten Jubelmeldungen über die eigenen Leistungen, während die einfachen Leute da



Besser dran als ein AHV-Schweizer: Abu Ramadan.

draussen trotz der Propaganda registrieren, dass immer mehr Schwarze und Menschen mit Schleier und Kopftuch die Strassen bevölkern. Mitleidlos schlagen die linken Unterstützer dieser verfehlten Politik mit der Antirassismuspapirparade zu, wenn sie irgendwo einen Rechten orten, der die Migrationsmissstände unparfümiert beim Namen nennt – und die Gerichte helfen ihnen noch dabei. Wenn allerdings ein Islamist von der Kanzel herab zur Auslöschung ganzer Religionsgemeinschaften und Zivilisationen aufruft, schweigen markerschütternd diese hochempfindlichen Menschenrechtler.

Die kluge Schweiz-Tunesierin Saïda Keller-Messahli warnt seit Jahren vor der islamistischen Unterwanderung. Selber Muslimin, neigt sie nicht zu pauschalen Verteufelungen, aber sie benennt mutig die Tendenzen der Radikalisierung in der Schweiz. Ihr Vorwurf lautet, dass vor allem die politische Linke die unabweisbaren Fakten nicht zur Kenntnis nehmen will, und zwar einzig und allein deshalb, weil man nicht «islamophob» sein und nicht über ein Thema reden möchte, von dem man annimmt, es könne dem politischen Gegner, der Rechten, der SVP, in die Hände spielen.

Keller-Messahli erzählt, wie sie von der Zürcher SP-Sicherheitsdirektorin Jacqueline Fehr regelrecht zurückgepiffen wurde, als sie aufdeckte, wie islamistische Kampfprediger in der Strafanstalt Pöschwies junge Häftlinge indoktrinierten. Der Fall Biel böte der SP jetzt eine Chance, die alten Tabus und Denkverbote abzulegen, um endlich ungeschminkt über die Probleme zu reden. Setzt die Linke weiter auf Verdrängung, bleibt sie die unfreiwillige Helfershelferin der Islamisten.

Wir behandeln viele Stars – am häufigsten den grauen und den grünen.

Augenchirurgie. Eines der Fachgebiete in Ihrer Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.





Modernes Welttheater: Yasmina Reza. Seite 54



Mein Eritrea: Geissbühler-Strupler. Seite 50



«Das Volk will und muss arbeiten, Geld verdienen, essen, Fussball spielen oder fernsehen.»

Thomas Maissen: Seite 42

Titelgeschichte

- 5 **Editorial** Nidau ist die Zukunft
- 22 **Islamismus in der Schweiz** Wie lassen sich Land und Leute schützen?
- 24 **Guy Parmelin** Der SVP-Bundesrat über den Kampf gegen Hassprediger

Kommentare & Analysen

- 9 **Kommentar** Wann sagt Merkel Stopp?
- 10 **Kopf der Woche** Roger de Wecks Abgang als SRG-Generaldirektor
- 20 **Mörgeli** Führung auf schwankendem Boden
- 20 **Bodenmann** Nach Gondo jetzt Bondo
- 21 **Medien** Der Kampf der Breie
- 21 **Die Deutschen** Heisse Phase

Inland

- 14 **Der Fall Knackeboul** Der enthemmte Hass des Entertainers David Kohler
- 16 **Hass von links** Die linksextreme Szene ist grösser und gefährlicher als das rechtsextreme Lager
- 26 **«Altersvorsorge 2020»** Das Resultat unsolidarischer Interessenspolitik
- 27 **Gefragte Dissidenten** Die Rentenreform spaltet das Parlament
- 28 **Burkhalters seltsame Methoden** Das Chaos in der Personalpolitik des Schweizer Aussenministers
- 30 **Armenhaus der Nation** Das Tessin ächzt unter gravierenden Problemen
- 34 **Pierre Maudet** Wie hart ist der FDP-Kandidat wirklich?
- 36 **Sklaverei, die keine ist** Die Vorzüge von Pflegerinnen aus dem Osten
- 38 **Tierschutz** Der zwölfjährige Feldzug des Aktivisten Erwin Kessler

- 40 **Tamedias unmöglicher Spagat** Karl Lüönd über die Neuorganisation der Redaktionen im Tamedia-Konzern
- 41 **Kahlschlag im Bannwald** Die staatspolitische Bedeutung der Medien

Interviews

- 32 **Ignazio Cassis** Der FDP-Kandidat über Grenzgänger im Tessin
- 60 **James Evans** Der Historiker über die englische Emigration nach Amerika

Ausland

- 44 **Bundestagswahlen** Die Deutschen scharen sich um «Mutti» Merkel
- 46 **Christian Lindner** Der FDP-Chef: Superman oder Schaumschläger?
- 47 **Angela Merkel: Eine Schadensbilanz** Thilo Sarrazin über die Kanzlerin
- 48 **Venezuela** Warum hält sich Präsident Maduro weiter an der Macht?
- 50 **Eritrea** Sabina Geissbühler-Strupler über ein lebenswertes Land
- 51 **Trumps Welt** Trump vs Harvey

Wirtschaft & Wissenschaft

- 29 **KMU Swissmem-Präsident** Hans Hess fordert günstige Bankkredite
- 42 **In Demokratien herrscht nicht das Volk** Essay von Thomas Maissen
- 58 **Amerika** Warum Tausende Engländer im 17. Jahrhundert emigrierten

Literatur-Extra

- 54 **Yasmina Reza** «Babylon»
- 56 **William** «Billy» James Sidis
- 57 **Krimis** Larry Beinhart; Denis Johnson

- 60 **Emigration nach Amerika** James Evans; Aram Mattioli
- 61 **Eveline Hasler** «Stürmische Jahre»
- 62 **Sinclair Lewis** Parallelen zu Trump
- 63 **Albert M. Debrunner** Biografie des Schriftstellers Hermann Kesten
- 63 **Duden** Max Wey über die 27. Auflage

Kultur & Gesellschaft

- 18 **Werden Sie Zensor!** Das Ende der Meinungsfreiheit im Netz
- 52 **Ikone der Woche** Taylor Swift
- 66 **Homosexualität** Geschichte einer sexuellen Unterdrückung
- 72 **Gotthelfs Töfflibueb** Tom Lüthi's Aufstieg in die Königsklasse

Rubriken

- 9 **Im Auge** David Bettoni
- 12 **Personenkontrolle**
- 13 **Nachruf** Tobe Hooper
- 64 **Die Bibel** Guter Rat
- 64 **Knorr** «Jugend ohne Gott»
- 65 **Knorrs Liste**
- 65 **Jazz** Ambrose Akinmusire
- 68 **Thiel** Antirassismus
- 68 **Namen** Nacht der Nächte
- 68 **Fast verliebt** Unschöne Wahl
- 69 **Unten durch** Ölwechsel (1)
- 70 **Wein** Schwieriger Chasselas
- 71 **Auto** Mercedes-AMG GT C Roadster
- 74 **Darf man das?/Leserbriefe**

Ihr Immobilientraum?

Willkommen zum
28.8. - 3.9.2017

LerchPartner+
CSI *** HUMLIKON



6 ½ Zi. Doppel-EFH
in 8127 **Forch-Küsnacht**
Ingrid Stiefel Tel. 044 316 13 83
www.ufdeforch.ch



5 ½ u. 6 ½ Zi. Terrassenhäuser
in 8309 **Birchwil**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
www.soonbylepa.ch



3 Zi. Mietwohnung
in 8708 **Männedorf**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.loft-neugut.ch



6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
in 8414 **Buch am Irchel**
Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
www.soonbylepa.ch



5 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung
in 8708 **Männedorf**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.lagovista.ch



5 ½ Zi. Terrassen-Eigentumswohnungen
in 8610 **Uster**
Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
www.art-one.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH
in 8332 **Rumlikon**
Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
www.soonbylepa.ch



6 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
in 8306 **Brüttisellen**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.lindenbuck.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Terrassen-Eigentumswohnungen
in 8135 **Langnau am Albis**
Michael Knecht Tel. 044 804 34 34
www.bellesterrasses.ch



3 ½ Zi. Dach-Eigentumswohnung
in 8184 **Bachenbülach**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.ridere-bachenbuelach.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnung
in 8127 **Forch-Maur**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
www.amena-forch.ch



3 ½ u. 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
in 8953 **Dietikon**
Stefanie Bigler Tel. 044 316 13 11
www.soonbylepa.ch



7 ½ Zi. Atrium- und 5 ½ Zi. Reihen-EFH
in 8302 **Kloten**
Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
www.soonbylepa.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
in 8143 **Stallikon**
Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
www.zuerikon.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
in 8102 **Oberengstringen**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
www.soonbylepa.ch



3 Zi. Mietwohnung
in 8706 **Meilen**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
www.haltenstrasse.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
in 8127 **Maur**
Stefanie Bigler Tel. 044 316 13 11
www.soonbylepa.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnung
in 8181 **Höri**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
www.lilie-hoeri.ch



5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
in 8476 **Unterstammheim**
Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
www.heerenweg.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
in 8493 **Saland**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.soonbylepa.ch



5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
in 8453 **Alten b. Andelfingen**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.vecciacasa.ch



4 ½ Zi. Terrassenwohnung
in 8610 **Uster**
Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
www.schwizerberg.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?

Melden Sie sich bei unserem Chef ulrich.koller@lerchpartner.ch oder Tel. 052 235 80 00.

Unser aktuelles Angebot:

LerchPartner.ch/angebote

Lerch & Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.ch

MINERGIE
Member

Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

You Tube

Wir nehmen an den folgenden
Immobilienmessen teil:

**EIGENHEIM
MESSE
SCHWEIZ**

Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
7. - 10. Sept. 2017, Messe Zürich, Halle 6

**SVIT
ZÜRICH**

SVIT Immobilien-Messe in Zürich
16. - 18. März 2018, Lake Side Zürich

Stand August 2017

Die Baumesse.
Wo man schaut, bevor man baut.



Quelle: renggli-haus.ch


modernisieren
bauen

7.–10.9.2017
Messe Zürich

Do–So 10–18 | bauen-modernisieren.ch

Patronat
 **HEV** Schweiz

Halle 6
EIGENHEIM
MESSE 

Wann sagt Merkel Stopp?

Von Wolfgang Koydl — Die Mittelmeerroute wird trockengelegt – mit Staatsgeld für Menschenschmuggler. Das Flüchtlingsproblem ist erst gelöst, wenn die Kanzlerin zugibt, dass sie 2015 falsch gehandelt hat.



Fachfrau für falsche Zeichen: Angela Merkel.

Solche Zahlen liest man gerne – als französischer Präsident, der einen Erfolg braucht; als italienischer Premier, dem die Flüchtlingslager überquellen, und als deutsche Kanzlerin, die nicht von «hässlichen Bildern» aus ihrer Wahlkampf-Trance geweckt werden will. Die Zahlen besagen, dass die Zahl der Migranten auf der Mittelmeerroute sinkt: von 23 500 Personen im Juni über 11 500 im Juli auf 3082 im August.

Die Erleichterung der Politik ist fast mit Händen zu greifen. «Wir haben die Sache im Griff», lautet die Botschaft an die Wähler. «Alles unter Kontrolle.» Um die frohe Kunde zu untermauern, trafen sich die drei obengenannten europäischen Politiker, ergänzt um den spanischen Premier, nun in Paris mit drei afrikanischen Führern. Gemeinsam will man Fluchtursachen bekämpfen, den Menschenfluss weit vor den europäischen Küsten und Grenzen eindämmen.

Dies dürfte die drei Afrikaner gefreut haben, die vorsorglich ihre Bankverbindung hinterlegt haben sollten. Denn es wird Geld fließen, viel Geld. Dem Vernehmen nach erhält bereits eine Organisation libyscher Menschenschmuggler Zahlungen aus Europa, damit sie Migranten nicht mehr auf Bananenboote packt, sondern in Lagern interniert. Für die Kriminellen rechnet sich das: Eine monatliche Überweisung aus Brüssel ist bequemer als das mühselige Eintreiben von Abertausenden Kleinbeträgen.

Die Europäer müssen sich freilich fragen, ob sie sich nicht finanziell ein klein wenig überheben. Der Gesamtwert des internationalen Menschenschmuggels wird auf 300 Milliarden Euro taxiert. Das entspricht etwa dem deutschen Bundeshaushalt.

Doch Macron, Merkel und Co. wissen ja selber, dass Geld das Problem nicht löst. Was tun mit den – offiziell – 250 000 Migranten in Italien? Wohin mit den «Flüchtlings» in Griechenland, Mazedonien und Serbien? Warum landen immer mehr Illegale an spanischen Stränden, obwohl Madrid schon lange eine finanzielle Lösung mit den Herkunftsländern gefunden hat?

Familiennachzug für 390 000 Syrer

Tatsächlich wird Europa – angeführt von Merkel – weiter «Schutzsuchende» in grosser Zahl hereinholen. Aber wer soll das sein? Der arbeitslose Akademiker aus Kairo? Der Flickschneider aus Bangladesch? Der Kaffeepflücker aus der Elfenbeinküste? Und wer soll diese Auswahl treffen? Europäische Beamte, die in Zelten in Niger, Mali oder Gambia Anträge sichten und Bewerber interviewen?

Am weitesten reisst weiterhin Deutschland die Tore auf. Die *Bild*-Zeitung hat erfahren, dass 390 000 Syrer ihre Familien nachholen dürfen. Entspräche die syrische Durchschnittsfamilie der deutschen, müsste man diese Zahl mit dem Faktor 2,47 multiplizieren. Aber Syrer haben mehr Kinder, und manchmal auch mehr als eine Ehefrau.

Darüber hinaus möchte Merkel Kontingente von Migranten aus Afrika legal nach Europa fliegen. Allerdings erst, wenn die illegale Migration gestoppt sei: «Sonst würden wir falsche Zeichen setzen.»

Sagt sie, die Fachfrau für falsche Zeichen! Seit sie ihre Arme und Grenzen öffnete, ist sie der grösste Magnet für Wanderungswillige aus aller Welt. Es wäre nicht erstaunlich, wenn Menschenschmuggler zwischen Dakar und Dhaka mit Migranten-Kanzlerin-Selfies ihre Werbebroschüren schmückten.

Sicher, sie ergreift inzwischen Massnahmen gegen die Migration, bei denen vor zwei Jahren selbst Viktor Orbán errötet wäre. Aber sie tut es heimlich. Erst wenn sie öffentlich zugibt, dass sie damals falsch handelte, dass keiner mehr willkommen ist, wird den Schleusern das Handwerk gelegt. Wird sie es tun? Von wegen. Gerade erst meinte Merkel, dass sie heute genauso handeln würde.

Geschichte eines Bidets



David Bettoni, Zidanes anderes Ich.

Noch vor neunzehn Monaten fragte sich die Fussballwelt: «Kann er das?» Doch Zinedine Zidane, der frühere Superstar, als neuer Trainer des grossen Real Madrid über Nacht ins kalte Wasser geworfen, gewann wie mit dem Zauberstab die spanische Meisterschaft und die Champions League. Er hatte sich ausbedungen: Ich mache es, aber nur mit David Bettoni als Assistent. David wer? Unbekannt, unsichtbar, ein Schattenmann unter dem Medienradar. Sie gleichen sich mit ihren asketischen, rasierten Schädeln, Zidane, der Kabyle, der aus dem Marseiller Problemviertel la Castellane kam, und Bettoni aus der Banlieue von Lyon mit bergamaskischen Wurzeln. Sie wissen, wie der andere denkt und handelt. Sie ergänzen sich wie Yin und Yang, Zidanes Charisma und Bettonis absolutes Fussballgedächtnis. Ihre Freundschaft begann in Cannes, sie waren siebzehn und lebten im staatlichen Wohnheim für junge Arbeiter. David holte sich im Training Blasen, Zinedine verfügte als Einziger über ein Zimmer mit Bidet, das Bettoni zur Behandlung seiner maroden Füsse benutzen durfte. Und während Zidane auf der Wolke seiner Weltkarriere schwebte, kickte Bettoni anonym in unteren Ligen und nahm wie ein Magnet alles Wissen über das Spiel auf. «Er verschlingt, er trinkt und er schläft Fussball», urteilte ein Trainer.

Die beiden telefonierten über Jahre täglich miteinander, und als Zidane in Turin spielte, heuerte Bettoni parallel in italienischen Provinzklubs an, als Unglücksvogel, der meistens zum Abstieg seiner Mannschaft beitrug. Danach kehrte er als Jugendtrainer nach Cannes zurück, und als Zidane in Madrid zuerst das Farmteam Castilla übernahm, berief er 2014 als Assistenten den Lebensfreund Bettoni.

Damals, in Cannes, lebte in der Sozialunterkunft auch die schöne Tänzerin Véronique Fernández, Kind spanischer Einwanderer. Sie verliebte sich in Zidane und kannte, ist zu vermuten, sein Bidet. Sie wurde seine Ehefrau und Mutter seiner vier Söhne, und zur Familie gehört, wann immer es der Fussball erlaubt, auch David Bettoni. *Peter Hartmann*

Zu erfolgreich

Von Rico Bandle — In einem Monat tritt Roger de Weck nach sieben Jahren als SRG-Generaldirektor ab. In seiner Amtszeit hat er sich in fast allen Belangen durchgesetzt, er konnte den Service-public-Betrieb nach Belieben ausbauen – und brachte damit die SRG ernsthaft in Gefahr.

Zuletzt hat man von Roger de Weck kaum mehr etwas gehört. Öffentliche Auftritte hatte er fast keine mehr, Interviews lehnte er ab. Aus SRG-nahen Kreisen ist zu vernehmen, de Weck sei intern aufgefordert worden, sich zurückzuhalten. Das Gerücht ist wohl kaum haltbar. Wer will schon dem de Weck irgendetwas sagen? Er war in seiner Amtszeit jederzeit der unangefochtene Chef, weder Verwaltungsrat noch Politik konnten ihm annähernd das Wasser reichen. Er hat alle vor sich hergetrieben, selbst den Bundesrat, der ihm fast jeden Wunsch erfüllte.

Wahrscheinlich ist Roger de Weck der erfolgreichste Generaldirektor der SRG-Geschichte. Umso bemerkenswerter ist das Verstummen dieses Menschen, der den grossen Auftritt so liebte. Doch es ist erklärbar. De Wecks erfolgreiche Expansionsstrategie hat die SRG in Schwierigkeiten gebracht. Der Rückhalt bei der Bevölkerung ist längst nicht mehr so stabil wie einst, das Misstrauen bei den Mitarbeitern ist beträchtlich, wie eine interne Befragung zeigte.

Der gefeierte Intellektuelle Roger de Weck ist nach sieben Jahren an der Spitze ein Risikofaktor für den Service-public-Betrieb geworden. Wie konnte es dazu kommen?

Stellenprofil für ihn angepasst

Am 18. Mai 2010 wählten die SRG-Delegierten den damals 56-jährigen Roger de Weck überraschend zum Nachfolger von Armin Walpen als Generaldirektor. Einen bekennenden Europa-Euphoriker an die Spitze des öffentlichen Medienbetriebs zu setzen, empfand die SVP, die grösste Partei des Landes, als Provokation. Zudem stellte sich heraus, dass das Anforderungsprofil für die Stelle – ursprünglich war eine Managerpersönlichkeit gesucht worden – nachträglich so abgeändert worden war, dass es auf Journalist de Weck passte. Medienminister Moritz Leuenberger (SP) habe persönlich die Wahl seines Freundes eingefädelt, wurde gemunkelt. Grösstenteils wurde die Wahl aber begrüsst.

Im Januar 2011 legte er dann los. Und wie. Schon immer hat sich der frühere Chefredaktor von *Tages-Anzeiger* und *Zeit* da am wohlsten gefühlt, wo Macht und Geist zusammentreffen. Jetzt war er mittendrin. Sofort suchte er die Nähe zu Politikern, lud ständig National- und Ständeräte zum Mittagessen. Bloss die Hardliner der SVP liess er aus. Viele fühlten sich geschmeichelt, als sie eine Einladung des



Risikofaktor für den Service public: SRG-Generaldirektor de Weck.

grossen de Weck erhielten. Auch Zeitungsjournalisten, die kritisch über die SRG schrieben, kamen umgehend in den Genuss eines Essens mit dem Generaldirektor. Der Einsatz wirkte: De Weck ist geistreich, eloquent, hört einem zu. Und er verfügt über die Fähigkeit, das Gegenüber sich wichtig und intelligent fühlen zu lassen. Ganz anders verhielt er sich gegenüber der Minderheit, die sich seiner Charmeoffensive widersetzte. Oft reagierte er dieser gegenüber gereizt, für ihn waren das «Demagogen» und «Isolationisten», die den Staat und die Institutionen schwächen wollten. Den bis dahin scharfzüngigsten SRG-Kritiker, Roger Schawinski, bändigte er, indem er ihm eine eigene Fernseh-Talkshow anbot.

Einem Durchmarsch de Wecks stand nichts mehr im Weg. Der Internationalist gab sich plötzlich als Verfechter der medialen Abschottung: Die Schweizer Medien müssten sich gemeinsam gegen die Feinde aus dem Silicon Valley, Google und Facebook, zur Wehr setzen. Er wollte an der Spitze stehen von etwas Grösserem, einem Verbund, der alle wichtigen Medienbetriebe umfasst – und pries dies an als Rettungsanker für die Demokratie, als Bollwerk gegen das Ausland und die «Berlusconiisierung» durch die «Blocher-Medien».

Parallel dazu baute de Weck die SRG rasant aus. Kein öffentlicher Sender Europas zeigt so viel Sport wie SRF. In der Unterhaltung wurden laufend Formate aus dem Ausland eingekauft. Das Internetangebot explodierte. Für jeden Bereich gibt es eine eigene Smartphone-App: für News, für das Wetter, für Sport, für das jugendliche Publikum. Obschon die SRG die privaten Medien damit in vielen Bereichen direkt konkurrenziert, setzte niemand der SRG Schranken. Und wenn, dann nur pro forma, um die Kritiker ruhigzustellen. So dürfen SRG-Newsbeiträge im Internet ohne Sendungsbezug nicht mehr als tausend Buchstaben umfassen. Eine Regelung, die in der Praxis bedeutungslos ist: Irgendeinen Sendungsbezug findet sich nachträglich immer.

Beobachtete man de Weck an Veranstaltungen wie dem Filmfestival Locarno, wo viele Politiker zugegen sind, so schien es, als sei er mit allen Anwesenden befreundet, selbst mit Bundesräten. Das Bild, das de Weck abgab, war wenig vertrauenerweckend: SRG und Politik, zwei Gewalten, die sich eigentlich gegenseitig kontrollieren sollten, sind jovial vereint. Man klopfte sich gegenseitig auf die Schulter, stösste miteinander an.

Debakel an der Urne

Sein durchschlagender Erfolg auf dem politischen Parkett liess de Weck zum grössten Fehler seiner Amtszeit verleiten. Am 14. Juni 2015 stand die Abstimmung über einen Systemwechsel bei den SRG-Gebühren an: Neu sollten alle Haushalte eine Abgabe entrichten müssen, nicht mehr nur jene mit einem Radio-

oder Fernsehgerät. De Weck erhob den Urnengang zu einer Vertrauensabstimmung über die SRG. Eigentlich konnte nichts schiefgehen. Für alle hatte man ein Zückerchen bereitlegt, um einen deutlichen Sieg zu garantieren: Den Wählern versprach man eine Senkung der Gebühr, den privaten Medien mehr Geld für ihre Lokalsender. Der SRG-Generaldirektor stürzte sich mit voller Kraft in den Abstimmungskampf in der Annahme, als grandioser Sieger herauszukommen. De Weck, so seine Erwartung, sollte als heldenhafter Verteidiger von Demokratie und staatlichen Institutionen in die Geschichtsbücher eingehen.

Doch es kam anders. So gut de Weck in der Politik, unter Akademikern ankommt, in der Öffentlichkeit ist das Gegenteil der Fall. Da nimmt man ihn eher als arrogant und abgehoben wahr. In seinem Übermut zog er sogar hämisch über das Programm des privaten Mitbewerbers 3+ her, dem er jeglichen Service-public-Anspruch absprach. Die *Weltwoche* schrieb damals: «In der Pose des populistischen Abstimmungskämpfers wirkt der aus einer noblen Bankiersfamilie stammende de Weck dermassen unglaubwür-

Am meisten schmerzen dürfte ihn, dass er auch bei vielen Mitarbeitern den Rückhalt verloren hat.

dig, dass jeder Auftritt, jedes Interview seinen Gegnern in die Hände spielt.» Genau so kam es. Nur ein Zufallsmehr rettete die Vorlage. Ein Desaster für die SRG. Ein Desaster vor allem für de Weck, dem doch bisher alles so locker gelungen war. Der Lack war ab, auch intern gab man hinter vorgehaltener Hand ihm die Schuld für das schlechte Abschneiden.

Wenige Wochen später, am 17. August 2015, wartete de Weck mit einem Coup auf: Er rief mit der Swisscom und Ringier die gemeinsame Werbevermarktungsfirma Admeira ins Leben. Sie sei die Schweizer Antwort auf Google und Facebook. Die nicht beteiligten privaten Medienkonzerne reagierten empört, sie befürchteten eine massive Wettbewerbsverzerrung. Selbst aus den SRG-hörigen linken Kreisen war Unbehagen zu vernehmen: Zwei (Quasi-)Staatsbetriebe und ein Privater tun sich zusammen, um Nutzerdaten zu sammeln, die dann kommerziell verwertet werden. Ein staatliches Schnüffelunternehmen war geboren.

Der Zeitpunkt der Admeira-Präsentation war taktisch geschickt gewählt worden: Hätte de Weck die lange geplante Allianz vor der Abstimmung bekanntgegeben, hätte an der Urne wohl eine deutliche Niederlage resultiert.

Im Dezember 2015 wurde die «No Billag»-Initiative eingereicht, die eine Abschaffung von sämtlichen Gebühren für Fernsehen und Radio verlangt. Für die SRG würde das be-

deuten: 1,2 Milliarden Franken an Einnahmen (von insgesamt 1,6 Milliarden) gingen verloren. Die SRG in ihrer heutigen Form wäre am Ende.

Um Roger de Weck wurde es erstaunlich ruhig. In den Schlagzeilen stand er noch einmal Ende 2016 – als er seinen Rücktritt auf Herbst 2017 bekanntgab. Jeder öffentliche Auftritt – das hat er schmerzlich lernen müssen – würde der radikalen «No Billag»-Initiative Auftrieb geben. Obschon eine Ablehnung sicher erscheint, kann die SRG bei der Abstimmung nur verlieren: Jede Zustimmungsrate von über 30 Prozent wird als krachende Niederlage für die SRG interpretiert werden. So wie einst bei der Armeeabschaffungsinitiative.

Sorge über den Gegenwind

Am meisten schmerzen dürfte de Weck, dass er auch bei vielen SRG-Mitarbeitern den Rückhalt verloren hat, obschon er auf den Redaktionen viel präsenter war als Vorgänger Armin Walpen. In einer internen Umfrage, die der *Tages-Anzeiger* kürzlich publik machte, kam die SRG-Geschäftsleitung bloss auf eine Zustimmungsrate von 50 bis 60 Prozent, was für einen Betrieb dieser Grösse unterdurchschnittlich ist. Vor allem Mitarbeiter aus dem Kernbereich des Service public, der Information, sind mit de Wecks Expansionsstrategie unzufrieden. Spricht man mit SRG-Leuten, kommt früher oder später tatsächlich fast immer die Sorge über den zunehmenden Gegenwind zur Sprache, den der Betrieb in der Öffentlichkeit erfährt.

Die Bilanz von Roger de Weck ist zwiespältig. Mit ihm ist die SRG so mächtig geworden wie noch nie zuvor. Zum Preis, dass ihr Fundament so wacklig ist wie nie zuvor.

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch

medic jobs

Personenkontrolle

Berset, Rossini, Beerli, Dreifuss, Leuthard, Maurer, Schneider-Ammann, Rechsteiner, Landolt, Vidonne, Hess, Walker Späh, Wicki, Orlik, Graber, Wenger, Stucki, Tonini

Alain Berset, Anti-Frauenquoten-Sozi, verhilft einem Parteikollegen aus der Rhonerepublik zu einem Pöstchen im Gesundheitswesen. Der SP-Gesundheitsminister hat den früheren SP-Nationalrat und gescheiterten Staatsratskandidaten **Stéphane Rossini** als neuen Präsidenten des Institutsrates von Swissmedic, der Schweizerischen Zulassungs- und Aufsichtsbehörde für Medikamente, designiert. Rossini soll die gegenwärtige Amtsinhaberin, die frühere Ständerätin **Christine Beerli** (FDP), ablösen. Das riecht zwar nach *Pöstlischacher* unter Parteifreunden. Aber für einmal darf man Berset dennoch ein Kränzlein winden. Aufgrund der maskulinen Zusammenstellung des Institutsrates hätte er strenggenommen für Beerli eine Nachfolgerin bringen müssen – aber der Bundesrat der Frauenquotenpartei SP setzte sich über die Gender-Richtlinien der Bundesverwaltung hinweg. (hmo)

Ruth Dreifuss (SP), Rentnerin, macht als aktive Abstimmungskämpferin pro Rentenreform ihrem hyperaktiven Genossen Alain Berset Konkurrenz. Die ehemalige Bundesrätin möchte dazu beitragen, «dass die AHV finanziell gesund bleibt». Dass ebendiese AHV bereits an finanzieller Schwindsucht erkrankt ist, vergisst Madame Dreifuss in ihrem von der SP-Zentrale in Umlauf gesetzten Rundschreiben zu erwähnen. Krumm in der Landschaft steht auch folgendes Argument: «Jeder zahlt, was er kann, und jeder erhält, was er braucht.» Das stimmt überhaupt nicht, denn jene heutigen Rentner, die mehr AHV gut gebrauchen könnten, gehen leer aus. Aber das ist für Dreifuss zweitrangig. Ihr elektronisches Rundschreiben ist zuerst ein profaner Bettelbrief. Sie will 50 000 Franken sammeln, damit ihre schiefen Argumente in der ganzen Schweiz publik gemacht werden können. (rz)

Doris Leuthard (CVP), modebewusste Landesmutter, flog nach dem Bergsturz in Bondo unverzüglich mit einem Helikopter der Schweizer Luftwaffe an die Unfallstelle im Kanton Graubünden. Die Bundespräsidentin wollte sich letzte Woche nach dem verheerenden Murgang einen Überblick verschaffen. Acht Personen werden noch vermisst. Leuthards Outfit passte aber irgendwie nicht so recht zur



Gentlemen first: SP-Bundesrat Alain Berset mit FDP-Politikerin Christine Beerli.



Im Westen nichts Neues: BDP-Chef Landolt.

Situation. Mit hellem Regenmantel, weissen Hosen, weissem Trikot mit rosa Kragen sowie modischen schwarzen Stiefeln sah die Bundespräsidentin inmitten der Katastrophenhelfer aus, als präsentiere sie die Herbstkollektion eines Modekatalogs. (hmo)

Finanzminister **Ueli Maurer** (SVP), Nachzügler, begab sich am letzten Freitag auf Entdeckungsreise durch die Schweizer Fintech-Hochburgen Zug und Zürich. Eine Woche zuvor hatte sich bereits sein Ratskollege, Wirtschaftsminister **Johann Schneider-Ammann** (FDP), in Zug über den boomenden Bereich der Kryptowährungen informiert («Ich bin gekommen, um zu lernen»). So gesehen ist es etwas unfair, dass das Branchenportal *Finews.ch* dem nachgereisten Finanzminister den Titel «Mr. Fintech» verlieh und nicht dem Wirtschaftsminister. Jetzt hoffen die Schweizer Finanzunternehmen auf einen Wettbewerb der beiden Bundesräte bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen. (fsc)

Paul Rechsteiner, Rentenausbauer, ist stinkesauer. Die Gegner der Reform Altersvorsorge



Rückfall: FDP-Regierungsrätin Walker Späh.

2020 würden im Abstimmungskampf ein heilloses Durcheinander veranstalten, lamentiert der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Die Wirtschaftsdachverbände, der Gewerbeverband und die Konsumentenzeitschrift *K-Tipp* versuchten, die Vorlage mit willkürlicher Zahlenakrobatik schlechtzumachen und Verwirrung zu stiften. Gegensteuer gibt der antiautoritäre Sozialromantiker Rechsteiner, indem er auf seiner Website unvermittelt in den schnarrenden Befehlstone wechselt: «Die Arbeitnehmenden tun gut daran, auf ihre Organisationen zu vertrauen.» Das heisst ungefähr so viel wie: Gewerkschafter, fertig lustig, Rechsteiner gehorchen, an die Urnen, mit Ja stimmen, vorwärts marsch! (rz)

Martin Landolt, Überlebenskünstler, setzt auf einen neuen Hoffnungsträger. **Thierry Vidonne** wird neben dem Berner Nationalrat **Lorenz Hess** zweiter Vizepräsident der BDP Schweiz. Mit dem fünfzigjährigen Vidonne, amtierender Vizegemeindevorsteher des Genfer 1000-Seelen-Dörfleins Hermance, unterstreiche die BDP weiterhin ihre Ambitionen in der Westschweiz, verkündet die Partei keck. Das ist leichter gesagt



Sparfuchs: Tamedia-CEO Tonini.



Modebewusst: Doris Leuthard in Bondo GR.

als getan. 2016 hat die BDP in Freiburg ihre beiden Kantonsratssitze verloren, in Neuenburg hat sich die Kantonalsektion 2015 aufgelöst. Summa summarum verfügt die BDP in den Parlamenten der Westschweiz zurzeit über exakt null Sitze. Mit dem gänzlich unbekanntem Thierry Vidonne, der 2015 im Genfer Ständeratswahlkampf abgeschlagen auf dem letzten Platz landete, holt die BDP immerhin eine Kämpfernatur an Bord. Er hat in der obersten Schweizer Rugby-Liga seinen Mann gestanden. (rz)

Carmen Walker Späh (FDP), freisinnige Cassandra, sieht viele Zürcher Unternehmen in Gefahr, wenn sie keine zusätzlichen Arbeitskräfte aus Drittstaaten rekrutieren können. Zur Erinnerung: Der Bundesrat hatte nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) die Kontingente für Arbeitskräfte aus Drittstaaten gedrosselt. Es war die einzige halbwegs griffige Massnahme der Landesregierung nach Annahme der Initiative. Nach Wehklagen aus der Wirtschaft hat der Bundesrat für dieses Jahr seine Kontingentspolitik wieder etwas gelockert und tausend zusätzliche Bewilligungen beschlossen. Nun will die

Nachruf



Meister der Übertreibung: Regisseur Hooper.

Tobe Hooper (1943–2017) — Ist es genial oder einfach vulgär, einen Mordgesellen nicht nur schauerlich wie den allerübelsten hirnrückigen Hinterwäldler aussehen zu lassen, sondern ihn auch noch mit einer Kettensäge auszustatten, deren Geräusch alleine einem die Synapsen zerbröseln lässt? Mit dem Klassiker «The Texas Chainsaw Massacre» aus dem Jahre 1974 hob Tobe Hooper den Slasher-Film, die besonders blutige Variante des Horror-Genres, auf ein neues Niveau.

Was bei George A. Romero, der ebenfalls kürzlich verstorben ist, als Markenzeichen der taumelnde Untote war, war bei Hooper die Kettensäge. Von nun an wurde auch maschinell geköpft und ge-

schlachtet. Nicht gerade für jeden Geschmack, dafür aber ziemlich klug eingefädelt und virtuos durchgezogen, mit einem Budget von 60 000 Dollar und im 16-mm-Format gedreht (das später auf 35 mm aufgeblasen wurde). In allen Filmen bewegte er sich immer an der Grenze des Erlaubten.

Er war ein Meister der Aufgipfelung, der Übertreibung. Als ein weibliches Opfer am Fleischerhaken in «Texas Chainsaw Massacre» hing, verlangte er mehr Blut. Nur mühsam konnte ihm das ausgedrückt werden. Der Film wurde erst von der Kritik zerfetzt (auf den Filmfestspielen in Cannes beschimpfte man Hooper als Faschisten), um heute Kultstatus zu haben. Das New York Museum of Modern Art nahm ihn in seine ständige Sammlung auf. Eigentlich wollte Hooper mit «The Texas Chainsaw Massacre», «Eaten Alive» (1977) und anderen Filmen sich nur für Hollywood empfehlen.

Einmal ist ihm das fast gelungen, als Steven Spielberg ihn als Regisseur für «Poltergeist» (1982) engagierte. Allerdings war ihm weder Bewegungsfreiheit bei der Ausführung gestattet noch ein Mitspracherecht bei der Postproduktion. Seine weiteren Filme, auch das Sequel von «Texas Chainsaw Massacre», flopten alle, worauf sich Hooper zunehmend auf die Regie von TV-Serien beschränkte und an Produktionen mitwirkte.

Im Horror-Triumvirat George A. Romero («Night of the Living Dead»), Wes Craven («A Nightmare on Elm Street») und Tobe Hooper war der Letztgenannte der «Kanalarbeiter», der die wüstesten Albträume auch wüst nach oben kehrte. *Wolfram Knorr*

Zürcher Regierungsrätin Walker Späh zu einer Kontingentspolitik zurück, wie sie die Schweiz 2014 praktizierte – mit 8500 Bewilligungen pro Jahr für Fachkräfte aus Drittstaaten. Fazit: Nachdem unter der Führung ihrer Partei die MEI mit einer Scheinumsetzung im Parlament versenkt wurde, will Walker Späh nun komplett zurück zur alten Ordnung – zur Rettung von Volk und Vaterland. (hmo)

Christoph Tonini, CEO von Tamedia, lässt an allen Ecken und Enden knausern. Per «Hauspost» wurden die Mitarbeiter aufgefordert, Papier zu sparen und dieses inskünftig beidseitig zu bedrucken. Gerüchteweise verlautet, dass diese Anweisung bei der nächsten Runde auf das Toilettenpapier ausgedehnt werden könnte. (kl)

Joel Wicki, junger Wilder, begeisterte am Unspunnen-Schwinget mit seiner angriffigen Interpretation der Traditionssportart. Der Zwanzigjährige aus Sörenberg LU siegte in fünf von sechs Gängen gegen so starke Konkurrenten wie **Armon Orlik** oder **Willi Graber**. Der erste Gang gegen **Kilian Wenger** wurde als gestellt gewertet, obwohl Wicki den König von 2010 kunstgerecht auf den Rücken gelegt hatte. Wäre er im Schlussgang gegen **Christian Stucki** gestanden, hätte er den Riesen vielleicht sogar fällen können. Sicher ist: Wicki darf auf die tatkräftige Unterstützung seiner Mutter **Esthi** zählen. Sie soll bei früheren Gelegenheiten auch schon mit einem selbstgebackenen Kuchen beim Einteilungsgericht vorgesprochen haben, erzählt man sich in Schwingerkreisen. (gut)

Der Fall Knackeboul

Von Rico Bandle — Er ist einer der talentiertesten Entertainer der Schweiz und ein freundlicher, geselliger Mensch – bis er sich in den politischen Kampf stürzt. Knackeboul steht für eine Generation linker Aktivisten, die in der Überzeugung, moralisch überlegen zu sein, jegliche Hemmung verliert.

Drum sag ich dir: Fick dini Politik wenn dini Taktik nur gschickti Rhetorik isch währenddem Rassismus bi de Schwiizer i d Wonig schlicht.

Aus: Knackeboul, «Gschickti Rhetorik» (2015)

Einige Tage nach den Terroranschlägen in Barcelona und Cambrils mit sechzehn Toten tobte auf Facebook und Twitter ein erbitterter Streit. Dabei tauchte ständig der Name Knackeboul auf. Die einen waren empört und meinten, der Mundartrapper und Moderator habe sein wahres Gesicht offenbart. Die anderen verteidigten ihn, dankten ihm für die deutlichen Worte und wünschten ihm eine Karriere als Politiker. Worum ging es? Die Zeilen des Anstosses finden sich auf Knackebouls Facebook-Seite, publiziert am 18. August um 12.08 Uhr:



Für alle, die des Schweizerdeutschen nicht mächtig sind, hier die Übersetzung: «Die verdammten Hurensöhne von der Jungen SVP, die Bilder von toten Kindern posten, um ihre rassistische Kackscheisse zu promoten!! Jetzt gehe ich dann einmal in die Politik, um diese kranken Kerle herunterzuknebeln.» Der Künstler ereiferte sich über einen Jungpolitiker der SVP, der ein Foto des Terroranschlags von Barcelona mit toten Kindern veröffentlicht hatte.

Dass sich David Kohler, so heisst Knackeboul mit bürgerlichem Namen, mit an Naivität grenzendem Eifer für linke Anliegen starkmacht, dass er am liebsten ganz Afrika in der Schweiz aufnehmen würde, das ist schon lange bekannt. Auch dass er in seiner Haltung ziemlich radikal sein kann. Doch eine solch hasserfüllte Schreibe kommt von einem weitherum beliebten Musiker und Moderator doch unerwartet.

Zum ersten Mal getroffen habe ich Kohler 2013. Ich sah ihn bei einem Auftritt im Casinotheater Winterthur, einige Tage später gingen wir zusammen im Zürcher Volkshaus zu Mit-

tag essen. Es war eine erfreuliche Begegnung: Kohler ist ein zuvorkommender Mensch, offen, neugierig, voller Ideen. Ein Mann, der eine klare politische Meinung vertritt, der aber durchaus auch selbstkritisch sein kann. Das Gespräch war von gegenseitigem Respekt geprägt. Ich hatte – und habe immer noch – Hochachtung vor seiner künstlerischen Tätigkeit. Wie er auf der Bühne improvisiert, Wörter auf Zurufen des Publikums in den Rap einbezieht und innert Sekunden Reime bilden kann, ist beeindruckend. Sein spielerischer Umgang mit Rhythmus und Worten macht jedem Freude, der mit Sprache zu tun hat.

Knackeboul löste sich schon früh von den engen Konventionen der Rap-Szene, was ihm die Verfechter der reinen Lehre bis heute übelnehmen. Er hatte Auftritte in der SRF-Satiresendung «Giacobbo/Müller», wurde Moderator, hatte beim mittlerweile eingestellten Jugendsender Joiz eine eigene Sendung. Heute ist er als Komiker genauso gefragt wie als Musiker. Sein Spektrum ist enorm breit: Er macht Blödelvideos für das junge Online-Portal *Watson* und führt beim renommierten deutsch-französischen Kultursender Arte durch eine Sendung.

Zwar schwingt bei ihm immer eine gehörige Dosis Weltverbesserungspathos mit, er hat in seiner Art etwas Lehrerhaftes, doch Knackeboul gehört mit seiner Schlagfertigkeit zu den talentiertesten Entertainern des Landes. In seinen Musikvideos imitiert er noch immer gerne den Underdog aus der Bronx, was bei einem weissen Schweizer etwas lächerlich wirkt. Doch das gehört bei Rappern offenbar dazu, ebenso wie der Gebrauch pubertär anmutender Brachialsprache («*Fick dini Politik*»).

Tumult auf der Bühne

Jedenfalls, seit jenem Mittagessen im Volkshaus und dem lobenden *Weltwoche*-Porträt, das ich in der Folge schrieb, grüsst er mich bei jeder Begegnung mit grösster Herzlichkeit. Ich glaube, er macht das bei allen – und meint es auch ehrlich. Im persönlichen Umgang ist Kohler der Inbegriff von Anstand und Freundlichkeit. Überaus sanftmütig, ja gönnerhaft wirkt er auch, wenn er auf Youtube in endlosen Videokommentaren erklärt, weshalb wir eine Verantwortung für das Elend der Welt haben, man Grenzen abschaffen sollte und wie sehr er sich schämt für die angeblich vielen Rassisten im Land. Diese politischen Videobeiträge aus Kohlers Wohnung werden je nach

Thema mehrere zehntausend Mal angeklickt und hundertfach kommentiert.

Irgendwann im Spätsommer 2015 kam mein Chef, Roger Köppel, auf mich zu. Er habe eine Einladung von Knackeboul und Gülsha Adilji erhalten, um in deren neuer Bühnenshow als Gast aufzutreten. Er fragte mich, ob er zuzusagen solle. Ich sagte: «Ihr werdet in keinem Punkt gleicher Meinung sein, doch Knackeboul und Adilji sind beides wortgewandte, witzige Persönlichkeiten.» Ich empfahl zuzusagen, obschon ich mir nicht vorstellen konnte, wie man schwere Themen wie ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer in einem Comedy-Format ansprechen kann.

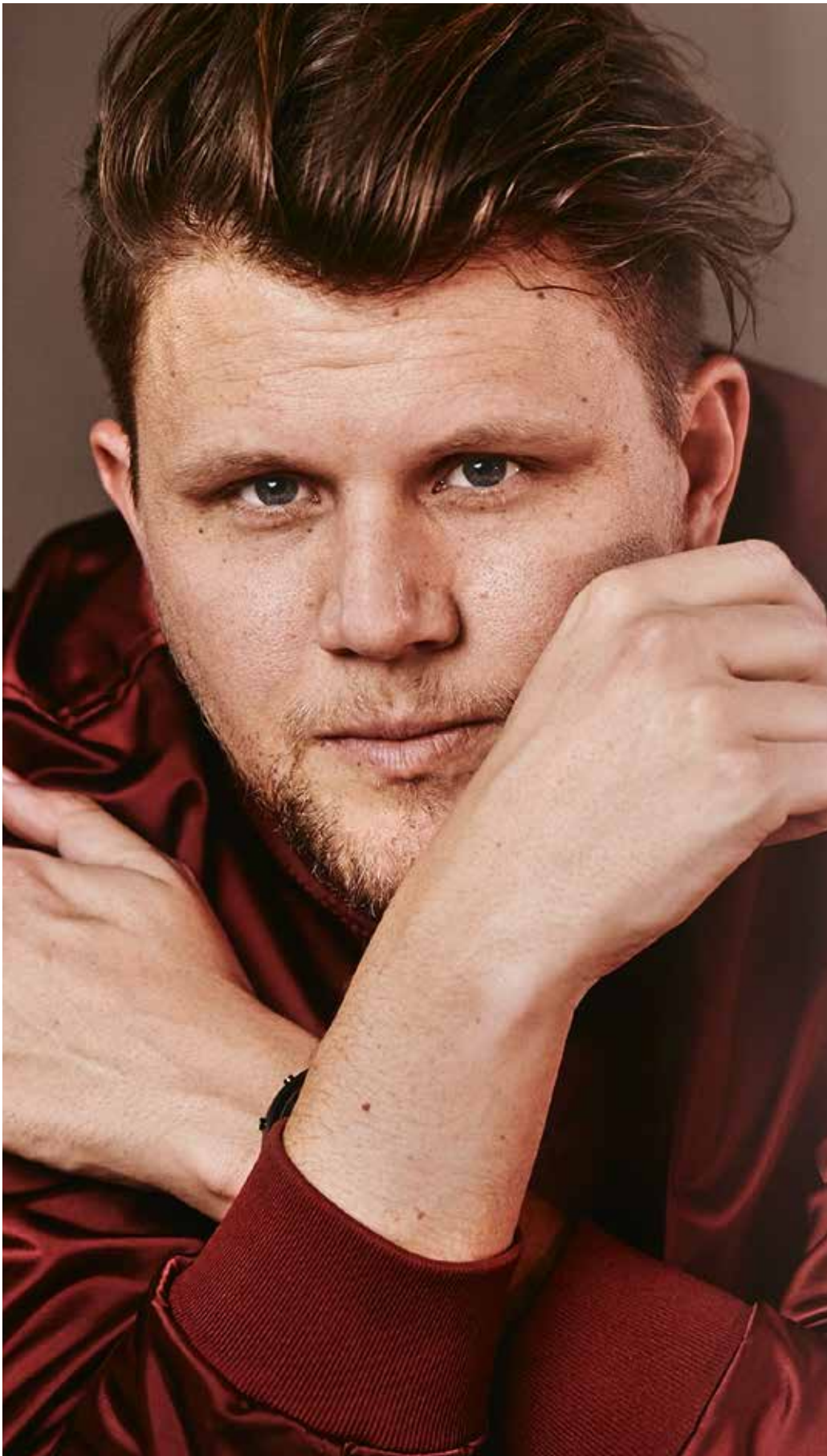
Der Abend auf der Zürcher Kabarettbühne Miller's Studio wurde zum Desaster. Knackeboul, Adilji und ihre zwei Mitstreiter klemmten Köppel jeweils das Mikrofon ab, wenn er etwas sagen wollte. Kam er doch einmal zu Wort, schnitt jemand hinter seinem Rücken Grimassen. Ihnen war jedes Mittel recht, um ihn als Rassisten und Unmenschen dastehen zu lassen. Das war noch im Bereich des Zulässigen für eine Comedy-Show. Irgendwann aber bezogen sie Köppels Frau mit ein, die im Publikum sass, im Sinne von: «Wie können Sie bloss einen solchen Rassisten heiraten!» Sämtliche Hemmungen fielen, die Moderatoren schaukelten sich gegenseitig hoch, der Abend

Weshalb legt der Künstler dermassen Wert darauf, die Welt von seinen Ansichten zu überzeugen?

geriet ausser Kontrolle. Einigen Protagonisten auf der Bühne waren Aggression und Verachtung ins Gesicht geschrieben. Die Stimmung im Saal sank unter den Gefrierpunkt. Nicht viel fehlte, und es wäre ein Tumult ausgebrochen. Viele Zuschauer reagierten empört, verliessen frühzeitig den Saal. An der Theaterbar sprach ich mit einigen Knackeboul-Fans, die entsetzt waren über das Verhalten ihres Idols.

Die Vorstellung war ein Anschauungsbeispiel dafür, welche Eigendynamik entstehen kann, wenn sich Leute zusammentun, die sich moralisch überlegen fühlen: In der Überzeugung, auf der Seite der Guten zu stehen, glauben sie, sich alles erlauben zu können.

Am nächsten Tag teilte ich Kohler per SMS mein Befremden über das Geschehene mit. Er antwortete reumütig, es sei tatsächlich einiges aus dem Ruder gelaufen, er habe



Schwarzweissdenken: Entertainer Knackeboul.

Roger Köppel eben einen Entschuldigungsbrief geschrieben.

Ich habe ihn dann eine Weile nicht mehr gesehen. Ausser am Fernsehen, wenn er in der «Arena» wieder einmal den Rassismus im

Land anprangerte. Oder wenn er einer Gratiszeitung sagte, dass er nicht stolz darauf sei, Schweizer zu sein. Auf Facebook sah ich ihn mit Flüchtlingskindern posieren. Damit fiel er aber kaum mehr auf. In der Szene war es eine

Zeitlang Mode, nach Lesbos oder sonst irgendwo an die Südgrenze zu reisen zwecks Social-Media-konformer Selbstinszenierung vor erschöpften Flüchtlingen.

Missionar einer neuen Religion

Im März dieses Jahres, im Anschluss an die SRF-«Arena» mit dem als Verschwörungstheoretiker verschrienen Historiker Daniele Ganser, veröffentlichte Kohler wieder eines seiner Welterklärvideos auf Youtube: Eine halbe Stunde lang legte er dar, weshalb Ganser ganz schlimm sei. Egal, ob man mit ihm einverstanden ist oder nicht: Weshalb tut jemand so etwas? Weshalb legt der Künstler dermassen Wert darauf, die Welt von seinen Ansichten zu überzeugen? Ich schrieb ihm eine SMS, ob wir uns treffen könnten. Er antwortete, jetzt gerade nicht, er sei im Ausland, aber grundsätzlich schon. Zum Treffen kam es nie.

Knackeboul, der Kämpfer für eine bessere Welt, erinnerte zunehmend an eine Person, die er in autobiografischen Liedern und in Interviews immer mal wieder zum Thema macht: seinen Vater, einen Missionar, der, um das Wort Gottes in die Welt zu tragen, die Familie mit den fünf Kindern verlassen hatte. Ein Mann, der überzeugt war, im Namen des Guten zu handeln.

Kohler verbrachte die ersten Lebensjahre in Portugal, die Eltern arbeiteten bei einem christlichen Hilfswerk. Als der Junge zehn Jahre alt war, zog die Familie nach Langenthal. Die Mutter musste sich mit den fünf Kindern fortan alleine durchschlagen, da sich der Vater zu Höherem berufen sah. Im Lied «David & Knackeboul» (2012) rechnet Kohler mit ihm ab, erzählt, wie er sich selbst von der Religion losgesagt hat, die für so viel Elend auf der Welt verantwortlich sei. Dabei ist Kohler längst selbst zum Missionar geworden. Zum Missionar einer neuen Religion. Einer ziemlich aggressiven sogar, die ebenfalls glaubt, im alleinigen Besitz der Wahrheit zu sein. Wenn er sagt, er habe als privilegiertes weisses Mensch ein schlechtes Gewissen, so tönt er wie ein christlicher Sünder, der Busse tun muss. Wobei er durchaus Ausnahmen macht: Vor einigen Jahren jettete er, vom Getränkemulti Red Bull gesponsert, um die Welt – da spielten Kapitalismuskritik und Umweltsorgen keine Rolle mehr.

Nun steht Kohler wegen seines Facebook-Beitrags mit den «Hurensohnen» der Jungen SVP im Gegenwind. Dass er die Mütter von politischen Gegnern in aller Öffentlichkeit als Huren beschimpft, ist ein starkes Stück. Zumal der Post wirklich ernst gemeint war. Erneut bat ich ihn um ein Treffen, ich wollte ihn fragen, wie seine Worte mit seinen hohen moralischen Ansprüchen vereinbar seien. Die Antwort kam prompt: «Was ich in letzter Zeit in der *Weltwoche* zu genau den Themen, die mir so wichtig sind, gelesen habe,

macht mich fassungslos. Ich möchte nie mehr darin zu Wort kommen.» Merkwürdig, noch vor wenigen Monaten war er zu einem Gespräch bereit, jetzt ist das plötzlich ein für alle Mal ausgeschlossen.

Die Absage lag wohl weniger an der *Weltwoche* als an ihm. Auf Facebook redete er sich um Kopf und Kragen, verteidigte vehement seine umstrittene Aussage: «Hurensohn» sei im Sinne des englischen «motherfucker» zu verstehen, was in der Rap-Szene ein üblicher Kraftausdruck sei. Und überhaupt, dass ein Berner SVP-Kantonsrat das Wort «Neger» benutzt habe, sei viel schlimmer. «Ich finde, dass er dafür sofort hätte des Amtes enthoben werden sollen», schrieb er.

Rhetorischer Kindertrick

Vor einigen Jahren war das Bild des toten Flüchtlingsjungen Aylan Kurdi zur Ikone erhoben und für politische Zwecke eingesetzt worden. Worin liegt der Unterschied dazu, wenn man mit toten Kindern auf die Grausamkeit des islamischen Terrors aufmerksam macht? In der Basler *Tageswoche* erklärte Kohler, er selbst habe nie ein Bild von Aylan veröf-

«Wir dürfen das, weil wir für das Gute stehen.»

fentlicht. Im Übrigen sei das etwas ganz anderes. «Die Aussage hinter den Populisten-Posts ist: «Schaut, was passiert, wenn wir dieses Pack nach Europa lassen!» Die Aussage hinter den Posts mit dem Flüchtlingsjungen war: «Das passiert, wenn Europa keine Hilfe leistet in der humanitären Katastrophe, die sich an unseren Grenzen ereignet.»

Hier kommt erneut jene Haltung zum Tragen, mit der Ideologen jede Untat rechtfertigen: «Wir dürfen das, weil wir für das Gute stehen.» Die Verblendung geht so weit, dass für Kohler nach dem Terrorattentat in Barcelona nicht die Mörder und ihre tödliche Ideologie das Hauptproblem waren, sondern jene, die gegen sie aufbegehrten. So twitterte er kürzlich (Rechtschreibung angepasst, d. Red.): «Bevor wir gerechte Islamkritik üben können, müssen wir die Fundamentalisten/Rassisten in den eigenen Reihen bändigen, die das Thema beackern.» Selbst wenn sich rechte Politiker auf deplatzierte Weise geäußert haben sollten – was zweifellos möglich ist –, sie als gefährlicher einzustufen als Terroristen, ist gelinde gesagt ziemlich realitätsfremd. Es handelt sich dabei um einen rhetorischen Trick, den schon Kinder beherrschen: «Die anderen sind noch schlimmer.»

Das Verblüffende an Knackeboul und vielen linken Aktivisten aus der Kulturszene ist vor allem: wie sehr sie in ihrem Schwarzweissdenken jenen gleichen, die sie zu bekämpfen glauben. ○

Gesellschaft

Hass von links

Medien und Politiker warnen schrill vor rechtem «Rassismus» und «Populismus». Derweil treten Linksextreme immer enthemmter auf. Tatsache ist: Die linksextreme Szene ist auch in der Schweiz grösser und gefährlicher als das rechtsextreme Lager.

Der organisierte Linksextremismus ist für die öffentliche Ordnung ein wesentlich grösseres Problem als der Extremismus von rechts. Der schweizerische Nachrichtendienst NDB schreibt es in seinem neuen Lagebericht schwarz auf weiss: Im Jahr 2016 sind in der Schweiz mehr als neunmal so viele Vorfälle mit Linksextremen registriert worden (213) wie Ausschreitungen von Rechtsextremen (23). Bei den Ereignissen mit Gewaltanwendung ist es noch deutlicher. Die Linken schlugen dreissigmal häufiger zu als die Rechten: 60 Vorfälle gegenüber deren 2. Auch geht der NDB davon aus, dass die linksextreme Szene mit 2500 Aktiven zweieinhalbmal so gross ist wie das rechte Pöbellager mit 1000 Anhängern und Sympathisanten.

Auch werden die Rechtsextremen zusehends inaktiv. Von 2011 bis 2016 hat sich die Zahl der Vorfälle mehr als halbiert; bei den Linksextremen ist sie nur minim zurückgegangen. Kurzum: Es lässt sich statistisch belegen, dass Rechtsextremismus ein in der Schweiz weit weniger akutes Phänomen ist als der linke Extremismus. Diese Tatsache kommt auch in der Darstellung des NDB zum Ausdruck: Für die Analyse des Linksextremismus braucht die Behörde zwei Seiten, während sie den rechten Extremismus abschliessend auf nur einer Seite abhandeln kann. Generell wird festgehalten: «Ereignisse im Bereich Rechtsextremismus sind selten.»

Szenetreff für Rechte? Undenkbar

Obschon die radikale Linke nachweislich stärker, gefährlicher und gewaltbereiter ist, kommt sie in den Medien gut weg. Das beste Beispiel bleibt die Stadtberner Reitschule, dieser behördlich geduldete Szenetreff der militanten Marxisten. Ende Februar verletzten linke Reitschule-Verbrecher bei mehrtägigen Krawallen zehn Polizisten, die eine Strasse abgesperrt hatten, derart schwer, dass sie ins Spital eingeliefert werden mussten, «Langzeitschäden noch nicht ausgeschlossen». Undenkbar, dass man rechten Krawallbrüdern so etwas hätte durchgehen lassen. Nie würden Medien und Politik es tolerieren, wenn rechte Kreise über eine reitschulmässig subventionierte Bodenstation für gezielte Angriffe auf die Gesellschaft verfügten.

Toleranz beflügelt die Intoleranten. Am 18. März hätte auf dem Bundesplatz in Bern eine politische Kundgebung stattfinden sol-



Grobes Geschütz: «Marsch fürs Läbe»-Gegner.

len. Mehrere Privatpersonen aus dem rechtsbürgerlichen Umfeld wollten gegen den Entscheid der eidgenössischen Räte zur Masseneinwanderungsinitiative friedlich protestieren. Man rechnete mit mindestens tausend Personen und traf alle nötigen Vorbereitungen. Gegen dieses Ansinnen lief die Linke Sturm, von Anfang an. Auf Internetseiten wie Rechtehetzestoppen.blackblogs.org, Revolutionär.ch oder auf Facebook veröffentlichte die Szene frühzeitig Aufrufe, die Kundgebung durch allerlei Aktionen zu verhindern. Der Kampfruf lautete: «Sabotieren, blockieren, angreifen.»

Drohungen gegen die freie Rede

Die Polizei der Stadt Bern nahm die Drohungen ernst und plante, die Kundgebung mit einem Grossaufgebot abzuschirmen. Die Linke legte nach: Wenige Wochen vor der geplanten Kundgebung veröffentlichte eine Internetplattform die Privatadressen der vier Organisatoren – verbunden mit dem Aufruf, man möge mit dieser Information tun, was man für richtig erachte. Die Veranstalter wurden unter Polizeischutz gestellt, und der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause liess sich im *Blick* zitieren: «Es ist möglich, dass jemand stirbt.» Die Veranstalter bliesen ihre Demo schliesslich ab. Da die Linken ihre Drohungen auf anonymisierte Netzseiten gestellt hatten, waren die Urheber nicht zu ermitteln.



«Sabotieren, blockieren, angreifen»: Demo vor der Berner Reithalle, 25. Februar 2017.



Todessehnsucht: Stilexperte Jeroen van Rooijen.

Auch in einem anderen Fall hinderten radikale Linke kürzlich die politische Gegenseite an der Ausübung des Menschenrechts auf freie Meinungsäusserung. Seit mehreren Jahren führen christliche Kreise einmal jährlich ihren «Marsch fürs Läbe» durch, einen Umzug für den Schutz des ungeborenen Lebens. Doch auch gegen Lebensschützer – oder wie die Linksextremisten sagen: «Abtreibungsgegner» und «reaktionäre Christen» – ziehen die Demokratiefeinde mit grobem Geschütz ins Feld, und erfolgreich: Der Marsch konnte, anders als zuvor in Zürich, in Bern nicht stattfinden, nur eine hermetisch abgeschirmte Kundgebung. Die Stadtpolizei sah sich ausserstande, die Sicherheit zu garantieren.

Dieses Jahr wollten die Organisatoren zu Bruder Klaus nach Flüeli-Ranft ausweichen. Doch aus Angst vor linken Übergriffen erteilen Sachseln und Kerns keine Bewilligung. Der Anlass fällt auf Druck von links nun ganz ins Wasser.

Rund um den Schlusspurt der Sammelphase für die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» berichtete die Zeitung *20 Minuten* über die überdurchschnittlich hohe Anzahl an ungültigen Unterschriften und fragte, ob es

Der NDB geht davon aus, dass die linksextreme Szene zweieinhalbmal so gross ist wie das rechte Pöbellager.

zu Sabotageakten und Fälschungen gekommen sei. Dazu wurde die Präsidentin der Jungsozialisten, Tamara Funicello, zitiert: «Ich finde, die Initiative verstösst gegen das Recht auf Religionsfreiheit und macht zudem mal wieder Politik auf dem Körper der Frauen. Daher finde ich sie grundsätzlich verwerflich.» Gefälschte, erfundene Unterschriften seien daher vertretbar: «Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zu Pflicht. Falls tatsächlich eine Organisation falsche Unterschriften liefert, würde ich ihr deshalb gratulieren. Denn das ist der zivile Ungehorsam, den wir brauchen.» Nicht auszumalen, wie die Medien aufgeheult hätten, wenn ein junger SVPLer zur Sabotage linker Initiativen aufgefordert hätte.

Die Linken wähen sich im Kampf gegen rechten Hass. Dagegen ist jedes Mittel recht. Auch blanker Hass. Vor vier Jahren wurde der

heutige SVP-Nationalrat Claudio Zanetti in einer E-Mail von einem 61-jährigen ehemaligen Sozialarbeiter aufs übelste beschimpft und bedroht: «Zanetti, gottverdammtes Dreckschwein, Mitglied der Menschenhasser-Partei SVP! Elendes, riesengrosses Arschloch! Hirnamputierter Waschlapfen! [...] Typen Ihres Kalibers gehören an die Wand gestellt und den Fischen zum Frass vorgeworfen. [...] Abschaum der Menschheit!»

Zanetti ging vor den Richter. Ein klarer Fall von Beschimpfung, könnte man meinen. Der zuständige Staatsanwalt Patrick Zanolla (SP) sah es anders. In seiner Begründung argumentierte er, Kraftausdrücke wie «hirnamputierter Waschlapfen», «gottverdammtes Dreckschwein» und «Abschaum der Menschheit» würden sich klar auf Zanettis Parteizugehörigkeit und seine Rolle als Kantonsrat beziehen. Die Absicht, ihn auch als ehrbaren Menschen zu disqualifizieren, sei daraus «nicht erkennbar». Ob rechte Hassprediger auf eine ähnlich gnädige Justiz hoffen können?

«Der Countdown läuft»

Zum Schluss noch ein Hinweis auf ein besonders geschmackloses Beispiel linker Hetze auf dem Netz. Seit mehreren Jahren gibt es eine Facebook-Seite, die den Tod von alt Bundesrat Christoph Blocher herbeiwünscht. Dort sind zum Beispiel Einträge wie dieser zu lesen: «Der Countdown läuft, der alte Oligarch und Zukunftsverhinderer rast seinem baldigen Lebensende entgegen. Bald werden wir genüsslich zuschauen können, wie sich die Partei der Volksverräter selbst zerfleischt. Der schönste Tag der jüngeren Schweizer Geschichte bricht wohl bald an. Sobald Blocher verscharrt ist beginnt die goldene Zeit der Eidgenossenschaft – Feuerwerk wird den Himmel über Herrliberg erhellen und wir werden die Nacht durchtanzen! Es lebe die Zukunft! Euer RIP-CB-Party-Team».

Der Müll findet Anklang bis weit in den medialen Mainstream. Im Dezember 2014 fiel einem Journalisten der Zeitung *Schweizerzeit* auf, dass sogar der bekannte Stilexperte und Lifestyle-Guru der NZZ, Jeroen van Rooijen, Einträge auf der todessehnsüchtigen Anti-Blocher-Facebook-Seite gut findet. Jedenfalls klickte der stilvolle Kolumnist, der auch für die SRG arbeitet, bei folgendem Eintrag auf «Gefällt mir»: «Wir suchen in Herrliberg ZH (oder innerhalb 10 km) einen Lagerraum 50 m² (möglichst auch einen Kühlraum) für Festbänke, Tische, Feuerwerk und Holz für Höhenfeuer. Der «RIP-CB-Day» soll ein glanzvoller Freudentag werden, an dem der Nachthimmel über Herrliberg anlässlich der Befreiung der Schweiz hell erleuchtet sein soll. Und wir wollen bereit sein, wenn es soweit ist.»

Auf Nachfrage des *Schweizerzeit*-Journalisten rechtfertigte sich van Rooijen, er habe den Beitrag wohl unabsichtlich angeklickt. WW

Rufen Sie an! Werden Sie Zensor!

Von Kurt W. Zimmermann — Die Zensur ist zurück. Demokratische Regierungen verbünden sich mit dem Internetgiganten Facebook und blockieren zunehmend die Meinungsfreiheit im Netz.



Der wichtigste Kommunikationskanal der Welt entscheidet, was richtig und was falsch ist.

Die Stellenbeschreibung für die gesuchten «Backoffice-Mitarbeiter (m/w)» tönt vor allem für junge Leute attraktiv. «Beim Thema Online-Medien hast du den absoluten Durchblick», steht im Inserat, «und bloss Gedanken an soziale Netzwerke bringen deine Augen zum Leuchten?»

Verlangt werden, wie üblich, sehr gute Deutsch- und Englischkenntnisse sowie, weniger üblich, «kulturelles Bewusstsein für politische und soziale Situationen». Das braucht es für den Job, bei dem es um «Verwaltung von Online-Inhalten und Qualitätssicherung» geht. Arbeitsort ist Essen, gleich neben der S-Bahn-Station. Zusätzliche Fragen beantwortet die Nummer +49 201 2587 0006.

Kurzum: Gesucht werden Zensoren.

In Essen eröffnet der Internetgigant Facebook diesen Herbst ein neues Zensurzentrum mit 500 Mitarbeitern. Offiziell heisst es nicht «Zensurzentrum», sondern «Löschzentrum», aber das kommt auf dasselbe heraus. Im Löschzentrum Berlin arbeiten für Facebook weitere 700 Zensoren.

Weltweit sind 7500 «Backoffice-Mitarbeiter» für Facebook und dessen «Qualitätssicherung» im Einsatz. Sie sperren und zensurieren täglich Zehntausende von Posts und Konten, die nicht in ihr Raster von Gut und Böse passen.

Sie sind fleissig. Im Vorfeld der deutschen Bundestagswahl vom 24. September startete Facebook soeben die bisher grösste Löschaktion im deutschsprachigen Raum. Zehntausende von privaten Konten wurden gesperrt, weil sie im Verdacht stehen, rund um Angela Merkel und Herausforderer Martin Schulz Falschmeldungen zu verbreiten oder verbreiten zu können. Facebook nannte es den Schutz vor «Desinformation».

Freiheit des Internets

Facebook arbeitete bei ihrer zehntausendfachen Löschaktion eng mit der deutschen Bundesregierung zusammen. Man muss kein weltfremder Anhänger von Verschwörungstheorien sein, um dahinter ein System zu erkennen. Zensur, das ist ihr Grundprinzip, geht immer von politischer Machterhaltung aus.

Die Zensur, zuvor in demokratischen Staaten weitgehend abgeschafft, ist zurück. Sie ist zurück, weil das Internet eine zuvor unbekannte Informationsfreiheit und damit auch eine Freiheit ihres Missbrauchs geschaffen hat. Diese Informationsfreiheit wird nun wieder rückgängig gemacht.

Auch vor den französischen Wahlen hatte Facebook bereits 30 000 Accounts von Nutzern gesperrt. Die beiden Zensuraktionen in Deutschland und Frankreich waren die Folge der letzten US-Wahlen. In der damaligen Fake-News-Hysterie musste sich Facebook Kritik gefallen lassen, weil der Social-Media-Konzern allerlei Unsinn und Schabernack nicht schnell genug aus dem Netz entfernte, etwa die Meldung, auch der Papst unterstütze Donald Trump oder Hillary Clinton habe sich illegal Waffen beschafft.

Im April dieses Jahres führte Facebook darum eine interne Richtlinie ein, um Fake News zu verhindern. Facebook nennt sie «false news» und definiert sie als «Nachrichten, die vorgeben, faktisch zu sein, aber absichtliche Falsch-

aussagen enthalten». Besonders missliebig sind dabei «Aktivitäten mit der Absicht, politische Diskussionen zu manipulieren».

Zwischenfrage: Sind politische Auseinandersetzungen etwas anderes als der Versuch, politische Diskussionen zu manipulieren?

Facebook kommt der offiziellen Politik weit entgegen. Als besonders «geschützte Kategorie» ist die gegenwärtige Regierung eines Landes definiert, etwa dessen Präsident oder dessen Koalitionsregierung. Mit ihnen will Facebook jeweils eng kooperieren.

Bei Facebook endet die Meinungsfreiheit schnell, wenn eine dieser geschützten Regierungen angegriffen wird. Wer in den USA etwa postet, «man müsste Trump ersäufen», wird sofort gesperrt. In Russland eliminierte Facebook auf Wunsch des Kreml die Seiten von Putin-Kritikern. Man löschte, um Xi Jinping und Assad zu gefallen, die Accounts von syrischen und tibetanischen Oppositionellen. Man zensurierte religionskritische Inhalte in Pakistan. Seit Erdogan Facebook vorübergehend sperrte, wird sofort alles gelöscht, was als prokurdisch interpretiert werden könnte.

Auch in Deutschland ist diese neue Dimension in der Politik schön zu beobachten. Mitten im Wahlkampf sagt der wichtigste Kommunikationskanal der Welt, was richtig und was falsch ist. Facebook entscheidet quasi, welche Punkte eines politischen Programms politisch-faktisch korrekt und welche politisch-faktisch inkorrekt sind. Besonders interessant ist darum, welche 40 000 Konten Facebook zuletzt in Deutschland löschte.

«Massenmörder sind keine Selbstmörder»

Gesperrt wurde etwa die bekannte regierungskritische Bloggerin Ines Laufer. Sie kritisiert seit langem die Willkommenskultur Angela Merkels und fordert Härte gegenüber Islamisten. Gelöscht wurde auch das Konto der Rechtsanwältin Karoline Seibt, die ebenfalls einen Blog betreibt. Auch ihr wurde zum Verhängnis, dass sie die deutsche Flüchtlingspolitik und das Recht auf Familiennachzug kritisierte. Seibt zitierte aus der Tageszeitung *Die Welt*. Ihr Account wurde trotzdem von Facebook blockiert.

Gesperrt wurde auch der konservative Philosoph Jürgen Fritz. Er hatte sich auf Facebook auf die Terrorattentate in London bezogen. Es lohnt sich, seine Aussagen wörtlich zu zitieren, um zu sehen, wie schnell heute die Zensurschere greift. Jürgen Fritz auf Facebook: «Diese Massenmörder sind keine Selbstmörder, wie man durch Sprachhexerei zu suggerieren sucht. Der Muslim will nicht primär sich töten, sondern massenhaft andere morden. Und dies möchte er deswegen, um Angst und Schrecken zu verbreiten und um langfristig unser freiheitlich-demokratisches, aufgeklärtes, säkulares System zu zerstören.» Account gesperrt. So etwas darf man in Deutschland im Netz nicht mehr öffentlich sagen.

Dass in diesem Fall die Internetzensurbehörde zuschlug, zeigt zweierlei. Es zeigt erstens die ganze Hysterie, die seit der Trump-Wahl rund um politische Online-Statements entstanden ist. Und die Fälle zeigen zweitens deutlich das Muster, wie man heute mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Zensuropfer wird.

Mit kritischen bis polemischen Aussagen über Islamisten, islamistischen Terror, über unerwünschte Ausländer und generell über die Flüchtlingspolitik hat man heute eine gute Chance, auf Facebook zensuriert zu werden. Noch besser sind diesbezüglich die Aussichten nur dann, wenn man zur Gewalt aufruft oder Kinderpornografie verbreitet.

«Verbales Faustrecht»

Damit ist Facebook inzwischen der gute Freund der deutschen Politik. Im Oktober tritt das sogenannte Facebook-Gesetz in Kraft, das in richtigem Bürokratendeutsch «Netzwerkdurchsetzungsgesetz» heisst. Online-Netz-

Die Regierungen verlieren ihr Zensurmonopol. Sie delegieren es an private Konzerne.

werke müssen nun «offenkundig strafbare Inhalte» innert 24 Stunden nach einem ersten Hinweis löschen. Es drohen ansonsten Bussen von bis zu 50 Millionen Euro. Justizminister Heiko Maas jubelte, mit dem Gesetz werde das «verbale Faustrecht» im Netz beendet.

Im derzeitigen deutschen Wahlkampf ist nun der Ernstfall hautnah zu beobachten. Wer auf Facebook gegen die obrigkeitliche Politik allzu scharf opponiert, hat echte Chancen, zensuriert und geblockt zu werden. Facebook arbeitet eng mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und den Experten aus den Parteien zusammen.

Die neue Internetzensur beschränkt sich nicht nur auf Facebook-Posts. Auch Google blockt Websites, die politisch allzu unkorrekt sind. Google hat sich dazu ebenfalls eng mit Merkels Regierung abgesprochen, um die Verbreitung «offen irreführender oder einfach nur falscher Informationen» zu unterbinden. Das Management der Suchmaschine traf sich dazu auch mit Vertretern sämtlicher Landesregierungen.

In der Geschichte der Zensur wird damit eine neue Etappe erreicht. Die Regierungen verlieren ihr Zensurmonopol. Sie delegieren es an private Konzerne, mit denen sie dann eng zusammenarbeiten.

Man ist damit wieder ungefähr so weit wie im Mittelalter. Die Zensur ist eine christliche Erfindung. In der Antike, so sagen Historiker, gab es die systematische Unterdrückung und Verhinderung von öffentlichem Schrifttum nicht. Den Höhepunkt in Europa erreichte die Zensur, ergänzt von Hexenverbrennungen, dann

im Mittelalter. Die Zensurinstanz römische Kirche arbeitete dabei eng mit den jeweiligen Regierungen und externen Partnern wie Universitäten zusammen. Erst die Aufklärung und die Pressefreiheit machten dem ein Ende.

Der wichtigste Unterschied zu damals ist die Technologie. Im Mittelalter beugten sich die Zensoren noch persönlich über blasphemische Bücher und Handzettel, inzwischen übernehmen das vorprogrammierte Algorithmen. Facebook spürt die vermeintlichen *false news* durch automatische Erkennungssoftwares auf, indem etwa nach einer auffällig hohen Zahl versandter Meldungen oder nach wiederholt identischen Inhalten gefahndet wird.

Erst in einer zweiten Phase treten dann die «Backoffice-Mitarbeiter» zwecks «Qualitätssicherung» in Aktion.

Natürlich sind die Algorithmen im sensiblen Bereich der Inhaltsanalyse vielfach überfordert. So sperrte Facebook kürzlich den Account der ZDF-Moderatorin Dunja Hayali und entschuldigte sich hinterher dafür. Die TV-Frau hatte auf eine Tirade eines türkischen Nutzers mit reichlich blumiger Wortwahl («endgeiler Ficker») reagiert. Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmers Konto wiederum wurde gesperrt, weil er das Wort «Mohrenkopf» verwendete.

Auch in der Schweiz spürte Facebook eher seltsame Verstöße gegen politische Korrektheit auf. Geblockt wurde etwa das Profil von SVP-Politiker Christoph Mörgeli, nachdem er zum Bild eines Flüchtlingsschiffs getextet hatte: «Die Fachkräfte kommen.» Der Account von Nationalrat Andreas Glarner aus derselben Partei wurde gesperrt, weil er sich über das wenig vorteilhafte Äussere von zwei linken Kritikerinnen mokiert hatte.

Pro Minute werden auf Facebook über eine halbe Million Texte und über hunderttausend Bilder hochgeladen. Die 7500 Zensoren, die weltweit darüber wachen, sind darum lieber übervorsichtig. Lieber sperren sie im Zweifelsfall einen Account zu viel, als womöglich einen politischen Shitstorm im Netz auszulösen. Und Shitstorms sind gerade auf Facebook in Sekundenschnelle ausgelöst.

Attraktive Berufschance

Facebook erledigt die Zensur im Netz nicht selber, sondern lagert sie an externe Firmen aus. Die Rolle des operativen Zensors übernimmt dann beispielsweise das Callcenter-Unternehmen CCC in Essen. Es sucht für Facebook dann per Inserat die Zensoren, die über gute Deutsch- und Englischkenntnisse verfügen und «beim Thema Online-Medien den absoluten Durchblick haben».

CCC ist in acht Ländern aktiv, darunter auch in der Schweiz. Die Niederlassung ist in Biel. Die Telefonnummer lautet 032 327 10 00. Für junge Leute mit guten Online-Kenntnissen ist das eine attraktive Berufschance. Wir raten darum: Rufen Sie an! Werden Sie Zensor! ○

Mörgeli

Führung auf schwankendem Boden

Von Christoph Mörgeli

In Katastrophensituationen erwarten wir von der Politik eine entschlossene, glaubwürdige Führung. Die Führung in der Krise ist anspruchsvoll. Sie muss Verantwortung zuweisen, Vertrauen schaffen, wahrheitsgetreu informieren, den Einsatzkräften den Rücken stärken und den Betroffenen sowie den Angehörigen von Opfern Trost spenden.

Doch die Politiker wittern sofort die Möglichkeit der Selbstprofilierung. Jeder und jede ist ein kleiner Maudet. Es ist ein schmaler Grat zwischen Führungsstärke, billiger Symbolpolitik und wohlfeiler Instrumentalisierung. Bundespräsidentin Doris Leuthard flog nach dem Bergsturz von Bondo mit einem Superpuma der Armee ins Bergell. Dann stieg sie um in einen Helikopter der Heli Bernina. Ein problematischer Führungsentscheid. Die Heli Bernina verfügt nur über drei Helikopter. Die übrigen suchten nach Überlebenden. Die Bundespräsidentin band bei ihrem Besichtigungsrundflug Kräfte und Mittel, die eigentlich zur Rettung von Menschenleben benötigt wurden.

Doris Leuthard liess es sich nicht nehmen, die frohe Botschaft vom Auffinden einer unversehrt im nahen Italien aufgefundenen Wandergruppe persönlich zu verkünden. Ein falscher Führungsentscheid. Wahre Führung zeichnet sich dadurch aus, dass die obersten Vorgesetzten die Verantwortung im Negativen übernehmen. Gute Nachrichten sollen die untergebenen Polizei- und Rettungskräfte oder die örtlichen Behörden kommunizieren.

Ohne nähere Ursachenforschung nannte die Umweltministerin flugs den Grund für den Bergsturz: «Es ist ja nicht das erste Mal, dass ich es sage: Permafrost, Murgänge, Klimawandel – es ist halt eine Realität, auch wenn einige das immer noch nicht glauben.» Ein missbräuchlicher Führungsentscheid. Leuthard hat das Wort «Murgang» bis dahin noch nie öffentlich in den Mund genommen. Sind die Bergstürze von Biasca (1513), Yvorne (1584) Plurs im Veltlin (1616) oder Goldau (1806) auch Folge einer menschengemachten Klimaerwärmung? Garantiert uns Leuthard, dass es nach Umsetzung ihrer Energiestrategie 2050 keine Bergstürze mehr gibt?

Unsinn. Man kann nicht sämtliche Mitmenschen einer Kollektivschuld an acht Bergtoten bezichtigen. Und selber CO₂-intensive Helikopterflüge veranstalten, in der ganzen Welt herumjetten, Kapazitätserhöhungen im Flugverkehr bewilligen und Gaskombikraftwerke planen.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Nach Gondo jetzt Bondo

Von Peter Bodenmann — Gondo: Ein Dorf stirbt, weil man es im gleichen Schattenloch wieder aufbaute.



Bondo: Wiederholen die Bündner die Fehler der Walliser?

Bald wird es fast keine Gletscher mehr geben. Der Permafrost ist auf dem Rückzug. Der Schnee kommt jedes Jahr später und schmilzt früher. Die Schneedecken verlieren ihre Mächtigkeit. Dieser Prozess scheint, wenn wir unseren staatlichen Glaziologen glauben wollen, irreversibel: Die Klimaveränderungen liessen sich nicht stoppen, sondern bestenfalls verlangsamen.

Nach Bondo sind die Klimaleugner etwas stiller geworden. Aber die Umweltorganisationen erwachen immer noch nicht. Unbewegliche grüne Bürokraten verwalten den ökologischen Stillstand, seit sie Moritz Leuenberger erfolgreich eingeschläfert hat. Immerhin tauchte Doris Leuthard in Bondo auf. Noch keinen Aufhänger hat die Glückskette gefunden, die mit Gondo immerhin die zweitgrösste Spendenlawine ihrer Geschichte ausgelöst hatte.

Aus Fehlern lernen: Gondo ist trotz der investierten Millionen dem schleichenden Niedergang gewidmet. Die Post ist weg. Der Kiosk tot. Genau wie der einst blühende Schmuggel. Der Benzintourismus kannte schon besser Zeiten. Der Schweizer Zoll hat vor wenigen Wochen seinen Sitz nach Brig verlegt. Mit ihm verlassen die letzten Zöllner den Ort.

Die Wasserkraftwerke werden automatisiert. Ein Job nach dem andern fällt weg. Alpiq weigert sich, am Simplon in Solar- und Windenergie zu investieren. Lieber verlochen die Strombarone die Gewinne aus der Wasserkraft in Rumänien.

Gondo hat einen Gemeindegliederschreiber und drei Gemeinderäte. Drei von ihnen wohnen inzwischen in Brig und Umgebung. Sie fahren mit dem Autozug nach Iselle, um, von Italien kommend, die Gemeinderatssitzungen nicht zu verpassen. Wer am Abend vom Zwischenbergtal in Richtung Gondo kurvt, sieht praktisch keine Lichter mehr in den Häusern. Die Zahl der real noch in Gondo lebenden Einwohner ist inzwischen ein gutgehütetes Amtsgeheimnis. Politik und Glückskette haben es verpasst, Gondo nach der Katastrophe neu zu erfinden. Neuartige Ansätze und Ideen wurden ertränkt wie überzählige Katzen im Vor-Tierschutz-Zeitalter.

Politiker, die sich im Jahre 2000 als Retter von Gondo inszenierten, kämpfen heute nicht einmal gegen die Senkung der Wasserzinsen. Zinsen, durch die Gondo überlebt. Noch.

Vielleicht könnte Bondo von Gondo lernen. Vor siebzehn Jahren hätten man ein New Gondo an einem attraktiveren Standort aufbauen müssen. Vielleicht braucht es ein New Bondo, statt immer mehr in immer noch teurere Verbauungen zu investieren. Leider ersticken tödliche Schlamm- und Wassermassen das Nachdenken über Alternativen. Der Helferimpuls, das Alte sofort wieder aufzubauen, ist menschlich und daher zu stark.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Der Kampf der Breie

Von Kurt W. Zimmermann — Zentralisierte Zeitungsredaktionen, wie neuerdings bei Tamedia, fördern Qualität und Meinungsvielfalt.

Zuerst etwas deutsche Grammatik. Im Singular heisst es: der Brei. Im Plural heisst es: die Breie.

Damit sind wir mitten in der aktuellen Diskussion der Medienbranche. Es geht um den sogenannten Einheitsbrei.

Letzte Woche stellte Tamedia ihr neues Journalismusmodell vor. Für ihre vierzehn bezahlten Zeitungen wie *Tages-Anzeiger*, *Sonntagszeitung*, *Berner Zeitung*, *24 heures* und *Tribune de Genève* gibt es künftig nur noch zwei Redaktionen.

Die zentrale Zürcher Redaktion macht die zehn Deutschschweizer Blätter. Die zentrale Lausanner Redaktion macht die vier Westschweizer Blätter.

Die Titel werden inhaltlich identisch. Automatisch stellen sie nur noch ihren Lokalteil her. Eine echt eigenständige Redaktion betreibt bei Tamedia nur noch das Gratisblatt *20 Minuten*. Es ist der einzige Titel, der richtig rentiert.

Kaum war das neue Tamedia-Modell vorgestellt, ging das übliche Protestgeheul los. Die Medienpolitiker der Nation beklagten einen üblen Zerfall der Meinungsvielfalt. Es komme nun zum «Einheitsbrei», fasste die Grünen-Präsidentin Regula Rytz das Geheul zusammen.

Nun ist es seit je die Eigenart unserer Medienpolitiker, dass sie von Medien keinen Schimmer haben. Das war auch diesmal so.

In Wirklichkeit stärkt die Fusion der Tamedia-Redaktionen den kritischen Journalismus. Speziell der Recherchejournalismus profitiert. Anstelle von kleinen, zersplitterten Redaktionen, die auf diesem Feld oft erfolglos blieben, tritt nun eine zentrale Kampftruppe. Sie hat gewaltige Mittel und enorme journalistische Feuerkraft.

Alle Medienhäuser denken so. Alle suchen Synergien, um mit limitierten Budgets mehr publizistische Power zu produzieren.

SRF hat darum die Teams von «Tagesschau», «10 vor 10» und «Schweiz aktuell» in einer Zentralredaktion zusammengelegt. Ringier schuf ebenso einen integrierten Newsroom für *Blick*, *Sonntagsblick* und *Blick am Abend*. Die NZZ-Gruppe hat die Redaktionen ihrer Töchter *St. Galler Tagblatt* und *Luzerner Zeitung* verschmolzen. Auch die AZ-Medien haben für ihre Blätter wie *Aargauer Zeitung* und *Basellandschaftliche Zeitung* einen zentralen Redaktionspool geschaffen.

Für die Leser sind diese Einheitsredaktionen kein Problem. Denn sie lesen ohnehin nur eine einzige Zeitung. Nur 1,1 Prozent der Tages-



Feuerkraft: Tamedia-Chiefredaktor Rutishausen.

Anzeiger-Leser lesen zum Beispiel auch die *Berner Zeitung* aus demselben Haus. Sogar nur 0,03 Prozent der *Luzerner Zeitung*-Leser lesen auch das *St. Galler Tagblatt* aus demselben Haus. Dass in allen Blättern eines Verlags dasselbe steht, ist darum den Lesern völlig egal.

Wenn wir es in der Sprache der Politiker sagen, dann stehen sich heute fünf Einheitsbreie gegenüber. Es sind dies der Tamedia-Einheitsbrei, der Ringier-Einheitsbrei, der NZZ-Einheitsbrei, der AZ-Einheitsbrei und der SRF-Einheitsbrei. Für jeden der fünf Einheitsbreie arbeiten mindestens zweihundert Journalisten. Noch nie gab es eine derart intensive Konkurrenz auf dem Informationsmarkt. Noch nie standen sich fünf derart hochdotierte Analyse- und Enthüllungszentren gegenüber.

Die Meinungsvielfalt war darum noch nie so gut fundiert wie heute. Wer das anders sieht, der hat von der Rolle der Medien in der Demokratie nichts begriffen. Meinungsvielfalt besteht nicht darin, dass jedes ausgehungerte Käseblättchen auch noch seinen Senf absondern kann. Meinungsvielfalt basiert auf journalistischer Qualität. Qualität aber kann nur mit genügend Mitteln entstehen, also in grossen und zentralisierten Redaktionen.

Allzu kleine Köche verderben den Brei.

Mehr zum Thema: Seite 40

Heisse Phase

Von Henryk M. Broder — Merkel hofft auf Amtsbonus, Schulz auf Wunder.

Man kann derzeit in allen Medien der Bundesrepublik hören und lesen, die «heisse Phase» des Wahlkampfs habe begonnen. Zugleich melden die Meinungsforschungsinstitute, die



CDU liege bei 38 bis 39 Prozent, Tendenz steigend, während die SPD zwischen 22 und 23 Prozent dümpelt. Die beiden Spitzenkandidaten, Merkel für die CDU/CSU und Schulz für die SPD, kommen langsam hinterm Kachelofen hervor, touren durch das Land, treten auf Marktplätzen auf, besuchen Betriebe, werben um «jede Stimme» und wirken dabei wie die Harlem Globetrotters kurz vor einem Spiel gegen ihre mitreisenden «Gegner». Wobei die Kanzlerin immer wieder sagt, das Rennen sei noch «absolut offen», während ihr Herausforderer tönt, er habe nichts gegen eine grosse Koalition mit der CDU – unter seiner Führung.

Schulz ist sicher, er habe eine reelle Chance, Kanzler zu werden. Oder er tut nur so, wobei er nicht daran denkt, dass seine flotten Sprüche ihm spätestens am Abend des 24. September um die Ohren fliegen werden. Merkel vertraut auf ihren Kanzler-Bonus, Schulz hofft auf ein Wunder. Das ist alles, worum sich der «Wahlkampf» dreht. Die einzig spannende Frage ist, ob es die AfD auf weniger oder mehr als zehn Prozent schaffen wird. Aber auch das wird keinen Einfluss auf die Regierungsbildung haben, denn keine Partei will mit den «Rechten» koalieren.

Es läuft also auf weitere vier Jahre Merkel zu. Für die einen ein Albtraum, für die anderen ein Beruhigungsmittel in schwierigen Zeiten. Und für die SPD eine weitere Katastrophenerfahrung. Anfang August hat Aussenminister Gabriel erklärt, er sehe «keine Zukunft für eine grosse Koalition nach der Bundestagswahl». Die SPD sei es leid, auf die Kanzlerin aufpassen zu müssen. «Deshalb werden wir uns trennen.»

Die eigene Bedeutungslosigkeit so grossmäulig zu umschreiben, ist eine Leistung, die Anerkennung verdient. Einfacher gesagt: Die CDU hat die SPD zerlegt. Die SPD hat nichts zu bieten, was die CDU nicht bereits im Angebot hätte. Letzte Woche versuchte es Schulz mit ein wenig Populismus. «Mich interessieren die Golffahrer mehr als die Golfspieler.» Worauf ihn der Vorsitzende der deutschen Golfer darüber belehrte, dass es «auch unter Golfspielern viele Golffahrer» gebe.

Islamismus in der Schweiz

Hassprediger in Moscheen und Gefängnissen, Fanatiker, die von hier aus in den heiligen Krieg ziehen, Terroristen auf Durchreise: Wie gefährlich sind die muslimischen Extremisten in der Schweiz? Wie lassen sich Land und Leute vor der Gefahr schützen? Von Philipp Gut



Die Meldungen über die jüngsten Terrorattacken in Barcelona waren noch nicht verhallt, da flammte die Diskussion über das Gewalt- und Gefährdungspotenzial von Muslimextremisten auch in der Schweiz auf. Der *Tages-Anzeiger* und das Schweizer Fernsehen berichteten über einen aus Libyen stammenden Imam, der in einer Bieler Moschee zu Hass und Gewalt aufgerufen hatte. Abu Ramadan hatte in der Schweiz Asyl erhalten, weil er in Libyen als Islamist angeblich verfolgt war, und bedankte sich auf seine Weise: Er bezog Hunderttausende Franken an Sozialhilfe und betete öffentlich zu Allah, er möge die Juden, die Christen, die Hindus, die Russen und die Schiiten vernichten.

Ist das ein Einzelfall, oder sind solche Töne eher die Regel in Schweizer Moscheen? Besteht sogar das Risiko von Anschlägen?

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) schreibt in seiner jüngsten Lagebeurteilung, die Terrorbedrohung bleibe «auch in der Schweiz erhöht». Diese gehöre zur «westlichen, von Dschihadisten als islamfeindlich eingestuften Welt». Die Bedrohung gehe hauptsächlich vom Islamischen Staat sowie von al-Qaida aus. Anschläge mit geringem logistischen Aufwand, ausgeführt von Einzeltätern oder Kleingruppen, stellten für die Schweiz die wahrscheinlichste Art der Bedrohung dar, so der NDB. «Als Täter kommen hauptsächlich in der Schweiz radikalisierte Personen oder Rückkehrer aus Dschihad-Gebieten in Frage.»

Das ist beunruhigend, geht das stärkste Risiko doch von Leuten aus, die mitten unter uns leben. Bundesrat Ueli Maurer (SVP), Finanz-, früherer Sicherheitsminister, hat die sogenannten Schläfer schon vor einigen Jahren als «grösste Gefahr» für die Schweiz bezeichnet. Im Interview mit der *Weltwoche* nimmt sein Nachfolger im Verteidigungsdepartement, Guy Parmelin, Stellung zu den gegenwärtigen Entwicklungen (siehe Seite 24).

Die Schweiz könne zudem als «logistische Basis» für die Vorbereitung von Anschlägen im Ausland oder als Durchreisegebiet für Terroristen benutzt werden, erklärt der NDB. Für Letzteres gebe

es bereits mehrere Beispiele. Wie die Reisewege von Attentätern der Anschläge in Paris vom November 2015 gezeigt hätten, sei «die Infiltration von Dschihadisten in die Migrationsbewegungen real». Mit anderen Worten: Der Bund bestätigt, was viele Politiker lange nicht hören wollten. Terroristen tarnen sich gern als Flüchtlinge.

Die Bundesanwaltschaft hat im Oktober 2015 Anklage gegen vier Iraker erhoben, die im Frühjahr 2014 in der Nordostschweiz verhaftet worden waren. Ihnen wurde unter anderem die Vorbereitung eines terroristischen Anschlags in Europa vorgeworfen. Im März 2016 hat das Bundesstrafgericht drei der vier Iraker erstinstanzlich verurteilt.

Ein anderes Verfahren endete vor zwei Jahren mit einem Strafbefehl ebenfalls gegen einen Iraker, der im Internet islamistische Propaganda getrieben hatte. Es ging um Unterstützung einer kriminellen Organisation, Gewaltdarstellung, Anleitung zur Sprengstoffherstellung sowie öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder Gewalt.

Schweizer als «Schweine» bezeichnet

Die Journalistin und Autorin Saïda Keller-Messahli beobachtet die Extremistenszene seit langem, in diesen Tagen erscheint ihr Buch «Islamistische Drehscheibe Schweiz». Das Netzwerk ziehe sich durch das ganze Land, ist Keller-Messahli überzeugt. Die Mehrheit der Imame, die in der Schweiz predigen, sei «islamistisch», sagte die Expertin der *NZZ am Sonntag*.



Saïda Keller-Messahli.

Die Mehrheit der Imame, die in der Schweiz predigen, ist laut Expertin Keller-Messahli «islamistisch».

Tatsächlich machen mehrere Moscheen mit extremistischen Predigern immer wieder von sich reden. Problemgotteshäuser finden sich von Basel bis ins Wallis und von der Ostschweiz bis nach Genf. Bereits 2008 schrieb der Sicherheitsausschuss des Bundesrats in einem vertraulichen Bericht, es gebe Indizien, dass «mindestens acht Imame in einem Dutzend Moscheen in der Schweiz eine radikale Auslegung des Islam predigen». Betroffen seien die

Kantone Genf, Neuenburg, Waadt, Wallis, Bern, Basel-Stadt, Luzern und Zürich. Seither hat sich die Lage nicht gebessert, im Gegenteil.

Für Negativschlagzeilen sorgten die An-Nur-Moschee in Winterthur oder die König-Faysal-Moschee in Basel, wo der Vater der beiden Schüler als Imam waltet, die in Therwil BL einer Lehrerin den Handschlag verweigerten.

Auch im beschaulichen Kriens bei Luzern herrschen nach *Weltwoche*-Recherchen Zustände wie in Biel. In der Moschee Dar Assalam predigte ein Nordafrikaner, der als Asylbewerber in die Schweiz gekommen ist und jahrelang Sozialhilfe bezogen hat. Laut Polizeiquellen soll er Schweizer als «Schweine» bezeichnet haben, die es zu schlachten gelte. Das Muster ist dasselbe wie beim Geistlichen in der Bieler Ar-Rahman-Moschee: Der Imam genoss

das Gastrecht der Schweiz und lebte auf Kosten der Steuerzahler. Offiziell ist er seines Amtes enthoben worden, weil man ihn verdächtigte, ungerechtfertigten Lohn für seine Predigten erhalten zu haben. Aus dem Hintergrund soll er aber weiter die Fäden ziehen, vermuten die Ermittler.

Gift säten überdies Imame, die in Schweizer Gefängnissen tätig seien, schreibt Expertin Keller-Messahli. Der Grund liegt auf der Hand: Häftlinge sind besonders anfällig für extremistisches Gedankengut, zu ihrer kriminellen Energie kommt häufig eine Lebenskrise, in der sie den radikalen Sirengesängen leicht erliegen.

Dschihad-Fahrer: Zahl steigt sprunghaft

Die Islamistengefahr wird nicht nur in die Schweiz importiert, sie wird auch exportiert und später re-importiert. Von 2001 bis August 2017 erfasste der Nachrichtendienst des Bundes 89 Dschihad-Reisende, die sich von der Schweiz in Konfliktgebiete begaben und zum Teil noch immer dort sind. 75 gingen nach Syrien und in den Irak, vierzehn nach Somalia, Afghanistan und Pakistan. 24 sind gestorben, vierzehn sind in die Schweiz zurückgekehrt. Sie wollten für Allah töten. Wer garantiert, dass sie es nicht wieder tun oder andere dazu anstiften?

In den letzten Jahren stieg die Anzahl der Dschihad-Reisenden sprunghaft an: Bis Mai



Corina Eichenberger.

Ein allgemeines Verbot töne zwar gut, bleibe aber Illusion, sagt die Aargauer Nationalrätin Eichenberger.



Asylgrund Islamismus: Imam Abu Ramadan in Biel.

2013 waren es zwanzig, ein Jahr später bereits vierzig und im Mai dieses Jahres 88.

Interessant ist auch diese Statistik: Zwei Drittel der Personen, die aus der Schweiz in den heiligen Krieg gezogen sind, sind Ausländer, aber immerhin dreissig verfügen über einen Schweizer Pass, achtzehn davon sind Doppelbürger. Dies bestätigt Erfahrungen aus anderen Ländern: Zu Extremismus und im Extremfall zu Gewalt lassen sich auch Leute verleiten, die einen erheblichen Teil ihres Lebens, wenn nicht das ganze Leben in Europa verbracht haben und hier sozialisiert und radikalisiert worden sind.

Was ist zu tun?

Wie soll die Schweiz mit dem Islamismus umgehen? Kann man, wie der *Sonntagsblick* auf der Frontseite verkündete, den «radikalen Islam» einfach «verbieten»?

Ein allgemeines Verbot töne zwar gut, bleibe aber eine Illusion, sagt die Aargauer Nationalrätin und Sicherheitspolitikerin Corina Eichenberger (FDP). Sie hat recht: Ein liberaler Staat kann die Gesinnung der Bürger weder vorschreiben noch gewisse Ideen per Gesetz unterbinden. Man muss schon präziser durchgreifen.

Per 1. September tritt das neue Nachrichtendienstgesetz in Kraft. Bisher waren die Mittel

und Möglichkeiten der Prävention und Überwachung beschränkt. Der Nachrichtendienst durfte nur im öffentlichen Raum tätig sein. Neu darf er dies auch im privaten Raum, beispielsweise in Moscheen. Corina Eichenberger verspricht sich davon einen «Sicherheitsgewinn». Sobald zu Gewalt aufgerufen werde oder auch nur der Anschein davon entstehe, müsse strafrechtlich vorgegangen werden, so die FDP-Politikerin.

Einen weiteren Schritt sieht Eichenberger in der Verschärfung des Strafmasses, die Schweiz liege im internationalen Vergleich hinten. Die Vortaten zu einem extremistischen Akt müssten besser erfasst werden. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) habe endlich eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung geschickt, doch der Prozess verlaufe harzig.

SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz ist wie Corina Eichenberger Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) des Nationalrats. Für ihn beginnen die Massnahmen mit einem klaren «Bekenntnis der Muslime in der Schweiz gegen Extremismus und Terroris-



Adrian Amstutz.

Für Amstutz beginnen die Massnahmen mit einem klaren «Bekenntnis der Muslime in der Schweiz gegen Extremismus».

mus». Jeder Einzelne müsse sich auflehnen und dagegen wehren. Zudem seien alle Behördenvertreter vorab der Sicherheit im eigenen Land verpflichtet und nicht der gefährlichen Rücksichtnahme gegenüber radikalen Islamisten. Das gelte genauso gegenüber Links- und Rechtsextremisten.

Amstutz vergleicht die Situation mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten: «Hitler kam an die Macht, weil alle schwiegen, und nicht, weil alle Deutschen Nazis und Mörder gewesen wären.» Imame wie Abu Ramadan seien «Brandbeschleuniger».

Die vom Bundesrat letzte Woche befürwortete Idee, im Schweizer Militär Imame als Seelsorger einzusetzen, lehnt Amstutz ab. Zuvor hatte sich schon der neue Chef der

Armee, Philippe Rebord, für die Zulassung von Militär-Imamen ausgesprochen. Amstutz hält dagegen, muslimische Soldaten, die in einer persönlichen Krise stecken, könnten sich an den psychologischen Dienst wenden.

Im Brennpunkt der Diskussionen steht die Frage, ob der Schweizer Staat an seinen Universitäten selber Imame ausbilden soll. Die Be-

fürwörter argumentieren, so könne man einen gemässigten Islam vermitteln und verhindern, dass Radikalgeistliche von irgendwoher eingeflogen würden. SVP-Mann Amstutz bleibt skeptisch. Er misstraut auch Vorbetern, die in der Schweiz ausgebildet würden. Sie könnten sich «insgeheim zu einem radikalen Islam bekennen». Weiter plädiert er dafür, die Moscheen öffentlich zugänglich zu machen, wie das ja auch bei den katholischen und reformierten Kirchen der Fall sei.

Transparenz könnte auch heilsam sein, was die Finanzierung von Moscheen und anderen islamischen Institutionen betrifft. Oft werden hierbei Geldquellen aus dem Ausland, etwa aus Saudi-Arabien, vermutet, was den Einfluss des Radikalislam salafistischen Zuschnitts stärkt.

Schwarzer-Peter-Spiel der Behörden

Fraglich ist, ob die Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden wunschgemäss funktioniert. Im Fall Abu Ramadan entstand zeitweise der Eindruck, der Schwarze Peter werde zwischen Gemeinde-, Kantons- und Bundesbehörden hin und her geschoben. Der Nachrichtendienst wehrt sich allerdings gegen den Vorwurf, untätig geblieben zu sein. Die Sicherheitsbehörden ermittelten seit 2005 «in mehreren Fällen» gegen den Bieler Hassprediger, schreibt der NDB auf Anfrage der *Weltwoche*. Seit Ende 2016 seien Ermittlungen wegen des Verdachts auf Radikalisierung und Aufrufs zur Gewalt hinzugekommen. Diese Ermittlungen seien noch im Gang.

Wie die Schwierigkeiten, Brandstifter im Stil eines Abu Ramadan auszuweisen, zeigen, hängt die Islamismusfrage eng mit der Migrationspolitik zusammen. Viele Extremisten kommen über die Asylschiene ins Land. Will man die Sicherheit stärken, müssen die Eintrittskontrollen verschärft werden. Es gibt keinen Grund, weshalb Verfolgte – wenn sie es denn wirklich sind – aus Afrika oder dem Nahen Osten über Tausende von Kilometern durch mehrere sichere Länder bis in die Schweiz reisen sollen, um hier um «Schutz» nachzusuchen. Umgekehrt klemmt es bei den Ausschaffungen und Rückführungen, obwohl die gesetzlichen Grundlagen da sind.

Ein nicht zu vernachlässigender Punkt ist schliesslich das Selbstbedienungsbüffet, das wir den Ausländern offerieren. Szenekenner Kurt Pelda hat in verschiedenen Artikeln in der *Weltwoche* auf den Zusammenhang zwischen Sozialhilfe und Radikalisierung hingewiesen. Die meisten Extremisten lebten von der Fürsorge, erst dadurch hätten sie Zeit, sich ihren radikalen Fantasien hinzugeben. Nimmt man diese Erkenntnis ernst, müsste man seriös darüber diskutieren, die Sozialhilfe an Ausländer einzuschränken. Warum sollte man nicht eine Wartefrist von zehn oder zwanzig Jahren einführen? Die Attraktivität der Schweiz für Islamisten würde auf einen Schlag sinken. ○

Sicherheit

«Ich teile die Empörung»

Bundesrat Guy Parmelin setzt im Kampf gegen Hassprediger auf das neue Nachrichtendienstgesetz. Die Schliessung von Moscheen falle aber weiterhin in die Kompetenz der Kantone. Von Roger Köppel



«Die Schweiz ist keine Insel»: Verteidigungsminister Parmelin.

Herr Bundesrat, was war Ihr erster Gedanke, als Sie hörten, dass da einer in Biel anscheinend muslimische Hasspredigten hält und gleichzeitig über eine halbe Million an Sozialhilfe kassierte?

«Unmöglich. Gibt es das in der Schweiz?»

Das war die spontane Reaktion. Dann der Gedanke: «Der Mann bekam Sozialhilfe – das ist die Verantwortung der Gemeinden und des Kantons. Was ist in Biel los? Was ist mit den Kontrollen los?»

War der Imam von Biel auf der Liste des Nachrichtendienstes des Bundes? Wenn ja: Was konkret hat der NDB gemacht?

Der NDB ermittelte zusammen mit anderen Sicherheitsbehörden seit 2005 in mehreren Fällen gegen den Imam. Seit Ende 2016 wird gegen ihn wegen Verdacht auf Radikalisierung und Aufruf zur Gewalt ermittelt. Der NDB hat im Rahmen seiner gesetzlichen Möglichkeiten gehandelt, damit auch innerhalb der rechtlichen Grenzen, die ihm beim Thema Gewaltextremismus gesetzt sind. Der Vorwurf, der Nachrichtendienst habe nicht gehandelt, läuft also ins Leere.

Wie gefährlich ist der Islamismus in der Schweiz? Auf einer Skala von eins bis zehn?

Ich möchte das nicht auf einer Skala bewerten. Wir müssen uns bewusst sein,

dass der dschihadistische Islamismus eine reale Bedrohung darstellt. Die Schweiz ist keine Ausnahme, die Bedrohung bleibt auch hier erhöht. Im Zusammenhang mit dem Islamismus haben wir es mit zwei Phänomenen zu tun. Einerseits mit Personen, die andere ausbilden, um Terror zu machen. Die muss und kann man stoppen. Andererseits aber gibt es diejenigen, die hetzerische Reden halten. Da ist es nach heutigem Rechtsstaat schwierig, einzuschreiten. Der Nachrichtendienst war bisher an das schwache Gesetz gebunden. Das neue Nachrichtendienstgesetz, welches am 1. September in Kraft tritt, eröffnet uns neue Möglichkeiten.

Hat sich das Risiko seit Barcelona erhöht?

Ich spreche von einem erhöhten Risiko, das in den letzten Monaten gleich geblieben ist. Man muss sich jedoch bewusst sein: Ein Attentat ist auch in der Schweiz möglich.

Ist der Bieler Imam die Spitze des Eisbergs oder ein Einzelfall?

Der Imam von Biel ist nicht der einzige auf dem Radar des NDB. Personen, die beispielsweise politische oder ideologisch-extremistische Äusserungen vertreten, dürfen nicht in das Aufgabengebiet des NDB fallen, solange kein konkreter Gewaltbezug feststellbar ist. Erst wenn solche Gewaltbezüge identifiziert sind, darf der NDB aktiv werden

und zum Beispiel präventive Ansprachen durchführen oder Einreiseverbote beim Fedpol beantragen.

Warum laufen solche Leute frei herum?

Die Rahmenbedingungen hat das Parlament festgelegt. Das Gesetz verbietet dem Nachrichtendienst ausdrücklich, gegen Extremismus vorzugehen, solange das konkrete Gewaltelement fehlt.

Ich orte eine gewisse Schizophrenie: Man ruft laut aus, wenn man solche Imam-Geschichten hört, aber wenn es darum geht, den Behörden bessere Instrumente dagegen zu geben, sagt



man nein. Deshalb: Wir brauchen das neue Nachrichtendienstgesetz, aber auch das Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs.

Was genau fehlt?

Sie können in der Schweiz nicht einfach jeden verhaften, der aufwieglische oder anstössige Reden hält. Sonst kann sich in der Schweiz niemand mehr frei äussern. Das Verwaltungsgericht würde so etwas auch nie akzeptieren. Mit den neuen Gesetzen aber geben wir den Behörden die Mittel, zum Beispiel die Vorgeschichte bestimmter Islamisten genauer zu erforschen, ihre Kontakte zu gewalttätigen Gruppen zu untersuchen, Fakten zu sammeln, die eine spätere Strafverfolgung möglich machen.

Der Tages-Anzeiger schreibt, es habe in der Schweiz bereits drei Pläne für Terroranschläge gegeben, die nur dank polizeilicher Intervention verhindert worden seien.

Solche Meldungen kommentiere ich nicht. Aber wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass die Schweiz ein mögliches Ziel dieser islamistischen Terroristen sein kann. Islamischer Staat, al-Qaida und andere Organisationen haben dem Westen den Krieg erklärt, wir sind Teil dieser westlichen Welt. Die Frage lautet nicht: Warum gab es noch keine Anschläge? Die Frage ist: Wann könnte es Anschläge geben? Und vor allem: Wie verhindern wir sie?

Bietet die Neutralität keinen Schutz?

Nein, die Neutralität spielt keine Rolle. Wir wissen, dass Islamisten, die mit den Terroranschlägen von Barcelona in direkter Verbindung stehen, in die Schweiz gekommen sind. Warum sie dies taten und was genau sie hier machten, das wissen wir nicht. Die Schweiz ist keine Insel. Deshalb nochmals: Geben wir dem Nachrichtendienst und der Polizei die besseren Instrumente, damit wir das herausfinden und die Schweiz besser schützen können.

Können wir eine Moschee schliessen, in der ein Imam Allah auffordert, Christen, Juden und Russen auszulöschen?

Nein. Das können wir nicht. Wenn er allerdings konkret zu Terrorismus anstachelt oder Leute in den Dschihad schickt, dann haben wir mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz bessere Instrumente, um dagegen anzukämpfen.

Und wenn der Imam konkret zur Ermordung bestimmter Leute aufruft?

Sie zeigen exakt auf die Schwierigkeiten der heutigen Grauzone. Ein solcher Fall wird den Strafverfolgungsbehörden übergeben. Die Schliessung einer Moschee fällt nicht in das Aufgabengebiet des NDB, sondern ist eine kantonale Angelegenheit.

Was sagen Sie den Leuten in Ihrer Partei, die jetzt fordern, dass man keine Muslime mehr ins Land lassen soll? Die null Verständnis dafür haben, wie uns Radikale auf der Nase herumtanzen?

Ich habe für diese Empörung Verständnis, ich teile sie auch. Aber ich muss gleichzeitig betonen, dass die Schweiz ein Rechtsstaat mit westlicher Kultur ist. Jeder, der sich an die Gesetze hält, darf hier leben, unabhängig von seiner Religion und Meinung.

Kommunistenführer Lenin war auch eine Art Hassprediger, der in der Schweiz Asyl genoss und die Beseitigung jener Gesellschaftsform forderte, die ihm half. Müssen wir solchen Unfug tolerieren?

Hier geht es um das delikate Gleichgewicht zwischen Meinungsäusserungsfreiheit und Neutralität. Wenn eine Person zur Gefahr

«Der Imam von Biel ist nicht der einzige auf dem Radar des NDB.»

für unsere Neutralität wird, wenn sie zum Beispiel aus der Schweiz heraus den Klassenkampf mit Einsatz von Gewalt organisiert, muss gehandelt werden.

Laut Medienberichten setzt sich der Bundesrat für Imame in der Schweizer Armee ein. Wenn ja, was soll das bringen?

Derzeit fehlen die geforderten Voraussetzungen, um muslimische Geistliche in der Armeeseelsorge integrieren zu können. Erforderlich wäre eine anerkannte theologische Ausbildung in der Schweiz oder einem Nachbarstaat. Weiter brauchte es ein zweifelsfreies Bekenntnis zur Schweiz, die Bereitschaft, sich den Strukturen der Armee unterzuordnen und für sämtliche Angehörige der Armee, ungeachtet ihrer Konfes-

sion, als Armeeseelsorger im Rang eines Hauptmanns seelsorgerisch tätig zu sein.

Bleiben wir zum Schluss gleich bei der Armee. Bundesratskandidat Pierre Maudet sagt, eine 20 000-Mann-Armee würde reichen für die Schweiz. Hat er recht?

Herr Maudet hat diese Idee vor der Parlamentsdebatte angestossen. Nun hat das Parlament anders entschieden. Wir setzen bei der Armee eine andere Konzeption um mit 100 000 Mann. Das ist der Auftrag, der aus einem sorgfältigen politischen Prozess hervorgegangen ist.

Was sind die grössten Knacknüsse bei der jüngsten Armee reform?

Die Reform wird 2022 abgeschlossen sein. Auf dem Weg dorthin ergeben sich laufend Detailprobleme, die dann vielleicht auch mal die Emotionen hochgehen lassen. Aber die Marschrichtung stimmt. Wir sind auf Kurs. Die Leute sind bereit und motiviert.

Wie viele neue Kampffjets wollen Sie kaufen? Bitte eine Zahl.

Wenn Sie mir die Milliarden und die Flughäfen geben ... (Lacht) Ernsthaft: Es geht um den Schutz der Bevölkerung. Wir werden dem Bundesrat das Geschäft so bald wie möglich unterbreiten, damit er einen Richtungsentscheid fällen kann. Entscheidend ist, dass wir eine überzeugende Gesamtkonzeption vorlegen. Wir sollten nicht nur auf die Flieger schauen, sondern auf die gesamten Mittel zum Schutz unseres Luftraums, am Boden und im Bereich Cyber. Das Stichwort heisst Glaubwürdigkeit.

Kann man auf die Flieger verzichten?

Machen Sie Witze? Wir können nicht sagen, wir seien ein neutraler, unabhängiger Staat, und dann bei der Verteidigung des Luftraums auf ausländische Hilfe angewiesen sein.

Auch beim Heer stehen milliardenschwere Erneuerungen an. Ihre Prioritäten?

Die interne Diskussion läuft. Es braucht auch eine Expertengruppe. Momentan haben wir eine Revolution in der Waffentechnologie. Wir müssen genau herausfinden, was wir benötigen. Ich will nicht der Minister sein, der den letzten Schrei der alten Generation einkauft.

Es gilt, Bundesrat Didier Burkhalter abzulösen. Werden Sie ins Aussendepartement wechseln?

Joker. Ich lasse diese Frage offen. Bei Departementsverteilungen sind immer viele Dinge möglich. Aber wie sagte doch die Bundespräsidentin: «Um ein Ressort zu prägen, braucht es vier bis sechs Jahre.»



Den eigenen Hunger stillen: Ständeräte Konrad Graber (l.), Pirmin Bischof, (M.), Isidor Baumann (r.), alle CVP.

Füchse bewachen den Hühnerstall

Die «Altersvorsorge 2020» ist das Resultat einer eigennützigen, unsolidarischen Interessenspolitik. Die Befürworter im National- und Ständerat gehören altersmässig zu den Profiteuren.

Von Christoph Mörgeli

Wir wissen es spätestens seit den Forschungen des amerikanischen Nobelpreisträgers James M. Buchanan: Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind keine schlechten Menschen, aber schwache Menschen. Sie sind leider in der Regel getrieben von egoistischem Eigennutz und schaden damit dem öffentlichen Leben. Selbstverständlich wollen die Politiker wiedergewählt werden und machen sich darum mit bestimmten Versprechen bei bestimmten Wählergruppen beliebt – was nur auf Kosten der Allgemeinheit funktioniert. Diese «Schacherdemokratie» lässt sich besonders gut bei der Rentenreform aufzeigen, über die am 24. September Volk und Stände befinden.

Die Volks- und Landesvertreter haben die bundesrätliche Vorlage gemäss den ehernen Gesetzen des Buchanan-Prinzips verschlechtert: Die Politikerinnen und Politiker machen gerne auf Weihnachtsmann; sie versprechen allen über 45-jährigen Neurentnern siebzig zusätzliche AHV-Franken pro Monat. Die Erhöhung der Ehegattenrenten soll genau wie die siebzig zusätzlichen Franken durch Lohnprozente

finanziert werden. Die Mehrwertsteuer erhöht Bundesbern in zwei Etappen um 0,6 Prozent. Weitere Staatseingriffe betreffen einen tieferen Mindestumwandlungssatz bei der zweiten Säule der beruflichen Vorsorge.

Generation Ego im Ständerat

Ein Komplott der Ständeräte Paul Rechsteiner (SP), Urs Schwaller (CVP), Christine Egerszegi (FDP) und Verena Diener (GLP) im Verbund mit Sozialminister Alain Berset (SP) sorgte für ein unverantwortliches Ausbaukonzept unter Aushebelung des Bundesrates. Mit brutaler Konsequenz verweigerten sie Kompromisse und drückten das Diktat ihres AHV-Ausbaus für Arm und Reich durch. Gewerkschaftspräsident Rechsteiner konnte schliesslich erklären, seine siegreiche Vorlage setze mehr als die Hälfte der vom Volk abgelehnten «AHV plus»-Initiative» um.

Wie konnte es zu diesem Gesetz gegen die Jungen und gegen die Rentner kommen? Die Antwort ist einfach: Die mittelalterlichen Politiker wahrten konsequent ihre Interessen. Dass sie

dabei ungedeckte Checks einlösen und ihre Renten mit der Kreditkarte unserer Kinder finanzieren, ist ihnen gleichgültig. Von den Ständeräten gehören nicht weniger als 21 der 27 Ja-Stimmenden zur Gruppe der Rentenabzocker. Es handelt sich bei diesen «Ständeräten in eigener Sache» um Isidor Baumann, 61, Didier Berberat, 60, Pirmin Bischof, 58, Robert Cramer, 63, Stefan Engler, 57, Erich Ettl, 55, Anita Fetz, 60, Jean-René Fournier, 59, Konrad Graber, 59, Brigitte Häberli, 59, Peter Hegglin (56), Daniel Jositsch, 52, Christian Levrat, 47, Filippo Lombardi, 61, Werner Luginbühl, 59, Liliane Maury Pasquier, 60, Beat Rieder, 54, Géraldine Savary, 48, Anne Seydoux, 59, Beat Vonlanthen, 60, und Roberto Zanetti, 62.

Profiteure im Nationalrat

Auch im Nationalrat setzte eine Mitte-links-Koalition mit knappstmöglicher Mehrheit den unsolidarischen Ausbau durch. Damit verweigerte sich die Grosse Kammer ebenfalls einem echten, breit getragenen Kompromiss und wollte nichts von langfristig sicheren Renten

wissen. Selbstverständlich gaben auch in dieser Koalition von SP, Grünen, CVP und Lega die altersmässigen Profiteure der Vorlage den Ton an. Die CVP half führend mit, den marktwirtschaftlich-privaten Versicherungscharakter der Pensionskassen zu zerstören. Wenn der SP-Vertreter Corrado Pardini frohlockte, es sei nun «vorbei mit dem Aushungern der AHV», dürfte er mit seinen 52 Jahren nicht zuletzt an die Stillung des eigenen Hungers gedacht haben. Seine Parteigenossin Silvia Schenker urteilte: «Scheitert diese Reform, ziehen Frauen den Kürzeren.» Sicher ist: Als 63-Jährige würde sie persönlich nicht den Kürzeren ziehen.

Auch SP-Nationalrätin Barbara Gysi rühmte die Reform: «Davon profitieren dann auch viele Teilzeitler.» Profitieren darf vor allem die 53-jährige Teilzeitpolitikerin Barbara Gysi. Ruth Humbel meinte: «Ja, wir können uns die siebzig Franken leisten.» Dieses «wir» der Christlichdemokratin ist insofern etwas problematisch, als die 60-Jährige selber zu den Empfängerinnen gehört. Ihre Parteikollegin Barbara Schmid-Federer erklärte: «Wird die Altersreform angenommen, profitieren Personen, die 45 oder älter sind, von der sogenannten Besitzstandswahrung.» Was sie nicht sagte: Als 51-Jährige gehört auch sie zu den wackeren Wahrerinnen ihres Besitzstandes.

Ruinieren statt sichern

Finanzspritzen mit Milliardenbeträgen, deutlich höhere Mehrwertsteuern, zusätzliche Lohnprozente – mit diesen Massnahmen sichert sich die im Parlament am besten vertretene Generation der 45- bis 65-Jährigen ihre eigene Altersvorsorge. Nur verschafft sie sich die Verschnaufpause auf Kosten der bisherigen Rentner: Diese erhalten keine siebzig zusätzlichen Franken, sondern tragen zusätzliche Mehrwertsteuern. Aber auch die unter 45-Jährigen gehören zu den Verlierern; sie erhalten nicht nur keine siebzig Franken, sondern bezahlen die zusätzlichen Mehrwertsteuerprozente ebenso wie die höheren Lohnabzüge. Und sie müssen wissen, dass die AHV durch die Rentenreform mit unverantwortlichem Ausbau per Giesskanne für eine bevorzugte Generation in zehn Jahren bereits wieder rote Zahlen schreibt. Denn das Parlament hat beschlossen, die Renten nicht nachhaltig zu sichern, sondern sie im Interesse der 45- bis 65-Jährigen auszubauen. Das Finanzierungsproblem der Renten für die immer älter werdenden Mitmenschen wird ganz einfach um ein paar Jahre verschoben. Mögen sich doch unsere Nachkommen mit dem so entstehenden Druck auf eine Erhöhung des Rentenalters und zusätzliche Steuererhöhungen auseinandersetzen!

Es sind schlaue Füchse, die im Bundesparlament an der Staatskasse sitzen und über unsere Renten bestimmen. Dass Füchse auch an sich selber denken, liegt in der Natur der Sache. Fatal ist nur, dass wir diesen Füchsen die Überwachung des Hühnerstalls anvertrauen. ○

Altersvorsorge

Gefragte Dissidenten

Die Rentenreform hat das Parlament entzweit. Jetzt wuchert der Spaltpilz in den Parteien. Auch die CVP bleibt nicht verschont.

Als das von der CVP betreute Komitee «Ja zur Rentenreform» seine Argumente auspackte, stand eine Freisinnige im Zentrum. Christine Egerszegi, langjährige FDP-Parlamentarierin, stellte sich quer zu ihrer eigenen Partei, welche die Reform «Altersvorsorge 2020» wuchtig ablehnt. Das war zwar kein Novum. Trotzdem war ihr nationale TV-Präsenz sicher.

«Wie du mir, so ich dir»: Getreu diesem Motto hat das von der FDP betreute Komitee «Nein zur Rentenreform» zurückgeschlagen. An der Medienkonferenz präsentierten die Gegner Susan Diethelm. Die Genannte ist zwar keine nationale Leuchtgestalt wie Egerszegi. Aber Diethelm war während dreieinhalb Jahren Geschäftsführerin der CVP Aargau, und sie war 2015 als Nationalratskandidatin willkommen. Dass sie jetzt zuvorderst gegen die von der CVP mitgestaltete Rentenreform ankämpft, dient ihrer Partei nicht. Wir haben die Dissidentin getroffen, um zu erfahren, weshalb sie die christlichdemokratische Solidargemeinschaft torpediert.

Susan Diethelm nimmt kein Blatt vor den Mund. Sie spricht von einem «faulen Kompromiss». Als knapp Vierzigjährige wolle sie eine Rentenreform, welche die AHV langfristig sichere. Diese Vorlage bringe aber «herzlich wenig, weil so die Altersvorsorge nicht auf ein stabiles Fundament gestellt wird», sagt Diethelm. Dass die CVP im Parlament Hand geboten habe «zu dieser Zwängerei», könne sie unmöglich davon abhalten, nein zu sagen.

Dies gesagt, betont die dezidierte Gegnerin der Rentenreform, sie sei nicht auf Kollisionskurs zur CVP. Unverständlich sei aber, so Diethelm, dass die CVP ihr eigenes Programm negiere, indem sie nicht die Sicherung der AHV anpeile, sondern deren finanziell ungesicherten Ausbau. «Dieser Schlingerkurs ist unglaublich.» Fatal sei auch, dass die CVP ungehemmt mit SP und Gewerkschaften kollaboriere. Der bürgerliche Flügel der CVP, dem sich Diethelm zuordnet, werde so weiter marginalisiert. «Ich kenne weitere Mitglieder in der CVP, die so denken wie ich. Aber sie sagen nichts.»

Gleichgewicht des Schreckens

Es gibt tatsächlich wenige Exponenten in der CVP, die es wagen, sich um Kopf und Kragen zu reden. Im Baselbiet engagiert sich der ehemalige CVP-Nationalrat Walter Jermann im Nein-Komitee. Der Rechtsausleger stiess seine Nordwestschweizer «Parteifreunde» vor den Kopf. Aus Zürich fauchte ihm Nationalrätin



Langfristige Sicherung: CVP-Politikerin Diethelm.

Kathy Riklin via Twitter ein unfreundliches «Hinterbänkler» zu.

Es gehört zu den Bösartigkeiten von Abstimmungskämpfen, dass hüben und drüben versucht wird, Zwietracht im anderen Lager zu säen. Beim Showdown um die Rentenreform wird wenigstens insofern niemand benachteiligt, als ein Gleichgewicht des Schreckens vorherrscht. Der SP sitzen die Jungsozialisten im Nacken. Die SVP ist uneins mit dem Bauernverband. Die FDP sieht sich mit ihrer Aargauer Mutter Courage und mit anderen Dissidenten, etwa dem St. Galler Regierungsrat Martin Klöti, konfrontiert.

Es geht für alle Parteien um viel am 24. September, für die CVP wohl noch um ein bisschen mehr. Die Partei, die sich als bürgerlich-soziale Kraft neu erfinden will, ist drauf und dran, ihren bürgerlichen Flügel weiter zu stützen. Immerhin haben es die Parteistrategen geschafft, rechtzeitig ihre Nachwuchssektion zu disziplinieren. Noch 2015 schoss der damalige Präsident der Jungen CVP, Jean-Pascal Ammann, aus allen Rohren gegen die Rentenreform. Kaum hatte der Ständerat seine AHV-Ausbaupläne geboren, wettete Ammann: «Ein Sieg für die Rentner, eine Niederlage für die Jungen!» Speziell unglücklich sei, dass die Beschlüsse des Ständerats von der CVP und einzelnen FDP-Vertretern mitgetragen würden. Unter dem neuen Präsidenten der Jungen CVP, Tino Schneider, hat der Wind gedreht. Man unterstütze die Vorlage klar, weil die Einsicht überwogen habe, «dass keine Reform die schlechteste Lösung wäre». Auf Anfrage betont Schneider: «Wir Jungen sind von der Mutterpartei nicht unter Druck gesetzt worden.» René Zeller



Zweifel bleiben bestehen: Bundesrat Burkhalter, Staatssekretärin Baeriswyl, Diplomat Rossier.

Burkhalters seltsame Methoden

Der Schweizer Aussenminister hat nicht bloss in der EU-Politik Verwirrung hinterlassen, sondern auch in seiner Personalpolitik. Bei der Besetzung von Spitzenpositionen wurden Auswahlverfahren ausgehebelt und Bestplatzierte übergangen. *Von Hubert Mooser*

Bundesrat Didier Burkhalter (FDP) wird seiner Nachfolgerin oder seinem Nachfolger personell ein schwieriges Erbe übergeben. In seiner Amtszeit glich die Besetzung von Topkaderstellen im Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) eher einer Lotterie als einem strukturierten Vorgehen. Dies geht aus einem Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle hervor, der im Frühjahr erschienen ist.

Die Prüfer kritisierten, dass ein Grossteil der Topstellen im EDA nicht sauber nach Qualifikation vergeben worden sei. Bei vielen Ernennungen wurden die Vorschläge der Direktion für Ressourcen von den oberen Hierarchiestufen umgestossen. Wer dafür verantwortlich ist, lässt sich nicht mehr nachvollziehen, weil viele Unterlagen zu Stellenbesetzungen in den Jahren 2012 bis 2016 verschwunden sind.

Seit Erscheinen des kritischen Berichts rätselt die Schweiz, um welche Topstellen es sich dabei handelt. Der Bericht selbst nennt keine Namen. Nun zeigen Recherchen der *Weltwoche*, die sich auf die nachvollziehbaren Angaben von Insidern stützen, dass auch absolute Spitzenpositionen betroffen sind.

Angefangen bei Pascale Baeriswyl, der neuen Staatssekretärin, nach dem Vorsteher die Nummer zwei im EDA.

Burkhalter begründete Baeriswyls Wahl ganz speziell mit dem Ergebnis des Auswahlverfahrens. Vor den Medien und im Bundesrat betonte er, Baeriswyl habe «bei jeder Runde den ersten Platz belegt». Burkhalter gab damit zu verste-

hen, dass Baeriswyl aufgrund eines sauberen Verfahrens den Job erhielt. Darüber gibt es aber nicht bloss im EDA berechnete Zweifel.

Um das zu verstehen, muss man Burkhalters Personalpolitik der vergangenen Jahre etwas genauer anschauen. Als Burkhalter vom Departement des Innern ins EDA wechselte, zügelte er auch seinen Hofstaat mit. Der frühere Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen, Yves Rossier, wurde EDA-Staatssekretär, der bisherige Generalsekretär des Departements des Innern, Benno Bättig, wurde neu Generalsekretär des EDA. Burkhalter überliess diesen beiden die Personalpolitik. Es ging nicht lange, bis Rossier seinen *copain* Benoît Rohrbasser als Personalchef ins Amt holte. Aber schon bald hiess es, Rohrbasser sei den Anforderungen eines EDA-Personalchefs nicht gewachsen.

Fehlbesetzung

Rohrbassers Chefin Helene Budliger Artieda, welche die Direktion für Ressourcen von 2008 bis 2015 leitete, versetzte ihn dann still und leise in die interne Revision. Er durfte seine Lohnklasse behalten. Zum Erstaunen einiger Mitarbeiter im EDA kontrollierte Rohrbasser nun die Einhaltung der Personalprozesse, die er selber offenbar nicht beherrschte. Als neuer Personalchef wurde Bernard Jaggy installiert, ein Diplomat ohne nennenswerten Leistungsausweis. Jaggy musste kein Selektionsverfahren durchlaufen, er musste sich keiner Konkurrenz stellen. Er bekam den Job unter der Hand von Artieda.

Gewisse Auswahlverfahren wurden offenbar nur zum Schein inszeniert. Im Oktober 2013 wurde bekannt, dass Martin Dahinden den Chefposten der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) abgibt. Staatssekretär Rossier und EDA-Generalsekretär Bättig liessen sogleich die Stelle ausschreiben. Die Nachfolge des Deza-Direktors wurde in einem aufwendigen, über sieben Monate dauernden Verfahren aufgegleist. Laut Insidern lagen ausgezeichnete interne und externe Bewerbungen vor, ein eigens eingesetzter Konsulent begleitete den Prozess. Die Kandidaten wurden durch Assessments geschleust, es wurde viel Geld ausgegeben. Am Schluss stand eine Shortlist mit vier Namen: Auf Rang eins dieser Liste figurierte der Spitzendiplomat Thomas Greminger. Er war der ständige Vertreter der Schweiz bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Direktor der Deza wurde jedoch nicht Greminger, sondern der frühere Schweizer Botschafter in Washington, Manuel Sager, der sich nie für diesen Posten beworben hatte, wie er selber gegenüber der *Weltwoche* bestätigt. Sager hatte sich 2013 für den Posten als Deza-Bereichsleiter Ost beworben und erhielt diesen auch zugesprochen. Dann aber wurde auf Departementsebene der Prozess ausgehebelt und Sager aufgefordert, die Deza-Direktion zu übernehmen. Der freundliche und korrekte Jurist wird heute im linken wie im rechten politischen Lager als Fehlbesetzung bezeichnet.

Er erfülle das geforderte Profil nicht, weder fachlich noch als Manager.

Baeriswyl galt als zu unerfahren

Das Wahlprozedere für den Nachfolger von Staatssekretär Yves Rossier im Jahr 2016 wurde anders als bei der Deza-Direktion im Schnellverfahren durchgespielt. Mitte August gab Burkhalter vor versammeltem Diplomatenkorps bekannt, Rossier werde künftig etwas anderes machen. Ende August wurde seine Stelle ausgeschrieben, Ende September stand der Entscheid bereits fest. Das eigentliche Auswahlverfahren dauerte aber gemäss EDA-internen Quellen bloss zwei Wochen und fiel ausserdem mitten in die grösste Stressphase der Abteilung. Im September laufen die sogenannten Versetzungsverfahren für jene Mitarbeiter, die ihre Jobs in der Regel alle vier Jahre wechseln müssen. Diesmal hatte die Direktion für Ressourcen zusätzlich noch die Prüfer der Eidgenössischen Finanzkontrolle im Haus, welche die Stellenbesetzungen der letzten Jahre begutachteten. Trotz Zeitdruck wurde ein Auswahlverfahren aufgegleist.

Es gab intern eine Shortlist mit sechs Namen, die von Generalsekretär Benno Bättig und dem neuen Direktor für Ressourcen, Jacques Pitte-loud, betreut wurde. Auf der Liste standen: Bernardino Regazzoni, Botschafter in Paris. Pascale Baeriswyl, die Nummer zwei in der Direktion für Völkerrecht. Botschafter Thomas Greminger, inzwischen Nummer zwei bei der Deza, Livia Leu, Botschafterin im Seco, Christine Schraner, Botschafterin in Deutschland. Und der Schweizer EU-Botschafter in Brüssel, Roberto Balzaretto. Baeriswyl galt als die unerfahrenste Kandidatin auf dieser Liste mit wenig Chancen.

Drei Tage vor der Wahl publizierte die *Zentral-schweiz am Sonntag* die komplette und korrekte Shortlist. Dies war insofern interessant, als der Name von Baeriswyl als Mitbewerberin nur wenigen bekannt war. Und die Zeitung wusste noch mehr zu berichten. Regazzoni habe die besten Karten, gleich hinter ihm klassiert seien Leu und Balzaretto. Baeriswyl und die anderen seien out. Am darauffolgenden Montag empfing Burkhalter Regazzoni, Balzaretto und Baeriswyl (statt Leu) zum Gespräch. Danach entschied sich der Aussenminister für Baeriswyl. Topkandidat Greminger durfte sich nicht einmal vor Burkhalter präsentieren.

Wurden also auch hier wieder Personalprozesse ausgehebelt? Eigentlich müsste die Finanzkontrolle diese Frage beantworten können, da ihre Prüfer das Auswahlverfahren live vor Ort miterlebten. Aber Fehlanzeige. «Wir haben den Prozess für Stellenbesetzungen im Topkader des EDA geprüft, aber nicht das Wahlverfahren für den neuen Staatssekretär», sagt Michel Huissoud, der Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle auf Anfrage. Begründete Zweifel an der Nomination von Baeriswyl bleiben bestehen. ○

Konjunktur

Ampeln auf Grün

Swissmem-Präsident Hans Hess fordert von den Banken günstige Wachstumskredite für KMU. Funktioniert der Markt nicht?

Die Unternehmen der Maschinenindustrie haben sich grossenteils an den erstarkten Franken angepasst und sind daran, die Tourenzahl zu erhöhen. Swissmem, der Branchenverband der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, hat soeben gemeldet, die Exporte hätten im ersten Semester den Vorjahreswert um gut zwei Prozent übertroffen, die Kapazitäten seien zu 88 Prozent ausgelastet – was hoch ist –, und die Stellenausschreibungen legten seit einem Jahr deutlich zu. Laut Swissmem-Präsident Hans Hess stehen «erstmal seit Jahren fast sämtliche Ampeln wieder auf Grün». Die Indikatoren für die weltweite Konjunktur seien so positiv wie lange nicht mehr. Die Branche habe nach zehn mageren Jahren und dem Abbau von 10 Prozent der Stellen (30 000 Arbeitsplätze) nun die Chance, endlich wieder etwas Geld zu verdienen und dieses in die Zukunft zu investieren.

Das tönt unternehmerisch. Auf sechs Gebieten, so Hess, müsse man jetzt besondere Anstrengungen unternehmen, wenn man wirklich auf einen Wachstumspfad kommen wolle, etwa bei Innovationen oder Digitalisierung, und eines davon betreffe die «Wachstumsfinanzierung». Und in diesem Moment war man plötzlich in einem anderen Film: Hess sagte, natürlich brauche es auch unternehmerischen Mut, aber letztlich sei Geld der Sauerstoff des Aufschwungs. Nicht nur Start-ups benötigten Kapital, auch gestandene KMU brauchten

Swissmem scheint mit dem Appell in das Rennen um Aufmerksamkeit bei diesem Thema einzusteigen.

mehr Eigenkapital und mehr risikobereites Fremdkapital. Er wandte dann zwar ein, eine direkte staatliche Förderung von Firmen beispielsweise durch einen Staatsfonds wäre der falsche Weg. Aber die Begründung lässt aufhorchen: Ein Staatsfonds, der sich an der Werterhaltung orientieren müsste, würde, so Hess, nach den gleichen Kriterien Kredite vergeben, wie dies die im Wettbewerb stehenden Banken heute täten. Deshalb brächten solche Institutionen gegenüber bestehenden Finanzierungs-kanälen keinen Mehrwert.

Wie könnte denn ein so verstandener Mehrwert geschaffen werden? Durch mildere Kriterien bei der Kreditvergabe? Dadurch, dass man beim Investieren weniger genau auf die Rentabilität schaut? Die Swissmem-Führung sagt,



Grundsätzlich zufrieden: Endmontage bei MAN.

das sei einfach ein Appell an die Banken, den KMU gerade jetzt günstige Wachstumskredite zu geben – aber es ist nicht klar, was Hess mit seinem Vorstoss genau meint. Es trifft sich allerdings, dass kurz zuvor der Kollegen-Verband Swissmechanic eine Studie veröffentlicht hatte, in der von einem Investitionsloch und einer Kreditdürre die Rede ist; von KMU, die in neue Technologien investieren möchten, von denen aber etliche bei Banken keinen Kredit bekämen. Swissmem scheint mit dem schillernden Appell in das Rennen um Aufmerksamkeit bei diesem Thema einzusteigen.

Seit langem stabil

Wie schwierig ist es für KMU tatsächlich, an Kredite und Finanzierungen heranzukommen? Mit dieser Frage befasst sich seit längerem das Ressort KMU-Politik des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Ressortleiter Martin Godel weist darauf hin, dass die Finanzierung der kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz seit langem stabil sei. Zwei Drittel aller Unternehmen operierten ohne Bankkredite, und die Quote der KMU, deren Kreditanfragen bei Banken abgewiesen würden, liege lediglich bei 6 Prozent. Das Seco stützt sich unter anderem auf eine Erhebung der Hochschule Luzern (IFZ) unter gut 1900 KMU zur Finanzierung 2016. Nach den Worten von Ökonomeprofessor Andreas Dietrich, einem der Autoren, haben im vergangenen Jahr nur 2 Prozent der Firmen ihre Hausbank gewechselt, und wenn es um Kreditanträge ging, wurden im Durchschnitt nur 1,9 Offerten eingeholt. Die Firmen, so der Befund, schienen grundsätzlich zufrieden zu sein mit ihren Bankbeziehungen. *Beat Gygi*



Beliebtester Arbeitsort für italienische Pendler: Lugano, eine Art Rio de Janeiro der Südschweiz.

Armenhaus der Nation

Das Tessin ächzt unter gravierenden Problemen. Während die Zahl der italienischen Grenzgänger Höchstwerte erreicht, stehen die Einheimischen immer öfter vor der Wahl zwischen Erwerbsarmut und Auswanderung. *Von Omar Gisler*

Welch ein grandioses Panorama! Sogar Jesus war so entzückt von der Schönheit der Landschaft zwischen den Alpen und der Po-Ebene, dass er auf seinem Weg in den Himmel auf dem Hausberg von Lugano innehielt, um einen letzten Blick auf das irdische Paradies zu werfen. So erklären sich die Tessiner die Herkunft des Namens Monte San Salvatore, «Berg des heiligen Erretters». Wie heisst es doch so schön: «*Se non è vero, è ben trovato*» – wenn es nicht stimmt, so ist es zumindest gut erfunden.

Unbestritten ist, dass das Tessin seine Besucher bezirzt wie nur wenige Regionen. Die Villen und Palazzi mit Blick auf den Luganersee oder den Lago Maggiore zeugen von der ungebrochenen Anziehungskraft der Sonnenstube. Wo viel Licht, ist aber auch Schatten.

Die Emigration ist der rote Faden, der sich durch die Geschichte des Tessins zieht. Egal, ob Baumeister und Steinmetze in der frühen Neuzeit, hungergeplagte Übersee-Auswanderer im 19. Jahrhundert oder junge Tessiner von heute: Fehlende Perspektiven bewegen und bewegen sie zum Abschied, meist mit einem dicken Kloss im Hals.

Ich gehöre auch zu denen, die dem Tessin den Rücken gekehrt haben. Wenn ich Freunden erzähle, dass meine Frau, eine Tessinerin, und ich unsere Zelte im Südkanton freiwillig abgebrochen haben und mit Kind und Kegel in den Aargau übersiedelt sind, ernte ich jeweils fragende Blicke. Wynental statt Mendrisiotto? Homberg statt Monte Generoso? Hochnebel statt Sonnenstube? Es war in der Tat ein Ent-

scheid der Vernunft über das Herz – nicht zuletzt im Interesse unserer Kinder. Denn diese werden irgendwann auf eigenen Füßen stehen müssen. Welchen Berufsweg sie auch immer einschlagen werden: Auf der Alpennordseite stehen ihre Chancen, auf einen grünen Zweig zu kommen, wesentlich besser als im Tessin.

Invasion der Pendler

Paradoxerweise ist es seine Attraktivität, die dem Tessin zum Verhängnis wird. Für die krisengeplagten Italiener ist das Tessin «das Land, wo Milch und Honig fließen, das Wunderland Bengodi von Boccaccio, der Klondike von Onkel Dagobert», wie die Turiner Zeitung *La Stampa* schwärmt. Dank der Personenfreizügigkeit stehen die Pforten zu diesem Paradies

weit offen. Wies die Statistik zur Jahrtausendwende 27 000 Grenzgänger aus, so sind es gemäss den jüngsten Erhebungen 65 490 *frontalieri*, die ins Tessin zur Arbeit fahren. Tendenz steigend, zuletzt um 5,3 Prozent. Mit 13 000 Grenzgängern ist Lugano der für italienische Pendler beliebteste Arbeitsort, vor Mendrisio mit über 9000 Grenzgängern. Selbst für das Gottharddorf Airolo, über hundert Autobahnkilometer von Chiasso entfernt, weist die Statistik zwanzig Grenzgänger auf.

Bei dieser Konkurrenz wird es für Einheimische je länger, desto schwieriger, einen fair-bezahlten Job zu finden. Wer beim Staat oder einem staatsnahen Unternehmen wie SBB, Post, SRG oder Swisscom unterkommt, hat Glück gehabt. Die KMU hingegen setzen zunehmend auf günstige *frontalieri*. So wie beispielsweise der Jeans-Hersteller Levi's, der für sein Logistikzentrum in Bioggio bei Lugano die Stelle eines Buchhalters ausschrieb mit dem Hinweis, dass nur Bewerber aus Italien erwünscht seien. In Balerna bei Chiasso wiederum geriet eine Firma in die Schlagzeilen, die Informatiker mit Berufserfahrung suchte, denen sie einen Monatslohn von 2100 Euro in Aussicht stellte. Dies ist immerhin mehr als die 6 Franken Stundenlohn, die ein Architekturbüro in Lugano seinen (italienischen) Angestellten zahlt.

Selbst in der kantonalen Verwaltung kommen immer mehr *frontalieri* zum Handkuss. Für Polemiken sorgte im Mai das vom Kanton subventionierte Dialektinstitut, das einen wissenschaftlichen Mitarbeiter aus Turin einstellte (das ist etwa so, als ob man einen Berliner mit der Erforschung des Urner Dialekts betrauen würde). Der sozialdemokratische Erziehungsdirektor Manuele Bertoli, dessen Mutter aus Bergamo stammt, stört sich daran ebenso wenig wie an der Tatsache, dass die Tessiner Schüler immer öfter von Lehrern unterrichtet werden, deren Handynummern mit der Vorwahl +39 beginnen. Das führt beispielsweise dazu, dass Studenten am Gymnasium von Mendrisio mehr über die Geschichte der Seerepublik Pisa als über die achtörtige Eidgenossenschaft erfahren. So viel zum Thema nationale Kohäsion.

Mit den helvetischen Gepflogenheiten auch nicht immer bis ins Detail vertraut sind die Angestellten der Spitäler. Auf der Lohnliste des Tessiner Spitalamtes EOC stehen nicht weniger als zehn Chefärzte, die ihren Wohnsitz im Belpaese haben. Auch das Spital des Leventiner Bezirkshauptortes Faido wird von einem Grenzgänger geleitet, «weil es notorisch zu wenige in der Schweiz ausgebil-

dete Fachärzte gibt», wie die Tessiner Regierung kürzlich auf eine parlamentarische Anfrage antwortete. Gerade das Gesundheitswesen wird immer wieder bemüht, um die These zu stützen, dass das Tessin auf Grenzgänger angewiesen sei. Tatsächlich dominierten in den Spitälern, in der Industrie sowie im Gast- und Baugewerbe schon vor der Einführung der bilateralen Verträge mit der EU ausländische Arbeitnehmer.

Kritisch wurde die Situation für die Einheimischen erst, als Grenzgänger vor allem im Tertiärsektor Fuss fassten. Ein Paradebeispiel dafür ist das Online-Reisebüro Bravofly aus Chiasso: Inmitten von 266 Grenzgängern muss sich der einzige Schweizer wie ein Alhornbläser an der Street Parade vorkommen, nämlich fehl am Platz. Seinen Angestellten zahlt Bravofly übrigens einen Monatslohn von durchschnittlich 2800 Franken. Das Tessiner Arbeitsinspektorat kam zum Schluss, dass eine allfällige Abwanderung der Firma höchstens für die Stadt Chiasso problematisch wäre, da sie einen der wichtigsten Steuerzahler verlieren würde. Widerstand gegen solche Billiglohnfirmen gibt es nur selten. Im Grenzdorf Novazzano beispielsweise stiegen die Bevölkerung und der VCS auf die Barrikaden, als Pläne für die Ansiedlung eines Callcenters mit 150 Arbeitsplätzen ruchbar wurden – man fürchtete in erster Linie das zusätzliche Verkehrsaufkommen durch weitere *frontalieri*.

Strapazen der Grenzgänger

Nichtsdestotrotz trägt die Tessiner Standortförderung Früchte: Um 3 Prozent stieg die Anzahl der Jobs im zweiten Trimester dieses Jahres. Damit übertraf der Südkanton das nationale Wachstum von 1,3 Prozent bei weitem. Die frohe Botschaft schlug Wellen bis in die Romandie. «Le Tessin va bien», konstatierte *Le Temps* letzte Woche. Zuvor hatte bereits Luca Albertoni, der Direktor der Tessiner Handels- und Industriekammer, Entwarnung gegeben. «Die Arbeitslosenquote ist auf einem historischen Tief von 3,1 Prozent», sagte er im *Tages-Anzeiger*.

Zudem würden auch die Steuererträge stimmen. Also alles in Butter? Nicht ganz, räumt auch Albertoni ein. «Die Verfügbarkeit von vielen italienischen Grenzgängern ist für Tessiner Firmen natürlich eine grosse Versu-

chung.» Dass viele dieser Versuchung längst erlegen sind, erwähnte er indes nicht. So gibt es im Sottoceneri mittlerweile Gemeinden, in denen die Zahl der Grenzgänger höher ist als die Einwohnerzahl. Der *Mattino della Domenica*, das Sprachrohr der Lega dei Ticinesi, vergleicht die Situation der Einheimischen mit den Indianern, die von weissen Siedlern verdrängt wurden.

Die grossen Profiteure dieser Entwicklung sind die Padroni, die Unternehmer, und nicht die *frontalieri*. Denn es ist es kein Zuckerschlecken, täglich um fünf Uhr aufzustehen, zwei Stunden Anreise auf sich zu nehmen, acht Stunden zu arbeiten und danach wieder im stockenden Kolonnenverkehr nach Como, Varese oder Verbania zurückzufahren – und das Tag für Tag. Dass die Grenzgänger diese Strapazen auf sich nehmen, ist in erster Linie Ausdruck der Malaise auf dem italienischen Arbeitsmarkt. Im Tessin können sie mit einem im Vergleich zu Italien doppelt so

hohen Lohn rechnen. Doch dieser entspricht gerade einmal der Hälfte eines Schweizer Lohns. Der Berlusconi-Sender Italia 1 verglich die *frontalieri* treffend mit rumänischen oder chinesischen Tagelöhnern, die in Süditalien für ein besseres Trinkgeld Tomaten ernten.

Was der Mezzogiorno für Italien, ist das Tessin für die Schweiz: das Armenhaus der Nation. Die Zahl der Sozialhilfebezüger stieg letztes Jahr um knapp tausend Personen auf den Höchststand von 8000 an. Dazu besagt die Statistik, dass über die Hälfte der Tessiner Familien nicht in der Lage ist, am Monatsende einen einzigen Franken auf die hohe Kante zu legen. 8 Prozent der Haushalte zehren von Erspartem oder verschulden sich, um über die Runden zu kommen. Mit 15,7 Prozent ist die Armutsquote mehr als doppelt so hoch wie im nationalen Schnitt. Die Auswanderung ist für viele die einzige Möglichkeit, um der Erwerbsarmut zu entgehen. Auf 7 bis 8 Prozent schätzt Elio Venturelli, der ehemalige Direktor des Tessiner Amtes für Statistik, die Quote der 20- bis 39-jährigen Tessiner, die auf die Alpennordseite emigriert sind.

Fatale Forderung nach Mindestlohn

Verstörend ist die Nonchalance, mit der das notorisch zerstrittene Tessiner Polit-Establishment dem Niedergang zuschaut. Jeder kocht sein eigenes Süsschen. So ist die Gewerkschaft Unia fleissig bemüht, Grenzgänger ins Land zu winken. «Die italienischen Arbeiter sind der Stossdämpfer der Tessiner Wirtschaft, die Schweiz braucht diese Arbeitskräfte», liess sich Unia-Sekretär Sergio Aureli im Mailänder *Cor-*



Alberto Siccardi.

«Ich kenne viele italienische Ingenieure, die für 3200 Franken sofort ins Tessin kämen.»



Luca Albertoni.

«Die Verfügbarkeit der Grenzgänger ist für Tessiner Firmen eine grosse Versuchung.»

«Gute Kontakte mit Italien bleiben wichtig»

Ignazio Cassis ist Tessiner. Warum aber merkt man im Wahlkampf so wenig davon? Der Bundesratskandidat der FDP nimmt Stellung.

Die hohe Zahl der *frontalieri* ist das brennende Problem im Tessin. Einverstanden?

Die 65 000 Grenzgänger besetzen rund einen Viertel aller Arbeitsplätze im Kanton Tessin. Zusammen mit den entsendeten Fachkräften aus Norditalien schaffen sie einen starken Druck auf dem Arbeitsmarkt. Als Nebenwirkung steigt auch das Problem der Mobilität.

Wo drückt der Schuh am heftigsten?

Das gesellschaftlich stark empfundene Problem betrifft vor allem den Dienstleistungsbereich, der von den Einheimischen dominiert ist. Man darf aber nicht vergessen, dass die Rekrutierung von Fachkräften aus Norditalien unentbehrlich für verschiedene Wirtschaftsbereiche der Südschweiz ist.

Zu nennen sind das Gesundheitswesen, das Gastgewerbe, die Baubranche. Gute Kontakte mit Italien bleiben wichtig.

Es heisst, für Einheimische sei es fast unmöglich geworden, im Tessin noch einen fairbezahlten Job zu finden.

Es ist sicher schwieriger als in der restlichen Schweiz, aber immer noch möglich. Der Kanton Tessin verfügt zudem über eine klare Strategie zur Wirtschaftsentwicklung, die auf Innovationsförderung setzt. Damit will man interessante Arbeitsplätze vor allem für die Tessiner schaffen.

Am meisten profitieren von der Tieflohnentwicklung die Firmeninhaber im Tessin.

In den Bündner Tälern und im nördlichen Tessin ist die Lage weniger angespannt als im südlichen Teil des Kantons. Dumpinglöhne sind aber ein Problem. Das erklärt, warum die Regierung im Tessin – anders als in Graubünden – neunzehn Normalarbeitsverträge festgelegt hat. Davon sind sechzehn in Kraft. Mein liberales Herz schlägt nicht für Normalarbeitsverträge und Mindestlöhne. Doch bin ich auch föderalistisch genug, um den Kantonen hier genügend Handlungsfreiheit zu lassen.

Stimmt der Eindruck, dass Sie in Ihrem Bundesratswahlkampf die Probleme Ihres Heimatkantons selten ansprechen?

Im Gegenteil! In vielen Interviews, und übrigens auch in meiner Rede zum

1. August, habe ich den Druck auf den Arbeitsmarkt thematisiert. Dabei erkläre ich immer, dass das Problem an den Wurzeln gepackt, der Arbeitsmarkt also weniger attraktiv für Grenzgänger gemacht werden muss. Das geschieht, indem wir das Doppelbesteuerungsabkommen mit Italien endlich in Kraft setzen, inklusive seines Anhangs mit der neuen steuerlichen Regelung für Grenzgänger.

Ist die Lega dei Ticinesi erfolgreich, weil das Tessiner Establishment wegschaut?

In den 1990er Jahren hat die Lega die Probleme tatsächlich beim Namen genannt. Das wirkte für einen guten Teil der Bevölkerung wie ein Befreiungsschlag. Alle anderen Parteien haben es verpasst, diese

Entwicklung frühzeitig zu erkennen. Doch durch deren Benennung sind die Probleme noch nicht gelöst.

Was ist zu tun?

Einfache Lösungen gibt es nicht. Manchmal steht das Bundesrecht im Weg, manchmal einigen wir uns im Tessin nicht. Mir selber ist es gelungen, trotz Opposition des Bundesrates das Mehrwertsteuergesetz so zu ändern, dass auch Entsendete aus Italien 8 Prozent Mehrwertsteuer auf ihre Arbeit zahlen müssen. Das haben insbesondere die Tessiner Handwerker sehr geschätzt.

Was können Ihre Landsleute erwarten, falls Sie in den Bundesrat gewählt werden?

Dass ich immer ein offenes Ohr habe. Ich werde die Anliegen der italienischsprachigen Bevölkerung anhören und ihre Probleme unter die Lupe nehmen. Als Bundesrat ist man für die ganze Schweiz zuständig, aber man vergisst die eigenen Wurzeln nicht. Ich gehöre zum Tessin. Meine Kenntnis dieser Mentalität und der Anliegen der Bevölkerung wird die Lösungssuche erleichtern. Zudem schafft ein Bundesrat des italienischen Sprachgebiets eine symbolische und psychologische Verbindung zu den italienischsprachigen Bürgern. Davon bin ich überzeugt.

Interview: René Zeller



Ignazio Cassis.

riere della Sera zitieren. Gleichzeitig plädiert die Tessiner Linke für die Einführung eines Mindestlohns. Da das Bundesgericht Anfang August Beschwerden von Arbeitgeberverbänden gegen den kantonalen Mindestlohn von 20 Franken pro Stunde in Neuenburg abgewiesen hat, verspüren die *socialisti* Aufwind. 21 Franken sollen es im Tessin sein, mindestens! So gut gemeint die Idee ist, so verheerend wären die Folgen einer Umsetzung: Das Tessin würde für Italiener noch attraktiver. Alberto

Die wohlstuierten Unternehmer, Anwälte und Staatsdiener können mit der Situation ganz gut leben.

Siccardi, rechtsliberaler Politiker und Besitzer eines Medizinaltechnikunternehmens in Castel San Pietro, winkt denn auch ab: «Ich kenne viele italienische Ingenieure, die für einen Mindestlohn von 3200 Franken sofort ins Tessin kämen.» Zum Vaterlandsretter taugt aber auch Siccardi nicht. Denn zwei Herzen schlagen, ach, in seiner Brust. Als Unternehmer profitiert er von billigen Grenzgängern, als der SVP nahestehender Politiker ist er gleichzeitig der Initiative «Prima i nostri» verpflichtet, die einen Inländervorrang durchsetzen will.

Auswandern nach Italien

Eine ähnlich zwiespältige Rolle spielt Lega-Koordinator Attilio Bignasca, der sein Geld im Baugewerbe verdient. Vom italienischen TV-Reporter Gaetano Pecoraro wurde er kürzlich zum Gespött der Nation gemacht. Seit der Lancierung der Initiative «Zuerst die Unsrigen» vor drei Jahren habe er keinen Grenzgänger mehr eingestellt, sagte Bignasca treuherzig in die Kamera. Als der Reporter einen Angestellten, der zufällig im Büro aufkreuzte, fragte, wie lange er hier arbeite, antwortete dieser lapidar: «Seit vier Monaten.» Pecoraro folgerte daraus: «Inländervorrang in der Politik, aber Ausländervorzug im Geschäft.»

Die Episode verdeutlicht vor allem eines: Die wohlstuierten Unternehmer, Anwälte, Treuhänder, Ärzte, Lobbyisten und Staatsdiener, die in der Tessiner Politik von jeher das Sagen haben, können mit der Situation ganz gut leben. Oder etwa doch nicht? Attilio Bignasca hat offenbar vom Tessin die Nase voll. Der ehemalige Nationalrat hat angekündigt, auf Ende Jahr hin auszuwandern. Ihn zieht es – kein Witz – nach Italien. Der 73-Jährige will sich auf Sardinien niederlassen. Dort ist es in der Tat auch ganz schön, und Grenzgänger gibt es keine. Willkommen im Klub, Attilio!

Omar Gisler arbeitet als Korrespondent für die SDA und die NZZ im Tessin. Zudem war er fünf Jahre lang Kommunikationschef von Ticino Turismo.



Tessin-Spezial-Angebot: Boutique-Hotel «Villa Orselina» Die Kunst des Dolcefarniente

See, Berge, Palmen und südländische Lebenslust – wann haben Sie sich zum letzten Mal von der Italianità der Schweiz verführen lassen? Mit diesem exklusiven Leserangebot haben Sie Gelegenheit, das Tessin von seiner schönsten Seite zu erleben.

Jenseits der Alpen zeigt sich die Schweiz von ihrer entspannten Seite. Tauchen Sie ein in die süsse Welt des Nichtstuns im 5-Sterne-Hotel «Villa Orselina». An privilegierter Lage hoch über dem Lago Maggiore erleben Sie ein Paradies der Erholung in einem stilvollen Ambiente.

Sie logieren in einer grosszügigen, individuell gestalteten Suite mit Panoramablick. Ein umfassendes Verwöhnprogramm bietet Ihnen die hauseigene Wellnessoase «La Spa». Für das kulinarische Wohl sorgt der Besuch im «Ristorante di Villa Orselina» mit seiner Kombination aus mediterranen und lokalen Spezialitäten. Bei einer privaten Weinprobe im historischen Weinkeller entdecken Sie die herausragenden Weine der Region.

Tagsüber haben Sie die Wahl zwischen vielen Aktivitäten. In unmittelbarer Nähe befindet sich die bedeutende Wallfahrtskirche Madonna del Sasso. Ebenfalls in wenigen Schritten erreichen Sie die Standseilbahn nach Locarno

sowie die spektakuläre Luftseilbahn des Tessiner Stararchitekten Mario Botta für einen unvergesslichen Ausflug auf den Hausberg von Locarno, die Cardada (1340 m. ü. M.).



Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Arrangement im Boutique-Hotel «Villa Orselina», 6644 Orselina-Locarno

Leistungen:

- 2 Übernachtungen inkl. Frühstücksbuffet
- Garantiertes Upgrade in «Panorama»-Suite (90 m²)
- 1 Viergandiner à la carte
- Private Weinprobe im Weinkeller
- Gratis-ÖV; 30 Prozent Rabatt auf Bergbahnen
- Freie Benutzung «La Spa» und Tennisplatz
- 10 Prozent Rabatt auf Massagen und Kosmetik
- Transfers vom/zum Bahnhof bei An- und Abreise
- Parkplatz in der Garage

Spezialpreise:

Mit Weltwoche-Abo: Fr. 520.– (statt Fr. 830.–)
Ohne Abo: Fr. 580.– (statt Fr. 830.–)
(p. P. im DZ; exkl. Kurtaxen Fr. 5.80 p. P./Nacht; EZ auf Anfrage)

Spezialangebot:

Reservieren Sie Ihr Arrangement unter Tel. 091 735 73 73. Bitte Kennwort «Weltwoche» und Abo-Nummer (falls vorhanden) angeben. Buchbar von So bis Fr bis zum 31. Oktober 2018; ausgenommen Feiertage sowie während der Festivals «Moon & Stars» und «Festival del Film». Winterpause von November 2017 bis März 2018.

Veranstalter:

www.villaorselina.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Pierre Maudet in Zahlen

Für die Bundesratswahl setzt der Genfer Sicherheits- und Volkswirtschaftsdirektor auf das Thema «Law and Order». Statistiken aus Maudets Heimatkanton zeigen ein anderes Bild. Der Westschweizer Aufstreber glänzt vor allem als Verkäufer. *Von Florian Schwab*

Ginge es nach der grössten Boulevardzeitung des Landes, dann hiesse der Nachfolger von Didier Burkhalter Pierre Maudet – 39 Jahre jung, Genfer Sicherheits- und Volkswirtschaftsdirektor. Mit voller Kraft wirft sich der *Blick* für den Genfer ins Zeug. Wenn diesen Freitag die FDP ihre beiden offiziellen Kandidaten bestimmt, dann solle die Partei «über ihren Schatten springen und auch Maudet nominieren». Dazu müsste sie «bloss den Slogan ihrer Partei beherzigen: «Aus Liebe zur Schweiz»». Letzte Woche präsentierte der *Blick* den Genfer als «Ausschaffungskönig» unter den Sicherheitsdirektoren: «Maudet schafft so hart aus wie kein anderer.» Der FDP-Staatsrat «unternimmt alles, damit das Gesetz nicht toter Buchstabe bleibt».

Seit Sommer 2012 amtiert Pierre Maudet in der Republik Genf als Staatsrat (Regierungsrat) für Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Seine gutgeölte PR-Maschine verkauft ihn seit Jahren auch in der Deutschschweiz als Hardliner in der Sicherheitspolitik. Offenbar ist er bereits vor Jahren zum Schluss gelangt, dass ein Law-and-Order-Profil auf die rechtsbürgerliche Mehrheit in der Bundesversammlung verführerisch wirken könnte. Und diese Anstrengungen wurden seit der offiziellen Kandidatur noch verdoppelt: Laut *Tages-Anzeiger* haben vier politische Weggefährten Maudets, darunter zwei kantonale Angestellte, wie auf Kommando Ferien bezogen und werkeln an der Kampagne für die Bundesratswahl.

Entspricht das Image des Genfer FDP-Manns der Realität? Lassen wir die Zahlen sprechen:

1 — Umsetzung Ausschaffungsinitiative

Im Oktober 2016 traten die Bestimmungen der Ausschaffungsinitiative in Kraft. Seither können straffällige Ausländer leichter ausgeschafft werden. Laut *Blick* hat Genf seither so viele kriminelle Ausländer des Landes verwiesen wie sonst keiner: Die Gerichte des Kantons haben zwischen Oktober 2016 und Juli 2017 insgesamt 141 Ausschaffungen angeordnet, von denen Maudets Behörde 69 vollzogen hat. Basel-Stadt hat im selben Zeitraum «43 Landesverweisungen zum Vollzug gemeldet», der Aargau 28 und St. Gallen 31. Dies hat eine Umfrage des *Blick* unter den kantonalen Behörden ergeben, an der rund die Hälfte teilnahm. Wichtige Kantone wie Zürich und die Waadt fehlen. Zudem weisen Experten darauf hin, dass die Justiz im Kanton Genf unabhängig vom Sicherheitsdirektor operiere. Die vielen Verurteilungen seien eine direkte Folge der hohen Ausländerkriminali-



«König der Inhalte»: FDP-Kandidat Maudet, 39.

tät. Letztes Jahr gerieten gemäss Genfer Kriminalstatistik 4857 Ausländer mit dem Strafgesetz und 2623 mit dem Betäubungsmittelgesetz in Konflikt. Damit gibt es in Genf mehr als doppelt so viele kriminelle Ausländer wie in Basel-Stadt (2403 respektive 803 Personen). Eine schweizweit vergleichbare «Vollzugsstatistik über die Ausschaffung von kriminellen Ausländern» publiziert der Bund erstmals im Sommer 2018 für das laufende Jahr.

2 — Rückweisung von Asylanten

Der schweizweite Verteilschlüssel für Asylanten weist dem Kanton Genf seit vielen Jahren 5,6 Prozent aller Asylbewerber zu. Der Anteil des Kantons bei den unerledigten Ausschaffungen im Asylbereich beträgt derzeit laut der Asylstatistik des Staatssekretariats für Migration (SEM) allerdings deutlich überproportionale 7,8 Prozent (per Stichtag 30. April 2017). Damit hat sich der Kanton Genf seit 2013 leicht verbessert (im Jahr nach Maudets Amtsantritt war der Kanton für 9,3 Prozent der nicht vollzogenen Ausschaffungen verantwortlich). Von einem Musterschüler kann man allerdings kaum sprechen. Zum Vergleich: Der Kanton Graubünden bekommt vom Bund 2,7 Prozent der Asylanten zugewiesen. Gleichzeitig beträgt sein Anteil am Schweizer Total bei den unerledigten Ausschaffungen lediglich 1,3 Prozent.

3 — Visa-Erteilungen

Wie oben gezeigt, liegt Genf bei den Ausschaffungen, der «Ausgangstür», im unteren Durchschnitt der Kantone. Bei der «Eingangstür», also der Visa-Erteilung, ist der Kanton hingegen auf Platz eins. Kein Kanton verteilt mehr Visa: 2016 waren es 8034, also mehr als doppelt so viele wie dreimal bevölkerungsreicheren Kantonen Zürich (3243 Visa). Die Zahl ist erstaunlich, auch weil der Kanton Genf bis 2013 jährlich nur rund 5000 Visa-Anträge pro Jahr guthiess.

4 — Kriminalität

Nur in Basel-Stadt und in Neuenburg ist es noch wahrscheinlicher, Opfer einer Gewaltstraftat zu werden, als im Kanton Genf. Gemäss polizeilicher Kriminalstatistik für 2016 kamen in Genf 7,9 Gewaltstraftaten auf tausend Einwohner (in Basel-Stadt: 13,1, in Neuenburg: 8,5). Bei anderen Delikten liegt der Kanton Genf sogar auf Platz eins: bei Diebstählen (51,2 pro tausend Einwohner), bei Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz (17,8) und bei Verletzungen des Ausländergesetzes (16,8). Zwar hat sich die absolute Zahl der Straftaten von über 66 000 auf 52 000 reduziert, seit Pierre Maudet Sicherheitsdirektor ist; dieser Rückgang um 22 Prozent liegt jedoch leicht unter dem Schweizer Durchschnitt (minus 24 Prozent).

5 — Kantonale Wirtschaftsentwicklung

Anders als öffentlich wahrgenommen, ist Genf beim Wirtschaftswachstum kein Spitzenreiter.

In den letzten fünf Jahren, seit Maudet als Volkswirtschaftsdirektor wirkt, hat das kantonale Bruttoinlandprodukt (BIP) um magere 3,2 Prozent zugelegt. Schweizweit waren es 5,1 Prozent. In den letzten neunzehn Quartalen lag das Genfer Wirtschaftswachstum nur während insgesamt fünf Quartalen über dem nationalen Durchschnitt, einmal war es identisch, und dreizehnmal wuchs die Genfer Wirtschaft langsamer als die schweizerische. Und vor allem: Pro Kopf der Bevölkerung betrachtet, ist das BIP im Kanton Genf rückläufig. 2012 erwirtschaftete jeder Einwohner der Republik Genf im Schnitt 99 867 Franken; 2016 waren es nur noch 97 433 Franken. Es liegt auf der Hand, dass vor allem die von Maudet engagiert befürwortete Masseneinwanderung zu diesem Rückgang beigetragen hat: Zwischen 2012 und 2015 stieg die ständige ausländische Wohnbevölkerung im Kanton Genf um über 7 Prozent.

In seinen beiden Zuständigkeitsbereichen als Regierungsrat ist Pierre Maudet also keineswegs die Lichtgestalt, als die er auftritt. Und auch in anderen Gebieten, wo er als Volkswirtschaftsdirektor Einfluss nehmen könnte, zeigt sich der Kanton Genf nicht in bester Verfassung. Bei der Arbeitslosenquote wechselt er sich mit Neuenburg seit Jahren auf dem unrühmlichen Spitzenplatz ab. Die Differenz zum Schweizer Durchschnitt beträgt ziemlich konstant 2 Prozentpunkte. An diesem Muster hat FDP-Staatsrat Pierre Maudet nichts geändert: Als er sein Amt antrat, lag Genf mit einer Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent auf Platz eins. Heute liegt der Kanton mit einer Quote von 5,1 Prozent auf Platz zwei. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Sozialhilfe: Die Quote der Sozialhilfebezügler ist sowohl gesamtschweizerisch (gut drei Prozent) als auch in Genf (gut fünf Prozent) in den letzten fünf Jahren mehr oder weniger unverändert.

Auch bei der öffentlichen Verschuldung sieht man nirgends einen Maudet-Effekt. Der Kanton Genf ist nach Berechnungen von Ökonomen der UBS mit über 15,6 Milliarden Franken verschuldet – so hoch wie kein anderer Kanton (auf Platz zwei folgt der Kanton Zürich mit 7,9 Milliarden Franken). Pro Kopf der Bevölkerung ergibt dies für Genf 32 327 Franken Staatsschulden (Zürich: 5415 Franken). Der sorglose Umgang mit Steuergeldern zeigt sich auch an der Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève. Ende 2016 wies die kantonale Pensionskasse der Staatsbediensteten einen Deckungsgrad von 57,4 Prozent aus. Gemäss der Website Vorsorgeforum.ch ist dies der schweizweit schlechteste Deckungsgrad bei den kantonalen Vorsorgeeinrichtungen. Da die Caisse de prévoyance nach dem Leistungsprimat organisiert ist, ist sie nicht verpflichtet, einen Deckungsgrad von 100 Prozent zu erreichen.

Fazit: Für einen «pragmatischen Macher-Typ» (Selbstbeschreibung Maudet) und einen «König der Inhalte» (*Blick*) gäbe es in Genf durchaus einiges zu tun. ○

DIE WELTWOCHTE

Alle Artikel an Lager.

Das Weltwoche-Archiv macht alle Beiträge der jüngsten Vergangenheit lebendig. Die einfache Volltextsuche garantiert schnelle Resultate. Abonnenten haben unbeschränkten Zugriff zu diesem einzigartigen Nachschlagewerk.



[www.weltwoche.ch/
die-weltwoche/
fruehere-ausgaben](http://www.weltwoche.ch/die-weltwoche/fruehere-ausgaben)

Sklaverei, die keine ist

Ausnutzung, Ausbeutung: Meist berichten Medien empört über Pflegerinnen aus dem Osten, die Betagte zu Hause umsorgen. Politiker fordern, die angeblich unhaltbaren Zustände zu beseitigen. Die Realität bei der Privatbetreuung ist weitaus positiver. Von Alex Reichmuth und Stefan Weiss (Bild)



Vorteile für alle: Daheim-24-Betreuerin Nicoleta O.

Silvia Münger* machte vor einigen Monaten eine unangenehme Erfahrung. Sie besuchte ihre Schwiegereltern, zusammen mit ihrem Mann. Was sie antrafen, war unschön: «Es war schmutzig, und es lagen alte Lebensmittel herum. Der Schwiegervater war in ungepflegtem Zustand. Wir stiessen zudem auf unbezahlte Rechnungen», so Münger. Was sie und ihr Mann vorher nicht realisiert hatten, war nun offenkundig: Das alte Paar verwahrloste zunehmend.

Müngers Schwiegereltern sind schon seit einiger Zeit eingeschränkt: Er hat wegen kör-

perlicher Gebrechen Mühe, selbständig zu essen und sich zu pflegen. Sie wiederum weist mentale Defizite auf: «Sie kauft etwa Lebensmittel ein, obwohl es im Haus noch mehr als genug davon hat», sagt Silvia Münger. Lange habe sich das Paar aber gegenseitig helfen und so den Alltag bewältigen können. Das funktionierte nun nicht mehr.

Was nun? Zuerst dachten die Müngers, das alte Paar müsse wohl in ein Altersheim gehen. Ein Heimplatz wäre verfügbar gewesen. Aber die Kosten waren mit monatlich rund 12 000 Franken enorm hoch. Darum fassten Müngers eine

andere Option ins Auge: eine Person zu engagieren, die bei den Schwiegereltern wohnt und sich um diese kümmert. Die Vorteile schienen offensichtlich: Das alte Paar kann in seinen vier Wänden bleiben, und die Kosten sind erst noch deutlich tiefer. Die Schwiegereltern waren einverstanden. Man kontaktierte die Agentur Daheim 24 in Baar. Die Zuständigen hätten die Bedürfnisse ihrer Schwiegereltern vor Ort abgeklärt und kompetent gewirkt, sagt Silvia Münger. Als bald war ein Vertrag mit der Agentur unterzeichnet.

Regelmässige Kontrollen

Laut dem Bund arbeiten in der Schweiz rund 10 000 ausländische Betreuerinnen in Privathaushalten. Sie kommen überwiegend aus Osteuropa. Sie kochen, putzen, begleiten die Betagten und helfen ihnen bei alltäglichen Verrichtungen. Die medizinische Versorgung – etwa Spritzen verabreichen – gehört aber nicht zu ihren Aufgaben. Die Medien berichten fast durchgehend empört über die «Billig-Pflegerinnen»: Sie prangern den vergleichsweise tiefen Lohn der Frauen an sowie die angeblich unzumutbar langen Einsatzzeiten. Von «miserablen Arbeitsbedingungen» schrieb der *Tages-Anzeiger*. Die Pflegerinnen würden «ausgebeutet», es handle sich um «moderne Sklaverei». Tatsächlich sind private Haushalte als Arbeitgeber nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt. Agenturen wie Daheim 24 müssen aber den Gesamtarbeitsvertrag Personalverleih einhalten und entsprechende Kontrollen über sich ergehen lassen. Politiker wie die Nationalrätinnen Barbara Schmid-Federer (CVP) oder Bea Heim (SP) fordern dennoch, den Einsatz von «Billig-Pflegerinnen» stärker zu regulieren – angeblich zu deren Schutz.

Wenige Wochen nach Abschluss des Vertrags lernte Silvia Münger die Betreuerin kennen, für die man sich auf Empfehlung der Agentur entschieden hatte: Brigita*, Slowakin, 58 Jahre alt, alleinstehend. Die Frau habe ganz und gar nicht wie ein schutzbedürftiges Huscheli gewirkt, so Münger: «Eine selbstbewusste und bodenständige Frau.» Brigita habe in ihrem Heimatland trotz höherer Ausbildung weit weniger als tausend Euro pro Monat verdient. Aus Sorge vor Altersarmut habe sich die Slowakin entschlossen, in Westeuropa zu arbeiten, erzählt Silvia Münger. Damit habe sie ihren Verdienst vervielfacht und könne für eine höhere Rente sparen. Zuvor habe Brigita schon an an-

deren Orten Betagte betreut. Die Erfahrungen mit ihr seien gut: «Sie sorgt für Ordnung im Haushalt. Wir wissen die Schwiegereltern nun in guten Händen», sagt Mürger.

Nicht immer gestalte sich ein neues Betreuungsverhältnis so problemlos. Das sagt Andreas Szostek, Geschäftsführer von Daheim 24: «Wenn eine fremde Person bei einem älteren Paar einzieht, kann es natürlich zu Spannungen kommen – manchmal auch zu unüberwindbaren.» In solchen Fällen sei ein

«Die Zahl der Betagten steigt, gleichzeitig laufen die Kosten für Heimaufenthalte aus dem Ruder.»

rascher Wechsel der Betreuungsperson vertraglich zugesichert. Seine Agentur achte bei der Auswahl der Betreuerinnen auf Eignung und Erfahrung, so Szostek. Die verpflichteten Frauen kämen fast ausschliesslich aus der Slowakei und aus Polen: «Wir sind dort gut vernetzt und haben lokale Partner, denen wir vertrauen.» Es gebe keinen Mangel an Bewerbungen. Als Privatbetreuerin in der Schweiz zu arbeiten, sei für viele Polinnen und Slowakinnen attraktiv, so Szostek. Man verpflichte bevorzugt etwas ältere Frauen, um zu verhindern, dass betreuungsbedürftige Kinder zurückbleiben müssten.

Zur überwiegend negativen Presse äussert sich Andreas Szostek zurückhaltend: «Es gibt viele schwarze Schafe unter den Vermittlern von Privatbetreuerinnen.» Manche Vermittler arbeiteten illegal, was dann in der Tat zu schlechten Arbeitsverhältnissen führen könne. Er wisse von Privatbetreuerinnen, die pro Monat weniger als 2000 Franken brutto verdienen. Seine Agentur arbeite legal, so Szostek, und halte die gesetzlich vorgeschriebenen Lohn-, Freizeit- und Ferienansprüche der Angestellten ein. Das Schlagwort «24-Stunden-Betreuung» sei irreführend: «Die Betreuerinnen wohnen zwar bei den Betagten, haben aber selbstverständlich regelmässig freie Tage ohne Pikettspflichten.» Die vergleichsweise hohen Präsenzzeiten würden durch Freizeit ohne Bereitschaftspflichten abgegolten.

Geradezu fürstliches Einkommen

Brigita verdient monatlich rund 3000 Franken brutto. Für Schweizer Verhältnisse ist das sicher ein tiefer Lohn – verglichen mit einem durchschnittlichen Einkommen in vielen Oststaaten aber ein geradezu fürstliches Einkommen. «Ohne Zweifel ist der Verdienst für unser Personal ein entscheidender Grund, in der Schweiz zu arbeiten», sagt Andreas Szostek.

Silvia Müngers Schwiegereltern kostet die Privatbetreuung 5200 Franken pro Monat. Geschätzte 1500 Franken davon fliessen an

Daheim 24. Berücksichtigt man den Aufwand der Firma, etwa für Personalrekrutierung, Begleitung von Einsätzen oder für verschiedene Abrechnungspflichten, scheint dieser Anteil angemessen. Silvia Mürger sieht in der Verpflichtung von Brigita nur Vorteile: Den Schwiegereltern bleibe der Übertritt in ein Heim erspart, und die Betreuerin habe einen Job, der deutlich lukrativer sei als einer in der Slowakei. Im Übrigen kenne Brigita ihre Rechte als Arbeitnehmerin sehr wohl und nehme diese auch in Anspruch. Es sei «absoluter Unsinn», so Mürger, Privatbetreuung durch Frauen aus dem Osten mit Ausbeutung gleichzusetzen.

Die Betreuung durch Privatpfleger werde in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen, ist Agentur-Geschäftsführer Andreas Szostek überzeugt: «Die Zahl der Betagten steigt, und gleichzeitig laufen die Kosten für Heimaufenthalte aus dem Ruder.» Darum seien Alternativen nötig, schon rein aus volkswirtschaftlichen Gründen. Einer klaren gesetzlichen Regulierung seiner Branche kann Szostek nur Positives abgewinnen: «Vermittler, die wie wir seriös arbeiten, sind dann im Vorteil.» Zweifelhafte Konkurrenten hingegen würden eliminiert.

* Alle Namen geändert

come closer

100% Tabakgenuss. 0% Rauchgeruch. 0% Asche.



ploom

Dieses Tabakerzeugnis kann Ihre Gesundheit schädigen und macht abhängig. Ce produit du tabac peut nuire à votre santé et crée une dépendance. Questo prodotto del tabacco può nuocere alla tua salute e provoca dipendenza.



Nur Anhänger oder Gegner: Erwin Kessler.

Kessler gegen Kesselring

Es war der grösste Coup seiner Karriere: Hinter dem «Pferdequälerei-Skandal» im Thurgau steht ein zwölfjähriger Feldzug des Aktivisten Erwin Kessler gegen die Bauernfamilie Kesselring. Als die Sache den Behörden über den Kopf wuchs, machten sie kurzen Prozess. *Von Alex Baur*

Plötzlich ging alles unheimlich schnell. Am 7. August, bloss vier Tage nach der ersten *Blick*-Schlagzeile über die angebliche Tierquälerei, wurde der Hof in Hefenhofen polizeilich geräumt. Bauer Ulrich Kesselring kam vorübergehend in Polizeigewahrsam, 90 Pferde, 50 Rinder und Kühe, 100 Schweine, 12 Schafe, 4 Lamas, 3 Ziegen und 2 Hühner wurden behördlich beschlagnahmt. Viele Tiere landeten diskret auf der Schlachtbank, 80 Pferde wurden zehn Tage später weniger diskret zwangsversteigert.

Einen derart spektakulären Tierschutzfall hat es in der Schweiz noch nie gegeben. Ob es auch der gravierendste Fall ist, wird man sehen. Die Thurgauer Regierung hat eine umfassende Untersuchung eingeleitet. Zweifel sind indes angebracht. Ausgelöst haben den Skandal Fotos von verletzten, abgemagerten oder gar toten Pferden, die eine Frau – sie hatte ihr eigenes Ross auf dem Gutsbetrieb in Kost und Logis untergebracht – während Monaten heimlich geknipst hatte. Man fragt sich natürlich, warum

sie nicht vorher eingeschritten war und warum sie ihr eigenes Tier auf dem angeblichen Quälhof liess. Die Bilder sagen auch nichts über die Umstände aus, unter denen sie entstanden sind. Verletzte, von Krankheit geschwächte oder gar tote Tiere kann es in jedem Stall geben, ihr Anblick ist immer grausig.

«Missstände masslos übertrieben»

Der Metzger, der Rinder vom Skandalhof schlachtete, stuft die Tiere gemäss Informationen der *Weltwoche* jedenfalls als wohlgenährt und gesund ein. Bei der Versteigerung rissen sich die Züchter um die angeblich heruntergekommenen Pferde. Gemäss dem Thurgauer Kantonstierarzt Paul Witzig wurde der Kesselring-Hof in Hefenhofen allein im laufenden Jahr schon fünf Mal kontrolliert, ohne dass man Skandalöses entdeckt hätte.

Es waren angekündigte Kontrollen, wie Kritiker bemängeln. Einzelne Fälle liessen sich so vielleicht verstecken, aber kaum systemati-

sche Tierquälereien. Der Betrieb sei Kesselring womöglich über den Kopf gewachsen, mutmassen Bauern aus der Gegend, einiges entspreche wohl nicht mehr den heutigen Normen der Tierhaltung. Doch die Missstände seien masslos übertrieben worden.

Seit über einem Jahrzehnt führt der Tierschutzaktivist Erwin Kessler vom Verein gegen Tierfabriken (VgT) einen erbitterten juristischen Kleinkrieg gegen die Bauernfamilie Kesselring. Und Kessler ist mit seinen Anhängern auch die treibende Kraft hinter der derzeitigen Kampagne gegen die Kesselrings, wie er gegenüber der *Weltwoche* bestätigte. Die Schliessung des Hofes und die Zwangsverwertung der Tiere dürften der Höhepunkt der Karriere des Aktivisten sein. Doch seltsamerweise wurde Erwin Kesslers Rolle in den federführenden Medien, allen voran *Blick* und *20 Minuten*, kaum erwähnt.

Für Kessler ist die Sache klar: «Die Medien boykottieren mich, sie wollen mich totschwei-

gen.» Vielleicht hängt es auch damit zusammen, dass der Aktivist Journalisten, die nicht nach seiner Pfeife tanzen, schnell einmal einklagt. Zweifellos stand die mit dem Namen Kessler eng verbundene und komplizierte Vorgeschichte der Skandalisierung im Wege. Die Geschichte ist es wert, etwas genauer betrachtet zu werden. Sie beginnt am 13. Mai 2005, um 15.45 Uhr, als der Tierschutzaktivist Kessler mit einer Begleiterin unangemeldet auf dem Hof von Hans Kesselring auftaucht, um ihn mit dem Vorwurf der Tierquälerei zu konfrontieren. Es kommt zu einem wüsten Handgemenge, in dessen Verlauf der Bauer den Aktivisten angeblich ins Güllenloch werfen will. Kessler erstattet Anzeige wegen Mordversuchs, der in den Mühlen der Justiz allerdings zu Tätlichkeiten zerbröselte. Seither wird prozessiert.

Zurück auf Feld eins

Vater Hans Kesselring ist inzwischen gestorben, Sohn Ulrich ist an dessen Stelle getreten. Gefochten wurde mit allen juristischen Waffen und Tricks. Kessler wie die Kesselrings schossen sich auf den Kantonstierarzt ein – der eine warf ihm Nachlässigkeit vor, der andere Übereifer. Im Mai 2008 wurde Ulrich Kesselring zu 300 Tagessätzen wegen Verstössen gegen das Tierschutzgesetz sowie Gewalt und Drohung gegen Beamte verurteilt. Belastend ist auch ein Bericht der Armee, die ihm zahlreiche Mängel bei der Pferdehaltung vorwirft und den Bauern deshalb boykottiert. Kesselring selber machte geltend, dass ihm ein Umbau des Hofes aus baurechtlichen Gründen verweigert werde.

Nur noch am Rande um den Tierschutz ging es bei Ulrich Kesselrings zweiter Verurteilung Ende 2010 wegen Telefonterror und massiver Drohungen. Der Bauer hatte sich inzwischen zum veritablen Behördenschreck entwickelt. Die Kontrolleure tauchten nur noch unter Polizeischutz auf seinem Hof auf, der Kantonstierarzt überhaupt nicht mehr. Im Sinne einer «Deeskalations-Strategie» schickte er einen Stellvertreter vor.

Nach einer eingehenden Kontrolle verfügte das Veterinäramt im August 2013 die Halbierung des Pferdebestandes auf dem Kesselring-Hof von 120 auf 60 Tiere. Nur so könnten die Normen eingehalten werden. Im Falle einer Nichtbeachtung drohte das Amt dem Bauern ein vollständiges Tierhalteverbot an, welches ein Jahr später dann auch verfügt wurde. Doch Kesselring, mittlerweile gewieft im Umgang mit den Gerichten, holte die amtlichen Verfügungen schon lange nicht mehr ab. Wegen Verweigerung des rechtlichen Gehörs focht sein Anwalt danach das Tierhalteverbot an – und kam damit 2016 beim Bundesgericht durch. Das hiess: Zurück auf Feld eins.

Und so wäre das Justizgeplänkel vielleicht noch jahrelang vor sich hin geplätschert, hätte ihm Erwin Kessler nicht mit seinem medial geschickt orchestrierten Skandal ein abruptes En-

de bereitet. Seine Kronzeugin sei zwar erst zu ihm gekommen, als sie die Fotos schon geknipst hatte, versichert Kessler, er habe sie zuvor nicht gekannt. Doch ohne seine Regieführung hätte die Skandalisierung kaum funktioniert, welche die Thurgauer Behörden schliesslich zum Einknicken brachte. Kesselring verlor über Nacht alles, was er besass, er brach zusammen und wurde in eine psychiatrische Klinik gebracht. Kessler hatte nach zwölf Jahren Kampf gesiegt – nicht nach Punkten, sondern durch K. o.

Erwin Kessler empfängt uns in seinem Garten, zwischen einem Teich und einem weitläufigen Hühnergehege. Die Eier verschenke er,

«Einer Kuh das Kalb wegnehmen, das ist, als würde man ein Kind am Zürifest einfach aussetzen.»

versichert der Mann zur Einleitung, am liebsten wäre es ihm aber, wenn seine Hühner nur noch ganz wenige oder überhaupt keine mehr legen würden. Auf den Verzehr von Fleisch verzichte er schon lange, seit einigen Jahren meidet er alle tierischen Produkte.

Kessler zeigt sich von einer umgänglichen Seite, die in einem eigentümlichen Kontrast steht zu seinen oft rabiaten Aktionen. Tiere fühlten Freude und Schmerz wie die Menschen, sagt er, genau wie wir alle hätten auch sie ein soziales Leben: «Einer Kuh das Kalb wegnehmen, das ist, als würde man ein Kind am Zürifest einfach aussetzen.» Sicher gebe es auch Unterschiede zwischen Schnecken und Wirbeltieren. Es gehe darum, Leid zu vermeiden. «Noch nie war es so unnötig, Fleisch zu essen», sagt er, «wir könnten es uns leisten.»

Eigentlich bevorzuge er exakte Wissenschaften, versichert der studierte Bauingenieur, der Ende der 1970er Jahre seine Studien an der ETH mit einer Doktorarbeit über atombombensichere Bunker abschloss. Als Experte für Schutzbauten und Baudynamik verdiente er gut, schliesslich machte er sich selbständig, arbeitete von zu Hause aus. «Wenn man genug Zeit hat», witzelt Kessler, «kommt man auf dumme Gedanken.» Vielleicht lag es auch an seiner Frau, die einen Hang zum Spirituellen hatte.

Es begann mit Leserbriefen

Mitte der 1980er Jahre kam Kessler eher zufällig über die Debatte um die Enthornung von Rindern auf den Tierschutz. Es begann mit Leserbriefen. Dass die Kuhhörner schon manch einen Bauern ein Auge gekostet hätten, war für ihn kein stichhaltiges Argument. Der Mensch sollte sich dem Tier anpassen, nicht umgekehrt. Und wenn die Ställe grösser würden und die Bauern mehr auf die Tiere eingingen, wären die Hörner keine Gefahr mehr. Kessler verbiss sich derart ins Thema, dass er seinen Job an den Nagel hängte, den VgT gründete und sich fortan voll und ganz den Nutztieren verschrieb.

Die einen nennen es Sturheit, andere Konsequenz. Was man Kessler zugutehalten muss: Anders als viele Tierschützer, die mit knuddeligen Kätzlein und weinenden Delfinen auf Spendenfang gehen, interessierte ihn das Geld nie gross. Die 35 000 Mitglieder des VgT, die einen Jahresbeitrag von dreissig Franken zahlen, bescheren ihm ein Jahresbudget von rund einer Million Franken. Gemäss seinen Angaben wird das allermeiste Geld für die monatlich erscheinende VgT-Zeitschrift aufgewendet, Prozesse sowie sein eigener Lohn machten nur einen ganz kleinen Anteil aus.

Zuchtschweine, Legehennen und Milchkühe sind nicht die geborenen Sympathieträger. Für die Emotionen sorgt Kessler selber, mit frechen Protestaktionen, anfänglich vor allem gegen klösterliche Gutsbetriebe, am liebsten gleich am Heiligen Abend. Für Erregung sorgte auch etwa eine Nacktparade gegen Pelze an der Zürcher Bahnhofstrasse. Für seine Anhänger ist Kessler ein Robin Hood, ein Vergleich, der ihm schmeichelt. Für seine Gegner ist er ein moderner Michael Kohlhaas, was ihm weniger gefällt. Dazwischen ist nichts. Kessler hat nur Anhänger oder Gegner.

Anfang der 1990er Jahre verlagerte sich Kesslers Image zusehends von Hood zu Kohlhaas. Den Anlass gab die vom Bundesrat damals angestrebte Aufhebung des Schächtverbotes. Kessler stieg auf die Barrikaden, jüdische Kreise bezichtigten ihn des Antisemitismus. Der Vorwurf empört ihn noch heute. Mit Rassisten habe er nie etwas am Hut gehabt, versichert er. Doch Kessler wäre nicht Kessler, wenn er nicht zum Gegenangriff geblasen hätte. Und so bot er seinen Gegnern reichlich Stoff für Antirassismusklagen, die zu epischen Prozessen führten.

Das Prozessieren scheint ihm seither Freude zu bereiten. Mehrere hundert Zivil- oder Strafklagen hat Kessler nach eigenen Schätzungen schon verfasst. Gegen Prominente, von Katja Stauber bis Daniel Vasella, prozessiert er mit derselben Unerbittlichkeit wie gegen Chüngeli-Züchter oder Beamte. Sechzig Mal war er schon in Strassburg, in zwei Fällen mit Erfolg.

Mittlerweile kennt sich Kessler im Labyrinth der Juristerei mit all den Fallen und Unwägbarkeiten so gut aus, dass er die meisten Rechtschriften gleich selber verfasst. «Kessler klagt nach dem Prinzip Schrotflinte», sagt ein Anwalt, der schon mehrmals vor den Schranken auf ihn traf. Zugleich attestiert er aber nicht ohne Respekt: «Seine Trefferquote hat sich über die Jahre markant verbessert.» Oft gibt der Gegner Forfait, nur um den langwierigen Prozess zu vermeiden.

Erwin Kessler denkt auch mit 72 Jahren noch lange nicht an die Pension. «Ich mache das, was andere nicht machen», sagt er. Es sei ihm egal, wenn er Leute verärgere, selbst wenn es die eigenen Anhänger betrifft: «Erst am Tag, an dem das letzte Mitglied des VgT mir den Rücken zuwendet, bin ich frei – dann braucht es mich nicht mehr.» Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. ○

Tamedias unmöglicher Spagat

Die Neuorganisation der Redaktionen im Tamedia-Konzern läuft auf einen Abbau der publizistischen Leistung hinaus. Dabei könnte sich das Unternehmen eine langfristige Strategie leisten.

Von Karl Lüönd

Der grösste Zeitungsverlag der Schweiz übt den Spagat. Wegen des dramatischen Anzeigenrückgangs muss gespart werden. Aber wo denn, bitte? Das Papier hat Commodity-Preise, die der einzelne Verleger höchstens über die abgenommene Menge beeinflussen kann. Die Kapitalkosten sind schwer zu bewegen, ebenso wie der Kostenblock Vertrieb. Die Vorstufenherstellung ist stark von Fixkosten abhängig, desgleichen IT und Druck. Wer in einem Verlag wirklich sparen muss, ist also schnell bei der Redaktion, die bei einer Tageszeitung etwa 22 bis 30 Prozent der Gesamtkosten beansprucht.

Die erste Stufe der Sparmanöver ist erfahrungsgemäss die Fokussierung durch Zusammenarbeit. Der Verleger kauft überregionale Inhalte ein und spielt Geld frei für seine Kernkompetenz im Lokalen und Regionalen. Das ist vernünftig. Der *Tages-Anzeiger* hat sich mit der *Süddeutschen Zeitung* zusammengetan, um Auslandskorrespondenten gemeinsam zu nutzen. Praktisch unbemerkt blieb bisher, dass diese Vernunft seit Jahren ohne Rücksicht auf die Urheberrechte der freien Mitarbeitenden durchgesetzt wird. Wer für den *Tages-Anzeiger* schreibt, findet ein paar Tage später seine Arbeit – möglicherweise noch inhaltlich verändert – zum Beispiel im *Bund* wieder. Freie Autoren, die auf ihrem Recht beharren, kommen auf eine Sperrliste.

Zwang zur Langeweile

Weil die Synergieeffekte der Stufe eins zu wenig bringen, folgt jetzt Stufe zwei des Sparmanövers: eine Zentralredaktion mit den Bereichen Inland, Ausland, Wirtschaft und Sport für alle deutschsprachigen Tamedia-Titel. Was ist mit der Kultur? Wird sie inskünftig nur noch auf der lokalen Ebene abgehandelt? Trittligasse ja, Salzburg kein Thema? Der Krähwinkel als neuer kulturpolitischer Standort...

Wer so radikal bei den Redaktionen spart, legt die Axt an die Qualität an. Der Leser verlangt eine vollwertige publizistische Leistung. Vollwertig bedeutet: glaubwürdig, individuell, auf seine Interessen als Bewohner einer Region, eines Kantons im föderalistischen Staat zugeschnitten. Vor diesem Hintergrund wird die mit besänftigenden Flötentönen angekündigte «Neuaufstellung» der Redaktionen für jeden Praktiker zur unlösbaren Aufgabe. Die Kolleginnen und Kollegen, die diesen Auftrag jetzt annehmen, werden es erleben.

Nehmen wir als Beispiel die Nachrichtenlage am Mittwoch, dem 23. August, dem Tag,



Opium für das Volk: Medienhaus von Tamedia, Zürich.

an dem Tamedia ihre Stufe zwei gezündet hat. Die andere wirklich grosse Zürcher Nachricht dieses Tages ist der Bundesratsbeschluss über das neue Anflugsregime zum Flughafen Kloten. Es drohen Südanflüge – seit Jahren ein heisses Streitthema in Gross-Zürich. Tamedia hat Zeitungen südlich, westlich, nördlich und östlich des Flughafens. Werden *Zürichsee-Zeitung* und *Landbote* – heute respektierte Stimmen ihrer Regionen mit gegensätzlichen Positionen in dieser Frage – in Zukunft die gleiche Soft-Version der Laufgeschichte bringen? Den Lokalaspekt – so werden die Controller einwenden – können die Redaktionen dann ja im Lokalteil nachliefern. Also zwei Versionen, womöglich sich widersprechende, im gleichen Blatt? Oder Verzicht auf einen Kommentar im «Konzernteil»?

Für die Basisversion bedeutet dies Zwang zur Neutralität, zur Langeweile und null Fokussierung auf das Interesse des Kunden, dem man derzeit 434 Franken (*Landbote*) für das Abo abnimmt, Tendenz steigend. Dasselbe Problem wird sich bei anderen grossen Themenblöcken

stellen, zum Beispiel im Gesundheitswesen, beim Finanzausgleich oder bei der Verkehrspolitik.

Die Controller haben eben eines nicht auf der Rechnung: dass die Ressortenteilung ein rein organisatorischer Behelf ist, dass aber alle grossen Themen die Ressortgrenzen sprengen, vor allem, seit von den Zeitungen mit Recht Vertiefung und Hintergrund gefordert wird. Lokalredaktionen werden in Zukunft noch genauso viel wert sein, wie sie in der Lage sind, Kolleginnen und Kollegen dauerhaft an sich zu binden, welche die Dossiers kennen, die richtigen Fragen stellen und ernst genommen werden.

Die Erfahrung zeigt: Die besten Journalisten werden die Flucht ergreifen und sich irgendwo als Mediensprecher verdingen. Die abgemagerten Lokalredaktionen sind, vor allem, was die grossen Dossiers betrifft, gekennzeichnet durch abnehmende journalistische Kompetenz. Folglich schwindet das Vertrauen der Abonnenten in ihr Leibblatt. Dies führt zur Aushöhlung der Marke.

Was die Controller in den Konzernleitungen auch nie begreifen werden: Die Arbeit von Journalisten und Redaktorinnen ist vergleichbar mit intellektuellen Dienstleistungen wie Rechtsberatung, Seelsorge oder Architektur. Man kann sie nur bis zu einem gewissen Grad rationalisieren. Die Quantität der verfügbaren Arbeitsstunden von gutausgebildeten, dossier-sicheren redaktionellen Kräften bestimmt direkt die Qualität der Medieninhalte und damit den Wert der Medienmarke.

Bestrentierendes Medienhaus

Tamedia tut so, als ob der Spagat dennoch zu schaffen wäre. Im Communiqué steht: «Mit der Einführung der neuen Organisation sind keine Kündigungen verbunden.» Das ist, Pardon, Opium für das Volk. Bitte genau lesen: Da steht ausdrücklich nicht, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Denn ohne eine massive Reduktion – also um 30 oder mehr Prozent, auf zwei bis drei Jahre hinaus gerechnet – hätte die ganze Übung ja keinen Sinn.

Man rechnet mit einer «natürlichen Fluktuation» von 8 bis 10 Prozent. Intern dürfte es einen strengen Anstellungsstopp geben. Verjüngung findet nur noch statt, wenn ein «Alter» endlich zusammenpackt.

Die gegenwärtige Strategie von Tamedia ist: im Nebel der PR-Floskeln alles aussitzen, langsam zurückfahren und das Kerngeschäft abbauen, das seit 1893 die Firma und deren Besitzerfamilien reich gemacht hat.

Dieses Kerngeschäft war und ist lokal-regional verankerte Publizistik, überparteilich, frauenfreundlich, konsumentenorientiert. Als der *Tages-Anzeiger* gegründet wurde, gab es im Kanton Zürich etwa fünfzig Zeitungstitel, die meisten partei- und regionsgebunden. Der neue, marketinggetriebene Ansatz des ausländischen Investors hat den Erfolg gebracht.

Ein reiches Unternehmen wie Tamedia könnte sich heute eine wirklich langfristige Strategie leisten und sich antizyklisch verhalten: gerade jetzt in die Redaktionen investieren und so den Abstand zur Konkurrenz erhöhen.

Man ist das bestrentierende Medienhaus der Schweiz und verdient sich eine goldene Nase mit den ganzen Portalen, welche die Anzeigen ersetzen, die jahrzehntelang die wirtschaftliche Basis der Zeitung gebildet haben. Gleichzeitig lehnt man aber – wieder dieser Controller-Slang! – «Quersubventionierungen» ab. Da man aber nicht weiss, wie man mit publizistischen Inhalten in der digitalen Welt Geld verdient, werden halt die Investitionen in die Inhalte gekürzt.

Wenn das so weitergeht, kann es gut sein, dass eines Tages der Name Tamedia nicht mehr für kompetente, regional verankerte Publizistik stehen wird, sondern meinetwegen für den Versand von Hundefutter oder für Partnervermittlung. Dies aber können Google, Facebook & Co. definitiv besser. ○

Medien

Kahlschlag im Bannwald

**Direkte Demokratie braucht Medienvielfalt.
Die privaten Schweizer Verlagshäuser verkennen ihre staatspolitische Bedeutung.**

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass es Kracht in der Schweizer Medienbranche. Nervosität grassiert schon seit Jahren angesichts des digitalen Umbruchs, sinkender Auflagen von Printtiteln und wegbrechender Werbeeinnahmen. Doch jetzt ist operative Hektik ausgebrochen.

Die Tamedia-Rennleitung verschmilzt ihr breitgefächertes publizistisches Portfolio in zwei sprachregionalen Kompetenzzentren. Ringier will sich, wie neudeutsch verkündet wird, auf die Geschäftsfelder Publishing und Marketplaces konzentrieren, weshalb das Group Executive Board umgekrempelt werde. Die NZZ-Gruppe sucht einen neuen CEO, der digital nicht betriebsblind sein darf und womöglich als erste Amtshandlung die drei hausinternen Sonntagstitel zusammenlegen wird. Christoph Blocher erwirbt den Ostschweizer Zehnder-Verlag und zwei Dutzend Gratiszeitungen. Kampfblätter à la Berlusconi seien unerwünscht, zetert die Linke. Stattdessen will die SP die notleidende Branche mit Subventionen stützen. Staatsmedien? Nein danke!

Kampf gegen die Monotonie

Das Medienmonopoly erinnert fatal an die Zeit vor der Jahrtausendwende, als der Wettbewerb in den Regionen verkümmerte. Wenn Berner Journalisten, die für die Traditionsblätter *Bund* und *Berner Zeitung* tätig sind, heute über den von Tamedia gekochten Einheitsbrei lamentieren, so ist diese Schalkkost in Basel, in der Zentralschweiz und in der Ostschweiz schon längst bittere Realität. Zwar sind neue Zeitungen und Online-Portale entstanden, die wacker gegen die Monotonie ankämpfen. Gleichwohl muss konstatiert werden: Das Medienmutterland Schweiz wird eintöniger.

Einstmals wurde eine vielstimmige Zeitungslandschaft als Bannwald der Demokratie besungen. Den Medien komme die unabdingbare Aufgabe zu, den Wettbewerb der Argumente sicherzustellen. Die direktdemokratische Schweiz sei nicht denkbar ohne den publizistischen Diskurs. Davon

hört man heute kaum mehr einen Verleger sprechen. Vorrang haben Konzepte, die ein betriebswirtschaftliches Überleben im nahenden papierlosen Zeitalter ermöglichen.

Solche strategischen Überlegungen sind natürlich wichtig. Das darf aber nicht heissen, dass sich Verlegerfamilien oder Aktionäre von Medienhäusern ihrer staatspolitischen Verantwortung entledigen. Die Schweiz ist zu Recht stolz auf ihren publizistischen Bannwald. Es mag eigennützig klingen, wenn hier ein altgedienter Journalist schreibt, gelebte Demokratie brauche heute und morgen viele politische Köpfe in vielen unabhängigen Redaktionen, eine Medienlandschaft, die das Meinungsspektrum von links bis rechts abdeckt. Aber auch Verleger sollten so denken. Wozu sonst braucht



es den Artikel 17 der Bundesverfassung, der die Medienfreiheit gewährleistet? Er nützt nichts, wenn der Bannwald der Demokratie abgeholzt wird.

Nicht allein den Verlegern ist deren staatspolitische Mission in Erinnerung zu rufen. Auch das journalistisch tätige Bodenpersonal ist in die Pflicht zu nehmen. Die Mediengunft ist und bleibt die vierte Macht im Staat. Die damit gemeinte publizistische Wächterfunktion verpflichtet: Unbequem sein heisst heute, sich gegen Heerscharen von Kommunikationsleuten zu behaupten, die in Verwaltungen, Firmen, Parteien, Verbänden als Weichspüler agieren. Es heisst aber auch, eigenständige Meinungen zu vertreten. Viele Redaktionen sind denkfaul geworden. Wer sich nicht selber exponieren will, telefoniert einem öffentlichkeitsbewussten Politologen und erhält immer ein kommentierendes Statement. Seichter Häppchen-Journalismus ersetzt hartnäckige Recherchen. So machen sich Journalisten selber entbehrlich.

Wenn Verleger schon die Axt ansetzen, müssen Medienschaffende umso beherzter ihre demokratische Wächterfunktion wahrnehmen. Beliebiges Infotainment trägt nicht dazu bei, den Bannwald der Demokratie aufzuforsten. René Zeller



Essay

In Demokratien herrscht nicht das Volk

Will der Bürger sich an politischen Entscheidungen abarbeiten und dafür Verantwortung übernehmen? Lieber beschäftigt er sich mit seinen Alltagsgeschäften und ruft «Nein», wenn die Politik ihn dabei stört. Von Thomas Maissen und Doriano Strologo (Illustration)

Das ursprünglich griechische Wort «Demokratie» lässt sich als Volksherrschaft übersetzen. Aber in Demokratien herrscht nicht das Volk, sondern die jeweilige Mehrheit unter denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die überhaupt zur Urne gehen. Es gibt das Volk nicht als Einheit, die herrschen könnte wie ein König. Wenn das Volk die freie Wahl hat, dann wählt es viele Parteien mit ganz unterschiedlichen Überzeugungen. Und wenn das Volk über dieselbe Sache abstimmt, kann es einmal nein sagen, so 1959 zwei Drittel der Schweizer Männer zum Frauenstimmrecht, und ein andermal ja: 1971 waren zwei Drittel für dasselbe Anliegen. Das Volk hat also nicht immer recht und ebenso wenig die Volksmehrheit. Denn wie soll ein Nein von 1959 und ein Ja von 1971 gleichermaßen richtig sein? So ist es ganz grundsätzlich beim Herrschen: Es geht um Ja oder Nein, um die Entscheidung im Moment – und nicht um Richtig oder Falsch, also um die Wahrheit auf immer.

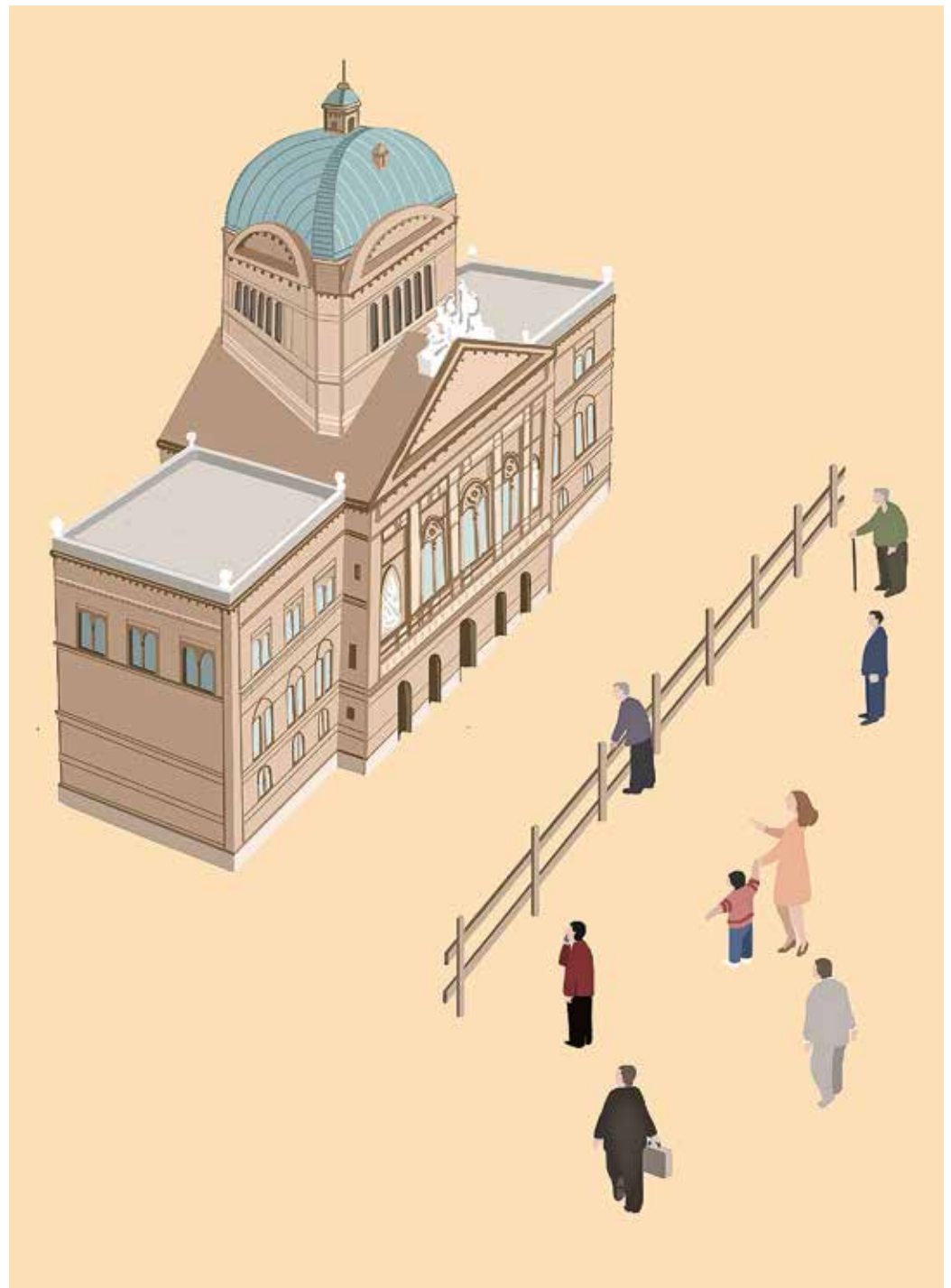
Aber herrscht das Volk überhaupt? Selbst in Demokratien liegen die herrschaftlichen Zuständigkeiten bei einer relativ kleinen Gruppe von Fachleuten. Das Volk wählt bestenfalls einen Teil der Leute aus, die über das Volk herrschen. In den Schweizer Kantonen können das Parlamentarier, Regierungsmitglieder und Richter auf den unteren Stufen sein. Auf Bundesebene gewählt werden dagegen nur die National- und Ständeräte, die wiederum Bundesräte und Bundesrichter küren. Diese stellen das Personal ein, mit dem wir es normalerweise zu tun haben, wenn wir von «Staat» reden: Polizisten und Lehrer, Militäranghörige und Steuerveranlager, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und wie die verschiedenen Ämter alle heissen. Der Staat ist ein aufwendiges Gebilde mit sehr weitreichenden Aufgaben, und Herrschaft ist ein anspruchsvoller Beruf für Abertausende von Menschen, die sich in die Arbeiten teilen, vom Verfassen der Busszettel bis zur Prüfung der Steuerformulare. Aber sie, die herrschen, sind nicht *das Volk*.

Verantwortung für die Fehler

Hier wird manch ein Schweizer Einspruch erheben: Im Unterschied zu den meisten anderen Staaten hat das Volk hier dank Abstimmungen regelmässig das letzte Wort. Gewiss,

Ist das aber Herrschaft? Oder nicht bloss – aber immerhin – ein Vetorecht gegen unliebsame Gesetzesvorlagen? Noch nie hat *das Volk* ein Gesetz selbst ausgearbeitet. Das machen Experten, in der Regel Juristen in der Verwal-

tung, im Parlament und gelegentlich in einem Initiativkomitee. Sie denken, argumentieren und streiten lange miteinander, bis sie einen ausgefeilten Gesetzesvorschlag unterbreiten können, der häufig viele Seiten füllt. Das Volk



Das Volk selbst hat gar keine Zeit zum Regieren.

kann daran kein Komma ändern. Es kann in einer Abstimmung nur ja oder nein zum Gesamttext sagen.

Wer sich hingegen einbringen kann, das sind die interessierten Verbände: Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Branchenvertreter und andere Lobbygruppen. Das sind wieder Fachleute, in der Regel Juristen. Und Hand aufs Herz: Wie viele Bürger studieren regelmässig sorgfältig die Abstimmungsunterlagen, die Gesetzestexte oder die darum entstehenden Debatten, bevor sie ihr Ja oder Nein in die Urne legen? Wie oft folgen sie einfach den Empfehlungen nahestehender Parteien, den Parolen auf Abstimmungsplakaten oder dem Bauchgefühl? Das ist legitim: Für die demokratische Beteiligung wird nicht vorausgesetzt, dass man sich gründlich mit Abstimmungsvorlagen beschäftigt. Doch bei Herrschaft ist das anders: Wie würden wir aufschreien, wenn die Gesetze, nach denen wir regiert werden, nicht gründlich und in transparenten Verfahren vorbereitet, sondern unsorgfältig oder willkürlich formuliert würden! Dann müssten die Herrschenden die Verantwortung für ihre Fehler übernehmen. Denn sie schulden dem Volk Rechenschaft, weil sie dank einem Volksmandat befristet und unter klaren Bedingungen herrschen.

Ein Geschäft für Fachleute

Das Volk selbst hat gar keine Zeit zum Herrschen. Das Volk will und muss arbeiten, Geld verdienen, essen, Fussball spielen oder fernsehen. Wenn viele Bürger wirklich die Kärrnerarbeit der Herrschaft begehren würden, dann wäre unser Milizsystem nicht längst an seine Grenzen gestossen. In unseren unüberschaubaren Gesellschaften mit unabsehbaren Risiken ist Regieren keine Sache des gesunden Menschenverstands, die Amateure noch nebenbei erledigen. Wie alles andere, von der Unternehmensführung bis zum Sport, ist es ein professionelles Geschäft, das höchste Ansprüche an Wissen, Fähigkeiten und Geschick von Fachleuten stellt.

Daran ändern auch diejenigen nichts, die verkünden, sie würden im Namen des Volks (das es als Einheit nicht gibt) politisieren. Zwar stellen sie diesem angeblichen Volkswillen, der nichts anderes ist als ihr eigenes politisches Programm, die abgehobenen Eliten und weltfremden Experten gegenüber. Doch wenn sie die Wahlen gewinnen, dann ersetzt diese Elite einfach Fachleute, die ihr nicht passen, durch solche, die ihr genehm und die vor allem gehorsam sind. Aktuelle Beispiele gibt es genug, von den USA bis Polen.

Die historischen Beispiele sind noch bedrohlicher. Die Kommunisten verbrämten ihre Herrschaft pleonastisch als «Volksdemokratie», und Hitler fabulierte von einer «germanischen Demokratie»: Seinen Willen setzte er mit demjenigen des ganzen Volks gleich, das ihm «in germanischer Gefolgschaftstreue»

folge. Solche Volksführer akzeptieren das Urteil des Volks nur, solange es ihnen nützt und sie an die Macht bringt. Dann verändern sie die Spielregeln dahingehend, dass das Volk ihnen künftig keine Niederlagen mehr bereiten kann. Damit nehmen sie aber dem Volk oder vielmehr den Wählern genau das Recht und die Freiheit, nein zu sagen – also das, was Demokratie ausmacht.

Und den Demokraten macht aus, dass er zu verlieren weiss. Persönliche «Abstimmungsniederlagen» sind des Schweizers regelmässige Erfahrung. In anderen Staaten wechseln die Koalitionen nach Wahlniederlagen, so dass

Es geht um Ja oder Nein, um die Entscheidung im Moment – und nicht um Richtig oder Falsch.

niemand immer gewinnt oder verliert. Solche Erlebnisse lehren Bescheidenheit und (Selbst-)Beschränkung der Herrschaft: Der Demokrat wird auch im Moment des Triumphs seine Macht nicht voll auskosten, weil er nicht will, dass es der politische Gegner tut, wenn dieser das Sagen hat.

Deshalb ist es für die Demokratie unabdingbar, dass ihre Entscheidungen die Existenz der Unterlegenen nicht gefährden, weil diese sonst ihre Niederlage nicht mit einer gewissen Gelassenheit akzeptieren können. Diese Gefahr besteht besonders dann, wenn sich demokratische Mehrheiten nicht aufgrund wechselhafter politischer Vorlieben ergeben, sondern als Folge von fixen, etwa ethnischen oder religiösen Zugehörigkeiten. Die tiefen Ängste davor, dass einzelne Gruppen und ihre Vertreter dauerhaft von der politischen Beteiligung ausgeschlossen werden, haben viele Demokratisierungsprozesse sehr schwierig und blutig gemacht. Das zeigen nicht nur die gegenwärtigen Wahlen in Kenia oder der Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion. Auch der schweizerische Bundesstaat konnte 1848 erst geschaffen werden, nachdem die liberale Mehrheit die kleinen katholisch-konservativen Kantone im Sonderbundskrieg militärisch unterworfen hatte.

Damit demokratisch legitimierte Mehrheiten selbst im Moment des Triumphs ihre Macht nicht missbrauchen, ist Gewaltenteilung notwendig. Dazu kann der Föderalismus gehören, der den Schweizer Konservativen nach 1848 ihre Stammlande sicherte. Dazu gehört auf jeden Fall eine unabhängige Justiz, an der sich die politischen Machthaber und Mehrheiten reiben; wie sich umgekehrt auch Juristen und andere Fachleute am demokratisch legitimierten Willen der Herrschenden reiben müssen. Gewaltenteilung soll gerade Hürden errichten, die die Umsetzung des Herrscherwillens, auch des demokratischen, erschweren, damit Minderheiten berücksich-

tigt und ihre Freiheitsrechte und generell die Rechtsprinzipien eingehalten werden.

Uneinheitlich und widersprüchlich

Denn Demokratie widerspiegelt nicht die Stärke, sondern die Schwächen des Menschen und des Volks. Es ist uneinheitlich und widersprüchlich – und kann das in der Parteilichkeit abbilden. Es ist wankelmütig, aber nicht stur – und kann auf frühere Entscheidungen wieder zurückkommen. Es ist nicht allwissend – und lernt gemeinschaftlich aus Fehlern bei Wahlen und Abstimmungen, weil es selbst die Verantwortung dafür übernehmen muss und nicht einfach auf die Herrschenden abschieben kann. Von diesen wird das Volk nicht zu viel erwarten, da sie auch nur Menschen sind. Wer Demokratie nicht als Herrschaft versteht, sondern als unabdingbare Kontrolle der Herrschenden, erspart sich die Überschätzung seiner eigenen Macht und den anderen die Anmassungen, die sich daraus ergeben können.

Thomas Maissen ist Direktor des Deutschen Historischen Instituts Paris und Autor einer Geschichte Europas in der frühen Neuzeit (2013). Mit seinen «Schweizer Heldengeschichten» (2015), in denen er Reden der SVP-Politiker Christoph Blocher und Ueli Maurer mit dem aktuellen Forschungsstand verglich, löste er eine breite Debatte aus, die auch als «Schweizer Historikerstreit» bezeichnet wird.

Pensionierung:

Wichtiges
bespricht man mit
dem Experten.



Vermögens
Zentrum

www.vermoegenszentrum.ch

Hotel Mutti

Die Welt ist im Umbruch, da scharen sich die Deutschen um Kanzlerin Merkel wie Küken um die Glucke. Sie wird wohl wiedergewählt werden, denn es gibt keinen Anreiz, aus dem Hotel Mutti auszuziehen.

Von Wolfgang Koydl

Angela Merkel mag ja manches können, aber die Kunst der freien Rede gehört sicher nicht dazu. Es sind nicht nur die Plattitüden und Phrasen, die sie lustlos aneinanderreihet – das gehört bei allen Politikern zum kleinen Einmaleins. Aber Merkel stellt sich sogar dabei ungeschickter an als viele ihrer Kollegen.

Doch schlimmer als alle Banalitäten tönt ihre Stimme. Eher für Kammertöne als für Marktplätze geschaffen, ist sie unangenehm hoch, schneidend und zugleich gequetscht, als ob Merkel jedes Wort widerwillig am Kehlkopf vorbei herauspressen müsse. Das Gesicht wird rot, der Körper verspannt sich; jede Faser, die ganze Mimik zeigen, dass sie jetzt lieber ganz woanders wäre: im Kanzleramt, bei Putin, Erdogan, Trump oder in Gottes Namen auch beim Wandern.

Ihre Gestik ist sparsam. Sie kommt im Wesentlichen mit einer Bewegung aus: einem monotonen Hammerschlag mit der rechten Hand, als spiele Merkel das Chilbi-Spiel «Whac-A-Mole», bei dem man kecke Maulwürfe in ihre Löcher zurückbefördert. Der kämpferische Gestus wirkt aufgesetzt, und er kollidiert mit den Nichtigkeiten, die sie verkündet. Der ganze, sehr, sehr lange vierzig Minuten währende Vortrag ist eine Mischung aus Nörgeln, Stänkern und Belfern. «Mutti» Merkel? Dann lieber Waisenhaus.

Doch die Menschen hier in der Altstadt von Bayreuth im Norden Bayerns scheint das nicht zu stören. Mehr als tausend Personen haben sich an diesem lauen Sommerabend vor dem Ehrenhof des Neuen Schlosses eingefunden, um «dem hochkarätigen Gast» zu lauschen. Abgesehen von einem kleinen Trupp Anhänger der Alternative für Deutschland (AfD), die «Merkel muss weg» und «Ohne dich» skandieren, sind die meisten Zuhörer hingerissen von ihrer Kanzlerin: «Ein Lichtblick», haucht eine Rentnerin. «Fantastisch, was die für unser Land getan hat», lobt ein Student. Und selbst eine lokale Stadträtin der Sozialdemokraten bescheinigt ihr «Bodenständigkeit»: «Sie ist mir sympathisch.»

Wie Bud Spencer und Terence Hill

Es läuft rund für Merkel, hier in Bayreuth und im ganzen Land. Auch wenn ihre CDU in den Umfragen zuletzt einen Prozentpunkt eingebüsst hat, liegt sie dennoch weiterhin meilenweit vor ihrem SPD-Herausforderer Martin Schulz. Nichts bleibt an ihr haften, alles prallt an ihr ab: G-20-Krawalle, Dieselskandal, Zoff

mit Erdogan? Geht sie nichts an, sie ist ja nur die Regierungschefin. Ihre grösste Sorge ist, dass ihre Wähler glauben, die Wahl sei schon gewonnen und sie könnten daher am 24. September zu Hause bleiben oder ins Grüne fahren, anstatt zu wählen. «Mit seiner Stimme spielt man nicht», ermahnt denn auch ein Vordränger die Bayreuther und Bayreutherinnen, am Wahltag keine Dummheiten zu begehen.

Deshalb steigt die Kanzlerin höchstpersönlich hinab in den Wahlkampf, auch wenn ihr das eigentlich zuwider ist. Der politische Gegner unterstellt ihr sowieso, dass sie sich der Auseinandersetzung entziehe und damit – kleiner geht's nicht – die Demokratie gefährde. Was herauskommt, ist ein Wahlkampf wie in Watte: Träge, quasi sotto voce. So als ob man zwei Boxer vor dem Match mit Sedativen gedopt hätte.

Das ist massgeblich Merkels Schuld – oder, je nach Sichtweise: Verdienst. Sie lässt Schulz ganz einfach ins Leere laufen, sie lässt ihn nachgerade impotent erscheinen – da mag er sich abstrampeln, wie er will, mit immer neuen Themen in der immer verzweifelteren Hoff-

G-20-Krawalle, Dieselskandal, Zoff mit Erdogan? Geht sie nichts an, sie ist ja nur die Regierungschefin.

nung, dass irgendwann vielleicht doch noch eines mal zünden möge. Aber Merkel ist das, womit man im Englischen einen Spielverderber beschreibt: *a wet blanket* – eine nasse Decke. Nasse Textilien ersticken jeden Funken.

Ein wenig erinnern Schulz' Attacken an eine Szene, wie sie in fast jedem Film mit Bud Spencer und Terence Hill zum Gaudium des Publikums gezeigt wurde: Aufgepumpt mit Adrenalin, vollführt irgendein Gegenspieler des Duos hektische Karate- und Fausthiebe in der Luft, derweil der dicke Bud unbewegt und ungerührt zuschaut. Bis er ihn mit einer eher gelangweilten Ohrfeige auf den Boden schickt. Derart gelangweilt spult auch die Kanzlerin ihre Deutschland-Tour ab – mehr pflichtschuldig als feurig: von Nord nach Süd, in Ost und West, bei Krabbenfischern ebenso wie bei Start-up-Unternehmern – und ganz allgemein bei den «Menschen draussen im Lande», wie der Berliner Olymp das Volk gerne herablassend nennt. Noch 26 Wahlkampfauftritte absolviert sie in den letzten 24 Tagen bis zur Wahl, meist zwei am Tag und gleich neun in Bayern – einem «befreundeten Bundesland»,

wie der mit nach Bayreuth gereiste bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer schlitzohrig erklärt.

Ein entschlossenes «Ja, aber»

Es ist noch gar nicht so lange her, da wären Auftritte der CDU-Vorsitzenden im Stamm-land der bayerischen Schwester CSU eher als Belastung empfunden worden. Der Streit um die Öffnung der Grenzen für Migranten im Herbst 2015 durch Merkel hatte die beiden Parteien selber an die Grenze einer Scheidung getrieben. CSU-Chef Seehofer hatte offengelassen, ob es ein gemeinsames Wahlprogramm geben würde, ja ob die Bayern die Regierungschefin überhaupt als gemeinsame Kanzlerkandidatin auf den Schild heben würden.

Doch davon ist keine Rede mehr. Das Thema Migranten wird sorgsam aus dem Wahlkampf herausgehalten wie ein hässliches Familiengeheimnis, an das niemand rühren will. Das ist kein Wunder, hatten doch mit Ausnahme der AfD alle deutschen Parteien diesen Kurs offen unterstützt. In die Presse schaffen es nur willfährige Studien – etwa der in solchen Diensten erfahrenen Bertelsmann-Stiftung –, die angeblich belegen, wie gerne die Deutschen den Islam haben. Oder Berichte über die wunder-same Trockenlegung der Mittelmeerroute.

In ihrer Standardrede nimmt sich Merkel dieses Themas mit einem entschlossenen «Ja, aber» an: Die Willkommenskultur des Jahres 2015, sagt sie unbelehrbar, sei «ein tolles Stück Deutschland» gewesen. Pflichtschuldiger gefolgt von dem Zusatz: «Das Jahr 2015 kann und darf sich nicht wiederholen.» Was sich nicht wiederholen kann und darf, nennt sie freilich nicht beim Namen: nämlich die unkontrollierte Zuwanderung Hunderttausender unbekannter Männer aus einem fremden und dem Westen mehr als nur latent feindselig gesinnten Kulturkreis.

Ganz zu schweigen von der Binnenwanderung vieler dieser Männer durch Deutschland und Europa. Jeder deutsche Taxifahrer kennt Geschichten von «tollen Fahren», als er «Araber ohne Gepäck, aber mit 500-Euro-Scheinen in der Tasche» quer durch die Republik kutscherte. Erst spät stoppten die Behörden diese Touren, als sie erkannten, dass man Autofahrten im Gegensatz zu Flug- und Bahnreisen nicht kontrollieren kann.

Die Deutschen, glaubt man den Umfragen, haben das alles verdrängt, vergessen, vielleicht



«Voll muttiviert»: Angela Merkel in Berlin, 27. August 2017.

vergeben. Brexit, Putin, Trump und Erdogan, die Welt ist unsicher genug. Da scharen sie sich um ihre Kanzlerin wie Küken um eine Glucke. Auch jene 46 Prozent, die sich drei Wochen vor der Wahl angeblich noch immer nicht entschieden haben, werden sich am Ende mehrheitlich wieder an Merkels Schürzenzipfel klammern.

Die Junge Union, die Jugendorganisation der CDU, hat diesen Mutterkomplex auf die

Spitze getrieben: Einige Mitglieder wurden in T-Shirts mit dem auch so witzigen Aufdruck «Voll muttiviert» gesichtet. Ist es das, was Merkel an der Macht hält und wahrscheinlich an der Macht halten wird? Ist Deutschland eine Nation mit Ödipuskomplex? Vertraut sie ausgerechnet einer Frau, die selbst keine Mutter ist, die im Umgang mit Kindern fremdelt und die so gar nichts Warmes, Emotiona-

les, Mütterliches ausstrahlt? Im Ernst: Kann man sich Angela Merkel als Trösterin vorstellen? Wie das aussieht, sah man bei ihrer Begegnung vor zwei Jahren mit dem Palästinensermädchen Reem: «Tja, echt schlimm, Kleines. Aber das Leben ist nun mal hart. Ich hab's auch nicht leicht», war sinngemäss die Reaktion der Kanzlerin auf die Tränen des Mädchens. >>>

Der Märchenprinz

Christian Lindner hat die totgeglaubte FDP wiederbelebt. Superman oder Schaumschläger? Weggenosse Gerhard Papke nennt ihn «Perfektionierer des Mainstreams».

Schon als neunzehnjähriger Praktikant liebte er den grossen Auftritt: Da preschte Christian Lindner, der Chef der deutschen Freien Demokratischen Partei, mit dem Porsche in die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung. Dort traf er den achtzehn Jahre älteren Gerhard Papke, der sein Talent erkannte, ihn tatkräftig förderte und mit ihm in den Landtag von Nordrhein-Westfalen einzog. Doch vor zwei Jahren kam es zum Bruch über Differenzen beim Umgang mit dem Islamismus. Papke erkennt Lindners Erfolge um das Wiedererstarken der Liberalen an, die bei den letzten Wahlen aus dem Bundestag flogen; er hat jedoch Zweifel, ob der neue Mann nicht nur ein Showtalent ist.



Christian Lindner.

Herr Papke, ist die FDP unter Christian Lindner zu einer Ein-Mann-Show gekommen?

Ja, es ist der Eindruck entstanden, dass die FDP im Wesentlichen aus Christian Lindner besteht. Sicher, ein Parteichef muss Autorität besitzen. Aber das darf nicht dazu führen, dass die innerparteiliche Vielfalt leidet.

Sie haben Lindner als blutjungen Mann kennengelernt. Was sahen Sie in ihm?

Einen hochbegabten Mann mit bemerkenswerten Talenten und einem Hang zur Selbstverliebtheit, aus dem mal etwas werden würde. Der Prozess unserer Entfremdung war für mich nicht einfach. Nicht nur, weil wir so lange eng befreundet waren, sondern weil ich um seine herausragenden Fähigkeiten wusste. Daraus speiste sich aber gerade nach seiner Wahl zum Parteichef meine Erwartung, dass er sie nutzen würde, um die Probleme Deutschlands mutig anzusprechen – etwa bei der Massenzuwanderung oder bei der Auseinandersetzung mit dem Islamismus.

Zum Bruch kam es über ein Islamismus-Papier, das Sie 2014 veröffentlichten.

Ich war vor allem enttäuscht, dass Lindner lieber abwarten wollte, wie sich diese Debatte entwickeln würde und lange in Deckung blieb. Er ist alles andere als ein Revolutionär, er ist bisher eher ein Perfektionierer des politischen Mainstreams.

Das klingt nach Opportunist.

Das ist er sicher nicht. Es ist nicht leicht, sich dem Mainstream zu entziehen, gerade in der Bundesrepublik mit ihrer Konsens- und Konformitätsmentalität. Es braucht viel Mut, sich dem entgegenzustellen. Bei der Debatte über die Russlandpolitik hat Lindner zu meiner Freude Courage gezeigt, auch wenn er aufpassen muss, nicht missverstanden zu werden.

Er hat gesagt, dass man die Annexion der Krim akzeptieren müsse. Ist das ein Zeichen, dass sich die FDP künftig öfter vom Mainstream abheben wird?

Das bleibt abzuwarten. Es geht ja auch nicht um Tabubruch als Selbstzweck. Lindner will bestimmt nicht, dass

Putins Grenzverletzungen ausgerechnet in Deutschland als neue Normalität gelten. Bisher ist die FDP durch eine auf Lindner konzentrierte Werbekampagne ins Bewusstsein der Menschen gedrungen. Aber die Frage, wofür sie inhaltlich steht, wohin sie unser Land führen will, ist noch nicht klar beantwortet. Lindner wird zeigen müssen, ob die FDP eine Haltungspartei ist oder eine auf Jugendlichkeit getrimmte Inszenierungspartei.

Was gehört zu einer Haltungspartei?

Die FDP sollte sich etwa wieder erkennbar zur eigenen Nation und zu einem welt-offenen Patriotismus bekennen. Die deutsche politische Grundstimmung der vergangenen Jahre war eher ein blauäugiger Multikulturalismus, der achselzuckend hinnahm, dass sich Parallelgesellschaften etablierten, in denen Frauenrechte nicht gelten. Die freiheitliche Demokratie braucht Bekennermut und die Bereitschaft, sie gegen den Islamismus zu verteidigen. Wenn die FDP im Bundestag sitzt, muss sich zeigen, ob sie eine Mainstream-Politik zum Machterwerb und Machterhalt betreibt oder ob sie den Mut hat, gegen den Strom zu schwimmen und sich auf Debatten einzulassen, die nicht ganz so vergnüglich sind.

Gerhard Papke: Noch eine Chance für die FDP?

Finanzbuchverlag, 232 S., Fr. 29.90

Interview: Wolfgang Koydl

Kluge Beobachter registrieren längst eine Infantilisierung der Gesellschaft: Selbst keine Kinder haben, aber möglichst lange selbst Kind sein wollen – Fun statt Verantwortung: Das ist das Motto. Mutter wird's schon richten. Dass die CDU soeben ein «begehrtes Wahlprogramm» vorgestellt hat, passt zu dieser Entwicklung. Wer will schon trockene Texte lesen, wenn er Politik in einer Art interaktiver Geisterbahn erfahren kann.

Natürlich will keiner zugeben, dass er einen Mutterkomplex hat, zumindest nicht unter den Leuten hier in Bayreuth. Wer bekennt sich schon zu einer peinlichen psychischen Störung? Aber vielleicht muss man gar nicht Sigmund Freud bemühen, vielleicht sind die Deutschen ein Volk von Nesthockern. Sie wollen nicht aus dem bequemen «Hotel Mama» ausziehen, wo sie's doch ganz nett haben. Oder, wie es der Wahlslogan der CDU formuliert, wo es sich «gut und gerne leben» lässt. Wohlgemerkt: nicht perfekt, nur gut und gerne. Aber es könnte schlimmer sein.

Der dritte Akt der «Walküre»

Wenn's draussen in der Welt tobt und stürmt, da verkriecht man sich eben gerne bei Müttern und nimmt in Kauf, dass sie den Kurs bestimmt. Mit wem wollte man denn durchbrennen und woanders hinziehen? Mit Martin Schulz etwa? Der verspricht den gleichen spiessbürgerlichen Mief, nur in einer kleineren Wohnung. Ja, wenn es einen rassigen, gutaussehenden Typen gäbe, der Abenteuer verspricht. Aber leider ist weder ein Emmanuel Macron noch ein Sebastian Kurz in Sicht. Liberalen-Chef Christian Lindner ist es nicht. Der liebt nur sich, wie die Plakatkampagne der FDP beweist. Selbst deren Digital-Politik ist mit Lindner bebildert. Die Poster zeigen ihn beim Betrachten seines Smartphones.

Merkel ist am Ende ihrer Rede angelangt. Sie hat alle Punkte abgehakt. Sie hat Banalitäten verkündet («Kinder kosten Geld»), Verwirrendes («Täter dingfest machen, Opfern helfen, nicht umgekehrt») und für Schweizer Ohren Befremdliches («Wahltag ist Ihr Tag, weil Sie uns ein Stück weit die Richtung geben»). Nur ein Stückchen? Interessant. Dann gibt's Applaus, die Hymne und einen Fresskorb mit Bayreuther Bier und Bratwürsten.

Verstohlen blickt sie auf die Uhr. Die grosse Wagner-Verehrerin könnte es noch hinüberschaffen auf den Grünen Hügel ins Festspielhaus, rechtzeitig zum dritten Akt der «Walküre». Darin geht es ebenfalls um Inzest. Die Zwillinge Siegmund und Sieglinde zeugen den jungen Helden Siegfried. Auch Mutti Merkel und ihr Volk werden sich am Wahltag wohl wieder vereinen, aber einen strahlenden Helden werden sie nicht zeugen. Eher vier weitere miesepetrige, lustlose Jahre. ○

Angela Merkel: Eine Schadensbilanz

Kein Kanzler hat ein verheerenderes Erbe hinterlassen als sie.
Ein genaues Gefühl für die vermutlich siegreiche Sache leitet ihre Positionierungen.
Die Deutschen liegen ihr nicht besonders am Herzen. *Von Thilo Sarrazin*

Angela Merkel versprüht kaum je rhetorischen Glanz. Ihre Reden sind langweilig. Niemals sagt sie etwas Unbedachtes, Aggressives oder Polemisches. Sie kann lange warten, ehe sie sich überhaupt festlegt oder eine Tendenz erkennen lässt. Aber sie erspürt Stimmungen und hat ein Gefühl für die Labilität von Zeitenwenden. Das Timing ihrer überraschenden Positionierungen war immer wieder explosiv und machtpolitisch erfolgreich:

— Im Mai 2010 gestand sie Griechenland unvermittelt Finanzhilfen zu und opferte die tragenden Prinzipien des Maastricht-Vertrages – kein Bailout für Staatshaushalte und keine monetäre Staatsfinanzierung – der Einigung mit Frankreich und Italien.

— Im Dezember 2010 folgte sie dem jungen Verteidigungsminister Guttenberg in eine undurchdachte Abschaffung der Wehrpflicht.

— Im März 2011 nahm sie die Katastrophe von Fukushima als Anlass zum schnellen Ausstieg aus der Atomenergie und zur Aufkündigung des mit der Industrie verbindlich vereinbarten Zeitplans.

— Im Juli 2015 stimmte sie erneuten Griechenland-Hilfen zu. Damit wurde klar, dass niemals ein Land wegen finanziellen Fehlverhaltens die Euro-Zone verlassen muss.

— In der Nacht vom 4. auf den 5. September 2015 stimmte sie ohne Beschluss von Bundesregierung oder Bundestag der Öffnung der deutschen Grenzen zu und liess in wenigen Monaten 1,2 Millionen Flüchtlinge und illegale Einwanderer ins Land.

— Am 27. Juni 2017 erklärte sie in einem Interview unvermittelt die «Ehe für alle» zur Gewissensfrage und befreite so die Abgeordneten der Union aus dem Fraktionszwang. Wenige Tage später war die Ehe als Verbindung von Mann und Frau Rechtsgeschichte geworden.

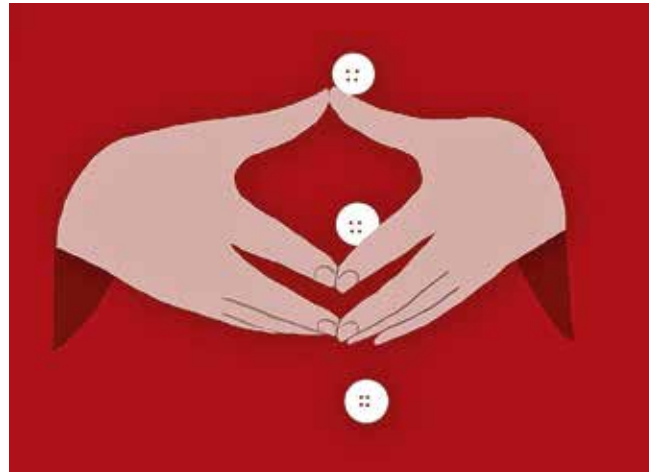
— Am 14. August 2017 sprach sie sich grundsätzlich für ein Verbot des Verbrennungsmotors aus, liess allerdings den Zeitpunkt dafür offen.

Überwindung des Nationalstaats

So geht die Methode Merkel: abwarten, in Deckung bleiben und dann durch unvermutete Positionierung das vermutlich Siegreiche zur eigenen Sache machen. Konzeptionslos

ist das Ganze nicht. Angela Merkel verfolgt eine Agenda, die auf die Überwindung des Nationalstaats und auf eine Weltgesellschaft zielt. Sie hat nichts gegen Deutschland und die Deutschen, aber besonders am Herzen liegen sie ihr auch nicht.

Geschichte ist ein offener Prozess, ihr Entwicklungspfad wird unter anderem gestaltet durch Politik. Die deutsche Geschichte der



Labilität von Zeitenwenden.

letzten zwölf Jahre hätte ganz anders verlaufen können. Erst wenn man sich diese Alternative konkret vor Augen führt, begreift man den immensen Schaden, den Angela Merkel für Deutschland und Europa angerichtet hat:

— Im Frühling 2010 hätte man an den Prinzipien des Maastricht-Vertrages festhalten müssen. Griechenland hätte Staatsinsolvenz erlitten und wäre aus der Euro-Zone ausgeschieden. Längst hätte es mit einer um 40 Prozent abgewerteten Drachme wieder auf einen Wachstumspfad zurückgefunden, es ginge ihm weit aus besser als jetzt. Für alle Gläubiger von Euro-Staaten wäre dies sehr heilsam gewesen. Die Sanierung der Staatsfinanzen und die inneren Reformen der Arbeitsmärkte wären viel schneller vorangekommen. Die Geldversorgung des Euro-Raums hätte zu dessen Wirtschaftspotenzial gepasst, aber sie hätte sich auf die risikogerechte Beleihung werthaltiger Papiere und nicht auf den hemmungslosen Ankauf von Staatsanleihen gestützt. Der Euro wäre kein heiliges Mysterium im Dienste höherer Zwecke und kein Völkergefängnis, sondern eine solide Währung für die Länder, zu denen er passt und die die Spielregeln einer Währungsunion innerlich akzeptieren.

— An der Wehrpflicht hätte man so lange festgehalten, bis ein tragfähiges Konzept für die Zukunftsausgaben der Bundeswehr vorgelegen hätte. Die Bundeswehr wäre im Kern die funktionstüchtige Landarmee geblieben, die sie einmal war, sehr zur Beruhigung der östlichen Nato-Partner.

— In der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik hätte Deutschland strikt am Dublin-Abkommen festgehalten und die Grenzen für illegale Einwanderer vorsorglich geschlossen. Massenflucht über das Mittelmeer gäbe es nicht, weil jedes aufgegriffene Boot mit illegalen Einwanderern unverzüglich an den Ausgangsort zurückgebracht worden wäre.

— Der Flüchtlingsstrom seit 2015 nach Deutschland hätte nicht stattgefunden. Die Kriminalitätsrate wäre deutlich niedriger. Tausende islamistischer Gefährder hätten gar nicht erst einreisen können, es hätte deshalb auch deutlich weniger Attentate gegeben.

— Die Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) durch Bernd Lucke im Jahre 2013 wäre ausgeblieben, weil der Parteichef in der CDU geblieben wäre. Es gäbe keine Partei rechts von der Union mit der Aussicht auf den Einzug in den Bundestag.

— Das Brexit-Votum in Grossbritannien wäre zugunsten des Verbleibs in der EU ausgefallen. Sogar eine Euro-Mitgliedschaft wäre für das Land attraktiv gewesen, nachdem die Maastricht-Prinzipien ihre Tragfähigkeit bewiesen hätten.

— Der statt Angela Merkel amtierende Bundeskanzler hätte zur Zukunft des Verbrennungsmotors gesagt, dass dieser auf natürlichem Wege sterben werde, wenn es bessere Alternativen gebe. Schliesslich ist ja auch das Pferdefuhrwerk nicht verboten worden, es hatte sich ganz einfach überlebt.

Zum historischen Vermächtnis von Angela Merkel gehören die AfD, der Brexit, eine nach den eigenen Massstäben gänzlich missglückte Energiewende und eine grosse, kulturfremde Einwanderung aus islamischen Ländern. In gehörigem zeitlichem Abstand wird das Urteil der Geschichte bei keinem Bundeskanzler so negativ ausfallen wie bei Angela Merkel.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.



Die Party war lustig, solange das Öl floss: Präsident Maduro (l.) mit Ehrengarde.

Allianz der Generäle und der Gläubigen

Venezuela, das Land mit den grössten Ölreserven der Welt, war seit je ein Operettenstaat. Jetzt machen Hunger und Gewalt aus der Operette eine Tragödie. Warum hält sich Präsident Maduro weiter an der Macht? *Von Ruedi Leuthold*

Vor drei Jahren wurde Nicolás Maduro mit zweifelhaften 50,5 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt, 2015 gewann die Opposition eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Maduro besetzte den Obersten Gerichtshof mit dreizehn ihm ergebenen Richtern, die begannen, die Macht des Parlaments zu beschneiden.

Im April dieses Jahres rief die Opposition die Bevölkerung zur «Mutter aller Protestmärsche» auf. Zwei Tage zuvor hatte der Verteidigungsminister «die granitene, monolithische Einheit» der «radikal antiimperialistischen Streitkräfte» und ihre unbedingte Treue zu Präsident Maduro beschworen, einem «authentischen Anhänger» des verstorbenen Führers Hugo Chávez. Die Regierung rief die eigenen Anhänger zur Gegendemonstration auf. Es marschierten Beamte und Angestellte der Staatsfirmen mit, allen voran die der Ölgesellschaft *Petróleos de Venezuela* (PDVSA).

So kamen alle Kräfte zusammen, die das Regime stützen und an der Macht halten: die tausend bestens gehaltenen Generäle der Streitkräfte; die dem Staat verpflichteten Funktionäre, die ohne ihre Parteimitgliedschaft ihre Posten nie bekommen hätten; die «colectivos», paramilitärische Banden, die den Schwarzmarkt beherrschen und sich auch mit Entführungen und Drogenhandel finanzieren. Nach Art der faschistischen Schwarzhemden schüchtern sie die Bevölkerung ein und verfolgen Regimegegner.

Konsumenten statt Bürger

Und schliesslich die sogenannten Gläubigen: Menschen, die den Gesängen ihrer Heilverkünder immer noch vertrauen. Es sind weniger geworden, aber sie sind nicht verschwunden. Sie glauben der Propaganda der Regierung, dass der Kollaps der Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten einem

imperialistischen Wirtschaftskrieg und einem internationalen Komplott zu verdanken ist. Hugo Chávez, Maduros Vorgänger und politischer Ziehvater, war am Fuss der Anden in einem armen Dorf aufgewachsen. Sein Vater war Dorfschullehrer, der Sohn wurde angesteckt von den Erlösungsfantasien evangelikaler Prediger und der kriegerischen Rhetorik der kubanischen Revolution. Dass sich aus dieser Mischung ein Staat machen liess, lag daran, dass in Venezuela nie eine wirkliche Demokratie geherrscht hatte.

Eine kleine Elite suhlte sich im Öl-Reichtum, der grosse Teil der Bevölkerung war nicht nur von diesem Glück ausgeschlossen, sondern auch von Arbeitsplätzen. Denn es gab keine eigene produktive Wirtschaft – der Fluch des Öls.

Der Operettenstaat produzierte eine Operettenrevolution.

«Venezuela», verkündete Hugo Chávez, nachdem er nach einem gescheiterten Putsch

1998 zum Präsidenten gewählt worden war, «ist berufen, bei der Konstruktion einer neuen Welt die Führung zu übernehmen.»

Dabei kam ihm der hohe Ölpreis zupass. Sozialhilfeprogramme erlösten die Ausgeschlossenen von der Armut, und die Heilsversprechen der Regierung gaben ihnen eine Zukunft. Die kubanischen Revolutionäre hatten noch auf Bildung gesetzt, um den neuen Menschen zu schaffen. Mit dem Ergebnis, dass Tausende von gutausgebildeten Menschen von der Insel flohen – weil ihnen das eigenständige Denken verboten blieb. Chávez, der Kinderbuch-Revolutionär, ersetzte die Aufklärung durch religiöse Bruchstücke. Mit Simón Bolívar, dem Helden der Unabhängigkeitskriege, bekamen die Venezolaner einen Propheten. Die USA wurden zum Teufel, den Chávez – Apostel und Erlöser – mit grimmigen Worten bekämpfte: «Das unmoralischste, zynischste, mörderischste Imperium, das je existiert hat in der Geschichte dieses Planeten.»

Das Versprechen eines neuen Paradieses, der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, schien mit dem Manna des billigen Benzins Wirklichkeit zu werden – bis heute füllen die Venezolaner einen 80-Liter-Tank für den Preis einer Tasse Kaffee. So eroberte Hugo Chávez die Wähler – er gab ihnen ein Dach über dem Kopf und zeigte den Weg vor. Er demokratisierte das Öl und monopolisierte die Macht. Er machte die Armen nicht zu Bürgern. Aber immerhin zu Konsumenten.

Inflation von über 1000 Prozent

Dann begann er, mit Hilfe der Demokratie die Demokratie abzuschaffen: die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Medien. Eine Mehrheit fand er immer, um die Verfassung nach seinen eigenen Bedürfnissen zu gestalten, und wahrscheinlich wäre er ewig wiedergewählt worden, wenn nicht 2013 der Krebs seinem Leben ein Ende gesetzt hätte. Den Zerfall des Ölpreises, der ein Jahr später einsetzte, erlebte er nicht mehr.

Die Chavisten bemühten sich nicht, in Produktionsstätten, Technologien, Gehirnkapazitäten zu investieren. Vielmehr vertrieben sie die unternehmerische Intelligenz. Sie machten Venezuela zum höchstverschuldeten Land der Welt. Jetzt braucht die Regierung die Öleinnahmen, um ihre Verbindlichkeiten zu bedienen. Sie hat kein Geld mehr, um Gebrauchsgüter, Medikamente und Lebensmittel zu importieren. Deshalb gehen die Leute auf die Strasse. Weil der Hunger grösser ist als die Angst. Zwischen 2013 und 2017 ging das Pro-Kopf-Einkommen des Landes um 40 Prozent zurück – mehr als während der Grossen Depression in den USA zwischen 1929 und 1933. Die Inflation beträgt über tausend Prozent. Venezuela ist, so Transparency International, korrupt wie kaum ein anderes Land, auf Platz 166 von 176 untersuchten Ländern.



Der Hunger ist grösser als die Angst: Caracas im April.

Nachdem es Maduro nicht gelungen war, das von der Opposition beherrschte Parlament zu schliessen, organisierte er die Wahl einer neuen verfassunggebenden Versammlung. Alle 5500 Kandidaten waren Mitglieder seiner sozialistischen Partei. Mittlerweile haben die Gewählten die Funktionen des Parlaments übernommen. Diese Farce war nur möglich, weil die Streitkräfte nach wie vor auf der Seite Maduros stehen.

Venezuela ist laut Transparency International so korrupt wie kaum ein anderes Land.

hen. Die Gründe dafür sind leicht zu erkennen. Es geht ihnen so gut wie nie. Maduro hat die Generäle gekauft. Die Militärs halten elf Ministerposten in der 32-köpfigen Regierung, sie kontrollieren den Import von Lebensmitteln, unterhalten Uniformfabriken, führen einen Fernsehkanal und eine Bank. Neuerdings besitzen sie auch eine eigene Gesellschaft, die im Minen- und Ölgeschäft tätig ist.

Die Soldaten bekommen den Lohn pünktlich, in den exklusiven Läden ihrer Garnisonen finden sie alles, was der Bevölkerung vorenthalten bleibt. Es gibt Berichte von Heeresposten, die der Bevölkerung Lebensmittel zu Schwarzmarktpreisen anbieten. Die höheren Ränge machen Geschäfte mit dem Verkauf billigen Benzins in Nachbarländer. Hohe Offiziere werden von den USA bezichtigt, in den Drogenhandel verwickelt zu sein. Venezuelas Generäle befehligen 165 000 Soldaten. Ihre Waffen beziehen sie aus Russland und China; dieses Arsenal setzen sie gegen die eigene Bevölkerung ein.

Denn nicht einmal die Armen stehen noch hinter Maduro. Das Viertel 23 de Enero liegt in den Hügeln im Nordwesten von Caracas, 100 000 Einwohner, die in Hütten oder riesigen Häuserblocks leben, seit je eine Bastion des Chavismus. Hier steht eine Kapelle mit der Inschrift «Heiliger Hugo Chávez des 23.»

Aber bei den Wahlen 2015 stimmte hier eine Mehrheit für die Opposition. Nur wagt das hier öffentlich kaum jemand auszusprechen. Denn das für Gewalt und Kriminalität berüchtigte Viertel ist auch die Heimat der «colectivos»: bewaffneter paramilitärischer Truppen im Dienste der Regierung.

Sie sind mehr gefürchtet als Polizei und Armee. Gegründet vor fünfzehn Jahren, um in den Armenvierteln die Sozialhilfe zu koordinieren und ihre Bewohner zu «führen», kontrollieren die «colectivos» mittlerweile weite Stadtgebiete. Sie beherrschen die Schattenwirtschaft der Strassenverkäufer, sie treiben Schutzgelder ein, in einigen Vierteln organisieren sie den Drogenhandel. Sie sind Maduros letzter Schutzschild. Ihre Mitglieder schüchtern Oppositionelle ein und machen auf Motorrädern Jagd auf Demonstranten, verumumt und bewaffnet.

Jetzt wird in internationalen Medien diskutiert, ob man nach all den Verletzungen demokratischer Sitten Nicolás Maduro noch als gewählten Präsidenten bezeichnen könne. Oder nicht doch schon als einen Diktator. Das bolivarianische Abenteuer war von Anfang an ein Raubzug auf den Reichtum des Landes, getarnt als Kinderfest.

Die Party war lustig, solange das Öl floss. Jetzt, da das Staatsschiff im offenen Meer treibt und alle Verbindungen zum Festland der politischen Vernunft gekappt sind, dringt der Irrsinn der ganzen Veranstaltung ins öffentliche Bewusstsein. Aber Maduro betreibt sein Kasperltheater munter weiter. Wie alle ändern auch, die sich an die Verheissungen einer erfreulichen Zukunft klammern. Sie wissen nur zu gut, was sich zeigen wird, wenn das Schiff sinkt: dass sie nicht schwimmen können und dass sie es nie konnten. ○

Radio Tell
HEIMATKLANG DER SCHWEIZ

100% Schweizer Volksmusik,
über Internet, Kabel,
Satellit, Swisscom TV
und DAB+

www.radiotell.ch

Auf eigene Faust nach Eritrea

Auf einer Reise durch das ostafrikanische Land erlebte ich einen von harter Hand geführten Staat. Das gilt auch für die Jungen, die zum Nationaldienst eingezogen werden. Arbeitslosigkeit und Hunger aber gibt es nicht. Für afrikanische Verhältnisse sind Schulen und Spitäler vorbildlich. *Von Sabina Geissbühler-Strupler*

In Schweizer Städten und Dörfern sieht man immer häufiger immer jüngere Asylsuchende aus Eritrea, gut angezogen, mit einem Mobiltelefon in den Händen, gelangweilt in Gruppen zusammenstehend. Immer öfter sickern auch Zahlen und Kosten bis zu uns Bürgern durch: So budgetiert der Kanton Bern für einen unbegleiteten Asylbewerber 5000 Franken im Monat. Im ersten Quartal des Jahres 2017 seien von eritreischen Staatsangehörigen 939 Asylgesuche, 300 für deren Babys, eingegangen.

Warum verlassen so viele junge Menschen ihre Familien, ihre Heimat, um in der 4000 Kilometer entfernten Schweiz Asyl zu beantragen?

Diese Frage trieb mich um. Ich wollte mir in Eritrea selbst ein Bild machen. Vor meiner Reise suchte ich in der Schweiz lebende Eritreer, die bereit waren, von den Gründen ihrer Flucht zu sprechen und mir Ansprechpartner, meist Familienangehörige, in Eritrea zu vermitteln.

Vertreter von Amnesty International, der Bundesrat und die Reiseinformationen des Departements für auswärtige Angelegenheiten warnen vor Eritrea als Schurkenstaat mit Unrechtsregime, in welchem mit Entführungen, Terrorismus, Menschen- und Warenschmuggel sowie gefährlichen Minenfeldern gerechnet werden müsse. Dies konnte mich aber nicht abhalten, und so buchte ich ein Flugticket nach Asmara, Eritreas Hauptstadt, und eine erste Nacht im Hotel «Albergo Italia».

Lange Märsche

Beim Ausgang des Flughafens von Asmara traf ich meinen ersten lokalen Guide, Muhammed. Der ehemalige eritreische Fussballspieler, Schiedsrichter und Organisator einer Konditionstrainingswoche für Schiedsrichter aus anderen afrikanischen Ländern stellte mich, die Schweizer Sportlehrerin, seinen Kollegen vor. In seinem Auto brachte er mich ins Hotel und anschliessend gleich an den «Giro Asmara», ein grosses Velorennen und Volksfest. Die Stimmung war ausgelassen, und Frauen brauten Kaffee, den sie den Zuschauern auf der Tribüne servierten. Als ich Mohammed nach der Religionszugehörigkeit fragte, meinte er, dass dies in Eritrea kein Thema sei. Ungefähr die Hälfte seien Christen und die andere Hälfte Muslime. Sie würden aber seit vielen Jahren in Frieden miteinander (was er mehrmals betonte) und nicht nebeneinander leben. Nur die Vornamen würden die Religionszugehörigkeit verraten oder manchmal die Bekleidung. Was aber nicht geduldet würde, sei das Missionieren und die



Vieles funktioniert besser: Autorin mit Viehhändler in Keren.



Miteinander: Christinnen in Asmara.

Ablehnung der obligatorischen Militärausbildung aus religiösen Gründen.

Mit einem Kollegen von Mohammed, Jonas, ging es dann die nächsten Tage weiter. Dieser ist normalerweise an einem Grenzposten tätig,



Solaranlage: Internatsschule bei Keren.

aber damit er etwas dazuverdienen konnte, wurde er einige Tage vom Dienst dispensiert.

Am Nachmittag schlenderte ich bei angenehmen Temperaturen durch die auf 2300 Meter gelegene Stadt Asmara, das «Piccola Roma». Mit

dem Wort «selam» (salü) und der Bemerkung, dass ich aus der Schweiz komme, kam ich schnell mit andern ins Gespräch. Zwei junge Frauen, Rahma und Afkarit, liessen mich neben sich auf die Treppe vor der römisch-katholischen Kirche aus der italienischen Kolonialzeit sitzen. Sie erzählten mir, sie müssten am Abend wieder nach Sawa in den halbjährigen Militärdienst einrücken. Dort sei ein grosses Ausbildungszentrum, getrennt für Frauen und Männer. Sie hätten mit jungen Menschen aus dem ganzen Land viele Freundschaften schliessen können. Aber körperlich seien sie recht gefordert, zum Beispiel mit langen Märschen. Danach würden sie die halbjährige schulische Weiterbildung starten und würden dann aufgrund einer Prüfung und nach Eignung eingeteilt: zirka 20 Prozent für ein Studium, 50 Prozent in Büros oder für handwerkliche Jobs. Die 30 Prozent mit den schlechtesten Prüfungsergebnissen würden zum Zivil- und Militärdienst eingeteilt. Zu den Aufgaben gehörten der Bau von Kanalisationen und Wasserreservoirs, Anpflanzungen auf Terrassen, Aufforstungen oder die Sicherung der Grenzen, insbesondere zum riesigen Nachbarland Äthiopien mit seinen 99 Millionen Einwohnern.

Anderntags fuhr Jonas mit einem gemieteten Auto beim Hotel vor. Er war für mich ein Glücksfall, kennt er doch Land und Leute. Im öffentlichen Spital wurde für mich eine Führung organisiert, und ich durfte an einer Vorlesung zum Thema Geburtshilfe teilnehmen. Die Oberschwester der Neonatologie sagte stolz, dass sie eine Freiheitskämpferin gewesen sei und es wunderbar finde, dass in Eritrea endlich Frieden sei. Ob ich wisse, dass Eritrea im Uno-Gesundheitsbericht erwähnt sei, nämlich als eines der wenigen afrikanischen Länder, welches Masern, Polio und Tuberkulose ausgerottet habe, und das die niedrigste Kinder- und Müttersterblichkeit aufweise. Die Beschneidung von Mädchen und die Verheiratung von unter Achtzehnjährigen seien schon seit 2008 unter Strafe gestellt. Auf meiner Fahrt durchs Land sah ich vielerorts kleinere Gesundheitsposten.

Nationaldienst

Beeindruckt war ich auch von den Schulen. Jsmail, der Lehrer und Schulleiter einer Internatsschule, zeigte mir die Solaranlage, die es ermöglicht, für die achzig Kinder nicht mehr an einem Holz-, sondern an einem Elektroherd zu kochen. Auch habe nun jedes Kind im achtplätzigem Schlafrum ein Spotlämpchen über dem Bett. Die Schulbesuche waren für mich als Lehrperson besonders interessant: Es herrschte eine freundliche Atmosphäre und Disziplin. Die Kinder lernten mit Eifer und Freude.

Von der dritten Klasse an lernen sie Englisch. So konnte ich mich schon mit kleinen Kindern verständigen. Sie durften mir Fragen stellen, und der Lehrer zeigte ihnen auf der Landkarte, wo die Schweiz liegt. Nach dem Budget der Schule gefragt, erzählte uns Jsmail, dass er für

den Betrieb der Internatsschule im Jahr 60 000 Schweizer Franken ausgeben müsse.

Es ging weiter nach Keren auf den Markt. Ich fragte eine Gruppe muslimischer Männer, ob ich sie fotografieren dürfe. Sie lachten, einer stand auf, nahm mein Natel und stellte mir seinen Stuhl zur Verfügung. Er meinte, seine Kollegen hätten sicher Freude, denn sie hätten beide keine Frauen. Dann empfahlen sie mir noch ihre Stammbeiz. Als Spezialität gab es ein feines Jogurt nature, je nach Wunsch mit Salz oder Zucker. Überall wurde ich gefragt, ob es mir in Eritrea gefalle. Ich sollte doch zu Hause erzählen, dass die Jungen keinen Grund hätten, das Land zu verlassen. Seit zwei Jahren gebe es ein neues Lohnsystem. Man könne bis zu zehnmal mehr verdienen als vorher.

Ich war froh, dass Jonas sicher vom Hochland hinunter zur Hafenstadt Massawa kurvte. Viele Lastwagen mit Gütern vom Bergbau, vor allem Pottasche, verlangten seine volle Aufmerksamkeit. Fast nur im Bergbau seien fremde Firmen, vor allem aus China, zugelassen. Ansonsten sei die Meinung der Regierung, dass Eritrea nach Möglichkeit nicht von anderen Ländern abhängig sein sollte und die freie Marktwirtschaft für die eigene Bevölkerung vor allem Nachteile bringen würde, belehrte mich mein Begleiter.

Zwischen den zerbombten Häusern der Hafenstadt zeigte mir Jonas das beste Fischrestaurant im Land. Sofort kamen junge Leute überall aus den Häusern und setzten sich zu uns an den Tisch. Sie erklärten, dass sie alle in der Stadt Asmara arbeiten möchten. In Massawa sei es oft sehr heiss und in den Dörfern auf dem Land nicht viel los. Doch in Eritrea seien fast alle Staatsangestellte und würden auf die freien Arbeitsplätze verteilt. Darum betrachteten sie praktisch alle Jobs als Nationaldienst. Die fehlende Niederlassungsfreiheit wird dadurch wettgemacht, dass die grosse Landflucht und Slums mit katastrophalen Hygieneverhältnissen verhindert werden können.

Auf meiner Reise habe ich mit mehreren Botschaftern von westlichen Ländern gesprochen. Sie bestätigten die bereits in einem von fünf Diplomaten verfassten Bericht gemachten Aussagen, gemäss dem zwar das eritreische Regime mit harter Hand regiere, aber von Menschenrechtsverletzungen im Ausmass, wie es die Uno behauptet, keine Rede sein könne. Natürlich herrsche nicht Meinungs- und Versammlungsfreiheit wie in Mitteleuropa, aber dafür funktioniere vieles besser als in anderen Staaten Afrikas.

Natürlich kann ich kein abschliessendes Urteil fällen. Doch mein persönlicher Eindruck bleibt positiv: Ich sah Märkte mit vielen Lebensmitteln, Stauseen und Bewässerungsanlagen, funktionierende Schulen und Spitäler, aber keine Arbeitslosen, Verwahrlosten und Drogensüchtigen. Erkennbare Fluchtgründe drängten sich mir nicht auf.

Sabina Geissbühler-Strupler ist Sportlehrerin und SVP-Grossrätin im Kanton Bern.



Trumps Welt

Trump vs Harvey

Trump wird erstmals von einer Naturkatastrophe herausgefordert. CNN lobt. Schumer spottet.

Vor dem Hintergrund der massiven Kritik an seinem Umgang mit den Ereignissen von Charlottesville beschwor Präsident Trump die Nation angesichts der entfesselten Naturgewalten zusammenzustehen. Der Hurrikan «Harvey» hat den Golf von Texas übel erwischt. Die Texaner werden aufgefordert, ihre Häuser zu verlassen und sich auf sicheren Boden zu begeben. Alte Menschen stehen hilflos in ihren Wohnungen bis zur Hüfte im Wasser. Frühgeborene werden ausgeflogen, Spitäler haben Mühe, ihre Patienten in Sicherheit zu bringen.

Präsident Trump wurde durch «Harvey» erstmals von einer Naturkatastrophe herausgefordert. Begleitet von First Lady Melania besuchte er das Katastrophengebiet, organisierte die staatlichen Hilfsmassnahmen und richtete die staatlichen Hilfsmassnahmen und richtete die Worte der Solidarität an die Nation: «Wir sehen Nachbarn, die Nachbarn helfen, Freunde, die Freunden helfen, Unbekannte, die Unbekannten helfen. Wir sind eine amerikanische Familie. Wir leiden gemeinsam, wir kämpfen gemeinsam, und gemeinsam werden wir das durchstehen.»

CNN, der Fernsehsender, auf den Trump besonders gern eindrischt, berichtete anerkennend: «Trump verfolgte über das Wochenende in Camp David aufmerksam den Verlauf des Hurrikans und die Hilfsmassnahmen der Behörden. Am Sonntag hiess es aus seinem Umfeld, Trump habe grünes Licht gegeben für uneingeschränkte staatliche Katastrophenhilfe.»

Der Oppositionsführer im Senat, Charles Schumer (der wie Trump aus New York stammt), tat die Worte des Präsidenten hingegen als Wahlkampfrhetorik ab.

Während der Primaries hatte der Präsidentschaftsbewerber der Republikaner, Ted Cruz, seinem damaligen Rivalen Donald Trump vorgeworfen, dieser verkörpere die kaltherzigen «typischen New Yorker Werte». Trump seinerseits sprach von seinem tiefempfundenen Schmerz nach dem Terrorangriff vom 11. September. Diese Episode galt weithin als Wendepunkt im Präsidentschaftswahlkampf der Republikaner.



Im goldenen Prinzessinnenkäfig der ewigen Adoleszenz: Taylor Swift.



Ikone der Woche

Im Kreis um sich selbst

Von Claudia Schumacher

Als Taylor Swift mit einem kryptischen Schlangenvideo am Tag der Sonnenfinsternis die Gerüchteküche um ein neues Album zum Brodeln brachte, waren wir aus dem Häuschen. Wir, ein paar Journalistinnen, die sich zum harten Kern der internationalen Taylor-Swift-Anhängerschaft zählen, überschlugen uns in der Deutung der wenigen Symbole, welche die Pop-Prinzessin uns hinwarf: Schlangen in Bezug auf den gemeinen Kanye West, die rufschädigenden Verleumdungskampagnen gegen Taylor, zudem Häutung, Neuanfang, Sonnenfinsternis, Wiedergeburt, und, und, und. Noch aufgekratzt wurden wir, als am darauffolgenden Freitag um sechs Uhr morgens die Lead-Single des Albums veröffentlicht wurde. Erster Kommentar in der Chatgruppe: «Das Lied ist da. Aber, um ehrlich zu sein: Ich mag es nicht.»

Wo ist die Liebe hin?

«Look What You Made Me Do»: ein solide gemachtes, düster angehauchtes Mitsinglied – das einen loslässt. Ja, man kann es problemlos zwanzig Mal hintereinander hören und dazu im Zimmer rumtanzen, aber man muss nicht. Und das ist der Unterschied: «Shake It Off», «I Knew You Were Trouble», Taylors grösste Hits – da hatte man keine Wahl. Nur weil das mittlerweile erschienene Video (Bilder links) mehr Symbole enthält als Kafkas «Verwandlung», wird das Lied nicht besser. «Look What You Made Me Do» wäre ein Kandidat für die zweite oder dritte Single-Auskopplung gewesen, aber als Lead-Single? Was wird das für ein Album?

Wir haben drei Jahre gewartet. Unsere Erwartungen sind höher als der Roche-Turm. Und natürlich gibt es nichts Schlimmeres als enttäuschte Fans, die sind nicht nur giftig, sondern gleich entsetzt. Aber kann es sein, dass wir im Warteraum einfach älter geworden sind – und Taylor nicht? Ist ihr langweilig in dem grossen, goldenen Prinzessinnenkäfig der ewigen Adoleszenz? Wo ist das pralle Leben hin, aus dem sie immer schöpfte, um uns dann Lieder zu servieren, die der helle Wahnsinn waren? Das neue Lied scheint sich nur um Taylor zu drehen. Wobei, schlimmer: Es dreht sich nicht einmal um sie, sondern um ihren Ruf, und der hat uns Fans nie interessiert. Vor ein paar Jahren schrieb Taylor einen musiktheoretischen Essay, der naiv und klug war und ihre Fans ebenso wie die Feuilletonisten ansprach. Darin enthalten der simple und gleichsam sublimale Auftrag an den Musiker: Lieder als «Pfeil durchs Herz» der Hörer schiessen. Früher ist ihr das gelungen.

Die Primadonna ist zurück

Sie ist die erfolgreichste Theaterautorin der Welt, eine enge Vertraute von Ex-Präsident Nicolas Sarkozy und eine schillernde Figur in Frankreichs Gesellschaftsleben. Jetzt legt Yasmina Reza mit «Babylon» einen faszinierenden Roman vor. *Von Pia Reinacher*



Verhüllen und Enthüllen: Schriftstellerin Reza.

Ist das eine alte Masche, die sie stets wiederholt – oder ein immer noch überzeugendes Konzept? Der flirrende Widerspruch nämlich gehörte von allem Anfang an zum Setting von Yasmina Rezas Dramaturgie. Der Sturz in den Abgrund lauert in jedem Moment. Die schöne Fassade über den gesellschaftlichen Verhältnissen ist nur der dünne Firnis zivilisatorischer Übereinkünfte. Wischt man ihn weg, zeigen sich darunter die Fratzen menschlicher Laster: Hochmut, Dummheit, Neid, Hass oder blanke Gewalttätigkeit. Dieses Programm zeichnet sowohl die Prosa als auch die Theaterstücke von Yasmina Reza aus, der weltweit meistgespielten Dramatikerin und ebenso prominent beachteten französischen Schriftstellerin. Das Muster des jähen, lautlosen Durchbruchs unerklärlicher aggressiver Impulse in gelangweilt-kultivierten und saturierten Beziehungen findet sich in Stücken wie «Gespräche nach einer Beerdigung» (1987) oder «Kunst» (1994), für die sie beide Male den begehrten Prix Molière erhielt. Es ist aber auch charakteristisch für «Drei Mal Leben» (2000), das Luc Bondy am Wiener Burgtheater als Uraufführung inszenierte, und insbesondere für das Stück «Der Gott des Gemetzels» (2006), uraufgeführt am Schauspielhaus Zürich und weltberühmt geworden durch die Verfilmung von Roman Polanski.

Programmierter Riss

Auch der neue, eben auf Deutsch erschienene Roman «Babylon» der französischen Starautorin inszeniert den Einbruch einer verrückten Gewalttat in eine belanglose, gepflegte, halbintellektuelle und scheinlinke urbane Gesellschaft und die überraschende Explosion einer Ehe. Der sanftmütige, seinem italienischen Kater und seinem Stiefsohn Rémi liebevoll zugeneigte Jean-Lino erwürgt seine Frau Lydie im Affekt, nachdem sie sich auf der Party der Nachbarn sektiererisch für die artgerechte Haltung von Biohühnchen in Szene gesetzt hat – seit langem terrorisiert sie Jean-Lino mit ihrem lächerlich-grotesken Einsatz für körnchenfressende Hühner, die auf Bäumen herumhüpfen und bei Tageslicht gehalten werden – sowie gegen Massentierhaltung und gegen industrielles Essen. Natürlich liest man das nicht gerne: diese dümmliche, halbgebildete, politisch korrekte Konversation auf der Party der Gastgeber Elisabeth und Pierre, dieses Feiern mit den online bestellten *Elégance*-Champagner-Plastikflöten und den Wegwerfmessern, die Dauerfröhlichkeit der Gäste mit ihrem Beziehungsleben, das einzig auf Zusehen hin ausgerichtet ist, in immer neuen Konstellationen und unter unverbindlicher Dauerkonsumation auf allen Kanälen.

Die Gastgeberin hat schon vor Tagen zwei Outfits bereitgelegt, sie wird am Ende das schwarze, risikofreie Kleid anziehen, sie schluckt vor dem Eintreffen der Gäste ein wenig Xanax, geht sich «schönmachen» mit einem neuen Anti-Aging-Produkt, das von Gwyneth

Paltrow beworben wird, im Netz hat sie dazu noch Cate Blanchetts Lieblingscreme bestellt, um genug stylish zu sein. Das alles ist nicht Boulevard, wie man Yasmina Reza jetzt da und dort vorwirft, sondern ein hochpräziser Abdruck des trivialen Zeitgeistes, der ein städtisches, dauerjunges, dekadentes und sich gerne fortschrittlich gebärdendes Milieu entlarvt. Die Ästhetik des bösen Blicks wird in «Babylon» sogar besonders produktiv: Wie Jean-Lino in der Nacht plötzlich bei den Gastgebern läutet und mit hängenden Armen verkündet, er habe seine Frau umgebracht, wie die Gastgeber ihn an der Tür empfangen, Pierre in Boxershorts für die Nacht und Elisabeth im Babydoll von Hello Kitty, wie sie auf den Schock zuerst ein Gläschen Cognac nehmen und dann überlegen, wie die Leiche wegzuschaffen sei – das ist eine ebenso zynische wie intelligente Satire auf den herrschenden Zeitgeist, der Konflikte nicht wahrhaben will, sondern im Kleiderfetischismus, in digitaler Kommunikation und Selbstinszenierung erstickt. Yasmina Reza demonstriert auf unangenehme Weise die Wiederkehr des Verdrängten: die plötzliche, brutale, atavistische Aggression bricht mit Wucht in die Welt der marketinggesteuerten Ich-Inszenierer ein, in der politisch korrekte Götzen wie der Kult um gesundes Essen oder gesunde Tierhaltung längst quasireligiöse Dimensionen angenommen haben. Eine starke, maliziöse Abrechnung einer Schriftstellerin mit dem angesagten globalisierten Selfie-Konzept. Mehr noch, sie holt den Tod, die Tatsache der Endlichkeit und Brüchigkeit der menschlichen Existenz, stillschweigend in die Hochglanzwelt der abgebildeten Marketinggesellschaft und bricht damit ein Tabu der modernen Welt: das Nichtwahrhabenwollen des möglichen eigenen Verfalls.

Der programmierte Riss, den Yasmina Reza inszeniert, ist allerdings nicht nur ein künstlerisches Phänomen – er ist kurioserweise auch

Teil ihrer eigenen Identität. Die extravagante Primadonna der französischen Künstlerszene liebt nichts mehr als das Spiel von Verhüllen und Enthüllen. Kein Interview, in dem sie nicht vor dem Fotografen in verführerischer Pose agierte, mit schwarzem Wuschelhaar, dem lasziv wie zum Angriff gesenkten Kopf, die Lippen aufgeworfen, das immer tiefe *Décolleté* kunstvoll präsentiert, gerne auch mit halbgetönter Sonnenbrille, um das Spiel von Verbot und Begehren noch zu steigern. Amüsantestes Beispiel dazu ist die Bilderserie, die als Interview-Illustration vor einiger Zeit in der *Zeit* und im *Spiegel* zu sehen war: Yasmina Reza im geblühten, mit nachtschwarzen Spitzen eingefassten Sommerfächchen, das jederzeit auch als Unterröckchen durchginge, ein dünnes, schwarzes Jäckchen über die Schultern drapiert, mit nackten Beinen und Füßen in verführerischer Haltung auf einem Stuhl posierend. Wie als Gegenpart zur

Der flirrende Widerspruch gehörte von allem Anfang an zum Setting von Yasmina Rezas Dramaturgie.

Attitüde einer lasziven Halbgöttin diktiert sie ihrem Interviewer jeweils ihre Scheu vor Interviews ins Mikrofon, ihre Angst vor der Öffentlichkeit, ihr Bedürfnis nach Rückzug und Geheimnis und geschütztem Privatleben. Aber da die Welt nun einmal voller kultureller Angebote und sie Teil einer global agierenden Szene sei, komme sie nicht darum herum, mehr noch: sei sie geradezu gezwungen, eben auch Promotion für ihre Werke zu machen, sonst sei man «*très vite balayé*», weggewischt, und so spiele sie eben mit, wenn auch absolut *contre cœur*. Immerhin sei sie nie im Fernsehen zu sehen, trete nie an Buchmessen und in Buchhandlungen auf und mache nur das Allernötigste. Überhaupt hält sie nichts vom Typus des französischen Schriftstellers, der sich gerne als philosophierender Intellektueller gebärde, «Standpunkte» vertrete und «Botschaften» diffundiere.

Dieser Einwand hält Yasmina Reza allerdings nicht davon ab, in einer der jüngeren Ausgaben des *Spiegels*, flankierend zum Erscheinungstermin der deutschen Ausgabe von «Babylon», sich ausführlich und – man muss es ihr zugestehen – intelligent und luzide zur deutschen Identität, zur Bundeskanzlerin Angela Merkel, zu Emmanuel Macron und der politischen Desorientierung in Frankreich seit Sarkozy auszulassen. Für Merkel und Deutschland ist sie voll des Lobes. Reza mag Merckels zurückhaltende, diskrete Art, sie wirke auf sie wie ein «kleines Mädchen», obwohl sie zweifellos auch eine «harte Persönlichkeit» sei. Deutschland habe mit ihr eine ungeahnte Stabilität und Nachhaltigkeit bekommen – ganz im Gegensatz zu Frankreich, wo politische Akteure sich oft wie im Showbusiness gebärdeten. Sie wünscht sich, dass Frankreich mit Macron vom alten Erlöserklischee abrückt,

Literatur-Extra

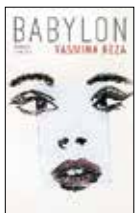
- 54 **Die Primadonna ist zurück**
Yasmina Rezas neues Buch
- 56 **Genialer Rüpel**
«Billy» James Sidis
- 57 **Knorrs Krimis**
Beinhart und Johnson
- 58 **Untergang im verheissenen Land**
Die Eroberung Amerikas
- 61 **Schweizer Klassiker**
Eveline Haslers «Stürmische Jahre»
- 62 **Die Stimmung ist geladen**
Sinclair Lewis' Polit-Satire
- 63 **Sanfte Insel Schweiz**
Hermann-Kesten-Biographie
- 63 **Wey: Augenweide**
Der neue Duden

das die Franzosen so gerne auf ihren jeweiligen Staatspräsidenten projizieren und dass sie eine sachlichere, weniger emotionale Beziehung zu ihrem «Herrscher» und damit auch zur Politik bekommen. Und sie räumt mit dem hierzulande gerne gehätschelten Klischee auf, dass Macron, der ehemalige Rothschild-Investmentbanker, ein Mann der Linken sei, mehr noch, dass auch seine Wähler, das scheinbar aufgeklärte, fortschrittliche Bürgertum, links seien. Neu ist das alles nicht – aber sie bringt ihre Argumente so charmant vor, dass man ihr gerne folgt.

Ungebändig und hochbegabt

Yasmina Reza ist zu solch politischen Aussagen schon aus ihrer eigenen Erfahrung legitimiert: Vor zehn Jahren begleitete sie die Wahlkampagne von Nicolas Sarkozy und schrieb darüber einen vielbeachteten Report: «Frühmorgens, abends oder nachts» (2007). Sarkozy verschaffte ihr dabei Zugang zu allem, sie war, genauso wie die beiden *Le Monde*-Journalisten bei François Hollande, bei allen Gesprächen, Reisen, Auftritten, privaten Treffen dabei. Mit der kleinen Differenz, das Hollande sein Buch während seiner Amtszeit durch die *Le Monde*-Journalisten schreiben liess, Sarkozy sich aber am ersten Tag seines Machtantritts von Yasmina Reza definitiv verabschiedete. Staatsoberhäupter verspürten schon immer den unbeherrschbaren Wunsch, ihren Ruhm mit den Mitteln der Kultur noch weiter aufzublasen – in Frankreich eventuell noch etwas deutlicher als anderswo. Nur besass Yasmina Reza – im Gegensatz zu den *Le Monde*-Journalisten, die alle Intimitäten aus Hollandes Polit-Alltag aufzeichneten und in ihrem Buch ausplauderten – die politische Intelligenz, den Selbstdarsteller zwar gnadenlos zu beobachten und zu beschreiben, ihn aber weder zu kommentieren, zu beurteilen, zu kritisieren noch zu verraten. Sie schaute nur hin – und rückte sich selbst niemals aus Gründen der Selbstoptimierung in den Vordergrund. Das hielt sie auch später in allen Interviews so, in denen man sie aufs Glatteis führen und Details erfahren wollte.

Yasmina Reza, die heute 58-jährige, weltberühmte Autorin und Dramatikerin, ist eine vielfältige Person, kaum fassbar, intelligent, ungebändig und hochbegabt, eine Figur, die sich schwerelos auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Parketts bewegt. Mit «Babylon» präsentiert sie ein weiteres Protokoll zum Zustand der globalisierten Gesellschaft, eine ironische, unbestechliche und höchst vergnügliche Abbild des modernen Welttheaters.

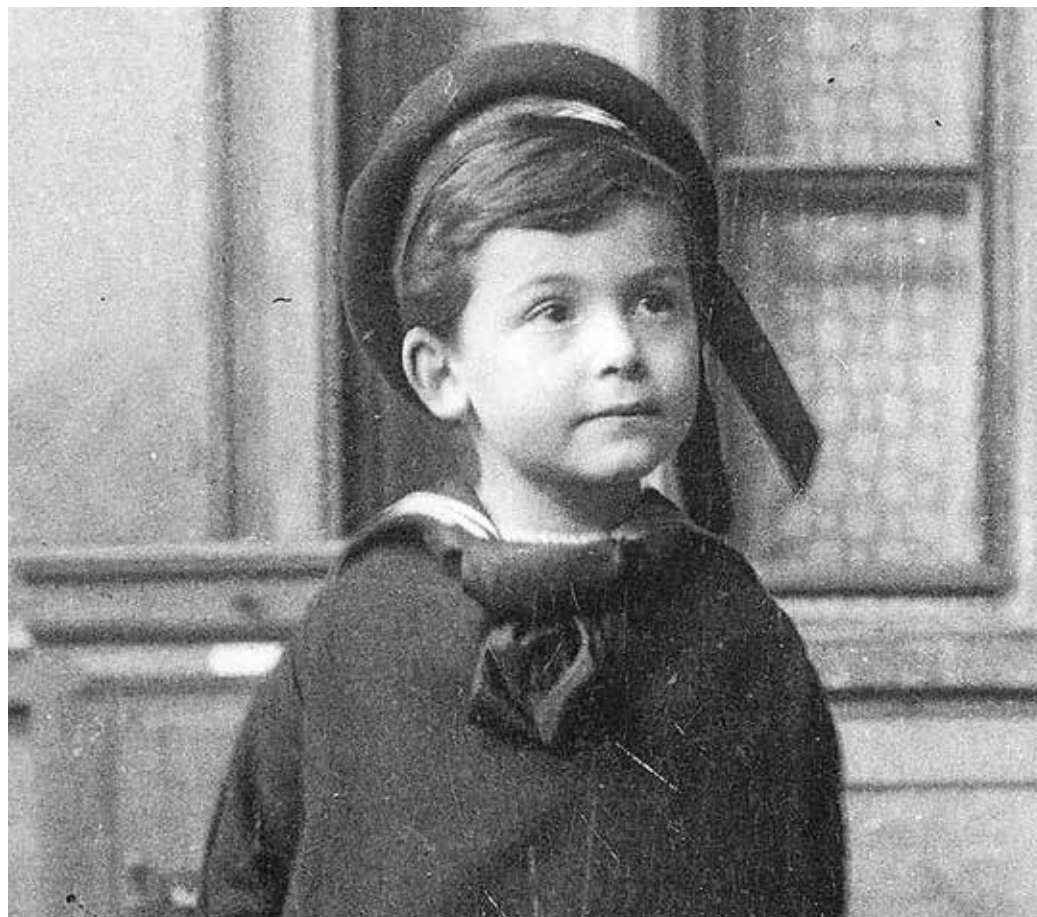


Yasmina Reza: Babylon.
Hanser. 224 S., Fr. 31.90

Biografie

Genialer Rüpel

Der Amerikaner William «Billy» James Sidis galt im frühen 20. Jahrhundert als Genie. Der Roman über sein gescheitertes Leben ist eine literarische Grosstat. Von Rolf Hürzeler



Wunderkind und Lehrerschreck: Sidis im Kindesalter.

Der kleine Billy war in der Volksschule der Lehrerschreck. «Während sie beteten, hielt er sich die Ohren zu. Für den Rest des Unterrichts glotzte er die Zimmerdecke an.» Dieses Benehmen des Schülers Billy ging gar nicht zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Da war vielmehr bürgerliche Wohlanständigkeit angesagt und nicht atheistisches Wissensgenie. Pech für den intellektuellen Aussenseiter, der sich bereits als Knirps ein gottloses Weltbild zugelegt hatte.

Der ukrainischstämmige William James Sidis (1898–1944) war ein Wunderkind. Er konnte mit zwei Jahren lesen und schreiben; als Erwachsener beherrschte er angeblich vierzig Sprachen, Mandarin inklusive. Einseitig begabt war das Bürschchen nicht, denn auch die Mathematik fiel ihm so leicht wie kaum einem andern. Zuerst vernachlässigte er sie in den ersten Schuljahren und litt fürchterlich darunter. Dann machte er sich mit mörderischem Ehrgeiz im Selbststudium daran: «Der Umgang mit algebraischen Gleichungen lernte er allein in seinem Zimmer mit Hilfe eines

Lehrbuchs.» Mit elf Jahren besuchte Sidis die Harvard-Universität und hielt schon bald selbst Vorlesungen. Dumm nur, dass ihm jede Form der Sozialkompetenz abging, Studentinnen und Studenten machten sich über den Sonderling lustig und quälten ihn bis aufs Blut. Einer, der alles kann, den liebt keiner; daran scheiterte Billy Sidis.

«Die Hölle, das sind die andern»

Der deutsche Publizist Klaus Cäsar Zehrer erzählt das Leben des Wunderjungen in dem atemberaubenden biofiktionalen Roman «Das Genie». Das ist die sonderbare Geschichte eines sozialen Rüpels, der an sich selbst scheiterte. In der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts war das Schicksal von Billy Sidis weitherum bekannt, die Presse stürzte sich mit Eifer auf den schrägen Zeitgenossen, der alles konnte und den doch niemand mochte. Nicht erstaunlich, hielt Billy von der Journaille so wenig wie vom Rest der Welt und zog sich in die Einsamkeit seiner selbst zurück. «Die Geschichte über den Wunder-

jugen verbreitete sich rasend schnell. Das war eine Meldung, wie sie das junge, unverbraucht in die Zukunft blickende Amerika liebte.» Zeitweise konnte er nicht mehr in ein Restaurant sitzen, ohne dass ihn die Mitmenschen anlotzten. «Die Hölle, das sind die andern», das erlebte Sidis lange vor Sartre. Nun kennt man die Dramen rund um sozial inkompatible Intelligenzbolzen, auch Einstein soll kein Schmuskerl gewesen sein. Doch der hochneurotische Sidis schoss mit seiner Exzentrik anscheinend den Vogel ab.

Die Geschichte des Jungen begann mit der Einwanderung seines Vaters, eines jüdischen Eigenbrötlers aus der Ukraine. Er machte die berühmte Tellerwäscherkarriere, nicht mit Geschäftssinn, denn der ging ihm völlig ab. Vielmehr setzte er seinen messerscharfen Verstand ein und etablierte sich als angesehenen Psychiater, der zeitweise seine eigene Klinik führte. Er heiratete eine lebensstüchtige Landsfrau, die sich später zur Ärztin weiterbildete. Beide Elternteile waren vom Ehrgeiz besessen, als Neuankömmlinge in Amerika alles besser machen zu müssen als alle andern. So entwickelte Vater Boris nach der Geburt seines Sohnes eine eigene Erziehungsmethode, mit der er Billy zu einem intellektuellen Vorzeigexemplar heranzüchten wollte.

Ungeschickte Kussattacke

Die kopflastige Förderung setzte ein, als der Kleine in den Windeln lag: «Boris läutete ein Glöckchen und sagte: «Das Geräusch kommt von links.» Und umgekehrt. «Er führte noch weitere Übungen durch, trug ihren Ablauf in ein Notizbuch ein und machte in der Spalte «Reaktionen» jeweils einen Strich.» So erfuhr das Baby bereits in den ersten Wochen eine aussergewöhnliche Förderung, der gegenüber die Mutter zu Beginn allerdings skeptisch eingestellt war. Sie sorgte sich vielmehr in den ersten Jahren um die emotionalen Belange ihres verletzlichen Sohns.

Erst nach und nach übernahm sie den intellektuellen Ehrgeiz des Vaters, der früh verstarb. Als gebürtige Ukrainerin aus ärmlichen Verhältnissen wollte sie ihrem Sohn zu Reichtum verhelfen, doch gerade diesen lehnte er ab. Denn Billy war ein Moralist, der den Militärdienst verweigerte und sich hartnäckig dagegen sträubte, für die amerikanische Waffenindustrie tätig zu sein. Krieg hatte in seiner Weltsicht keinen Platz.



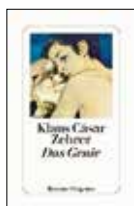
William James Sidis, um 1915.

Sex hielt der seltsame Vogel für genauso schädlich wie Gewalt.

Töten ist ein Zeichen von Dummheit, so weit, so klar. Aber auch der durch und durch rationale Billy Sidis hatte seine irrationalen Seiten: So entwickelte er eine ÖV-Manie: Er fuhr stundenlang in der Strassenbahn durch Boston oder Houston und dachte sich Streckenverbesserungen aus oder überdachte das Tarifsystem. Dabei konnte nur eines schiefgehen: Wenn ihn ein anderer Fahrgast aus der Presse wiedererkannte, rastete Billy aus.

Sex hielt der seltsame Vogel für genauso schädlich wie Gewalt. Doch die Hormone überlisteten selbst seine grauen Zellen. Er verfiel der legendären Martha Foley, der linken Aktivistin und Entdeckerin von literarischen Leitfiguren wie J. D. Salinger oder Truman Capote. Sie empfand zuerst ebenfalls Gefühle für den eigenartigen Billy Sidis, doch eine ungeschickte Kussattacke seinerseits verhinderte weiterführende zärtliche Bande. Die beiden hätten ein schmuckes Paar abgegeben: Auch Billy war überzeugt, dass nur eine sozialistische Revolution die amerikanische Gesellschaft retten könne. Das war gut gemeint, aber so weltfremd wie die meisten seiner Lebensauffassungen. Billy fühlte sich unverstanden und zog sich immer mehr zurück. Zum Teil unfreiwillig, denn Gläubiger machten ihm das Leben schwer, weil er es an keiner Stelle lange aushielt. Er nervte seine Mitarbeiter zu sehr – und umgekehrt.

Buchautor Zehrer stützt sich auf die Hypothese, dass der arme Billy zeit seines Lebens ungeliebt war. Mag sein, dass er dies subjektiv so empfunden hat. Allerdings verdeutlicht diese Biografie, wie sehr sich Billys Mutter in seinen ersten Jahren um seine emotionale Geborgenheit kümmerte. Deshalb ist vielmehr zu vermuten, dass das intellektuelle Trommelfeuer des Vaters eine halbwegs ausgeglichene Persönlichkeitsbildung verunmöglichte – auch wenn sich Billy in seinen späteren Jahren mit dem Vater besser verstand als mit der Mutter, gegen die er einen abgrundtiefen Hass entwickelte.



Klaus Cäsar Zehrer: Das Genie. Diogenes. 656 S., Fr. 37.90

Knorrs Krimis



«Yalie»-Studienabbrecher

Bissig und rabiat ist der Einstieg: Schnörkellos wird das Ende eines Prozesses geschildert oder vielmehr eine Riege hochkarätiger Verteidiger vorgeführt, die die Verurteilung ihres Mandanten, des Berufskollegen Edgar Wood, nicht verhindern können. Der Richter verdonnert ihn zu mehreren Jahren Haft im Attica-Gefängnis. Wood reagiert entsetzt. Um sich den Aufenthalt in der Hölle zu ersparen, ist er bereit zu reden, über alle, alle Machenschaften der New Yorker Wirtschaftskanzleien! Einige Jahre vor John Grishams Anwaltskrimis gelang Larry Beinhart mit seinem Debüt «No One Rides for Free» ein furioser Reisser über die Mauseheleien der Nadelstreifen-Eliten in den Kanzleien und Unternehmen. Tony Cassella, Privatdetektiv und «Yalie»-Studienabbrecher soll Wood im Zeugenschutzprogramm aufspüren, um zu erfahren, was er ausplaudert. Legal geht's hier auf keiner Seite zu – falls es überhaupt so etwas wie eine «richtige» Seite gibt. Larry Beinharts Debüt, zu Recht mit dem Edgar Allan Poe Award ausgezeichnet, ist eine gelungene Wiederentdeckung, eine Neuaufgabe aus den achtziger Jahren.

Larry Beinhart: No One Rides for Free. Emons. 272 S., Fr. 21.90



Alle hinter ihnen her

Roland Nair gibt sich als Däne aus, arbeitet für die Nato, hat einen amerikanischen Pass, trifft in Freetown, Sierra Leone, den alten Kumpel Michael Adriko, der in Begleitung der schwarzen Schönheit Davidia St. Claire, Amerikanerin, erscheint. Die beiden wollen heiraten, im Grenzgebiet zwischen dem Kongo und Uganda. Eigentlich soll Nair seinen Freund zur Strecke bringen, er begleitet ihn aber lieber auf der seltsamen Reise. Auch sind alle möglichen Geheimdienste hinter ihnen her, vom Mossad über den MI6 bis zur CIA. Denis Johnson folgt keinem simplen Spionage-Plot, sondern verknüpft das undurchsichtige Verhalten seiner Helden mit den Verhältnissen Afrikas, und da kennt sich Johnson aus. Seine Schilderungen der Zustände sind aufschlussreich und beklemmend.

Denis Johnson: Die lachenden Ungeheuer. Rowohlt. 267 S., Fr. 24.70

Untergang im verheissenen Land

Sie suchten ihr Glück, stattdessen fanden Unzählige den Tod oder erlebten Elend, gerieten in Konflikte mit Eingeborenen. Ein britischer Historiker sucht nach den Gründen, warum die Engländer im 17. Jahrhundert zu Tausenden nach Nordamerika schifften. *Von Rolf Hürzeler*

Der Zweimaster «Susan Constant» segelte im Frühjahr 1607 entlang der nördlichen Ostküste von Amerika. Keine ruhige Fahrt, wie man sich denken kann, die 71 mittellosen Einwanderer litten fürchterlich auf der ruppigen Überfahrt von England in die Neue Welt. Unter ihnen war der legendäre John Smith (1580–1631). Der Abenteurer aus der englischen Grafschaft Lincolnshire gilt bis heute als einer der wegweisenden europäischen Auswanderer. Aus seiner Heimat stammten zahlreiche frühe Emigranten, denn die Ostküste des Königreichs galt stets als rebellisch. Die verarmten Bauern dort wollten sich von Kirche und Krone gar nichts sagen lassen. Wenn Widerstand zwecklos war, zogen die Mutigsten von dannen. Im Fall von Smith zuerst in die Kriege gegen die Türken – und später in Richtung Amerika.

Er war Mitbegründer der Siedlung Jamestown im heutigen Gliedstaat Virginia. Die europäische Niederlassung konnte sich halten im Gegensatz zu vielen anderen, obgleich der Flecken für die Europäer denkbar schlecht gewählt war: Das Klima war in den Sommermonaten unerträglich heiss, die feuchte Umgebung kaum bewohnbar. Zudem hatten die Ankömmlinge nach der viermonatigen Überfahrt keine Vorräte übrig. Die Siedler der «Susan Constant» und ihrer zwei Schwesterschiffe starben wie die Fliegen in den nahen Sümpfen. Die ersten englischen Siedler in Nordamerika

hatten ein schweres Schicksal gewählt. Warum nur machten sie sich auf, um in einer neuen, feindseligen Welt ihre Zukunft zu suchen? In einer Zeit notabene, in der viele Menschen ihre Heimat kaum je verliessen. Die wenigsten Engländer in der Provinz sahen jemals London; man blieb am besten dort, wo einem der Herrgott einen Platz auf Erden zugewiesen hatte.

Neue Fanggründe

Der britische Publizist James Evans geht dieser Frage in seinem neuen Buch «Emigrants» nach, das diesen Sommer erschienen ist. Er erörtert anhand einzelner Schicksale die Beweggründe dieser tapferen Frauen und Männer, ihr Mutterland zu verlassen. Immerhin 380 000 Europäer, die meisten davon Engländer, fuhren im 17. Jahrhundert über den Atlantik, mehr als die Hälfte von ihnen zog es in die Karibik, die andern nach Nordamerika. «Individuelle Bedürfnisse», so führt Autor Evans an, hätten die Emigranten zu ihrem mutigen Schritt bewogen. Er macht im Wesentlichen fünf hauptsächliche Motive aus, weshalb Menschen eine neue Heimat suchen: religiöser Glaube, politische Unfreiheit, soziale Not, Gier nach Gold oder einfach Abenteuerlust wie bei John Smith. Viele dachten bei der Überfahrt nicht daran, sich definitiv in Amerika niederzulassen, doch aus der

Rückkehr wurde nichts – weil sie frühzeitig starben.

Kam dazu, dass die einheimische Gemeinschaft der Powhatan die Europäer eher feindselig empfing. Verbrüderungen wie in der Disney-Filmproduktion «Pocahontas» gab es kaum, dafür kam es zu Konflikten. Typisch dafür war die Siedlung in Virginia, wo die Indianer die Siedler aushungern wollten: «Die Einheimischen wollten mit den Kolonialisten keinen Handel mehr treiben. Besonders im strengen Winter von 1609/10 führte die Taktik fast zum Ende der glücklosen Engländer», schreibt Evans. Von 500 Siedlern blieben sechzig übrig. Zwar erholte sich der Ausenposten, aber im Frühjahr 1622 kam es nach zahlreichen gegenseitigen Provokationen zu einem offenen Konflikt zwischen den Indianern und den Siedlern. Auch wenn die Haupt-siedlung Jamestown von einem indianischen Überläufer vor einem Angriff gewarnt worden war, wurden doch zahlreiche Siedlungen und Höfe in der Umgebung angegriffen und zerstört: Die Kolonialisten verzeichneten rund 400 Tote, ein Drittel der Europäer. Dennoch blieb die Hoffnung der Indianer, die Europäer würden nun abziehen, unerfüllt. John Smith, zu diesem Zeitpunkt daheim in England, ermunterte die Kolonialisten durchzuhalten. Er selbst kehrte indes nicht nach Amerika zurück.



Feindselige Welt: Abenteurer Smith.



Ruppig: Atlantiküberfahrt um 1607.



Seltene Verbrüderung: «The First Thanksgiving» von Jean Leon Gerome Ferris.

Am Anfang war der Fisch. Die Engländer, bis ins 16. Jahrhundert keineswegs eine Seefahrernation, suchten neue Fanggründe. Denn die nahe gelegene Nordsee war das Revier der Skandinavier, der Niederländer und vor allem der deutschen Hanse. Lange schon wusste man in London, dass im nördlichen Atlantik fischreiche Gebiete lagen, die eine Überfahrt lohnten. Man hatte auch von den Landmassen weiter westlich gehört, denn Nordamerika war zwar eine Terra incognita, aber längst «entdeckt», nicht nur von den indigenen Völkern, die in der Eiszeit aus Asien über die Beringstrasse ins Land gezogen waren. Auch die skandinavischen Wikinger besuchten das Land regelmässig, wie archäologische Spuren bestätigen. Eine dauerhafte Besiedlung erwies sich jedoch im östlichen Teil des amerikanischen Kontinents wegen der klimatischen Verhältnisse als schwierig.

Perspektive der Einwanderer

Einer der Ersten, der sich nicht beirren liess, war John Cabot (1450–1500), ein gebürtiger Venezianer, den die Schulden nach England verschlagen hatten. Auch dort hatte er wenig Glück mit dem Geld, und die Gläubiger wollten ihm an den Kragen. Also hatte Cabot gute, wenn auch ziemlich triviale Gründe, Europa

zu verlassen. Er befuhr als Kapitän den westlichen Nordatlantik und sah sich – zumindest will es die Überlieferung so – mit einer drohenden Meuterei konfrontiert. Seine Leute verlangten eine Rast auf dem «New Found Land», das sie sichteten. Er liess ankern und die Mannschaft an Land gehen – wie andere frühe Fischereiunternehmer vor und nach ihm. Der damalige König Heinrich VII. ermunterte die Seefahrer in jener Zeit, die Ge-

Die ersten englischen Siedler in Nordamerika hatten ein denkbar schweres Schicksal gewählt.

gend zu erforschen und für die Krone in Besitz zu nehmen. Ganz im Gegensatz zu seinem Sohn, dem legendären Heinrich VIII. mit den sechs Frauen, der von den Kolonien gar nichts wissen wollte und lieber seine Kriege gegen die Franzosen weiterführte.

Tatsächlich fand die europäische Politik bald Niederschlag auf dem neuen Kontinent, exemplarisch ist die Geschichte von Nieuw Amsterdam. Die Niederländer und die Briten hatten sich hier zuerst friedlich niedergelassen, in separaten Gemeinschaften, die einander kaum störten, auch wenn die Niederländer

das Gebiet für sich beanspruchten. Doch mit der englischen Restauration unter James II. wuchs der englische Kolonisationsdrang. Er hiess seinen Adlatten Richard Nicolls den Niederländern den Garaus zu machen und schickte ihn mit drei Kriegsschiffen nach Amerika. Der Seemann sah seine Stunde gekommen.

Er stellte dem holländischen Gouverneur Pieter Stuyvesant ein Ultimatum, die «Lange Insel» (Long Island) an die englische Krone abzutreten oder ein Gemetzel zu riskieren. Stuyvesant erkannte weise, dass er mit seinem zusammengewürfelten Haufen Landsleute schlechte Karten hatte und streckte dem britischen Seemann die Hand zur Kapitulation entgegen. Nicolls, seinerseits ein Mann von mildem Gemüt, liess sich im Namen des Herzogs von York und Albany zum neuen Gouverneur ernennen und schonte die Holländer vor Ungemach.

Evans wählte mit seinem Buch die Perspektive der Einwanderer. Er will zeigen, dass diese nicht einfach rücksichtslose Kolonialisten waren, sondern vielfach aus religiöser und sozialer Not handelten. Einen ganz anderen Blickwinkel wählte etwa der Luzerner Hochschullehrer Aram Mattioli in seinem kürzlich erschienenen Buch «Verlorene Welten – Eine Geschichte der Indianer Nordamerikas». Er

«Sie galten als Abschaum»

Der Historiker James Evans spricht von den existenziellen Nöten, die zur englischen Emigration nach Amerika führten.

Von Rolf Hürzeler



«Die ersten Europäer glaubten an die edlen Wilden»: Historiker Evans.

Warum wählten die Engländer die gefährliche Reise über den Atlantik, statt sich in den Weiten des östlichen Europa niederzulassen, wie das etwa die Deutschen taten?

Es gab kaum sichere europäische Gebiete im 17. Jahrhundert. Religionskriege überzogen den Kontinent. Typisch waren die Niederlande; die Pietisten, die später mit der «Mayflower» nach Amerika segelten, zogen zuerst nach Leyden. Zwar herrschte zeitweilig ein Waffenstillstand mit den Spaniern, aber der war brüchig. Die Emigranten entschlossen sich angesichts der Bedrohung, über den Atlantik zu fahren. Sie glaubten, Gott werde sie an einen sicheren Ort führen. Darin fühlten sie sich bestätigt, weil die Urbewohner zu Tausenden starben, denn diese hatten keine Abwehrkörper gegen die eingeschleppten Krankheiten.

Weshalb fuhren hauptsächlich Engländer in Richtung Westen?

Viermal mehr Engländer als Franzosen zogen über den Atlantik. Erst im späten 16. Jahrhundert hatten die Briten die Kunst des Seefahrens nach und nach erlernt und den Atlantik erschlossen. Vor

allem aber waren die Lebensbedingungen für die Unterschichten in England schlechter als anderswo in Europa. Das Leben war besonders für die religiös verfolgten Pietisten schwer, die an das angeblich wahre Wort Gottes glaubten. Zudem war es für die Engländer einfach, Seehäfen zu erreichen, weil kaum ein Ort mehr als hundert Kilometer von der Küste entfernt liegt. Kommt dazu, dass die Kolonien englischsprachig waren; man traf also auf seinesgleichen.

Später zogen viel weniger Engländer nach Indien.

Ja, die englische Emigration ging im 18. Jahrhundert generell zurück. Hundert Jahre früher herrschte die Meinung vor, dass es zu viele Bedürftige in England gebe – und die sollten doch bitte schön auswandern. Sie galten als Abschaum. Zudem liess die politische wie die religiöse Repression nach.

Weshalb waren die Beziehungen zwischen den Ureinwohnern und den Europäern so unterschiedlich?

Die indigene Bevölkerung war sehr heterogen. Gruppen, die in isolierten Gebieten am Atlantik lebten, sahen keinen Anlass, den Besuchern zu misstrauen. Völker im Landesinnern wiederum waren stets durch andere bedroht und hatten schon zahl-

reiche Konflikte hinter sich. Die hatten keinen Grund, den Neuankömmlingen entgegenzukommen. Im Gegenteil, sie versuchten, sie im besten Fall auszuhungern. Aus Sicht der Europäer war es pures Glück, wenn sie bei der Ankunft auf ihnen freundlich gesinnte Volksgruppen stiessen. In Neuengland überlebten die Ankömmlinge nur dank der Ureinwohner; in Virginia wurden die Kolonialisten fast vertrieben. Die ersten Europäer glaubten an die edlen Wilden, die im biblischen Sinn nicht gesündigt hatten. Aber diese Vorstellung schlug schnell in Feindlichkeit gegen die Indianer um.

Im Norden Amerikas kamen die religiös Verfolgten an, im Süden eher die Glücksritter. Diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Traditionen sind heute noch spürbar.

Neuengland im Nordosten ist im Vergleich zu den Südstaaten sehr anders. Dieser Gegensatz hat letztendlich mit zum Ausbruch des Bürgerkriegs geführt und ist in der politischen Auseinandersetzung bis heute aktuell. Kommt dazu, dass Emigranten in ihrer neuen Heimat immer ihresgleichen suchen. Deshalb zogen religiös und politisch Verfolgte in den USA tendenziell stets eher in den Nordosten.

«Hundert Jahre früher herrschte die Meinung, dass es zu viele Bedürftige in England gebe.»

Zwar spricht man von einer «special relationship» zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA. Aber die Bindungen zum Mutterland sind viel lockerer als etwa diejenigen Kanadas oder Australiens.

Ein wichtiger Punkt war bestimmt der Unabhängigkeitskrieg Ende des 18. Jahrhunderts. Aber der tiefere Grund lag wahrscheinlich in der schieren Masse der Immigranten. Die USA waren bevölkerungsmässig bald viel wichtiger als Kanada. Da merkten die nunmehr amerikanischen Eingewanderten schnell, dass sie einen unabhängigen Weg wählen können.

Aus dem Englischen von Rolf Hürzeler

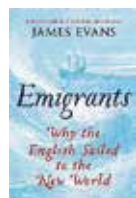
James Evans, promovierter Historiker, machte sich einen Namen als TV-Produzent geschichtlicher BBC-Dokumentationen und Autor von Sachbüchern. Grosse Beachtung fand sein Werk «Merchant Adventurers» über die Handelsbeziehungen zwischen England und der amerikanischen Kolonie im frühen 17. Jahrhundert. Evans lebt mit seiner Familie in London.

beschreibt, wie die Einwanderung die traditionelle Sozialstruktur der «First Peoples», wie die Indianer politisch korrekt heissen, zerstörte, und spricht von «Ethnozid»: «[...] die vorsätzliche, von Staats wegen betriebene Zerstörung indigener Kulturen». Sein Ansatz ist bedenkenswert: «Bis ins Jahr 1700 schrumpfte die indianische Gesamtbevölkerung in Nordamerika von ursprünglich 5 bis 10 Millionen auf 1,5 Millionen zusammen.» Das mag sehr hoch gegriffen sein, sicher ist, dass die Ureinwohner die eingeschleppten Krankheiten nicht abwehren konnten.

«Welcome»

Wie das geschah, illustriert das Schicksal von William Penn (1644–1718) aus einer wohlangeesehenen Familie. Er wurde in die englischen Bürgerkriegswirren zwischen der Krone und dem Parlament hineingeboren. In jener Zeit der Unsicherheit entstanden zahlreiche Sekten, denn die Menschen spürten, dass die alten Werte nach der Hinrichtung von Charles I. nichts mehr galten. Penn stiess zu den Quäkern, einer individualistischen Glaubensrichtung, die auf die Selbstbestimmung des Menschen setzt. Das war exakt nach dem Sinn Penns, der sich für die Sache der Antiroyalisten einsetzte und sich nach der Restauration unter Charles II. und James II. auf der falschen Seite fand. Aus politischen und religiösen Gründen verfolgt, entschied sich Penn mit Glaubensgenossen für die Auswanderung nach Amerika. Im August 1682 setzten sie sich im Schiff «Welcome» vom Küstenort Deal am Ärmelkanal in Richtung Amerika ab. Schon bald brach eine Pockenepidemie an Bord aus. Penn kannte die Krankheit, weil er sie als Kind selbst einmal erlitten hatte.

Entsprechend verfügte er über Antikörper; man konnte sich dieses Phänomen zwar nicht erklären, wusste aber, dass früher Erkrankte verschont blieben. William Penn betreute die Patienten fürsorglich, mehr als ein Viertel verstarb auf der Überfahrt. Die restlichen werden mit dazu beigetragen haben, dass die Krankheit nach Amerika verschleppt wurde und unter den Indianern weite Verbreitung fand. William Penn und die seinen hatten wenigstens eine schnelle Überfahrt, sie landeten an einem klimatisch angenehmen Ort, den sie Philadelphia nannten. Penn hatte sich bereits auf der Überfahrt mit seiner Fürsorge einen Namen gemacht, der ihn als fähigen Führer auswies, und ging als Mitbegründer des späteren Bundesstaats Pennsylvania in die Geschichte ein.



James Evans: Emigrants. Orion. 352 S., Fr. 18.40

Aram Mattioli: Verlorene Welten. Klett-Cotta. 464 S., Fr. 38.90

Schweizer Klassiker

Nichts als Undank

In «Stürmische Jahre» erzählt Eveline Hasler von drei Familienclans. Und von der Vertreibung eines jüdischen Kulturunternehmerpaars durch das rote Zürich. Von Christoph Mörgeli



Feines Gespür: Autorin Hasler.

Von der Literaturkritik verlegen belächelt, erfreut sich Eveline Hasler einer grossen, treuen Lesergemeinde. Und das nicht unverdient. Denn die im Tessin lebende 84-jährige Schriftstellerin hat seit Jahrzehnten ein feines Gespür für aktuelle Themen, obwohl sie diese in der Geschichte findet. Sie erzählte 1982 bewegend vom Schicksal der «letzten Hexe» Anna Göldin, deutlich bevor die Hexerei zur etwas ermüdenden Kernkompetenz des Feminismus wurde. Eveline Hasler vertiefte sich in Literatur und Akten über Emilie Kempin-Spyri – die erste Schweizer Juristin – sowie über den charakterlich nicht nur erfreulichen Henry Dunant. Ihre Sympathie galt der Berner Patriziertochter Julie Bondeli, die im 18. Jahrhundert einen intellektuellen Salon um sich scharte, oder den schwierigen, zeitweise ineinander verstrickten Leben der Dichterin Regina Ullmann und des Psychiaters Otto Gross.

Ihre vorletzte Recherche widmete Eveline Hasler dem amerikanischen Flüchtlingshelfer Varian Fry, an dessen Bemühungen um Nazi-Verfolgte in Marseille ihr bislang letztes Buch gewissermassen anschliesst. Zu den Tausenden von Hilfesuchenden gehörte nämlich auch das Ehepaar Rieser-Werfel aus Rüschiikon. Das Buch «Stürmische Jahre – Die Manns, die Riesers, die Schwarzenbachs» beruht wiederum auf dem Studium zahlreicher Quellen über drei bedeu-

tende Familien in den stürmischen Vorkriegsjahren. Von besonderem Interesse ist dabei die engagierte Darstellung des noch immer viel zu wenig bekannten Schicksals von Ferdinand Rieser und seiner Gattin Marianne, geborene Werfel aus Prag, einer Schwester des Schriftstellers Franz Werfel. Der Weinhändler Rieser übernahm 1926 das Zürcher Schauspielhaus und baute es auf eigenes Risiko als künstlerischer Direktor zur führenden deutschsprachigen Bühne aus. Nach 1933 sorgten die Riesers in ihrer gastfreundlichen Rüschiiker Villa und im Schauspielhaus dafür, dass viele aus russischen oder politischen Gründen vertriebene Schauspieler eine neue Existenz fanden. Dabei zogen sie sich nicht nur den Hass von Frontisten und anderen Antisemiten sowie des egoistischen Schriftstellervereins zu, sondern auch der kommunistisch-gewerkschaftlich organisierten Künstler. Diese feindeten ihre Wohltäter als ausbeuterische Kapitalisten an, bis diese das Schauspielhaus entnervt der Stadt Zürich verpachteten und nach Amerika emigrierten.

Die Vermischung von Fakten und Fiktion nehmen Historiker meistens stirnrunzelnd zur Kenntnis. Um dann umgehend nach Fehlern zu suchen, die sich natürlich auch bei Eveline Hasler finden lassen: Die pauschale Aussage, in der Schweiz hätten in den dreissiger Jahren nur wenige das Sagen gehabt, ist angesichts der damals durchaus intakten direkten Demokratie schwerlich haltbar. 1938 konnte Ferdinand Rieser noch nicht über das Réduit in den Alpen dozieren, weil General Guisan dieses Verteidigungskonzept erst 1940 bekanntmachte. Es ist auch nicht denkbar, dass der riesersche Tennisplatz im Herbst 1938 zugunsten eines Kartoffelfeldes umgegraben wurde, denn Friedrich Traugott Wahlen verkündete seine Anbauschlacht erst im November 1940.

Doch dies sind Petitesse. Aus Eveline Haslers lesenswerter Geschichtserzählung, die auf eine Dissertation von Peter Exinger abstützt, liesse sich zumindest eine Forderung ableiten: Der heutige Zürcher Stadtrat sollte den kaum bekannten Heimplatz vor dem Schauspielhaus schleunigst in «Ferdinand-und-Marianne-Rieser-Platz» umbenennen.



Eveline Hasler: Stürmische Jahre. Die Manns, die Riesers, die Schwarzenbachs. Nagel & Kimche. 224 S., Fr. 31.90

Die Stimmung ist geladen

Vor achtzig Jahren veröffentlichte Sinclair Lewis seine Satire über einen Aussenseiter, der ins Weisse Haus einzieht – eine Figur mit verblüffender Ähnlichkeit zu Donald Trump. Von Wolfram Knorr

Er war «fast ungebildet, ein oftmals überführter Lügner, seine Weltanschauung nahezu idiotisch». Seinen Wählern war das egal. Er war ihr Mann, «mit sicherem Instinkt für das, was der einfache Mann aus dem Volk zu hören liebte». Er hasste den «hochnäsigen Intellektualismus» und wurde ins höchste Amt gewählt, nicht zuletzt dank der «Liga der vergessenen Männer». Die Presse ist ihm verhasst und Aussenpolitik gleichgültig. Donald Trump heisst dieser Präsident nicht, sondern Buzz Windrip, und er entstammt der Fantasie von Sinclair Lewis (1885–1951), Amerikas erstem Literaturnobelpreisträger, Autor der Welterfolge «Main Street» («Die Hauptstrasse»), «Babbitt», «Elmer Gantry» und scharfsichtigstem Chronisten der *village revolt* der Kleinstädter des Mittleren Westens.

Auserwähltheitsglaube

1935 veröffentlichte er die Polit-Satire «Das ist bei uns nicht möglich» («It Can't Happen Here»), die in den USA und auch hierzulande aufgrund erstaunlicher Parallelen zu Donald Trump und seiner Regierungsmannschaft wieder aufgelegt wurde. Es geht um die steile Politikkarriere eines Provinzlers, der es mit Populismus, Schauspielerei, Hemdsärmeligkeit und der Aversion gegen «die da oben» ins Weisse Haus schafft, die Pressefreiheit einschränkt und «dem Obersten Staatsgerichtshof das Recht nimmt, irgendeine Massnahme des Präsidenten, seiner bestellten Mitarbeiter oder des Kongresses für verfassungswidrig zu erklären». Windrip wird, auch mit Hilfe seines Einfü-

Er war ihr Mann, «mit sicherem Instinkt für das, was der einfache Mann aus dem Volk zu hören liebte».

stellers Lee Sarason («Als Journalist hatte er die richtige Witterung für Gattenmörder»), dessen Ähnlichkeiten mit Stephen Bannon gleichfalls erstaunlich sind, zum Autokraten, der sich mit Mexiko anlegt, seine Kritiker verfolgt, Konzentrationslager errichtet und jede oppositionelle Stimme sofort abwürgt. Chronist und Opfer dieser faschistischen Entwicklung ist der Provinzverleger und Journalist Doremus Jessup,

der im örtlichen Rotary Club als «liberal bis zum Erbrechen» verspottet wird. Doch Jessup, Lewis' Sprachrohr, bleibt bei seinen Überzeugungen und lässt sich nicht mundtot machen.

So erstaunlich die vielen Parallelen zu Trump und Co. auch sind, Lewis war natürlich kein Visionär, sondern der Zeit des italie-



Kannte seine Pappenheimer: Schriftsteller Lewis, 1934.

nischen Faschismus sowie von Hitlers Aufstieg verhaftet. Hilfreich war auch Lewis' Frau, die Journalistin Dorothy Thompson, die für die *New York Evening Post* aus Deutschland berichtete. Es war die Zeit, in der es auch in den USA eine Menge Sympathien für die Nazis gab. Huey Long (1893–1935), der demokratische Senator aus Louisiana, der seine Gegner aggressiv attackierte und den Ruf eines beispiellosen Populisten hatte, war die Figur, an der sich Lewis für seinen Windrip orientierte.

Jessup und seine Honoratiorenkollegen tafeln regelmässig im Hotel «Wessex» in ihrer Gemeinde Fort Beulah und diskutieren herablassend über Hitler und Mussolini, die eben «bei uns nicht möglich» wären, schon wegen der Gewaltenteilung, die ein in Stein gemeisseltes Fundament ihrer Demokratie ist. Das Volk allerdings sieht das ein bisschen anders: «Die Zeit ist ernst – an die 28 Wohl-

fahrtsempfänger, die immer unverschämter werden – bilden sich ein, sie hätten ein verbrieftes Recht darauf, erhalten zu werden. Inzwischen teilen die jüdischen Kommunisten und die jüdischen Bankiers untereinander die Herrschaft über das Land auf.» Da kann einem schon bange werden, denkt man an den Aufmarsch Tausender Ultrarechter und Neonazis («Heil Trump!») kürzlich in Charlottesville, Virginia, der in massive Gewalt mündete, wobei Trump sich vom Rechtsextremismus nicht distanzierte, um seine Stammwählerschaft nicht zu verprellen. Auf der Neonazi-Website Daily Stormer hiess es darauf: «Er hat uns nicht attackiert.» Und: «Wir befinden uns jetzt im Krieg.»

Mit Jessups behaglichem Dasein ist es bald Essig. Erste Anzeichen wetterleuchten an den Unis, vor allem an seiner ehemaligen, die Prämien für Denunziationen in Aussicht stellt. Windrip ködert derweil mit immer unrealistischeren Versprechen die breite Masse, zündelt herum und schafft es damit tatsächlich ins Weisse Haus, vereinigt sofort Judikative und Exekutive, um unter Umgehung demokratischer Prozesse so rasch wie möglich Amerika wieder gross zu machen. Er wird zum Alleinherrscher, sein Land gerät unter ein Terrorregime. Wer kann, flieht nach Kanada. Jessup landet bald im Gefängnis, wird gedemütigt und gefoltert, kann fliehen und geht in den Untergrund. Die Widerständler, ständig auf der Flucht, finden erst Gehör, nachdem Windrips versprochener Wirtschaftsaufschwung ausbleibt. Es kommt zum Putsch, Windrip muss fliehen, die inneren Unruhen, das Chaos im Weissen Haus werden in einem Krieg gegen Mexiko kanalisiert; ein Bürgerkrieg droht.

Lewis kennt seine Pappenheimer und deren Mentalität. Mit bösem Sarkasmus verspottet er ihren Glauben an die eigene Auserwähltheit, Gutartigkeit und Friedfertigkeit: «Denn diese Vereinigten Staaten trachten, als einzige Grossmacht der Welt, nicht nach fremden Eroberungen. Unser sehnlichster Wunsch ist es, in drei Deubels Namen, in Ruhe gelassen zu werden! Mit Europa verbindet uns nichts als die Bemühung, aus den rohen und ungebildeten Massen, die man uns gütigst überlassen hat, halbwegs kultivierte Menschen zu machen.» Bei einigen ist das misslungen.



Sinclair Lewis

Das ist bei uns nicht möglich.
Aufbau. 442 S., Fr. 35.90

Sanfte Insel Schweiz

Der Basler Germanist Albert M. Debrunner legt die erste Biografie des Schriftstellers Hermann Kesten (1900–1996) vor. Ein Glücksfall.

Von Peter Bollag

Er sei eigentlich sicher gewesen, dass es längst eine Biografie von Hermann Kesten gebe, sagte Albert M. Debrunner einmal in einem Gespräch mit Radio SRF. Erst als er erstaunt festgestellt habe, dass dem nicht so sei, habe er sich eben gesagt: «Dann mache ich das jetzt.»

Das Resultat liegt nun vor – in Form des knapp 360 Seiten starken Werkes («Zu Hause im 20. Jahrhundert» – Hermann Kesten); und es darf sich durchaus sehen lassen.

Dass es tatsächlich 2017 werden musste, bis das Leben des in Pidwolotschysk (damals Österreich-Ungarn, heute Ukraine) geborenen und in Nürnberg aufgewachsenen Kesten biografisch aufgearbeitet wurde, dürfte verschiedene Gründe haben.

Zu diesen wird zählen, dass Hermann Kesten als Verleger und Lektor im deutschsprachigen Literaturbetrieb zwar viele Jahre lang eine überaus wichtige Rolle spielte und Freund und treuer Begleiter von literarischen Grössen wie Joseph Roth, René Schickele oder Klaus Mann war, aber nicht als Autor eines literarischen Renners à la «Buddenbrooks» oder «Steppenwolf» in die deutschsprachige Literaturgeschichte eingegangen ist. Dabei ist sein Erstling «Josef sucht die Freiheit», 1927 erschienen, vielversprechend: Kesten erhält dafür den Kleist-Preis, die renommierte *Frankfurter Zeitung* druckt ihn als Fortsetzungsroman ab, Thomas und Heinrich Mann, Stefan Zweig und Alfred Döblin loben den Roman enthusiastisch.

«Ich fand Ruinen»

Doch dann der Bruch: Hermann Kesten muss, zusammen mit seiner Frau Toni, wie viele seine Berufskollegen 1933 das Land verlassen: Jude und Liberaler, für so etwas gibt es in Nazideutschland keinen Platz mehr. Er wird sein Leben lang zwar mit und von der deutschen Sprache leben, aber nie mehr in Deutschland. «Ich suchte mein vergangenes Leben und fand Ruinen», hat er seine Deutschland-erfahrungen nach 1945 einmal zusammengefasst. Das beeinflusst natürlich auch sein literarisches Schaffen, seine Prosa verändert sich. Wohl nicht ganz zufällig wird sein fast bekanntestes Buch dann das 1953 erschienene Werk «Meine Freunde die Poeten» sein – da geht es nicht um Fiktion, sondern um seine literarischen Freunde.



Autor Kesten.

Diese Freunde lernt Kesten nach der Flucht aus Deutschland 1933 zunächst vor allem durch seine Arbeit im renommierten Allert-de-Lange-Verlag in Amsterdam kennen. Man richtet sich halbwegs im Emigrantenleben ein. Doch als die Wehrmacht nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auch Frankreich überrennt, wohin sich das Ehepaar Kesten geflüchtet hat, ist die Illusion einer «sicheren Burg» weg. Her-

mann Kesten gelingt die Flucht in die USA, seine Frau folgt ihm nach einigen Wirrnissen, unter anderem wird sie im berüchtigten französischen Frauenlager Gurs interniert.

In den USA werden sich die Kestens, die zunächst in New York leben, zwar sicher, aber nie so richtig wohl fühlen. Vor allem in Kalifornien nicht, dessen Städte, wie Kesten in einem Brief

Als die Wehrmacht auch Frankreich überrennt, ist die Illusion einer «sicheren Burg» weg.

schreibt, von «absurder Hässlichkeit» seien. Und: «Überhaupt fehlen mir in Amerika die Kaffeehäuser.» Wohl nicht der unwichtigste Grund, warum Toni und Hermann Kesten schliesslich wieder nach Europa zurückkehren; bis zum Tod seiner Frau 1977 leben sie in Rom, wo es auch Kaffeehäuser gibt. Dann entscheidet sich Hermann Kesten, zu einer Bekannten nach Basel zu ziehen. Zurück in den deutschen Sprachraum, nahe der deutschen Grenze, aber eben doch nicht nach Deutschland. In einem Interview mit der *Weltwoche* sagt er in den Jahren danach einmal, er habe sich die Schweiz «schon als junger Mensch als sanfte Insel für das Alter» ausgesucht.

Er stirbt, hochgeachtet, 1996 im jüdischen Altersheim «La Charmille» in Riehen. Nicht ohne zuvor den im Basler Vorort aufgewachsenen Debrunner kennengelernt zu haben – zum Glück für die literarisch interessierte Nachwelt.



Albert M. Debrunner:
Zu Hause im 20. Jahrhundert –
Hermann Kesten.
Nimbus. 448 S., Fr. 39.80

Augenweide

Einige Wörter in der 27. Auflage des Duden würde niemand vermissen. Von Max Wey

Der Rat für deutsche Rechtschreibung, zuständig für das amtliche Regelwerk, hat von sich hören lassen. Künftig gibt es das Eszett, das in der Schweiz schon lange abgeschafft ist, neben SS als Grossbuchstaben. In Fällen wie «die Goldene Hochzeit» oder «das Neue Jahr» kann das Adjektiv grossgeschrieben werden. Weiter wurden ein paar Variantenschreibweisen wie *Ketschup* oder *Nessessär* gestrichen; sie wurden kaum benützt. Das ist auch schon alles. Man hält sich zurück. Kinder sind zwar im Rat untervertreten, aber gebranntes Kind scheut das Feuer.

Wo aber nachschauen, um festzustellen, dass es die Schreibweise *Majonäse* nicht mehr gibt? Natürlich im Duden, eben ist die 27. Auflage erschienen. Konkurrenzlos steht er da in einem neuen Gewand. Gelb ist er immer noch. Peter Handke würde ihn vielleicht «anders-gelb» nennen. *Icke* (berlinerisch für «ich») steht nun im Duden. Logisch, Duden ist ja 2013 nach Berlin gezogen. Die Aufnahme von *Fake News* (auch *Fake-News* oder *Fakenews*) war wohl unvermeidlich. Duden bevorzugt, gelb markiert, die Schreibweise *Fake News*. Man sollte den Einfluss des Dudens nicht unterschätzen. Eine Stichprobe ergibt, dass die Schweizer Zeitungen in den meisten Fällen die von Duden empfohlene Variante übernehmen. Auch Merkel hat es in den Duden geschafft, sogar mit ihrem Vornamen Angela. Bachmann (*österr. Schriftstellerin*) steht ohne Vornamen da, Muschg nur mit seinem Vornamen Adolf. Er wird es verschmerzen, Muschg würde direkt vor *Muschi* platziert. Das Wort «Volksverräter» fehlt. Eine Panne, es war als Eintrag vorgesehen. Irgendwie tröstlich, dass selbst Duden patzt.

Angekündigt war nur der Helvetismus *Personenfreizügigkeit*, aber Duden verwöhnt uns mit einer ganzen Reihe weiterer schweizerischer Wörter: *CO₂-Abgabe*, *Erstaufnahmezentrum*, *Flohnerleben*, *gewitterhaft*, *Kuhnagel*, *Rechtsrutsch*, *Sauglattismus*, *Schleckzeug*, *Tourengänger*, *Vorsorgeeinrichtung*.

Der Duden ist über ein Kilo schwer, hat 48 Seiten zugelegt, ich finde, er wird zu dick, er sollte abspecken. Ich wüsste da noch ein paar Wörter, die niemand vermissen würde: *abwendig*, *ausplauschen*, *Endigung*, *gebeut*, *Furage*, *Herling*, *Kak*, *Konfitent*, *Kontumaz*, *Leitgeb*, *letz*, *massleidend*, *minorenn*, *oblong*, *schüppeln*, *träufen*. Ach ja, die Redaktionsleiterin heisst Dr. Kathrin Kunkel-Razum. Ihr Lieblingswort im Duden ist «Augenweide».



Die Bibel

Guter Rat

Von Peter Ruch

Auch dies geht aus vom Herrn der Heerscharen, er weiss wunderbaren Rat, handelt mit grosser Umsicht (Jesaja 28, 29). Über Niklaus von Flüe wurde in diesen Wochen viel Treffendes gesagt und geschrieben. Schon vor bald fünfzig Jahren hielt der Historiker und Politiker Sigmund Widmer fest, Niklaus' Verdienst um das Überleben der Schweiz könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die damals acht Stände hatten die Möglichkeit, die Vorherrschaft der Städte über die Landbevölkerung zu sichern, wie es überall im deutschen Reich geschah. Die Aufnahme der Stände Freiburg und Solothurn hätte diese Vorherrschaft besiegeln können. Die ländlichen Waldstätte wehrten sich jedoch rechtzeitig und wiegelten sogar die ländlichen Untertanen von Zürich, Bern, Luzern und Zug gegen ihre Städte auf. Um den Bürgerkrieg abzuwenden, suchte man Rat bei Bruder Klaus. Er riet offensichtlich dazu, die beiden Stände zwar aufzunehmen, jedoch die Selbständigkeit aller Orte beizubehalten. Dieser Verzicht auf eine Staatsform, durch die man im modernen Europa massgebend hätte mitspielen können, sicherte den Frieden und den Fortbestand der Schweiz.

Der gute Rat war nicht teuer. Aber unbezahlbar. Ein Rat ist ursprünglich ein Mittel zur Lebenssicherung, wie es in den Wörtern «Vorrat» und «Heirat» erhalten ist. Politische Ratsversammlungen sind dazu da, die Rahmenbedingungen für ein gutes Leben zu sichern. Auch Niklaus war einst Ratsherr gewesen, ehe er mit fünfzig Jahren seine Familie verliess und zum Eremiten wurde. Als Ratsherr hinterliess er keine Spuren, wenn er gewiss auch da konstruktiv wirkte. Sein weisester Rat entsprang nicht der Debatte und der Vernehmlassung, sondern der Stille und dem Glauben an Gott und Christus. Auch unseren oft ratlosen Räten täte ein Rückzug gut. Ein Rückzug aus der Zentrifuge, die von den Medien, Präsenzzwängen und Aktenbergen – Niklaus war Analphabet – angetrieben wird. Die Stille und das Nachdenken könnten die neurotische Paragrafenflut stoppen. Diese ist das Gegenteil von gutem Rat: Unrat.

Peter Ruch war 35 Jahre lang reformierter Pfarrer in Pfyn, Scherzenbach und Küssnacht am Rigi. Hier schreibt er wöchentlich über Bibelworte.

Knorr

Pfadfinder-Mutproben

Eine Neuverfilmung des Literaturklassikers «Jugend ohne Gott» verlegt das Geschehen in eine böse Zukunft. Warum?

Von Wolfram Knorr



Wie mit Kernseife abgeschrubbt: Jannik Schümann in «Jugend ohne Gott».

Das Geschäft mit Film-Dystopien brummt, vor allem, wenn es um die Jugend geht, die in den Anti-Utopien schwer gebeutelt, von machtbesessenen Männern wie Frauen manipuliert, unterdrückt, zur Anpassung genötigt wird: «The Hunger Games», «Divergent», «Maze Runner», «City of Bones» et cetera – *young adult movies* genannt. Immer geht's um martialische Wettkämpfe und immer auch um Widerständler, die sich dem rüden Leistungsdruck verweigern. In einer Neuverfilmung von Ödön von Horváth's «Jugend ohne Gott», einem Klassiker deutschsprachiger Literatur, geht's weniger um Wettbewerb als um weltanschauliche Verführung. Bei Horváth geraten Pennäler in die Fänge der Nazis. Warum, so haben sich vermutlich die Autoren Alex Buresch und Matthias Pacht überlegt, die Misere nicht in eine böse Zukunft verlegen? Statt Nazis eine «Big Brother»-Diktatur? Da ist man kommerziell auf der soliden Seite. Nur: Werden Egoismus und seelenloser Leistungsdruck nicht schon im Hier und Jetzt schwer kritisiert? Warum also in die Ferne dislozieren?

«Jugend ohne Gott», 1937 erschienen, schildert aus der Perspektive eines Lehrers eine Schulklasse, die, vom Nazi-Geist verführt, gegen Andersdenkende immer abweisender

reagiert. Während eines Zeltlagers kommt es zu Konflikten, die den Lehrer verzweifeln lassen. An Aktualität hat das nicht verloren. Gleichgültigkeit und Kälte haben durch zunehmende politische Radikalisierung und Fremdenfeindlichkeit wieder aufwind. Den Drehbuchautoren war das offenbar zu realitätsnah. Eine Zukunft als Schauplatz kann die Vision einer bösen, gleichgeschalteten Leistungsgesellschaft, die nur belohnt, wer sich mit Ellenbogen-Mentalität durchsetzt, unverfänglich in die Sphäre der Mahnung wegprojizieren. Zach (Jannik Niewöhner) gehört zu der Klasse, die an einem Education-Camp teilnimmt, in dem der Leistungswille ermittelt wird. Jeder will natürlich beste Werte, einen Platz an einer Elite-Uni. Zach findet das Gerangel bescheuert, widersetzt sich, und Nadesh (Alicia von Rittberg), eine Kollegin, wird für ihn zur gouvornantenhaften Klette. Aus Zuneigung? Weiss der Geier. Es geht um ein Tagebuch, um Ewa (Emilia Schüle), eine «Illegale» im Wald, skrupellose Mitschüler und den Lehrer (Fahri Yardim), der hier nicht mehr im Mittelpunkt steht. In dieser Adaption unter der Regie von Alain Gsponer («Heidi») weiss man nie so recht, um wen und was es eigentlich geht. Die «Tests» bleiben nebulös, das Ensemble sieht aus wie mit Kern-

seife abgeschrubbt, was wohl die Sterilität der kalten Dystopie signalisieren soll. Ständig wird durch den Wald gerannt, in weissen Zelten genächtigt, und eine Psychologin (Anna Maria Mühe) blickt scharfkantig wie aufgerissenes Blech auf ihre Turnier-Novizen.

Das dystopische Ambiente ist putzig (von den Ortungs-Chips bis zum «Big Brother»-Auftritt von Iris Berben), das Gerenne im Wald albern und Zachs Verliebtheit in die «Illegale» nicht weniger. Die wechselnden Perspektiven wirken, als habe sie ein Schmied auf einem Amboss zurechtgehauen. Ein Klima der Angst und suggestiven Zauber, den viele *young adult*-Filme furios zu entfalten wissen, indem sie Emotionen wecken und Neugierde erzeugen, gibt es hier nicht. Die Mimen bewegen sich wie auf Stelzen bei Pfadfinder-Mutproben. ★★☆☆☆

Weitere Premieren

Rodin — Er ist der Bildhauer, der mit seinen kühnen Werken die Moderne prägte. Ihn aber unablässig Skulpturenköpfe anstarren und an ihrer Vollendung zweifeln zu lassen, macht Auguste Rodin (Vincent Lindon) noch nicht zum Besessenen, der mit seinen Visionen ringt. In Jacques Doillons Version wird aber vor allem der Zuschauer alleingelassen. Mögen Rodins Affären und Beziehungen mit Camille Claudel, der britischen Malerin Gwen John und seiner langjährigen Lebensgefährtin Rose Beuret bekannt sein, die Zusammenhänge bleiben nebulös. Maler-Kollegen, Rainer Maria Rilke und Octave Mirbeau mäandern durchs Geschehen, ansonsten steht der Meister vor seinen Skulpturen oder räkelte sich mit Camille unterm Plumeau. ★★☆☆☆

Magical Mystery — «Herr Lehmann», der legendäre Eckkneipen-Typ aus der Feder des Autors Sven Regener, den vor Jahren Leander Haussmann auf die Leinwand brachte, erlebt jetzt seine Fortsetzung. Allerdings nicht mehr mit Lehmann, sondern seinem besten Freund, Karl Schmidt (Charly Hübner), der in einer Suchtkranken-WG haust, von Kumpels nach Berlin gelockt wird und mit ihnen als Chauffeur auf eine bekiffte «Magical Mystery»-Tournee geht. Es sind wieder das Ensemble, das genaue Milieu und die herrlich lakonischen Dialoge, die die Freak-Komödie höchst vergnüglich machen. ★★★★★

The Dinner — Stan (Richard Gere) und sein ungleicher Bruder Paul (Steve Coogan) treffen sich, alles andere als freiwillig, mit ihren Gattinnen Claire (Laura Linney) und Katelyn (Rebecca Hall) in einem Nobelrestaurant. Es geht um ihre Sprösslinge, die einen Obdachlosen angezündet und getötet haben. Stan ist Kongressabgeordneter und folglich bestens vernetzt, Paul, Ex-Lehrer, ist ohne Beziehungen. Das erinnert stark an Yasmina Rezas Büh-

nenhit «Le Dieu du carnage», den Roman Polanski verfilmte. «The Dinner» geht auf den niederländischen Roman «Angerichtet» von Herman Koch zurück. Regisseur Oren Moverman («The Messenger») verlegte die Handlung in die USA; der Film ist prima besetzt, verheddert sich beim kulinarischen Gemetzel aber in wirren Rückblenden. ★★☆☆☆

Killer's Bodyguard — Ryan Reynolds als Sicherheitsmann muss den Auftragskiller Samuel L. Jackson, der vor dem Internationalen Gerichtshof gegen den wüsten Diktator (Gary Oldman) aussagen soll, der das natürlich verhindern will, beschützen. Die Buddy-Konstellation mag zwar klassisch sein, die Ausführung ist es nicht. Total krawallig und dämlich. ★☆☆☆☆

Knorrs Liste

1	Dunkirk Regie: Christopher Nolan	★★★★★
2	Final Portrait Regie: Stanley Tucci	★★★★☆
3	In Zeiten des abnehmenden Lichts Regie: Matti Geschonneck	★★★★☆
4	Ce qui nous lie Regie: Cédric Klapisch	★★★★☆
5	Lady Macbeth Regie: William Oldroyd	★★★★☆
6	Baby Driver Regie: Edgar Wright	★★★★☆
7	Spider-Man: Homecoming Regie: Jon Watts	★★★★☆
8	Tulip Fever Regie: Justin Chadwick	★★★★☆
9	Atomic Blonde Regie: David Leitch	★★★★☆
10	Viceroy's House Regie: Gurinder Chadha	★★★★☆

Jazz

Wenn sich Stile reiben, fliegen die Funken

Von Peter Rüedi

Im zeitgenössischen Jazz sind die Unterschiede klein geworden. Nicht dass alles gleich klänge. Aber zunehmend ist ein feines Ohr gefragt, um die dialektalen Finessen zu erkennen. Da fällt eine Neuheit wie das Album, das der 35-jährige Trompeter Ambrose Akinmusire live aufgenommen hat, wie ein heisser Meteor in die wohltemperierte Landschaft. Der Klub «Village Vanguard» ist ein mythischer Ort. Sonny Rollins, John Coltrane, Bill Evans haben auf dessen kleiner Bühne Meilensteine der Jazzgeschichte eingespielt. Der Mann mit dem ungewöhnlichen Namen (als Sohn nigerianischer Eltern in und um San Francisco künstlerisch gross geworden) wurde früh von glanzvollen Tutoren gefördert, den Trompetern Lew Soloff und Terence Blanchard oder dem Saxofonisten Steve Coleman. Er selbst und seine Band kommen stilistisch nicht aus dem Nichts. Aber sie schrammen so kühn den Grenzen zwischen unterschiedlichen Traditionen und den verschiedenen Avantgardismen entlang, dass die Funken stieben. Pianist Sam Harris beherrscht feinste Impressionismen in der Art von Bill Evans, um handkehrum in wilde Cluster und rasende Läufe auszubrechen, wie wir sie von Cecil Taylor kennen. Akinmusire selbst ist ein Meister lyrischer Introspektion, mit einem warmen Ton, aber er liebt auch avanciertere Improvisationsweisen («erst suchen, dann finden») wie die von Don Cherry, andererseits Verzerrungen, Growls und Glissandi, die sich zurück auf Altmeister wie Cootie Williams oder Henry Red Allen beziehen.

Das Erstaunliche: Bei all diesen stilistischen *dissecta membra* finden sich die Band und ihr Leader in einer unüberhörbaren Identität, einer Kompaktheit, wie sie sich nach langer gemeinsamer Arbeit einstellt (Bassist Harish Raghavan als Ruhepol, Drummer Justin Brown als explosiv unvorhersehbarer Unruhepol). Die Band insgesamt hält ein Gleichgewicht zwischen Power und Nachdenklichkeit, einem magischen Lyrismus der allmählichen Verfertigung der Einfälle beim Spielen und sich auftürmenden dynamischen Architekturen: staunenswert emotionale, in ihrer Vielseitigkeit schwer zu beschreibende Musik.



Ambrose Akinmusire:
A Rift in Decorum. Live at the Village Vanguard. Blue Note 00602557649703

O mein Gott, ich bin schwul!

Als er seine Homosexualität entdeckt, gerät er in einen Konflikt mit Gott. Zehn Jahre lang will er sich in einer «Reparativtherapie» umpolen lassen, um sich für Frauen zu erwärmen.

Die Geschichte einer sexuellen Unterdrückung. Von Claudia Schumacher und Peter Greenwood (Illustration)

Zwischen 17 und 27 Jahren hätte ich auch keine andere Zeit haben können», sagt der 32-jährige P.* in einem Café in Zürich-West und lächelt dabei mit nur einem Mundwinkel. Hipster-Bärtchen, Hollister-Shirt, Bio-Limonade: P. wirkt wie jeder andere Städter seines Alters. Dass er zehn Jahre lang einen Kampf gegen seine Sexualität und mit Gott ausgefochten hat, dass er zehn Jahre lang versuchte, sich in einer sogenannten Reparativtherapie von einem Schwulen zu einem Hetero umerziehen zu lassen, zeigt den weniger gewöhnlichen Teil seiner Lebensrealität. Während die meisten Menschen als Teenager ihre Jungfräulichkeit verlieren, war P. bei seinem ersten Mal bereits 27 Jahre alt. Er wollte seine Homosexualität nicht ausleben; er wollte sich nicht «versündigen».

Pathologisierte Liebe

«Ich bin in einer christlichen, freikirchlichen Familie aufgewachsen, in der ich mich sehr wohl gefühlt habe», beginnt P. seine Geschichte. Seine Identifizierung mit dem Glauben, den er bis heute bejaht, sei stets stark gewesen. «Mit etwa vierzehn Jahren habe ich mich dann erstmals in einen anderen Jungen verliebt, dachte aber, das geht vorbei.» Doch seine homosexuellen Empfindungen blieben, und so sprach er zwei Jahre später mit seiner Mutter darüber. Verurteilte sie es?

«Nein, überhaupt nicht», sagt P. Sie seien dann aber gemeinsam einen christlichen Bücherkatalog durchgegangen und auf ein Therapieangebot gestossen, das versprochen habe, Homosexuelle zu «heilen». Ein Angebot, das P. nutzen wollte. Seine freikirchliche Gemeinde stellte ihm zudem drei Mentoren zur Seite; heterosexuelle Männer, die ein paar Jahre älter waren als er und die ihn auf seinem schwierigen Weg begleiten sollten.

P. begann die Therapie bei einem Psychologen, der eigentlich auf misshandelte Jungen spezialisiert war. Und P. begann zu lesen. Zuerst das Buch «Ein anderes Coming-out» vom amerikanischen Psychotherapeuten Richard Cohen, der 1990 die International Healing Foundation gründete, in der Therapien zur sexuellen Umorientierung angeboten werden. Schritt für Schritt soll der Homosexuelle den «Ausweg» finden: Er muss Verletzungen aus der Vergangenheit aufarbeiten, wobei die Beziehung zum Vater eine besondere Rolle spielt. Er muss gesunde, nicht sexuelle Beziehungen zum gleichen Geschlecht aufbauen. Gelingt ihm das,

folgt die Zuwendung zur Frau – bei der er angeblich auf sexuelle Reize reagieren kann, sobald er sich emotional auf sie einlässt.

Im Rahmen der Therapie besuchte P. mit seinen drei Mentoren einen «Geheilten», der mittlerweile mit einer Frau verheiratet war. «Ich fand das Gespräch katastrophal», lacht P. rückblickend. Er sei das Gefühl nicht losgeworden, dass der Mann sich selbst und der Welt etwas vormache. Also habe er irgendwann gesagt: «Du hast uns das jetzt schön erzählt, wie gut du es mit deiner Frau hast und alles. Aber was findest du an ihr geil? Sind es die Brüste, die Beine oder sonst etwas?» Der Mann habe nur ausweichend geantwortet. «Seine Frau tat mir leid», sagt P.

Trotzdem machte er weiter mit der Therapie. Zumindest körperlich half sie ihm teilweise, mehr Selbstbewusstsein zu entwickeln. Massagen und das Liegen auf Klangbetten gehörten ebenfalls zu den Sitzungen. So begann P., sich wohler in seiner Haut zu fühlen. Doch das gute Gefühl hielt selten lange an. Gefiel ihm wieder ein Mann, erzählte er es seinem Therapeuten.

«Ich habe das Verhältnis zu meinem Vater jahrelang aufgearbeitet – und blieb vollkommen schwul.»

«Und er hatte immer ein Argument, um in jeder Zuneigung, die ich fasste, ein Problem zu sehen, das ich angeblich mit mir selber hatte», sagt P. mit hörbarem Bedauern. «War der Mann mir ähnlich, sagte mein Therapeut: «Siehst du? Du hast Angst, dich auf etwas Neues einzulassen, suchst immer nur das Vertraute.» War der Mann anders als ich, hiess es: «Du verleugnest dich selbst und idealisierst das Fremde.»»

Zwei Argumente, mit denen sich theoretisch jede Liebe pathologisieren lässt. Dennoch erschien P., der auf «Heilung» hoffte, um seinem Gott zu gefallen, manches schlüssig. Etwa die These, dass eine schlechte Beziehung zum Vater einen schwul machen könne – schliesslich hatte P. tatsächlich keine gute Beziehung zu seinem Vater! «Aber das war Wunschdenken», sagt P. heute nüchtern. «Ich habe das Verhältnis zu meinem Vater jahrelang aufgearbeitet – und blieb vollkommen schwul.»

Immer wieder hielt er «Heilung für fast möglich». Einmal ging er mit einer Kollegin aus, und er brachte eine Rose mit, wie man das eben aus Liebesfilmen lernt. Er mochte sie und sagte ihr die ganze Wahrheit. Dass er homo-

sexuell empfinde, aber vielleicht, wenn sie ihm helfe und sich auf ihn einlasse, eine Beziehung zu ihr aufbauen könne. Das war der Kollegin zu abenteuerlich. P. schüttelt den Kopf bei der Erinnerung und muss herzlich lachen. «Letztes Jahr war ich auf ihrer Hochzeit – und ich war nicht eifersüchtig.»

P. litt, und er konnte seine Sexualität nicht auf die leichte Schulter nehmen. Er entschied sich gegen Sex vor der Ehe und trug einen Ring, der symbolisch für seine Keuschheit stand. «Ich versprach damit Gott, dass ich den Ring erst vom Finger nehmen würde, wenn ich entweder endlich auf Frauen stünde oder auf theologische Weise das Problem mit meiner Homosexualität gelöst hätte.»

Den Keuschheitsring verloren

P. studierte also Theologie. Seine Kommilitonen wussten nicht, dass er homosexuell ist. «In einer Diskussion spielte ich dann einmal den Advocatus Diaboli», erzählt P., «und vertrat den Standpunkt, dass Homosexualität durchaus mit der Bibel vereinbar sei – irgendwann hatte niemand mehr etwas zu entgegnen.» Abends habe er festgestellt, dass er den Keuschheitsring verloren hatte. «Nach dem ersten Schrecken und einer langen Suche deutete ich den Ringverlust als Zeichen dafür, dass Gott mit meiner Homosexualität einverstanden sei», sagt P. lächelnd. «Und so konnte ich mich auch selbst mit ihr versöhnen.» Später outete er sich in einer langen Mitteilung auf Facebook und erntete Hunderte Likes und Kommentare. In seiner Argumentation bezog sich P. auf Bibelstellen, die üblicherweise herangezogen werden, um Homosexualität als unchristlich zu problematisieren. P. entkräftete sie. Etwa eine Stelle, die je nach Übersetzung einen anderen Sinn ergab.

Oder eine Stelle, die sich auf Knabenliebe, nicht auf Homosexualität zwischen Erwachsenen bezog. Eine andere Stelle wiederum stand im Kontext von altmodischer Hygiene, dem Genuss von Götzenopferfleisch und irgendwelchen Verhaltensregeln, um die sich heute auch kein Christ mehr schert. Der Facebook-



Post war eine wissenschaftliche Abhandlung. P. schlussfolgerte mit Paulus: «Alle Gesetze werden in dem einen erfüllt: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!» Warum homosexuelle Liebe davon ausnehmen?

Heute geht P. offen mit seiner Sexualität um. Er ist glücklich mit sich und beruflich erfolgreich. Er ist in der reformierten Kirche, die keinen Anstoss an seiner Sexualität nimmt. Und er ist nach wie vor in der Freikirche – die ihm nach seinem Outing das Predigen und die Arbeit mit Kindern untersagte. Er bleibt, er will reformatorischen Einfluss nehmen. Sein früherer Therapeut beendete das «Reparativ»-Angebot nach dem Outing von P. «Die Erfolgsquote mit der Therapie lag bei null Prozent», lacht P. Der Therapeut

selbst lebt heute zurückgezogen und war für ein Gespräch nicht auffindbar. Wüstenstrom, die zentrale Organisation, welche hierzulande Therapien für Homosexuelle anbietet, gibt es allerdings nach wie vor. Geleitet wird die aus Deutschland stammende Organisation in der Schweiz von Rolf Rietmann, der von sich selbst sagt, er sei einmal homosexuell gewesen und heute «in einer guten Ehe» mit einer Frau. Die beiden haben zwei gemeinsame Söhne.

Rietmann – der Theologie, nicht Psychologie studiert hat – liess sich selbst aus Überzeugung jahrelang therapieren. «Ich hatte ein Problem mit mir selbst und mit meiner Männlichkeit», sagt er. So habe er sich immer als Aussenseiter gefühlt, und er habe beliebte

Männer so sehr idealisiert und sich dabei so sehr gewünscht, wie sie zu sein. Über die Sexualität wollte er mit ihnen verschmelzen. «In der Beziehung zu meiner Frau erlebe ich heute aber eine seelische Ergänzung, wie sie mir kein Mann geben könnte.» Rietmann bietet bei Wüstenstrom «Beratung» für «problematisch empfundene Sexualität» an. Er geht mit einigen Wissenschaftlern davon aus, dass Sexualität «fluid und ohne harte Grenzen» sei und dass sie von vielen prägenden Faktoren abhängt. Er zitiert eine Studie, gemäss der 30 Prozent der therapierten Homosexuellen «geheilt» werden könnten. Wobei die Zahl mit Vorsicht zu geniessen ist: Sie berücksichtigt nicht jene, die nach einigen Jahren wieder «rückfällig» werden. Andere Studien gehen davon aus, dass Homosexualität unveränderlich ist. Generell lässt sich sagen: Zu jeder Studie über Homosexualität gibt es eine, die das Gegenteil beweist.

«Geheilte» Schwule

Rietmann sagt, er missioniere nicht, und er argumentiere nur theologisch, wenn der Hilfesuchende es explizit wünsche. «Viele Homosexuelle kommen zu mir in die Beratung, weil sie einfach besser klarkommen möchten. Ich mache die Leute deutlich darauf aufmerksam: Ein Veränderungswunsch muss aus einer inneren Überzeugung heraus kommen. Bibelstellen oder der Wunsch, anderen zu gefallen, reichen nicht.» Für Rietmann als Privatmensch ist die Sache in seinem Glauben aber klar: «Homosexualität ist Sünde im Wortsinn, vom griechischen *hamartia*, Zielverfehlung. Aber wir sind alle Sünder, daher behandle ich auch überzeugte Schwule nicht anders als andere Menschen.» Rietmann wirkt im mehrstündigen Gespräch wie ein ehrlicher und sensibler Mensch. Er scheint sich seine «Heilung», über deren Verlauf er sehr offen und ohne Aussparung unschöner Details redet, jedenfalls selbst zu glauben – mehr lässt sich von aussen nicht sagen. Wüstenstrom hält an dem Gedanken fest, dass sich ein Mensch von seiner Homosexualität lösen und heterosexuell werden kann, während man sich in den USA von diesem Glauben zunehmend löst, seit eine Galionsfigur der Therapiebewegung «rückfällig» wurde und zugab, ihre Homosexualität weiter auszuleben. Auch der «geheilte» Geschäftspartner, mit dem Rietmann Wüstenstrom in der Schweiz aufbaute, steht mittlerweile wieder auf Männer und engagiert sich in der deutschen Organisation Zwischenraum, einer Selbsthilfeorganisation für christliche Lesben und Schwule.

P.* steht beruflich in der Öffentlichkeit und möchte in der Wahrnehmung zu ihm nicht auf seine Homosexualität reduziert werden.



Er wollte sich nicht versündigen.



Thiel

Antirassismus

Von Andreas Thiel

Antirassismusberaterin: Guten Tag, ich bin von der staatlichen Antirassismusberatungsstelle. Wir machen Hausbesuche, um rassistische Tendenzen in der Bevölkerung zu erkennen.

Mann: Na ja, ich hatte auch schon das Gefühl, ich könnte Rassist sein.

Antirassismusberaterin: Und weshalb hatten Sie dieses Gefühl?

Mann: Neulich zum Beispiel erwischte ich unsere kleine Tochter in der Küche dabei, wie sie mit einer Banane am Ohr plauderte. Ich fragte sie, ob sie nach Afrika telefoniere. Bin ich nun Rassist?

Antirassismusberaterin: Nicht, wenn Ihre Tochter mit einer Fairtrade-Bananen telefoniert hat.

Mann: Da muss ich meine Frau fragen, sie hat nämlich die Banane gekauft.

Antirassismusberaterin: Macht Ihre Frau den Haushalt?

Mann: Ja.

Antirassismusberaterin: Sie arbeitet also nicht?

Mann: Doch, sie macht den Haushalt.

Antirassismusberaterin: Das ist doch keine Arbeit. Ihre Frau verdient ja nichts und ist von Ihnen abhängig.

Mann: Na ja, ich bin auch davon abhängig, dass jemand den Haushalt macht. Und wir leben beide von meinem Lohn. Wer macht denn bei Ihnen den Haushalt?

Antirassismusberaterin: Mein Mann, er ist arbeitslos.

Mann: Aha. Dann ist Ihr Mann also von Ihnen abhängig?

Antirassismusberaterin: Nein, mein Mann erhält Arbeitslosenunterstützung.

Mann: Sie leben nicht beide von Ihrem Lohn?

Antirassismusberaterin: Nein, wir haben getrennte Kassen.

Mann: Wieso? Vertrauen Sie einander nicht?

Antirassismusberaterin: Wir wollen einfach unabhängig sein.

Mann: Wieso haben Sie dann geheiratet?

Antirassismusberaterin: Sagen Sie mal, was geht Sie das Leben anderer Leute an?

Mann: Genau das wollte ich Sie auch fragen.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Nacht der Nächte

Schöne Frauen und wenig Männer an der Sommerparty im «Baur au Lac»; neues Traumpaar der Zürcher Society. Von Hildegard Schwaninger

Eigentlich wäre die «Baur au Lac»-Sommerparty der ideale Heiratsmarkt. Die jungen Frauen sind frisch und fröhlich, ihr Teint sonnengeküsst, sie sehen gesund aus, tragen die neuesten Kleider, alle haben sich herausgeputzt für diese Nacht der Nächte, die seit Jahren in Zürich die Partysaison nach den Ferien einläutet. Wenn nur mehr Männer da wären! Männer gab es einfach viel zu wenige, geschätzt kam auf zehn Frauen ein Mann. Auf der «Baur au Lac»-Sommerparty kennengelernt haben sich Wetterfrosch **Thomas Bucheli** und die Partnervermittlerin **Kathrin Grüneis** («Freie Herzen»). Sie haben gerade geheiratet. Kathrin Grüneis wollte den frisch geschiedenen Bucheli für ihre Agentur anwerben, dann verliebte sie sich selbst in ihn. Happy End! Seine Ex **Barbara Bucheli** ist wieder glücklich liiert mit einem Arzt, der Mitglied im Dolder Golfclub ist. Auch auf der «Baur au Lac»-Sommerparty kennengelernt haben sich **Alexander Haymann**, der Sohn des bekannten Rechtsanwalts **Michel Haymann**, und die Juristin **Déborah de Luigi**. Er forderte sie zum Tanzen auf, das war vor vier Jahren, jetzt sind sie verheiratet und haben einen Sohn. Natürlich waren sie – wie auch das frischgebackene Ehepaar Bucheli – am letzten Freitag wieder dabei.

Es war ein gelungener Abend. Man kann über **Wolf Wagschal**, der in der Zürcher Gastro-Szene schon einige Crashes hingelegt hat, sagen, was man will: Eine gute Party organisieren, das kann er. Wagschal ist Consultant des

«Rive Gauche», und «Baur au Lac»-Besitzer **Andrea Kracht** vertraut ihm voll, wenn es um die Organisation der Sommerparty geht. Andrea Kracht war auch da, ohne seine Frau **Gigi Kracht**, die weilt in New York.

Wagschal weiss, dass schöne Frauen immer ein Trumpf sind. Nirgends sieht man so viele schöne Frauen wie auf der «Baur au Lac»-Sommerparty. Wer Spass am People-Watching hat, kommt voll auf seine Kosten. 1400 Gäste waren da, Eintrittspreis: 185 Franken. Viele Frauen mussten nicht bezahlen, weil sie bei Wagschal in der Gunst stehen. Seine Langzeitverlobte, die Sängerin **Monica Babilon**, hat sich leider von ihm getrennt. In seinem Haus in Stallikon lebt er zurzeit allein mit seinen beiden Katzen Uno 1 und Uno 2.

Seit einem Jahr getrennt von ihrem Mann **Michel Burckhardt** (Golfturnier-Organisator) ist auch **Bettina Burckhardt**, die im hautengen Kleid von Hervé Léger neben Starkoch **Jacky Donatz** sass. Für ein Foto posierte Donatz mit seiner bildhübschen, schlanken Berufskollegin **Nadia Damaso**, dem Kochstar der Zukunft. Die Bloggerin **Sandra Bauknecht** war mit Freund **Patrick Liotard** da, ihr Ex-Mann **Gero Bauknecht** mit seiner neuen Freundin **Jennifer Baudenbacher**. Weil diese auch Deutsche ist und klein, sagt man oft, sie sehe seiner Ex-Frau ähnlich, stimmt aber nicht. Jennifer sieht sehr natürlich aus, weniger aufgetakelt als die Ex. Bloggerinnen sah man viele – und Influencerinnen und Möchtegern-Influencerinnen auch.



Fast verliebt

Unschöne Wahl

Von Claudia Schumacher

Es sind ja viele Paare unterwegs in Venedig», schreibt Maxim aus Venedig, «und bei gefühlt allen von denen ist die Frau deutlich attraktiver als der Mann.

Teilweise so deutlich, dass ich lachen, grummeln oder fragend zum Himmel schauen muss. Wo sind die gutaussehenden Typen? Haben die sich alle umgebracht?» Mit der letzten Frage spielt mein Cousin scherzhaft auf seine Überzeugung an, dass schöne Frauen oft besonders anstrengend seien. «Nicht anstrengend», widerspricht Maxim, «nervtötend.»

Man braucht nicht extra nach Venedig zu fahren, um das Gefühl zu kriegen, dass er wenigstens mit dem Attraktivitätsgefälle recht haben könnte. Auch in der nächsten Badi hat die langbeinige Grazie Kinder von dem dicken Brocken, der neben ihr im Schatten liegt und Pommes mampft. Die meisten Frauen scheinen sich wohler zu fühlen, wenn sie ihren Mann optisch überstrahlen können. Wobei ein amerikanischer Freund einmal meinte, das sei ein europäisches Ding: «Während sich Amerikanerinnen in Sachen Attrak-



Hähne im Korb: Wagschal, Luxem, Kissas.



Nichts für Veganer: Büffet für 1400 Gäste.



Kochstars: Nadia Damaso, Jacky Donatz.

Der Immobilienunternehmer **Marco Früh** war mit seiner hübschen, jungen Frau da, Autop-Unternehmer **Beat Meyerstein**, Stammgast an der Sommerparty, kam solo (Freundin **Anne** war in Deutschland). Ex-Botschafter **Thomas Borer**, mit Ehefrau **Denise**, blieb im allgemeinen Trubel inkognito, wie auch **Stephanie von Fürstenberg**, die deutsche Adelige und Malerin, die am Zürichberg lebt (hat im November eine Gemeinschaftsausstellung mit **Marietta Gianella-Berry** in der Galerie Elten & Elten) und mit **Sabine Hauptmann** da war, der früheren Chefredaktorin von *Women in Business*, die heute im Mövenpick-Marketing arbeitet.

Star am Büffet war ein riesiger Tunfisch, der vor den Augen der Gäste zu Sushi geschnitten wurde (manchen Veganern verging der Appetit, die stürmten dann das gigantische Dessertbüffet). Serviert wurde auch Kaviar auf Blinis. Kulinarisch blieben keine Wünsche offen, Champagner gab es à discrétion, nicht mehr aus Plastikbechern wie früher, sondern aus Gläsern, und auch das Büffet war besser organisiert. Schlange stehen am Büffet war gestern.

Die Zürcher Society hat ein neues Traum-paar (hat sich nicht am «Baur au Lac»-Fest kennengelernt). **Charlotte Weinberg**, die Schwester von Ex-Baulöwe **Peter Steiner**, Mutter von Gastro-Unternehmer **Leopold «Poldi» Weinberg** («Helvti», «Münsterhof» etc.), Witwe des emeritierten ETH-Professors **Franz Weinberg**, und **Martin Stehli**, Jurist und Opernliebhaber, haben sich gefunden. Martin Stehli ist (nach dem Tod seiner Frau) alleinerziehender Vater von drei Söhnen, Charlotte Weinberg ist Immobilienbesitzerin, Mäzenin und Kunstsammlerin.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

tivität gerne auf Augenhöhe paaren und sich auch mal auf einen schöneren Mann einlassen, scheint ihr Europäerinnen da reflexartig nach unten zu greifen.» Tom Brady und Gisele Bündchen sind gleich umwerfend, Bill ist attraktiver als Hillary. In Europa hingegen: die makellose Kate und der verklemmte Prinz oder der hundertjährige Oskar Lafontaine mit Granate Sahara Wagenknecht. Könnte man jetzt beliebig so weitermachen.

«Es war einseitig, als du letzte Woche meinst, die heutigen Männer wären herrschsüchtig», findet Maxim. «Sehr viele Frauen sind da kein bisschen anders. Lieber ein Typ, der zwei Klassen unter ihnen spielt – dafür kein Stress und volles Kommando.» Natürlich ist Schönheit Macht. Und Kontrolle ist das, was wir wollen, wenn wir verunsichert sind. So verkehrt das auch sein mag: Wer sehnt sich nicht nach Sicherheit in der Liebe?

Einmal in meinem Leben habe ich mich auf einen Mann eingelassen, den ich viel schöner fand als mich selbst. Als pummelige Berufsanfängerin mit schlechtem Kleidergeschmack und einer obsessiven Beziehung zu Lars-von-Trier-Filmen, schrägen Büchern und Pizza. Ich bin dann, getroffen von Amors fiesem Pfeil, von der Couch aufgestanden und fühlte mich hochgradig unzulänglich. Wie ein aufgeschrecktes Huhn rannte ich ins Fitnessstudio, malte in meinem Gesicht herum und versuchte, einen ästhetischen Zusammenhang zwischen Kleidungsstücken herzustellen. Nur, um mir dann von dem schönen Mann sagen zu lassen, ich sei nicht mehr die Frau, die er wollte. So lernte ich, dass es wahr ist, was die netten Menschen stets so einfalllos wiederholen: «Wie du aussiehst, interessiert keinen, der es ernst mit dir meint.»



Unten durch Ölwechsel (1)

Von **Linus Reichlin**

Nehmen wir mal an, du hast Geldsorgen und musstest deinen Jaguar XJ6 verkaufen. Deinen neuen Wagen, einen gebrauchten Franzosen, dessen einziges Highlight das Duftbäumchen ist, kannst du zum Ölwechsel jetzt natürlich nicht mehr in die piekfeine Jaguar-Werkstatt bringen, in der du früher immer alles hast machen lassen. Du brauchst eine neue Autowerkstatt, eine für Leute, die am Monatsende an der Tankstelle für zehn Franken tanken und die danach im Shop die Sexheftli durchblättern, und wenn sie damit fertig sind, stopfen sie sich auf der Toilette eine Klopapierrolle in die Tasche, um ihr Haushaltsbudget zu entlasten. Auf diese soziale Stufe bist du hinuntergestürzt, und sie befindet sich nur einen Fingerbreit über dem Rinnstein – wenn du noch einen Zentimeter tiefer fällst, schläfst du nachts unter dem Vordach einer Migros-Filiale.

Aber noch ist es nicht so weit, noch hast du Geld für einen Ölwechsel. Eigentlich ist es ein Luxus, in diesen *fifth-hand*-Franzosen noch Öl zu investieren. Aber es sind diese kleinen, unvernünftigen Ausgaben, die dir das Gefühl geben, noch nicht ganz am Boden zu sein. Ausserdem leuchtet beim Fahren dauernd ein knallrotes Ölkännchen-Symbol auf, und zwar so aufdringlich wie die Werbung für die Striptease-Bars auf der Reeperbahn. Wenn im Jaguar das Öl knapp wurde, wurdest du darüber auf ästhetisch ansprechende Weise informiert: Es war, als würde dir ein Butler auf einem Tablett ein elektronisches Signal reichen. Das war, bevor dein Anlageberater dich anrief und fragte: «Möchten Sie Ihr Vermögen in nur zehn Monaten verdoppeln?»

Jetzt fährst du mit deinem Rotlichtmilieu-Auto ins Industriegebiet – die Werkstatt für Autos wie deins befindet sich natürlich am Arsch der Welt, in der Nähe der Kehrlichtverbrennungsanlage. Du betrittst die Baracke, an deren Tür «Annahme» steht, und nimmst an, dass dir hier als Kunde bestimmt kein Espresso serviert wird wie in der Jaguar-Werkstatt. Dafür hängt aber im Büro über dem schäbigen Kopierer ein Busenposter (nackte Blondine mit Cowboyhut). Mit einem ähnlichen Poster war der Kofferraum deines Franzosen ausgekleidet. Du

>>> Fortsetzung auf Seite 70

» Fortsetzung von Seite 69

fragst dich, warum sozialer Abstieg mit einer Zunahme von Pornografie einhergeht. Als du reich warst, warst du zwar auch von nackten Frauen umgeben, aber die waren echt! Und sie drückten ihren Hintern nicht an den Kühlergrill eines amerikanischen Trucks, sondern an eine Magnum-Flasche Dom Pérignon. Gott, waren das Zeiten! Die Mechatroniker in der Jaguar-Werkstatt bekamst du gar nie zu Gesicht, nur gutgekleidete junge Empfangsdamen, die mehrere Sprachen beherrschten.

Hier aber wirst du von einem jungen Auto-mechaniker bedient, der sich die Hände an einem ölverschmierten Tuch abwischt. Auf seine Frage, was du möchtest, sagst du: «Ich möchte, dass Sie das, was da von Ihrem Tuch trieft, in mein Auto einfüllen.» Aber er versteht deinen Humor nicht. Die Armut und die ständige Präsenz von Pornografie haben seinen Esprit zerstört. Bestimmt träumte er einst davon, ein Mechatroniker zu werden. Aber die Autos, die er hier repariert, haben keine Elektronik, er wird für immer ein Mechaniker bleiben. Als er kapiert, dass du «Ölwechsel» meinst, schaut er dich mit den erloschenen Augen des Sohns eines desillusionierten Einwanderers an und sagt: «Wollen Sie das nicht selber machen? Ist billiger.» Und schon lernst du die nächste Lektion: Sozialer Abstieg ist Pornografie plus Möglichst-viel-selber-Machen. Vielleicht gibt es einen sogar noch tieferen Zusammenhang: Den Sex lässt man von anderen machen, aber alles andere macht man selber. Der Mechaniker rechnet dir vor, dass du 24 Franken sparen kannst, wenn du das Öl selber wechselst. Und du rechnet weiter: Wenn du von jetzt an im Tankstellenshop Sexheftli durchblättest, sparst du das Geld für deine Parship-Mitgliedschaft.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Chasselas aus schwierigem Jahr

Von Peter Rüdi

Es ist wie bei der Lyrik: Ein grosses Gedicht kann in einer Sternstunde auch einem *poeta minor* in den Schoss fallen, einem kleineren Geist. Was ein grosser Dichter ist, erweist sich über die Jahre und unterschiedliche Gedichtbände hinweg. Will sagen, einem Winzer mag in einem ausserordentlichen Jahr ein Jahrhundertwein gelingen, äusseres Glück und ein paar Zufälle vorausgesetzt. Sein Format aber beweist sich über die Jahre, und ganz besonders in den schwierigen. Das ist der Grund, weshalb ich dem Jahrgangsfetischismus beim Einkauf misstrauere – keineswegs nur wegen Knauserigkeit oder weil ich mir die sauren Trauben schönreden wollte. Und deshalb mag ich so etwas wie Kontinuität. Auf einige Weine bin ich abonniert, erstens, weil ich dem Produzenten vertraue, und zweitens, weil mich zwar die Weine, für sich genommen, interessieren, quasi phänomenologisch, aber fast ebenso die Differenzen von Jahr zu Jahr. Deshalb habe ich, bei all meiner Neugierde für Vielfalt, ein paar «Hausweine». Das hat, kann ich versichern, nichts mit spiessiger Bequem-

lichkeit zu tun. Auch betrifft es Weine aus unterschiedlichen Preisregionen, im Tessin etwa die Merlots von Mauro Ortelli im bescheidenen Segment und die von Christian Zündel im gehobenen (wenn die nach der Heiligsprechung durch Parkers Schweiz-Rezensenten Stephan Reinhardt – zwischen 92 und 94 Punkte! – überhaupt noch erschwinglich sein sollten). Und dazu gehört, wie Leser dieser Kolumne wissen, der St-Saphorin «Les Blassinges» von Pierre-Luc Leyvraz in Chexbres, Gottes eigenem Lavaux, meine Idealvorstellung von einem Chasselas, nicht wegen der Fixierung auf einen Gusto, sondern im Gegenteil: weil die Sorte bei kundiger Interpretation so vielseitig ist und wie kaum eine den Fingerprint ihres Terroirs trägt, zu welchem bekanntlich auch die wechselnden klimatischen Bedingungen gehören.

Der «Jahrhundertjahrgang»

2015 war ein Jahr, von welchem der Winzer sagte, in 35 Jahren, in denen er diesem Beruf nachgehe, habe er noch nie so reife, so konzentrierte Trauben geerntet – unter seinen Kollegen ging der Spruch, wer da keinen guten Wein zustande bringe, solle das Metier wechseln. Auch mich hat der «Jahrhundertjahrgang» beeindruckt, indes nicht so sehr in der Projektion auf diesen meinen Lieblings-Chasselas, vielleicht, weil das mehr als andere Versionen ein «vin de garde» war, in welchem die imposante Frucht Mineralität und Säure etwas maskierte. Beides ist beim 2016er, einem Jahr, in dem Leyvraz' ganze Meisterschaft gefragt war, zurück, in wunderbarem Gleichgewicht mit den typischen Frucht- aromen. Fabelhaft. Manchmal ist weniger mehr. Was nicht nur die im Tropensommer 2003 gekochten Weine beweisen.

Pierre-Luc Leyvraz: St.-Saphorin Les Blassinges 2016.
Fr. 17.–. www.leyvraz-vins.ch



Die schönsten
Weinreisen im
Premium Reisebus.

Weinreise Bordeaux

8 Tage ab CHF 2'990.–

Erleben Sie zusammen mit unserem Weinexperten Andreas Candrian eine aussergewöhnliche Reise durch die Regionen Médoc und Graves.

12.05.–19.05.2018 & 06.10.–13.10.2018

www.car-rouge.ch oder 056 461 63 00

Premium Weinreisen
vom Spezialisten.





Auto

Blosses Vergnügen

Den Mercedes AMG GT C Roadster fährt man am liebsten, wenn man nichts anderes zu tun hat als: fahren. *Von David Schnapp*

Dinge, die man nicht unbedingt braucht, bringen oft die grösste Freude. Ein hochmotorisierter zweisitziger Sportwagen als Roadster mit V8-Biturbomotor und Stoffverdeck zum Preis einer Ferienwohnung etwa ist ganz oft recht unpraktisch. Zum Beispiel, wenn Frau und Kind mitkommen möchten oder wenn man mehr als eine Sporttasche transportieren will. Kommt dazu, um offen zu fahren, ist es ganz oft zu heiss oder zu kalt.

Mercedes-AMG GT C Roadster

Leistung: 557 PS/410 kW, Hubraum: 3982 ccm, Höchstgeschwindigkeit: 316 km/h
Preis: Fr. 188 796.-, Testwagen: 235 724



Aber: Einen Mercedes-AMG GT C Roadster fährt man nicht, weil er besonders praktisch ist, sondern weil er reines Vergnügen bedeutet. An den paar Tagen, während deren der GT C in meiner Garage stand, habe ich mir die Zeit mit Weitblick eingeteilt. Das heisst, ich habe mir Tage in den Kalender eingetragen, an denen ich nichts anderes gemacht habe als: Auto fahren. Ich fuhr zum Beispiel morgens um sieben Uhr zu Hause los, ganz entspannt Richtung Glarus, um dann in Linthal alle Systeme auf «scharf» zu stellen und den Klausen hinaufzubretern. Es war ein schöner, nicht zu heisser Tag, mit offenem Dach zu fahren, steigerte das Vergnügen.

Kühe und Vernunft

Auf dem Urnerboden wurde ich von einer Horde Kühe ausgebremst, die stoisch der Strasse entlang paradierte. Aber ich hatte ja Zeit und musste nirgends hin, so ist das, wenn man zum blossen Vergnügen Auto fährt. Der Kuhstopp gab mir Gelegenheit, über diesen

Sportwagen nachzudenken, den Mercedes «zwischen dem AMG GT S und dem AMG GT R positioniert». Der GT R ist wohl noch etwas giftiger, der GT C hingegen ermöglicht mit seinem «AMG Ride Control»-Fahrwerk auch ein halbwegs komfortables Vorankommen. In den letzten Jahren hat es ja eine Art Demokratisierung der PS-Zahlen gegeben, selbst hochmotorisierte Autos wie diesen Mercedes-AMG mit 557 PS und einer Höchstgeschwindigkeit von fast irrwitzigen 316 km/h kann heute jeder fahren.

Die Kühe hatten mittlerweile vom Teer wieder aufs Gras gewechselt, und ich nahm den zweiten Anstieg mit einigen recht engen Haarnadelkurven in Angriff. Mit seiner Hinterradlenkung wirkt der GT C trotz eines Gewichts von über 1700 Kilogramm erfreulich agil, wozu auch das elektronisch geregelte Hinterachs-Sperrdifferenzial beiträgt. Falls in der Kurve plötzlich ein ambitionierter E-Bike-Fahrer vor einem auftaucht, sind zudem die Bremsen verlässliche Energievernichter.

Nach dem Klausen fuhr ich nach Andermatt, dann noch über einige weitere Pässe und fand das am Ende einen sehr gelungenen Tag, auch wenn ich abends auf die Frage meiner Frau, was ich heute gemacht hätte, keine ausserordentlich vernünftige Antwort geben konnte. Aber manche Fragen dürfen so offenbleiben wie ein Roadster.



«Hagelhans»: Lüthi am Grand Prix der Niederlande.

Sport

Gotthelfs Töfflibueb

Auf der Motorrad-Rennstrecke ist Tom Lüthi schon lange eine grosse Figur. Nun wird er zu den ganz Grossen in die Königsklasse vorstossen. Der ewige Jüngling ist zum Mann geworden – und hat zugleich zu seinen Emmentaler Wurzeln zurückgefunden. *Von Klaus Zaugg*

Um diese Geschichte zu verstehen, müssen wir die Bühne kennen, auf der gespielt wird. Die Töff-Weltmeisterschaft ist eine globale Roadshow, die jährlich achtzehn Mal an Orten vom Morgenland, über Amerika, Europa, Asien und Australien eine grosse Vorstellung gibt. Meistens verfolgen mehr als 100 000 Fans das Spektakel vor Ort an der Rennstrecke, das weltweit Millionen vor die TV-Apparate lockt.

Das Programm dieses Wanderzirkus ist in drei Akte gegliedert. Die Jugendlichen treten in der Klasse Moto3 an, die Fortgeschrittenen im Mannesalter messen sich in der Moto2-WM. Der wichtigste Teil, die Königsdisziplin, das ist die Show der MotoGP-Klasse. Nur hier werden die ganz bösen Maschinen von der Leine gelassen, die auf über 300 km/h beschleunigen. Sie sind so schnell, dass dem Fahrer wie bei einem Kampfjetpiloten das Gesichtsfeld verengt wird.

Es ist schon vorgekommen, dass die Reifen auf den langen Geraden jenseits von Tempo 300 mit lautem Knall explodiert sind. Die einzige Knautschzone bei dieser permanenten Herausforderung in der Todeszone ist der

eigene Körper. Lederkombi mit eingenähten Airbags und Protektoren, die an Ritterrüstungen gemahnen, bieten zwar etwas Schutz, aber ohne Garantie. Wayne Rainey, der perfekteste und beste Fahrer seiner Zeit, sitzt nach einem Rennunfall im Rollstuhl. Marco Simoncelli – einst dazu ausersehen, das Erbe von Valentino Rossi anzutreten – hat vor sechs Jahren bei einem Crash am GP von Malaysia sein Leben verloren.

Es gibt weltweit nicht einmal ein halbes Dutzend dieser todesmutigen Gladiatoren, welche die teuflischen Maschinen wirklich auszureizen und zu beherrschen vermögen. Sie verdienen Millionen, Valentino Rossi über 30 Millionen Franken pro Jahr. Für die Übrigen, die das Fahrerfeld als Statisten auffüllen, gibt es hingegen keine Aussichten auf den Sieg und auf zweistellige Millionenbeträge. Sie müssen sich mit dem Prestige begnügen, ein Teil dieser Gilde zu sein und zu den wahren Männern in einer testosterongeladenen Macho-Welt zu gehören – ja zu den vielleicht letzten richtigen Kerlen im Sport überhaupt.

Trotz eines Verbots für Rundstreckenrennen (seit 1954) bringt die Schweiz immer wieder erstklassige Rennfahrer hervor. Aber nicht für die Königsklasse. Persönliche Gönner und mittelständische Unternehmen finanzieren den helvetischen Piloten in der Regel nur Karrieren in den unteren Kategorien. Nur ganz selten tauchte ein Eidgenosse in den Reihen der Könige auf; der letzte auf einigermaßen konkurrenzfähigem Material war der Tessiner Sergio Pellandini, im Jahre des Herrn 1984.

Anruf aus dem Elsass

Und nun hat es ausgerechnet ein Emmentaler geschafft. Tom Lüthi wird 2018 in der Königsklasse im Team des belgischen Grafen und Biermilliardärs Marc van der Straten eine Honda fahren. Nach fünfzehn Jahren harter Kleinarbeit hat der Emmentaler die höchste Sprosse der Leiter erreicht.

Bereits 2005 gewann Lüthi im zarten Alter von achtzehn Jahren die WM in der kleinsten Klasse (damals 125 ccm, heute Moto3). Noch vor Roger Federer wurde er Sportler des Jahres,



Jochen Hahn ist am Apparat, der Besitzer eines Juniorenteams in Deutschland. Er hat von Tom, dem talentierten Töfflibueb aus Linden, gehört, und er bietet dem Fünfzehnjährigen eine Chance in einer Juniorenklasse auf einer 125er-Maschine. Hahn ist gerade auf der Rückreise aus Frankreich. Um die Sache aufzugleisen, möchte er sich noch am gleichen Tag mit den Lüthi in Mülhausen treffen.

Es mag für den Deutschen selbstverständlich erscheinen, jemanden subito für eine Besprechung nach Mülhausen aufzubieten. Aber für einen Emmentaler ist das nicht so einfach. Hier lässt man an einem heiligen Werktag nicht einfach alles stehen und liegen, nur um im Elsass mit einem Deutschen einen Kaffee zu trinken. Aber es regnet, zum Glück, und Hansueli Lüthi hat nichts Besseres zu tun. Also reist er nach Mülhausen, trifft sich mit Jochen Hahn. Man kommt überein, 20 000 Franken zu investieren, und die Karriere von Tom beginnt.

Ein Jahr später wird der Bursche von Daniel M. Epp entdeckt. Der Baselbieter hat in Osteuropa eine Autoersatzteil-Handelsfirma aufgebaut und möchte ein Schweizer Töfftalent fördern. Doch trotz Talent, Mut und Beharrlichkeit stagniert Tom Lüthi jahrelang, auf gutem Niveau zweifellos, aber eben doch nur in der zweithöchsten Klasse.

Turbo gezündet

Erst im Laufe des Jahres 2014 tritt ein Wandel ein, der Lüthi stärker macht als zuvor; erst 2014 beginnt er so zu fahren, dass ihn die MotoGP-Teamchefs nicht mehr ignorieren können. Diese Veränderung ist zugleich eine Rückkehr zu den Wurzeln.

Jahrelang hat sich Tom Lüthi über die Bezeichnung «Bauernbub» geärgert und seine bäuerliche Herkunft ausgeblendet. Er nennt sich «Tom», weil das urbaner tönt als «Thomas». Schliesslich ist der Sport mit dem Showbusiness verbandelt. Tom will kein Bauerntöpel sein, sondern ist ein cooler Junge.

Seine Langzeitfreundin Fabienne Kropf, ein kluges Model, ist über Jahre die schönste Frau



Talent, Mut, Beharrlichkeit: Tom Lüthi.

im Fahrerlager. Sogar ein Valentino Rossi drehte sich nach ihr um. Fabienne Kropf ist glamourös, kein Boxenluder, aber auch nicht eine typische Rennfahrerbraut, die sich im Hintergrund ganz in den Dienst ihres Geliebten stellt. Sie steht im Mittelpunkt.

Im Sommer 2013 trennen sich die beiden, und bald einmal taucht die schöne Fabienne an der Seite des NHL-Stars und Dollarmillionärs Mark Streit auf. Sie heisst heute Fabienne Streit-Kropf. Vielleicht gab das Lüthi den noch fehlenden Kick. Jedenfalls fiel es nicht nur seinen Freunden auf: Es ist, als habe er nach der Trennung den Turbo gezündet. Spät, aber nicht zu

Nach fünfzehn Jahren harter Kleinarbeit hat der Emmentaler die höchste Sprosse der Leiter erreicht.

spät erleben wir ihn seither in Höchstform. In den vergangenen dreieinhalb Jahren hat Lüthi acht Rennen gewonnen, eines mehr als in den vorangegangenen zwölf Jahren. An der Seite der schönen Fabienne war er immer auch ein wenig ein «Glanz & Gloria»-Fahrer. Seit er wieder als Junggeselle über den Asphalt rockt, geht es primär um Chrom und Leder, nicht mehr um Gucci und Prada.

Erst kürzlich hat Lüthi seine Wohnung unten in Oberdiessbach aufgegeben. Still und heimlich ist er wieder heimgekehrt, in sein Elternhaus, oben im Barschwand. Dort hat er eine Wohnung ausgebaut. Zwischen den saftigen Weiden und Wäldern tankt er Ruhe und Kraft. Zur schönen Abrundung dieser Heimkehr fehlt eigentlich nur noch ein «Heidi», ein währschaftes Meitschi in klassischer Berner Feiertags-tracht mit Seidenschnüren, Gölleketteli, Ross-haarhaube und weichen, weiten Leinenärmeln an seiner Seite.

Nach wie vor kümmert sich Daniel M. Epp um Tom Lüthi. Er ist sein Freund geworden. Epp hat inzwischen seine Autoersatzteilfirma an eine Investorengruppe verkauft, pendelt als Rentner zwischen Vaduz und Prag. Doch ohne sein Verhandlungsgeschick und seine Beziehungen wäre der Traum von der Königsklasse wohl nicht wahr geworden.

Siege wird Tom Lüthi in der nächsten Saison an der MotoGP-WM nicht herausfahren. Er gehört zu jenem verlorenen Haufen, der hinter Marc Márquez, Valentino Rossi und Co. das Feld aufzufüllen hat. Er wird zwar erstmals über eine Million Franken verdienen. Aber das ist nicht viel mehr als bisher. Als Siegfahrer und Titelanwärter hat er in den letzten Jahren dank viel Medienpräsenz und guten Werbeverträgen an der Moto2-WM fast so viel verdient.

Etwas anderes ist viel wichtiger: Durch den Aufstieg in die Königsklasse ist aus «Gotthelfs Töfflibueb» kurz vor seinem 31. Geburtstag endlich auch auf der Rennstrecke ein richtiger Emmentaler «Hagelhans» geworden.

Bundesrat Samuel Schmid erwies ihm bei der Feier im Heimatdorf Linden persönlich die Ehre. Ein Chronist nannte den Weltmeister ein wenig respektlos «Gotthelfs Töfflibueb» – und diesen Künstlernamen ist er nie mehr losgeworden. Lüthi blieb in der öffentlichen Wahrnehmung immer irgendwie ein «Bueb», selbst als er in der zweithöchsten Kategorie (Moto2) immer wieder gute Leistungen zeigte und auch mal Siege herausfuhr. Doch ein Gladiator der Königsklasse, das ist definitiv etwas anderes.

Höchste Zeit für einen Rückblick auf eine Karriere, die viel mit dem Emmental zu tun hat. Schon Toms Vater Hansueli Lüthi ist ein angefressener Töfflibueb. Aber er hat zu wenig Geld für die grosse Karriere. So bleibt er daheim in Linden, bewirtschaftet das Heimetli im Barschwand, an der Kulturgrenze, wo der Emmentaler Ländler vom Berner Oberländer Pop-Rock abgelöst wird. Nebenher arbeitet er als Sanitärinstallateur drüben in Konolfingen.

Wind und Wetter können in dieser bäuerlichen Gegend noch heute den Gang eines Lebens bestimmen. Und so ist es auch an jenem schicksalsträchtigen Frühlingstag im Jahr 2001. Es ist trüb. Es regnet. Hansueli bleibt *am Schärme*. Wäre das Wetter schön, würde er draussen auf dem Feld arbeiten. Und er vernähme den Telefonanruf aus Frankreich nicht, der für seinen Bub Tom alles verändern wird. Niemand hätte am Festnetztelefon geantwortet, die Chance wäre vorübergegangen.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man dereinst mit dem selbstfahrenden Auto total betrunken fahren?
Josef Pelc, Ennetbaden

Zu viele meiner Generation starben in jungen Jahren alkoholisiert auf oder neben der Strasse. Heute zählen wir pro gefahrenen Autokilometer dreissigmal weniger Tote. Auch dank mehr Staat. Wer heute mit zu viel Alkohol im Blut unterwegs ist, wird für den Walliser Ständerat Beat Rieder zu hart bestraft. Bevor Rieder in Bern etwas bewegt, werden selbststeuernde Autos die Trinkfreudigen – sofern sie sich noch halbwegs verständlich artikulieren können – sicher heimchauffieren. Deshalb beginnen die Preise für abgelegene Landbeizen zu steigen. *Peter Bodenmann*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Wer am Bein des Stuhls sägt, auf dem der soziale Frieden ruht, spielt mit dem Feuer.» *Conrad F. Stäheli*

Ist der Stimmbürger dumm?

Nr. 33 – «Bersets Brechstange»;
René Zeller über die Rentenreform

Im September 2009 hat das Stimmvolk eine Mehrwertsteuererhöhung von 7,6 auf 8 Prozent angenommen. Diese Erhöhung sollte zur Sanierung der IV beitragen. Damit der Stimmbürger ein Ja in die Urne legt, wurde er mit einer Befristung der Erhöhung auf sieben Jahre geködert. Also trat am 1. Januar 2011 die befristete Erhöhung in Kraft. Demzufolge muss die Erhöhung am 1. Januar 2018 wieder auf 7,6 Prozent angepasst werden, denn das Volk hat im Jahr 2009 so entschieden. Dass nun die Mehrwertsteuer für die Rentenreform erneut erhöht werden soll, zeigt, wie es viele Politiker in Bern mit dem Volkswillen halten. Mit einem Nein zur Rentenreform, einem Nein zur Mehrwertsteuererhöhung sowie mit Korrekturen bei den nächsten National- und Ständeratswahlen können wir wieder Ordnung schaffen und den Volkswillen korrekt umsetzen. Oder sind wir wirklich so dumm und vergessen alles so schnell? *Urs Disch, Höri*

Wer das wichtigste und erfolgreichste Sozialprojekt unserer Grossväter und Väter, nämlich die AHV/IV, in den Abgrund führt, spielt mit dem Feuer. Wer am Bein des Stuhls sägt, auf dem der soziale Frieden ruht, spielt mit dem Feuer. Wer den über fünfzigjährigen Schweizer Arbeitnehmern keine Möglichkeit zur Arbeit mehr bietet und dafür lieber massenhaft junge billige und willige ausländische Arbeitskräfte ins Land holt, spielt mit dem Feuer. Wer die Menschenrechte der anderen höher gewichtet als die Menschenrechte der eigenen Bevölkerung, der er einen Maulkorb anlegen will, spielt ebenso mit dem Feuer. Daher ein Rat an die prometheischen Kräfte: Zu einer Zeit, als noch Verstand und Vernunft das Primat des Denkens innehatten, zu einer Zeit also, wo der Mensch in der Mitte stand, galt: «Wer mit dem Feuer spielt, der wird darin umkommen!»
Conrad F. Stäheli, Freienbach

Hauptsache bedingungslos

Nr. 34 – «Fluch und Segen der Atombombe»;
Alex Baur über die Katastrophe von Nagasaki

Die Zündung der Atombomben war völlig sinnlos. Die Japaner hatten ihre gesamte Kriegs- und Handelsflotte verloren. Sie sassen isoliert auf ihrer Insel. Und so wollten sie kapitulieren – nur nicht bedingungslos. Der japanische Kaiser hatte politisch nichts zu sagen. Die Japaner erwarteten von ihm, dass er sich nicht in die Politik einmischt. Aber damals planten

die Alliierten bereits die Kriegsverbrecherprozesse. Dass man den Tenno anklagen (und womöglich aufhängen) könnte, war für die Japaner ein unerträglicher Gedanke. Erst als dieser sagte, auf seine Person solle man keine Rücksicht nehmen, willigten die Japaner in die bedingungslose Kapitulation ein. Es war also die Forderung «bedingungslos», die zur Ermordung von zweihunderttausend Zivilisten geführt hat. Übrigens: Schon vor dem Abwurf der Atombomben hatten die Amerikaner japanische Städte bombardiert – mit Napalm, durch das die Einwohner elendiglich verbrannten.
Eberhard Vogel, Worben

Frage nach dem Sinn

Nr. 33 – «Das Wunder von Dünkirchen»;
Andrew Roberts über die historische Wende

Ihre Artikel haben bei mir eine tiefe Reaktion ausgelöst, da ich als Kind Zeitzeuge dieses Geschehens war. Aufgabe des Historikers ist es, die Tatsachen eines Ereignisses zu benennen. Daraus sucht er abzuleiten, welche logischen Sequenzen dazu führten. Das ist seine wissenschaftlich-rationale Aufgabe. Daneben gibt es die irrationale Sicht des «Wunders», die Frage nach dem Sinn des Geschehens, die er nicht mehr wissenschaftlich angehen kann, weil sie mit der kollektiven psychologischen Befindlichkeit zu tun hat. Im Rückblick können wir als Spätgeborene von einem Wunder sprechen, wenn wir uns vorstellen, wo wir heute ständen, wenn sich dieses nicht ereignet hätte!

Alfred Ribi, Erlenbach

Rating der Nachhaltigkeit

Nr. 33 – «Die besten Gemeinden 2017»;
Das *Weltwoche*-Rating

Wo die Leute hinwollen, da werden die Wohnungen infolge der grossen Nachfrage teurer. Wenn man ein Rating der Nachhaltigkeit erstellen würde, dann wäre die Umkehrung der Rangliste nicht weit daneben. Denn nachhaltig sind eine Überalterung der Gesellschaft, sowie eine Stabilisierung der Einwohnerzahl und der Wirtschaftsleistung. *Thomas Schibli, Bern*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

	1			2		3	4		5			6	
7		8	9								10	11	12
13						14		15			16		
17					18								
		19									20		
	21				22		23		24				25
26					27						28		
	29			30			31				32		
33				34	35						36		38
39							40						
				41								42	
43									44				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Für durstige Fussgänger geeignet

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 3 Stellvertreter einer bedrohten Tierwelt. 7 Wer sie beherrscht, weiss Leute buchstäblich in Erstaunen zu setzen. 10 Wo Streit, ist bestimmt auch er nicht weit. 13 Von dort hierher. 14 Dort wird heisse Flüssigkeit zu Festem. 17 Zunächst drückt es eine Hervorhebung aus. 18 Ein Schweizer, der sich in der Weihnachtszeit bemerkbar macht. 19 Was Papst Franziskus nicht nur für Argentinier ist. 20 Gemein wird damit dann gemeingütig. 21 Wir Schweizer reisen selten im Reisebus. 22 Gehört für viele selbstverständlich zum Weihnachtsmarkt. 26 Sie besitzt Kleider, und das sind dann bestimmt ... 27 Wo es auf Sizilien glühend heiss werden kann. 28 Am Ende halt doch nicht ganz auf die Wirklichkeit bezogen. 29 In christlicher Zeitrechnung gehört es zum Domini. 31 Wäre mit T sofort ein Ballspiel. 33 Etwas zerzauste Meeresbucht. 34 Das einstige Reich im Zentralsudan ist seit 1979 Bundesstaat Nigerias. 36 Chemische wie kulinarische Lösung. 39 Persischer Schatzmeister in biblischer Mission. 40 Sichtbares Zeichen nach brutaler Gewalt. 41 Der Physiker war unter Trumps Vorgänger Energieminister. 42 Was die ETH für die Schweiz, ist es in etwa für die USA. 43 Ein fruchtbarer Zweig – statt für Botaniker für Poeten. 44 Manchmal ist sie ein spektakulärer Knaller. © Fritz Müller - Rätselfactory AG

Senkrecht — 1 Wenn früher, dann auch wahrscheinlicher. 2 Der Ritter von der traurigen Gestalt - mit Sancho ein unschlagbares Paar. 3 Paris: Vergnügungsviertel und Touristenfalle. 4 Der Sohn des Dschungels, Pedrazzas starker Comic-Held. 5 Compact dann zum Musik hören. 6 Genügend Luft braucht er schon, um richtig in Fahrt zu kommen. 7 Behaglichkeit dank ihrer göttlichen Hilfe. 8 Solche Sparbatzen kann man im Notfall zusammenkratzen. 9 Nachkommenschaft der Turkstämme. 10 Bodensee, Untersee: da liegt er zwischen den Halbinseln Mettnau und Höri. 11 Die Anspruchslose mit den handförmigen Blättern fürs Zimmer. 12 Intime Annäherung in britischer Manier. 15 Der Egoist kennt ihn wie sonst niemand. 16 Der Mann des Schicksals – tönt nach irischem Dramatiker. 18 Kein Gerücht: Er war der 52. Tenno von Japan. 21 Freude, wie sie in Griechenland verbreitet ist. 23 Man braucht es immer für einen bestimmten Zweck. 24 Grösste Bevölkerungsgruppe Chinas. 25 Sie reicht bis in die – zumindest nähere - Zukunft. 30 Geboren in Hawaii, präsidiales Amt in den USA. 32 In etwa die spanische Version von Bali. 33 Handlungen, wie Churchill sie bevorzugte. 35 Das Château und die Gemeinde: Namensvetter im Kanton Waadt. 37 Ein Mime stellt durch Verstellung eine Biene dar. 38 Womit das WC sicher sauber wird.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 531

M	A	E	C	H	T	I	G	E	R	L	E		
D	A	D	S	A	R	N	E	R	S	E	E	P	
I	M	A	G	I	N	A	E	R	R	I	N	G	O
R	A	P	K	O	N	S	O	N	A	N	T	E	N
E	T	R	O	I	S	E	E	F	I	L	T		
K	R	E	A	S	F	E	L	D	E	R	O		
T	E	R	M	B	E	L	L	E	L	I	N	D	
F	S	P	U	R	T	A	T	O	M	I			
A	R	B	E	I	T	E	I	N	R	E	I	S	E
L	A	U	T	S	T	A	R	K	A	S	T	E	R
B	I	S	T			N	A	R	R	A	D	E	
A	N	H	O	E	H	E	T	A	L	T	A	R	

Waagrecht — 1 MAECHTIG 8 ERLE 11 DAD 12 SARNERSEE 14 IMAGINAER 15 RINGO 17 RAP 18 KONSONANTEN 19 TROIS (franz. f. drei) 21 EILT 22 KREAS 24 FELDER 27 TERM (engl. f. Ausdruck, Begriff) 28 BELLE (franz. f. schön, weiblich) 29 LIND 32 SPURT 34 ATOM 36 ARBEIT 38 EINREISE 41 LAUTSTARK 42 ASTER 43 BIS 44 NARR 45 ADE 46 ANHOEHHE 47 ALTAR

Senkrecht — 1 MAMA (sumerische Muttergotttheit) 2 ADAPTER 3 CSIKOS 4 HANOI 5 TRANSFER 6 INES 7 GEROELL 8 ESRA (sera, it. f. Abend) 9 REINERLOES 10 LENTI 11 DIREKT 13 PONT (franz. f. Brücke) 16 GELON 20 RAMSET (auch Ramser-Jass genannt, es wird um Ess- und Trinkwaren gespielt) 23 REFRAIN 25 ELTERN 26 DEAN 28 BUTT (Der Butt: Buchtitel) 30 IMITAT 31 DUERER (Rhinoceros war berühmter Holzschnitt von Dürer) 33 PISTE 35 TRARA (aus dem Lied von der Post) 36 ALBA (Zentrum des Handels mit weissen Trüffeln) 37 BUSH 39 IKAT (Webtechnik) 40 SEDA

Lösungswort — **GOTTESSTAAT**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



MEILENHOCH. DINERS CLUB MILES & MORE.



1 PRÄMIEN-
MEILE PRO
CHF 1
UMSATZ

AUSGEZEICHNETE PERSPEKTIVEN FÜR MEILENSAMMLER.

Die einfachste Art, um Meilen zu sammeln. Weitere Informationen unter dinersclub.ch/de/milesandmore

Partner von

Miles & More
Lufthansa

cornercard